

Regionale Entwicklungsstrategien in Griechenland

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
– Dr. rer. pol. –
der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg

vorgelegt von
Dipl.-Volksw.
Anna Piralemidou
aus
Komotini/Griechenland

1985



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546226_0006

REGIONALE ENTWICKLUNGSSTRATEGIEN IN GRIECHENLAND

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

- Dr. rer. pol. -

der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

vorgelegt von

Dipl.-Volksw.

Anna Piralemidou

aus Komotini/Griechenland

Referent: Prof. Dr. Joachim Klaus

Korreferent: Prof. Dr. Wigand Ritter

Tag der mündlichen Prüfung: 17.12.1985

V O R W O R T

An dieser Stelle möchte ich all denen danken, die in irgendeiner Form zu dem Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben.

Bei der schwierigen Beschaffung des umfangreichen, zum Teil nicht veröffentlichten Datenmaterials ist mir große Hilfe durch die verschiedenen Ministerien Griechenlands, insbesondere dem Ministerium für Nationalökonomie, Direktion für Regionalpolitik, in Athen, entgegengebracht worden. Das mir dort bewiesene Vertrauen bedarf der großen Anerkennung.

Mein besonders herzlicher Dank gilt meinem Lehrer, Herrn Professor Dr. J. Klaus, für die Initiierung der Arbeit und seine unermüdliche Geduld während der Betreuung.

Trotz Termenschwierigkeiten übernahm Herr Professor Dr. Wigand Ritter das Korreferat, was ich besonders zu würdigen weiß.

Nürnberg, im September 1985

Anna Piralemidou

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
VORWORT	III
INHALTSVERZEICHNIS	IV
VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN	VII
VERZEICHNIS DER TABELLEN	VIII
VERZEICHNIS DER ÜBERSICHTEN	X
VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN	XI
1. EINLEITUNG	1
2. PROBLEMHINTERGRUND	8
2.1. Bestandsaufnahme	8
2.1.1. Natürliche und verfassungsmäßige Gegebenheiten . .	8
2.1.2. Strukturmerkmale	9
2.1.3. Infrastruktur	11
2,2, Darstellung der Entwicklungsprogramme	13
2.2.1. Die Entwicklungsplanung in der Zeit von 1945 bis 1960	13
2.2.2. Der Entwicklungsplan für die Zeit von 1960 bis 1964	14
2.2.3. Der Entwicklungsplan für die Zeit von 1966 bis 1970	15
2.2.4. Der Entwicklungsplan für die Zeit von 1968 bis 1972	16
2.2.5. Der Entwicklungsplan für den Zeitraum von 1973 bis 1977 (unveröffentlicht)	17
2.2.6. Die Entwicklungspläne von 1976 bis 1980 und 1978 bis 1982	17
2.2.6.1. Das Programm für die regionale Entwick- lung von 1981 bis 1985	21
2.2.7. Die gegenwärtige Entwicklungsplanung von 1983 bis 1987	21
2.2.8. Zusammenfassung	25

	Seite
3. THEORETISCHE GRUNDLAGEN DER REGIONALPOLITIK IN GRIECHENLAND . .	27
3.1. Planungsmethoden	27
3.2. Ziele	31
3.3. Raumgliederung	40
3.4. Wachstumstheoretische Konzeptionen	45
3.4.1. Die Polarisierungstheorie	46
3.4.1.1. Das sektorale Wachstumspolkonzept	49
3.4.1.2. Das sektoral-regionale Wachstumspolkonzept	52
3.4.1.3. Das regionale Wachstumspolkonzept	56
3.5. Zusammenfassung	59
4. BEURTEILUNG DER PRAKTIZIERTEN RAUMORDNUNGSPOLITIK GRIECHENLANDS	65
4.1. Erfordernisse für die Anlage der Analyse	65
4.2. Das Niveau der Zielerreichung (Zielprojektion und -konkre- tion)	69
4.2.1. Abgrenzung des Bezugsrahmens	70
4.2.2. Die Beurteilungskriterien	75
4.2.3. Die Methoden	78
4.2.3.1. Die Shift-Analyse	78
4.2.3.2. Die Input-Output-Analyse	83
4.2.4. Die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung .	85
4.2.4.1. Das Bruttoinlandprodukt (BIP)	85
4.2.4.2. Beschäftigungseffekte	92
4.2.4.3. Wanderungseffekte und Bevölkerungsentwick- lung	95
4.2.4.4. Polentwicklung	102
4.2.4.4.1. Regional-, Standort- und Struk- turfaktor (Shift-Analyse) . . .	102
4.2.4.4.2. Interindustrielle Verflechtun- gen (Input-Output-Analyse) . .	113
4.2.5. Zusammenfassung	117

	Seite
4.3. Der institutionelle Rahmen	120
4.3.1. Die Verwaltungsstruktur und -funktion	121
4.3.1.1. Nationale Ebene	121
4.3.1.2. Regionale Ebene	124
4.3.1.3. Lokale Ebene	126
4.3.1.3.1. Die Präfekturen	126
4.3.1.3.2. Die Außenstellen der Ministerien	128
4.3.1.3.3. Die Städte und Gemeinden	128
4.3.2. Zusammenfassung	130
4.4. Die Maßnahmen	136
4.4.1. Grundlegende Interdependenzen und Wirkungen von Maßnahmen	136
4.4.2. Konkrete Wirkungen der Maßnahmen der griechischen Regionalpolitik	149
4.4.2.1. Finanzielle Maßnahmen	149
4.4.2.2. Infrastrukturmaßnahmen	156
4.4.2.2.1. Der Bezugsrahmen	156
4.4.2.2.2. Die unternehmensorientierte Infrastruktur	158
4.4.2.2.3. Die haushaltsorientierte Infrastruktur	161
4.4.2.2.4. Die Verkehrsverbindungen	172
4.4.2.3. Die öffentlichen Investitionen	174
4.4.2.4. Die Förderung des endogenen Potentials der jeweiligen Regionen	178
4.4.3. Zusammenfassung	179
5. FAZIT	186
6. TABELLEN UND ÜBERSICHTEN IM TEXT	196
7. LITERATURVERZEICHNIS	XII

VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN

	Seite
Abb. 1: Karte zur Wirtschaftsstruktur Griechenlands	7
Abb. 2: Planungsregionen mit Städten	73
Abb. 3: Veränderung des BIP nach Wertschöpfungsbereichen . . .	86
Abb. 4: Zusammensetzung des BIP 1976 in Marktpreisen innerhalb der EG-Länder in Prozent	87
Abb. 5: Verteilung der Bruttoinvestitionen (Mittelwert 1948 - 1979) nach wichtigen Sektoren des Landes (in Prozent) .	89
Abb. 6: Netto-Auswanderungsbilanz von 1961 bis 1976	96
Abb. 7: Auswanderung nach Planungsregionen von 1960 - 1976 . .	97
Abb. 8: Entwicklung des Urbanisationsprozesses	99
Abb. 9: Bevölkerungszunahme nach Planungsregionen	100
Abb. 10: Polentwicklung nach Struktur-, Standort- und Regional- faktoren	107
Abb. 11: Vergleich von Pol und zugehöriger Region nach Struktur-, Standort- und Regionalfaktoren	111
Abb. 12: Prozentuale Verteilung der öffentlichen Investitionen .	177

VERZEICHNIS DER TABELLEN

	Seite
Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung in Athen	98
Tab. 2: Bevölkerungszuwachs über 10 % nach Präfekturen	101
Tab. 3: Interpretation der Regionalfaktoren nach Präfekturen	112
Tab. 4: Einnahmen und Ausgaben der lokalen Selbstverwaltung (in Mio. Drachmen zu laufenden Preisen)	129
Tab. 5: Stand der Industrieparks (1980) anhand von Grundstücks- käufen, Betriebsaufnahmen und Beschäftigung seit 1965	160
Tab. 6: Soziale Indikatoren nach Planungsregionen	163
Tab. 7: Regionale Verteilung von Hochschulen, Studenten und Lehr- personal nach Standorten (1978/79)	165
Tab. 8: Die griechischen Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern für die Jahre 1951, 1961, 1971 und 1981	167
Tab. 9: Städte mit einer Bevölkerung von mehr als 200.000 Einwoh- nern in vier europäischen Ländern 1970	168
Tab. 10: Direkte regionale Investitionen an den gesamten öffentli- chen Investitionen	175
Tab. 11: Regionale Verteilung der öffentlichen Mittel für den Zeit- raum 1975 bis 1979 pro Kopf der Bevölkerung in Drachmen nach verschiedenen Präfekturen und Regionen	176
Tab. 12: Bruttoinlandsprodukt nach Sektoren und Bereichen (in Mio. Drachmen und konstanten Preisen, Faktorpreise 1970)	197
Tab. 13: Bevölkerungsentwicklung nach Präfekturen	198
Tab. 14: Beschäftigte in Industrie und Handwerk in den acht größ- ten Zentren Griechenlands nach Branchen, 1978	202
Tab. 15: Sektorale Beschäftigung (in Prozent der gesamten Beschäf- tigten)	204
Tab. 16: Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes in Markt- und konstanten Preisen in ausgewählten Ländern (in Prozent)	205
Tab. 17: Zusammensetzung des BIP 1976 in Marktpreisen in ausgewähl- ten Ländern (in Prozent)	206
Tab. 18: Bruttoinvestitionen in Mio. Drachmen und Prozent zu kon- stanten Preisen 1970 nach wichtigen Sektoren	207

	Seite
Tab. 19: Grenzkapitalkoeffizienten in der griechischen Wirtschaft für den Zeitraum 1956 bis 1975	208
Tab. 20: Verteilung des BSP nach Regionen und Sektoren für die Jahre 1970, 1974 und 1977 (in Prozent)	209
Tab. 21: Verteilung des Bruttoinlandsproduktes (pro Kopf) zu konstanten Preisen von 1970 in Drachmen	210
Tab. 22: Beschäftigung in der verarbeitenden Industrie nach Planungsregionen	211
Tab. 23: Beschäftigung in der verarbeitenden Industrie nach Wachstumspolen	212
Tab. 24: Das Arbeitspotential, die Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit nach Planungsregionen	213
Tab. 25: Veränderung des Arbeitspotentials, der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit nach Planungsregionen (in Tausend und Prozent)	214
Tab. 26: Auswanderung nach Planungsregionen von 1960 bis 1976 (in Tausend Einwohnern)	215
Tab. 27: Bevölkerungsentwicklung nach Planungsregionen	216
Tab. 28: Polentwicklung nach Struktur-, Standort- und Regionalfaktoren	217
Tab. 29: Entwicklung der Regionen nach Struktur-, Standort- und Regionalfaktoren	218
Tab. 30: Regionalfaktoren nach Präfekturen	219
Tab. 31: Veränderung der Beschäftigung in Industrie und Handwerk in den acht größten Zentren Griechenlands nach Branchen (1969 - 1978)	221
Tab. 32: Veränderung der Beschäftigung in Industrie und Handwerk in den Planungsregionen nach Branchen (1969 - 1978)	222
Tab. 33: Veränderung der Beschäftigung in Industrie und Handwerk in den acht größten Zentren Griechenlands nach Branchen (1958 - 1978)	223
Tab. 34: Beschäftigte in Industrie und Handwerk in den acht größten Zentren Griechenlands nach Branchen (1973)	224
Tab. 35: Beschäftigte in Industrie und Handwerk in den acht größten Zentren Griechenlands nach Branchen (1969)	225

	Seite
Tab. 36: Beschäftigte in Industrie und Handwerk in den acht größten Zentren Griechenlands nach Branchen (1958)	226
Tab. 37: Verteilung der Beschäftigten in Industrie und Handwerk nach Regionen und Präfekturen	227
Tab. 38: Input-Output-Verflechtungen der Branchen	229

VERZEICHNIS DER ÜBERSICHTEN

Übersicht 1: Zuordnung der gesetzlich festgelegten Planungsregionen zu den jeweilig implizierten Abgrenzungskriterien	74
Übersicht 2: Entwicklung des Bruttosozialprodukts (1970 - 1977) nach Regionen und Sektoren	90
Übersicht 3: Entwicklung des Bruttoinlandproduktes (pro Kopf) nach Regionen	91
Übersicht 4: Bevölkerungszunahme von mehr als 10 % nach Region und Pol	98
Übersicht 5: Die Entwicklung der untersuchten Indikatoren (Zusammenfassung)	119
Übersicht 6: Regionalpolitische Einflußnahme nach Trägerebenen .	122
Übersicht 7: Zusammenfassung der gesamten Wirtschaftsförderung (finanzielle Anreizpolitik) Griechenlands seit 1952	150
Übersicht 8: Industriebranchenschlüssel nach NSSG	203
Übersicht 9: Branchenschlüssel nach KE.P.E.	230

VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN

Afk	Archiv für Kommunalwissenschaft
ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung
ETBA	Griechische Bank für industrielle Entwicklung
GRS	Gesellschaft für Regionale Strukturentwicklung
HdRR	Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung
I.O.B.E.	Institut für ökonomische und industrielle Forschung
Jb.f.N.u.S.	Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik
JfS	Jahrbuch für Sozialwissenschaft
KE.P.E.	Center of Planning and Economic Research
NSSG	National Statistical Service of Greece
RuR	Raumforschung und Raumordnung
Sch.d.V.f.S.	Schriften des Vereins für Sozialpolitik
TEE	Technische Kammer Griechenlands
YPA	Amt für regionale Entwicklung
YPP/A	Amt im Koordinationsministerium für Regionalpolitik und Entwicklung
ZfgS	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft

1. EINLEITUNG

Die räumliche Struktur Griechenlands ist durch ein unverbundes Nebeneinander von Zentren und 'Entleerungsgebieten' geprägt. Lediglich der dominierende Verdichtungsraum Athen hat neben Thessaloniki als Wirtschafts- und Verwaltungsmetropole eine weitgehende Verbindungsfunktion übernommen.

Der mit zunehmender Industrialisierung einhergehende Verstädterungsprozeß verstärkte dabei die bestehenden Disparitäten zwischen den Ballungszentren und den schwach strukturierten ländlichen Gebieten ganz erheblich ¹⁾.

Basierend auf der geographischen Gliederung Griechenlands - der Existenz extremer Gebirgs- und Inselgebiete - lassen sich gravierende Probleme regionaler Disparitäten folgendermaßen charakterisieren:

- Konzentration der Bevölkerung auf Athen und Thessaloniki sowie damit einhergehend ein hohes Aktivitätsniveau im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich. Dadurch ergibt sich eine Verschlechterung der Lebensbedingungen sowie eine permanente Verschärfung von Verkehrs- und Umweltproblemen.
- Niedrige Einkommen und Unterbeschäftigung in den meisten Regionen ergeben eine soziale und ökonomische Rückständigkeit in ausgedehnten ländlichen Gebieten.

Seit den fünfziger Jahren bemühen sich im Rahmen der Regionalpolitik die verschiedenen Regierungen um die Beseitigung dieser Probleme ²⁾.

1) Vgl. KE.P.E. (Center of Planning and Economic Research): Entwicklungsprogramm 1976-80, Regionale Entwicklung, Bd. 10, Athen 1976.

2) Vgl. Ward, P.: Elliniki Periferiaki Anaptixis. Provlimata tis ellinikis Periferiakis Anaptixeos (griechische Regionalentwicklung. Probleme der griechischen Regionalentwicklung), in: KE.P.E.: Ökonomische Monographien, Athen 1963; KE.P.E.: Ta Plaisia tis periferiakis anaptixeos (Die Rahmen der regionalen Entwicklung), Vortragsreihe 23, Athen 1970; "The Greek Regional Problem and Its Perspectives", (KE.P.E.), Athen, 4.8.1965.

Als ursächlich für deren Existenz werden unvollkommene marktwirtschaftliche Steuerungsmechanismen angesehen. Insbesondere die externen Effekte und die begrenzte Mobilität der Produktionsfaktoren verhindern - räumlich gesehen - eine optimale Allokation ¹⁾.

Im Rahmen einer raumordnungspolitischen Konzeption, die einen Orientierungsrahmen hinsichtlich von Zielen und Maßnahmen und damit ein Mindestmaß an Rationalität "im Sinne der Konsistenz und Zielgerichtetheit der Maßnahmen" ²⁾ zu gewährleisten vermag, kann der Staat zur Beseitigung der regionalen Disparitäten intervenieren ³⁾. Die Reichweite möglicher raumordnungspolitischer Konzeptionen erstreckt sich von der marktwirtschaftlichen Orientierung, in der die wachstumsoptimale Allokation der Ressourcen angestrebt wird und praktisch gesamtwirtschaftliche Ziele verfolgt werden, wobei verteilungspolitische Ziele eine Nebenbedingung sind, bis hin zur Arbeitsorientierung, in der verteilungsrelevante Zielsetzungen hinsichtlich der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer im Vordergrund stehen ⁴⁾.

-
- 1) Vgl. Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium: Möglichkeiten und Grenzen regionaler Wirtschaftspolitik, in: Institut für Raumforschung, Informationen 1955, Heft 15/17.
 - 2) Klaus, J.; Schleicher, H.: Räumliche Wirtschaftspolitik, München 1983, S. 2.
 - 3) Vgl. Kloten, N.: Alternative Konzeptionen der Regionalpolitik, in: Schneider, H.K. (Hrsg.): Beiträge zur Regionalpolitik, Sch.d.V.f.S., N.F., Band 41, Berlin 1968, S. 18-35.
 - 4) Vgl. Marx, D.: Wachstumsorientierte Regionalpolitik. Wirtschaftspolitische Studien 3, hrsg. von H. Jürgensen, Göttingen 1966; Suntum, U. van: Regionalpolitik in der Marktwirtschaft. Kritische Bestandsaufnahme und Entwurf eines alternativen Ansatzes am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1981; Engelen-Kefer, U.: Rationale Strukturpolitik - eine kritische Betrachtung aus gewerkschaftlicher Sicht, in: WSI-Mitteilungen 1974, S. 138 ff.; Jürgensen, H.: Produktivitätsorientierte Regionalpolitik, in: Produktivitätsorientierte Regionalpolitik. Wirtschaftswissenschaftliche Tagung der Adolf-Weber-Stiftung, vom 16.10.1964. Schriften der Adolf-Weber-Stiftung, hrsg. v. R. Gunzert, Berlin 1965; Schneider, W.: Arbeitsorientierte raumgestaltende Strukturpolitik - Überlegungen zu einer Integration von Raumordnung und Regionalpolitik, in: WSI-Mitteilungen 1976, S. 600 ff.; Schneider, H.K.: Über die Notwendigkeit regionaler Wirtschaftspolitik, in: Schneider, H.K. (Hrsg.): Beiträge zur Regionalpolitik, Sch.d.V.f.S., N.F., Band 41, Berlin 1968, S. 3-17.

Zwischen den genannten gegensätzlichen Positionen gibt es eine Reihe von Kombinationen, von denen vor allem die innovations- und die ausgleichsorientierte Regionalpolitik zu nennen sind. Erstere hat sich zum Ziel gesetzt, die Qualität der Arbeitsplätze in den Regionen durch staatliche Interventionen zu steigern, während aus dem Blickwinkel der ausgleichsorientierten Sichtweise gleichwertige wirtschaftliche Bedingungen in den Teilräumen geschaffen werden sollen ¹⁾.

Die innerhalb einer strukturpolitischen Konzeption eingesetzten Maßnahmen, die den Entwicklungsprozeß in bestimmte Bahnen lenken sollen, müssen auf theoretisch gesicherten Überlegungen basieren, damit die Erwartungen der Politik tatsächlich erfüllt werden können. Inwieweit die Regionalpolitik mit ihrem Mitteleinsatz Erfolg hat, kann im Rahmen einer Wirkungsanalyse beurteilt werden.

Richtungsweisend für die Analyse der Ziel-Mittel-Zusammenhänge ist dabei die konkrete Fragestellung, wobei der Aspekt der Vorgehensweise im wesentlichen davon abhängt, ob ein strenges Ziel-Mittel-Schema vorliegt oder eine inkrementale Problemlösung intendiert ist ²⁾. So stellen Überlegungen

1) Vgl. Brösse, U.: Raumordnungspolitik als integrierte Entwicklungspolitik - Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd. 97, Göttingen 1975; Thoss, R. u.a.: Gesellschaftliche Indikatoren als Orientierungshilfe für die Regionalpolitik, Materialien zum Siedlungs- und Wohnungswesen, Bd. 10, Münster 1974; Hauff, V.: Technologiepolitik als Strukturpolitik, in: WSI-Mitteilungen 1976, S. 626 ff.; Hochgreve, H.: Weiterentwicklung des Instrumentariums der regionalen Strukturpolitik im Rahmen eines Bundesentwicklungsplanes, in: WSI-Mitteilungen 1976, S. 667 ff.; Flore, C.: Zur Raumbedeutsamkeit der Forschungs- und Technologiepolitik, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 36, 1978, S. 133 ff.; Ewers, H.-J.; Wettmann, R.: Innovationsorientierte Regionalpolitik, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7, 1978, S. 467-483.

2) Vgl. Popper, K.R.: Das Elend des Historizismus, Tübingen 1974⁴; Jochimsen, R.: Strategie der wirtschaftspolitischen Entscheidung, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 99, 1967, S. 54; Klaus, J.: Stadtentwicklungspolitik, Stuttgart 1977, S. 17 ff.

über raumordnungspolitische Konzeptionen, Strategien und Erfolgsmessungen den Schwerpunkt dieser Arbeit dar, expliziert an möglichen Ursachen und Wirkungszusammenhängen der griechischen Regionalpolitik.

Um die jeweilige Regionalpolitik in die räumlichen Gestaltungskonzeptionen und strategischen Ansätze einbetten zu können, ist eine Auseinandersetzung mit den griechischen Entwicklungsprogrammen (etwa ab 1950) nach dem Kriege zu führen, deren Ziel mit der Beseitigung regionaler Disparitäten umrissen werden kann. Daraus lassen sich dann die Richtlinien der Regionalpolitik zur Steuerung der relevanten sozio-ökonomischen Strukturen und Prozesse ablesen.

Bei der Diskussion des theoretischen Unterbaus geht es um diejenigen Strategien, die in der griechischen Regionalpolitik eine bedeutende Rolle gespielt haben, denn schließlich kann anhand eruiertter theoretischer Konzeptionen und des strategischen Ansatzes als logische Folgerung die jeweilige Politik beurteilt werden.

Es ist zu prüfen, inwieweit die Erwartungen der Regionalpolitik erfüllt wurden. Folgend ist dann das Planungsinstrumentarium zu diskutieren, damit gezeigt werden kann, ob es den Anforderungen der Planung gerecht wird, und schließlich kann eine konzeptions- und strategiegerechte Behandlung der einzelnen Maßnahmen vorgenommen werden. Um die Thematik nicht zu weit auszudehnen, beschränkt sie sich hier auf die Analyse der internen Wirkungszusammenhänge. Weitere Aspekte, wie z.B. die Mitgliedschaft Griechenlands in der Europäischen Gemeinschaft, werden nicht explizit abgehandelt, obwohl ihr Einfluß auf die sozio-ökonomischen Entwicklungsprozesse mittelbar einbezogen ist.

Aufgegliedert und abgehandelt wird das Gesamtproblem in drei Teilen:

Im ersten Teil (Kapitel 2) wird die relevante Basis für die regionalpolitischen Probleme aufgezeigt. Hauptsächlich die natürlich, politisch, ökonomisch und verfassungsmäßig bedingten Realitäten ergeben dabei schwerpunktmäßig den Rahmen, innerhalb dessen sich eine realistische griechische Regionalpolitik zu bewegen hat.

Der zweite Teil (Kapitel 3) setzt sich mit theoretischen Fragen auseinander, deren Analyse den Ausgangspunkt der Untersuchung regionalwirtschaftlicher Wirkungszusammenhänge bildet. Dabei stellt insbesondere die Methode der Planung - mit determiniert durch die Raumgliederung - auch den Rahmen für die Beurteilung der realisierten Regionalpolitik dar. Es gilt zu prüfen, ob die Erwartungen, die mit der eingesetzten Strategie in Zusammenhang stehen, verwirklicht wurden. Die Kriterien für die anschließende Beurteilung werden also erarbeitet.

Im dritten Teil (Kapitel 4) wird mit den jeweils geeigneten räumlichen Bezugsrahmen und den Kriterien der Beurteilung begonnen, woran sich die Diskussion des Zielerreichungsgrades anschließt. Diese nimmt zum Teil auf bereits vorliegende Erhebungen Bezug, basiert jedoch im wesentlichen auf eigene empirische Untersuchungen, wobei als Methoden die Shift- und die Input-Output-Analyse Verwendung finden.

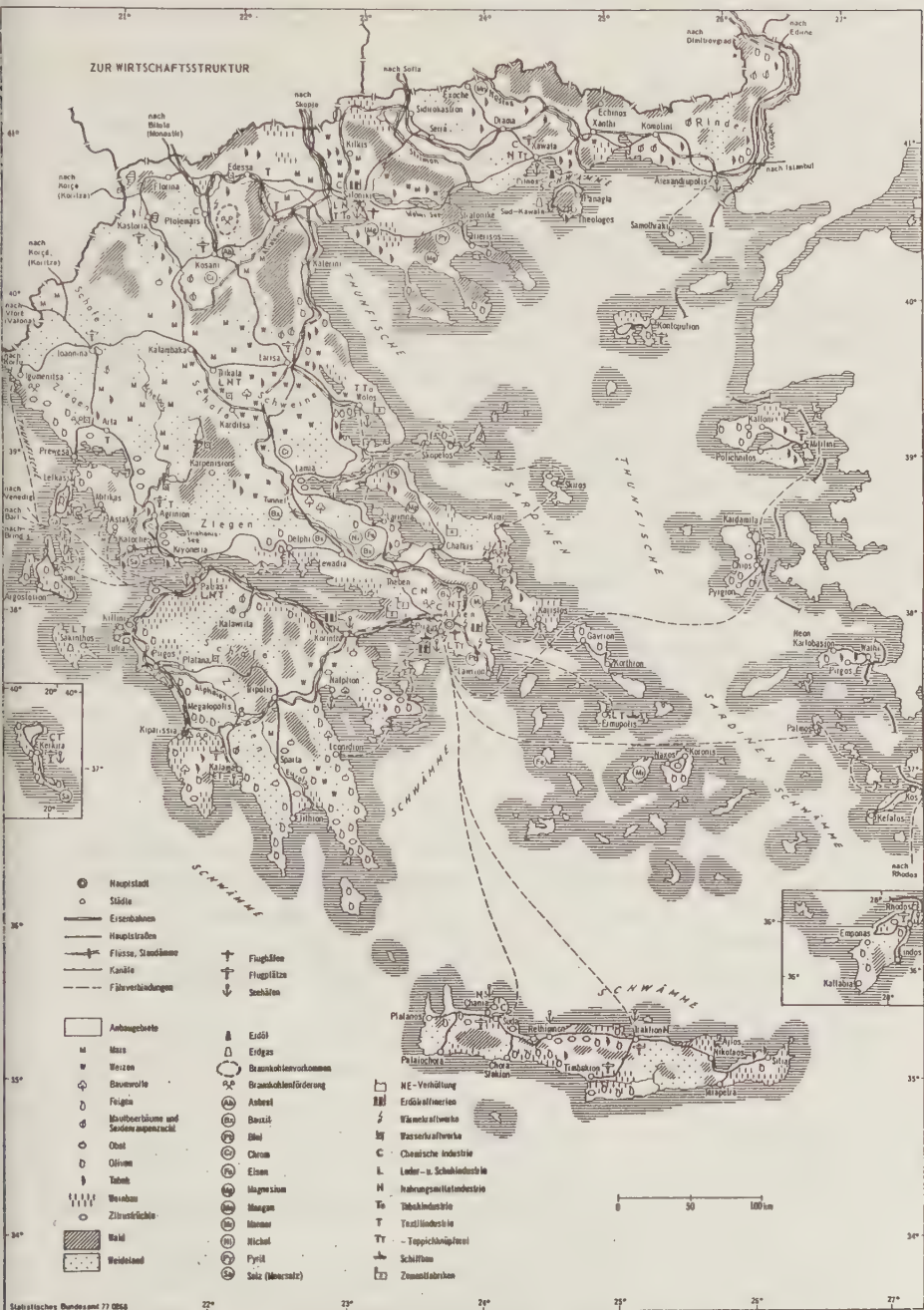
Mit dem Ergebnis stellt sich dann die Aufgabe der Auseinandersetzung mit dem Planungsinstrumentarium, insbesondere aber auch mit der Frage, inwieweit die jeweiligen Träger den Planungsanforderungen entsprechen. Schließlich erfolgt eine Wirkungsanalyse mit dem Ziel festzustellen, ob die durchgeführten Maßnahmen grundsätzlich in der Lage sind, die angestrebten Ziele zu erreichen.

Abschließend soll ein wesentliches Problem, das sich durch die gesamte Arbeit zieht, nicht unerwähnt bleiben. Aufgrund der Unzulänglichkeit der griechischen Regionalstatistik ¹⁾ war es, insbesondere bedingt durch mehrere Regionalisierungen, schwierig, eindeutigeres Datenmaterial zu gewinnen und zu aussagefähigen Konstrukten aufzuarbeiten.

Nur der direkte Zugang zu den entsprechenden Ministerien in Griechenland erlaubte es letztendlich, die Schlußfolgerungen der Arbeit in diesem Umfange auf der Basis eigener Berechnungen auch quantitativ entsprechend dem vorliegenden Datenmaterial bis 1981 zu belegen.

1) Vgl. Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS), Ausgabe Juni 1983; Südfeld, E.: Der zweite periodische Bericht über die sozio-ökonomische Lage und Entwicklung in den Regionen der EG - Einige Anmerkungen zu Datengrundlage und Methoden des Berichts - in: Raumforschung und Raumordnung, 42. Jg., Mai-Juni 1984, Heft 3.
Das Nationalstatistische Amt Griechenlands erfaßt die meisten statistischen Daten nach der administrativen Einteilung, wobei der Regierungsbezirk (NOMOS) eine erste statistische Einheit und die geographische Region eine zweite darstellt. Da die administrative Aufteilung nicht mit den Notwendigkeiten eines regionalpolitischen Zweckes übereinstimmt, ergeben sich insbesondere bei der Betrachtung größerer Regionalräume (incl. Athen = 10) ungeeignete Daten.
Die 52 Regierungsbezirke dagegen sind bezüglich der notwendigen statistischen Informationen für eine Regionalpolitik wegen ihrer Größe besser geeignet. Vgl. Jahrbuch des "National Statistical Service of Greece" (NSSG), Athen 1981.

Abb. 1: Karte zur Wirtschaftsstruktur Griechenlands



Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.): Länderkurzbericht Griechenland 1977, Stuttgart und Mainz 1977, S.5.

2. PROBLEMHINTERGRUND

2.1. Bestandsaufnahme

2.1.1. Natürliche und verfassungsmäßige Gegebenheiten

Griechenland umfaßt ein Gebiet von 131.990 km^2 ¹⁾ bei einer Gesamtbevölkerung von 9.740.151 (1981) ²⁾, so daß sich eine Bevölkerungsdichte von 73,8 Einwohner pro km^2 ergibt. Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, daß davon allein in Athen 3.087.331 ³⁾ Einwohner leben, so daß dort eine Bevölkerungsdichte von 7.073,2 Einwohner pro km^2 zu verzeichnen ist.

Die Staatsform ist eine parlamentarisch-demokratische Republik und wird verfassungsmäßig nach dem dezentralen System verwaltet ⁴⁾. Die Entscheidungsbefugnis liegt jedoch bei der obersten Verwaltungshierarchie. Das Land ist in 52 Regierungsbezirke (NOMOI) ⁵⁾ und außerdem für regionalpolitische Zwecke in neun Planungsregionen aufgegliedert ⁶⁾. Dabei ist die griechische Planung als eine "marktwirtschaftskonforme indikative" zu verstehen.

Griechenland ⁷⁾ nimmt die Südspitze der Balkanhalbinsel im östlichen Mittelmeerraum ein. Besondere Merkmale der Landschaft sind die enge Verzahnung von Land und Meer mit einem stark zergliederten Küstengebiet und einer Vielzahl von Inseln. Eine ähnlich starke Gliederung durch Gebirgszüge in

1) Vgl. National Statistical Service of Greece (im folgenden immer NSSG): Statistical Yearbook of Greece 1980, Athen 1981, S. 2.

2) Vgl. NSSG: Volkszählung 1981, siehe Tab. 13.

3) Vgl. ebenda.

4) Grundgesetz von 1975: Art. 101 und 102.

5) Nomos = Präfektur = Regierungsbezirk. Vgl. NSSG: Statistical Yearbook of Greece, Athen 1980, S. 11.

6) Nach 1950 fanden mehrere Raumaufgliederungen - in 3, 5 und 7 Regionen - statt. Die Anzahl der Planungsregionen wurde dann mit dem Gesetz P.D. 816/14.9.77 nochmals von 7 auf 9 Regionen erhöht.

7) Vgl. Länderlexikon, Bd. 4, Gütersloh 1980, S. 5 ff.

eine Vielzahl von kleinen Becken und Senken prägt das Innere des Landes. Daher liegen die Siedlungs- und Wirtschaftszentren des Landes in geographisch voneinander getrennten Gebieten, in denen sich die Bevölkerung konzentriert und wo dann auch die wichtigsten Städte liegen.

2.1.2. Strukturmerkmale

Der primäre Sektor

Die Bedeutung der Landwirtschaft für die Gesamtwirtschaft ist groß, da in ihr 28,4 % (1977) ¹⁾ der Erwerbstätigen beschäftigt sind und sie 13,3 % (1979) ²⁾ der Bruttowertschöpfung erarbeiten. Dieser Beitrag wird jedoch von einer hohen Anzahl von Kleinbetrieben (vier Fünftel aller Betriebe) auf einem relativ kleinen Anteil (45 %) der landwirtschaftlichen Nutzflächen erwirtschaftet ³⁾. Wegen der Zersplitterung der Ackerflächen werden neuerdings Versuche zur Bildung von Genossenschaften unternommen, um die Anlage großflächiger Kulturen zu erleichtern.

Die Bodenschätze, z.B. Bauxit, Nickelerz, Magnesit, Lignit, Chromite, Baryt, sind vielfältig, die meisten Lagerstätten jedoch nicht sehr ergiebig ⁴⁾.

Der sekundäre Sektor

Griechenland verfügt nur über einen relativ kleinen Innenmarkt. Deswegen kann die Industrie keinen kohärenten, hori-

1) Vgl. OECD: Economic Surveys, Greece; Basic Statistics - International Comparisons, Paris 1979, S. 73 ff.

2) Vgl. Koordinationsministerium National Accounts of Greece, No. 23 und 26 sowie Tabelle 12.

3) Vgl. Musto, St.: Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft, in: Kyklos, Vol. 34, 1981, S. 242 ff., insbes. S. 255.

4) Vgl. Länderlexikon ..., a.a.O., S. 10 f.

zontal und vertikal durchstrukturierten Produktionsapparat aufbauen.

Die Betriebsgrößenstruktur ist ebenfalls ungünstig, denn der Anteil der Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten lag Ende der siebziger Jahre bei 93,5 %. Krisenanfälligkeit und Modernisierungsbedürftigkeit sind zum Teil Charakteristika dieser Klein- und Mittelbetriebe ¹⁾. Wichtigste Industriezweige sind: Textil-, Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie der Schiffsbau ²⁾.

Die für die interindustrielle Verflechtung typischen Industriezweige sind bedeutungslos, es sei denn, sie befinden sich in Athen, wo sich 42 % der Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie konzentrieren. Weitere wichtige Industriezentren des Landes sind Thessaloniki mit 8,2 %, Patras mit 2,3 % und Lavissa/Volos mit 3,2 % Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie ³⁾.

Der tertiäre Sektor

Der Tourismus ist besonders für den Ausgleich der Zahlungsbilanz wichtig und wird deswegen im Rahmen der Entwicklungsplanung staatlich gefördert.

Von weit größerer Bedeutung für die Volkswirtschaft ist die Handelsflotte, da sie etwa ein Drittel der gesamten Deviseneinkünfte erwirtschaftet.

Auch der Handel - überwiegend der Kleinhandel - spielt besonders in den großen Städten, vor allem in Athen, eine wichtige Rolle ⁴⁾.

1) Vgl. Musto, St.: ..., a.a.O., S. 263.

2) Vgl. ebenda; Länderlexikon ..., a.a.O., S. 11 f. sowie Tab. 14, S. 202, dieser Arbeit.

3) Vgl. Abschnitt 4.2.4.4. dieser Arbeit.

4) Vgl. Länderlexikon ..., a.a.O., S. 11 f.

Die sektorale Zusammensetzung des Bruttoinlandproduktes zeigte 1979 einen Anteil des primären Sektors von 13,3 %, des sekundären Sektors von 33,9 % und des tertiären Sektors von 52,8 %. Während der tertiäre Sektor in der Beobachtungsperiode von 1948 bis 1979 weitgehend konstant geblieben ist, wuchs der Anteil des sekundären Sektors zu Lasten des primären Sektors ¹⁾.

Die sektorale Beschäftigtenverteilung zeigt eine zunehmende Bedeutung des sekundären und tertiären Sektors zu Lasten des primären Sektors.

In den Jahren von 1951 bis 1977 nahm prozentual gesehen die Beschäftigung im primären Sektor um 32,5 Punkte ab, wogegen im sekundären Sektor eine Zunahme von 14,1 und im tertiären gar um 18,4 Punkte zu verzeichnen war ²⁾.

2.1.3. Infrastruktur

Verkehr ³⁾

Angesichts einer Forcierung der Industrieproduktion und des Tourismus sind gute Verkehrsverbindungen von großer Wichtigkeit. So wurde zwar der Bestand an asphaltierten Straßen in den letzten Jahrzehnten verdreifacht, doch ist das bestehende Straßenverkehrsnetz mit einer Länge von 39.810 km (davon 8.728 km nationale und 31.082 km regionale Straßen) insbesondere in den Provinzen unzureichend.

Das Schienennetz der Eisenbahn weist eine Länge von 2.479 km auf, wovon ein großer Teil veraltet ist und über kein doppel-

1) Vgl. Abb. 3, S. 86, und Tab. 12, S. 197, dieser Arbeit.

2) Vgl. Tab. 15, S. 204, dieser Arbeit.

3) Vgl. Abschnitt 4.4.2.2.4., S. 172 ff.

tes Gleis verfügt. Für die Beförderung von Gütern hat es kaum Bedeutung. Wegen der ungünstigen geographischen Gegebenheiten jedoch ist eine Modernisierung und ein Ausbau des Eisenbahnnetzes sehr langwierig und kostspielig.

Der Schiffsverkehr dagegen ist national und international von großer Bedeutung. Besonders der Im- und Export des Landes werden durch den Schiffsverkehr (95 % der Importe und 90 % der Exporte) abgewickelt. Wichtigste Häfen sind dabei Piräus, Thessaloniki, Patras und Volos.

Knotenpunkt des Verkehrs ist Athen und somit auch für den Luftverkehr von nationaler und internationaler Bedeutung.

Zwischen den anderen Städten und Ortschaften des Landes dagegen, insbesondere zwischen Ost-, Nord- und Westgriechenland, den Berg- und Inselgebieten bestehen unzureichende Verkehrsverbindungen.

Infrastruktureinrichtungen ¹⁾

Eine erhebliche Konzentration der Infrastruktureinrichtungen weisen Athen-Piräus und Thessaloniki auf. So befinden sich in Athen 49 % der Krankenhausbetten und es werden dort 46 % des Bauvolumens getätigt. Allein 73 % der Ärzte sind in Athen, Piräus und Thessaloniki niedergelassen.

Weiterhin konzentriert sich ein Anteil von 88,3 % der griechischen Studenten auf Athen und Thessaloniki. Entsprechend beträgt der prozentuale Anteil der Lehrkräfte in diesen Zentren ca. 84,9 %.

Ein ähnliches Bild bietet die Verteilung der Fachhochschulen, wogegen die Grundschulen und Gymnasien eine ausgewogenere Streuung erkennen lassen.

1) Vgl. Abschnitt 4.4.2.2.3., S. 161 ff., dieser Arbeit.

Die Forschungseinrichtungen befinden sich ebenfalls vorwiegend in Athen.

Ähnlich ist es mit den zentralen Stellen der Banken, denen die wichtigsten Entscheidungsbefugnisse z.B. über Finanzierungen obliegen. Nicht zuletzt sind die Ministerien, die zentrale Verwaltung und daher auch die Verwaltungen nahezu aller Firmen auf Athen konzentriert.

2.2. Darstellung der Entwicklungsprogramme

2.2.1. Die Entwicklungsplanung in der Zeit von 1945 bis 1960

Das Bild der griechischen Wirtschaft nach Kriegsende war von zerstörten Produktionsgrundlagen, starker Inflation, Unorganisiertheit der öffentlichen Finanzen sowie von Unordnung innerhalb des Kredit- und Geldsystems geprägt. Demzufolge widmete die Wirtschaftspolitik ihre Interessen schwerpunktmäßig gesamtwirtschaftlichen Belangen und setzte sich als vorrangige Aufgabe die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, die Ausbesserung der durch den Krieg entstandenen Schäden und die Stabilisierung der Verteidigungskräfte ¹⁾.

So wurde im Jahre 1950 ein Programm für den Wiederaufbau des Landes veröffentlicht, das Konzepte zur Wiederherstellung ökonomischer Aktivitäten verschiedener Wirtschaftssektoren enthielt, jedoch eine gezielte Strategie hinsichtlich zukünftiger Wirtschaftsstrukturen vermissen ließ ²⁾.

1) Vgl. Papandreou, A.G.: A Strategy for Greek Economic Development, KE.P.E., Athen 1962, S. 17; Riedel, J.: Kritische Untersuchung über die regionale Wirtschaftsplanung in Griechenland, Darmstadt 1969.

2) Vgl. Koordinationsministerium: High Board of Reconstruction A.S.A.: Memorandum on the Long Term Programm for Greece, Athen 1950, Kap. III; Ward, B.: a.a.O., S. 149; Munkman, C.A.: American Aid to Greece, London 1958.

Dieser Vierjahresplan wies folgende Zielsetzungen auf ¹⁾:

- Gesundung des Finanz- und Kreditsystems,
- Verhinderung einer weiteren Auslandsverschuldung,
- optimale Nutzung der natürlichen Ressourcen,
- Erreichung höchstmöglicher Beschäftigungsraten und
- Steigerung des allgemeinen Lebensstandards.

2.2.2. Der Entwicklungsplan für die Zeit von 1960 bis 1964

Aufgrund angestiegener Disparitäten zwischen den einzelnen Regionen sah die griechische Regierung sich genötigt, deren schrittweisen Abbau zu erstreben. So geht aus dem im Jahre 1960 veröffentlichten Programm hervor, daß jede Region ihren Bedürfnissen entsprechend versorgt werden sollte. Als Unterziele galten ²⁾:

- die Verbesserung der regionalen Infrastruktur,
- die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion,
- die Dezentralisierung ökonomischer Aktivitäten (vor allem die Ansiedlung von Industrien in der Provinz).

Diese Art regionaler Entwicklung entsprach einem Zwei-Regionen-Modell: auf der einen Seite stand Athen - auf der anderen die Provinz. Eine Auswahl bestimmter Regionen und eine Quantifizierung der Ziele konnte jedoch mangels statistischer Daten ³⁾ nicht getroffen werden.

1) Vgl. Riedel, J.: a.a.O., S. 16.

2) Vgl. Five Year Program for the Economic Development of Greece 1960-64, Athen 1960; Riedel, J.: a.a.O., S. 45.

3) Vgl. Riedel, J.: a.a.O., S. 45.

2.2.3. Der Entwicklungsplan für die Zeit von 1966 bis 1970

Aus den Ansätzen dieses Planes ¹⁾ wird ersichtlich, daß man vor allem durch die sich erst im Aufbau befindenden Planungsträger als jeweilige Initiatoren und Koordinatoren gezwungen war, in der kurzen Zeit der Planungsperiode mit kleinen Schritten vorzugehen. Durch Vergabe finanzieller Anreize für die Ansiedlung von Industrien sollte das Programm zur Entstehung von Anziehungspolen in der Provinz beitragen ²⁾.

Die wesentlichen Punkte dieses Entwurfes beinhalten:

- "- Die optimale Nutzung und Entwicklung regionaler Ressourcen, entsprechend den in dynamischem Sinne verstandenen komparativen Vorteilen jeder Region.
- Die Minderung regionaler Einkommens- und Wohlstandsdisparitäten - besonders zwischen Athen und den übrigen Teilen Griechenlands.
- Die Schaffung autonomer Entwicklungsbedingungen für die produktiven Sektoren jeder einzelnen regionalen Wirtschaft mittels geeigneter Änderungen der sozio-ökonomischen Strukturen.
- Aktives Eingreifen gegen die Entvölkerung von Gebieten mit vorhandenem Entwicklungspotential durch Schaffung von ausreichenden Beschäftigungsmöglichkeiten innerhalb dieser Regionen.

1) Vgl. KE.P.E.: Draft of the Five Year Economic Development Plan for Greece 1966-1970, Athens 1965.

2) Mit Unterstützung von OECD-Experten entwickelte die Planungsabteilung ein Modell für die Regionalisierung der nationalen Planziele. Vgl. Riedel, J.: a.a.O., S. 49; Wetzel, B.: Preliminary Attempt fo Regionalization of the National Plan, OECD-KE.P.E., Athens 1965; Kintis, A.: I Periferiaki Viomichaniki Anaptixis is ta plaisia tou Pentaetous Programmos ikonomikis Anaptixeos 1966-1970. (Die regionale industrielle Entwicklung im Rahmen des Fünf-Jahres-Plans 1966-70). KE.P.E., Athens 1966; Wetzel, B.: Proposals for the Regionalization of the National Plan 1966-70, OECD-KE.P.E., Athens 1965; Sykianakis, G.: Periferiaki Georgiki Anaptixis, KE.P.E., Athen 1967.

- Eine langfristig angelegte, optimale Verteilung der Produktionskräfte.
- Die Gründung eines hierarchischen Systems von städtischen und ländlichen Zentren." ¹⁾

2.2.4. Der Entwicklungsplan für die Zeit von 1968 bis 1972

Der 1968 erstellte Entwicklungsplan ²⁾ wies nur geringfügige Änderungen gegenüber dem damals mittlerweile verbotenen ³⁾ Plan von 1966 auf. Dieser neue Entwurf rückte die Neubestimmung regionaler Grenzen sowie die Organisation, Straffung und Abgrenzung der Kompetenzen in den Vordergrund, ließ jedoch eine exakte Formulierung der Ziele und Instrumente vermissen ⁴⁾. Als Endziel der regionalen Entwicklungsplanung betrachtete man die Verminderung von Disparitäten hinsichtlich des Einkommens und der bestehenden Lebensverhältnisse zwischen Athen und den übrigen Teilen des Landes. Als einzelne Strategien sind zu nennen ⁵⁾:

- Förderung von verschiedenen Sektoren der einzelnen Regionen, um die Voraussetzung für eine kontinuierliche Entwicklung zu schaffen und damit interregionale Einkommensunterschiede sowie Ungleichheiten hinsichtlich des Lebensstandards abzubauen und die strukturelle Krisenanfälligkeit zu vermindern.
- Gründung eines hierarchischen Systems städtischer und ländlicher Zentren.
- Nutzbarmachung komparativer Vorteile, wobei Prioritäten auf den Ausbau von Entwicklungspolen (z.B. Entwicklung der

1) Riedel, J.: a.a.O., S. 46.

2) Vgl. Koordinationsministerium: Economic Development Plan for Greece 1968-72, Athen 1967.

3) Durch die Militärregierung.

4) Vgl. Riedel, J.: a.a.O., S. 62.

5) Vgl. Koordinationsministerium: Economic ... 1968-72, a.a.O., S. 51.

Industriegebiete von Thessaloniki, Volos, Patras) und Anlagen mit hoher bzw. unmittelbarer Rentabilität gesetzt werden (wie z.B. Beendigung und damit Bereitstellung begonnener Flurbereinigungsanlagen, touristischer Einrichtungen auf den Ägäischen Inseln, Kreta und dem West-Peloponnes).

2.2.5. Der Entwicklungsplan ¹⁾ für den Zeitraum von 1973 bis 1977 (unveröffentlicht)

Das Programm aus dem Jahre 1973 sah vor, in jeder Region dynamische, städtische Zentren einzurichten, die zu Polen industrieller Entwicklung werden sollten. Das Umland dieser Hauptentwicklungspole jeder einzelnen Region wollte man mit Polen geringerer Wichtigkeit ergänzend ausstatten. Der Ausbau der sozio-ökonomischen Infrastruktur wurde sowohl in den Städten innerhalb der Industriegebiete (wie Patras, Volos, Kavala, Iraklion, Chanea) als auch in Städten, die in den später zu entwickelnden Industriezonen lagen (wie Kalamata, Tripoli, Messologi, Igoumenitsa, Preveza, Ioannina, Drama, Florina, Xanthi und Alexandroupolis), vorgesehen.

2.2.6. Die Entwicklungspläne von 1976 bis 1980 und 1978 bis 1982

Das 1976 erstellte Entwicklungsprogramm ²⁾ zeigte eine deutliche Orientierung an der Maximierung des gesamtwirtschaftlichen Wohlstandes mit gleichwertigen und komplementären ökonomischen, sozialen und kulturellen Makrozielen im Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft.

1) Vgl. Ministerium für Planung und Regierungspolitik: Entwicklungsprogramm Griechenlands 1973-1977; auch Kotis, G.: Viomichaniki Apokentrosis kai Periferiaki Anaptixis (Industrielle Dezentralisation und regionale Entwicklung I.O.B.E., Athen 1980, S. 174 ff.

2) Vgl. KE.P.E.: Programm für die ökonomische und soziale Entwicklung 1976-1980, Athen 1977.

Dieser Entwicklungsplan wurde durch das Programm für die Periode 1978 bis 1982 ¹⁾ revidiert. Dieses formuliert als Oberziel den Aufbau einer besseren ökonomischen, sozialen und kulturellen Zukunft für die Gesamtbevölkerung. Die erhofften Effekte wurden wie folgt formuliert:

Im ökonomischen Bereich

- schnelle ökonomische Entwicklung,
- Vollbeschäftigung

Im sozialen Bereich

- Förderung der Entwicklung sozialer Dienstleistungen mit dem Ziel der Verringerung sozio-ökonomischer Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen einerseits und den verschiedenen Regionen des Landes andererseits.
- Stufenweiser Abbau der Unterschiede bezüglich der Einkommensverteilung vor allem zwischen städtischen Zentren und ländlichen Gebieten.
- Verringerung der Chancenunterschiede und damit Verbesserung des sozialökonomischen Standes verschiedener 'Personen und Gruppen'.

Im kulturellen Bereich

- Wachsende Rücksichtnahme auf die Umwelt, rationale Nutzung der natürlichen Ressourcen.
- Kontinuierliche Erhöhung des Bildungsniveaus.
- Verbesserung der Lebensbedingungen in den Siedlungen - sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten; besonderes Augenmerk liegt auf den Großstädten, wo sich die

1) Vgl. KE.P.E.: Programm für die ökonomische und soziale Entwicklung 1978-1982, Athen 1979.

Probleme ständig erhöhen und verschärfen; unabhängig von ihrer Lage und Größe sollen die Siedlungen die Möglichkeit erhalten, einen dem allgemeinen Stand des Landes angemessenen Lebensstandard zu erreichen.

Diese Formulierungen dienten der griechischen Regierung als Ausgangspunkt für folgendes Konzept:

Um die Binnenwanderung durch die Anziehungskraft der Pole Athen und Thessaloniki zu unterbinden, stellte man gezielte Überlegungen an, um die bereits bedrohliche Formen annehmende Entwicklung in Thessaloniki in den Griff zu bekommen sowie eine weitere Zunahme der Entwicklungsraten der Athener Region zu unterbinden. So sollten zusätzlich zu den auf der Achse zwischen Athen und Thessaloniki gelegenen Städten bestimmte regionale Pole herausgefunden und deren Entwicklung gefördert werden.

Daraus ergibt sich, daß eine Dezentralisierung sowie eine Verlagerung der zusätzlichen Wachstumsaktivitäten von Athen und Thessaloniki in Richtung auf bestehende oder neu zu bildende Wachstumspole stattfinden sollen. Einer begrenzten Anzahl regionaler Entwicklungszentren wurde Priorität hinsichtlich der Infrastrukturausstattung eingeräumt. Somit wird ersichtlich, daß im Rahmen dieses Fünfjahresplanes eine bedeutende Zunahme der Wachstumsraten von Patras, Volos, Larissa, Iraklion, Kavala, Kosani, Ptolemais und Ioannina angestrebt wurde.

Um Ergänzungszentren ausfindig zu machen, die im Rahmen von Entwicklungsprogrammen bevorzugt mit Basisinfrastruktur ausgestattet und entsprechend gefördert werden sollen (wodurch gleichzeitig eine Industrieansiedlung ermöglicht worden wäre), plante man die Durchführung von Studien in den Gebieten Thrakien, West-Kreta, Epirus und Südwest-Peloponnes. Zusätzlich wollte man versuchen, die Entwicklung regionaler

Pole mit nationalen und internationalen Netzen und deren Verbindungsknoten sowie mit der Entwicklung des Transithandels und der Hafenindustrie zu verknüpfen.

Im Rahmen dieser Bemühungen plante man eine Untersuchung des Hafens von Thessaloniki hinsichtlich bestehender Erweiterungsmöglichkeiten und erwog darüber hinaus den Bau von Häfen in Epirus, Ost-Makedonien, Thrakien und Südwest-Peloponnes.

Bezüglich Infrastruktureinrichtungen und Dienstleistungen zur Entwicklung der Industrie und anderer Aktivitäten wurde geplant, ein Spezialprogramm staatlicher Maßnahmen bei einer Gruppe ausgewählter städtischer Zentren durchzuführen. Für die restlichen städtischen Zentren wurde die Erstellung eines allgemeinen Programms staatlicher Unternehmungen beabsichtigt, das eine Verbesserung der Infrastruktur und der städtischen Dienstleistungen (wie z.B. Wasserversorgungsnetz, Abwasserkanalisation, Handelszentren, Maßnahmen für den Umweltschutz und Bildung von Manufaktur-, Industrie- und Freizeitzone) sichern sollte.

Parallel zur Entwicklung von Regionalzentren wurde die Entwicklung der Regionen als geschlossene Einheit angestrebt. So beabsichtigte man, bezüglich jeder einzelnen Region folgende Maßnahmen zu treffen:

- Stufenweiser Aufbau eines ausgewogenen, funktional vollständigen Siedlungsnetzes, das städtische, semistädtische und ländliche Gebiete verbindet und durch die Ausstattung mit sozialökonomischen und funktionalen Infrastruktureinrichtungen und Dienstleistungsbetrieben die nötigen Voraussetzungen für effektive Beschäftigungsmöglichkeiten und ein befriedigendes sozialkulturelles Leben bietet.

- Verbesserung der schlechten Einkommensverhältnisse und des geringen Wohlstandes in den wirtschaftlich am meisten zurückgebliebenen Regionen.
- Erhöhte Fürsorge hinsichtlich bestehender Problemgebiete.

2.2.6.1. Das Programm für die regionale Entwicklung von 1981 bis 1985

Dieses Entwicklungsprogramm ¹⁾ basierte im wesentlichen auf den Grundsätzen des Programmes aus den Jahren 1978 bis 1982, und kann als dessen konkrete regionalbezogene Ausformulierung gelten. Die Regelung der Wachstumsraten in den Städten Athen und Thessaloniki sollte demnach entsprechend des vorher erwähnten Programmes erfolgen. Als förderungswürdige Entwicklungszentren wurden die Städte Patras, Volos, Larissa, Iraklion, Kavala, Kosani, Ptolemais und Ioannina ausgewählt. Zu den geplanten Maßnahmen in den genannten Städten gehörte die Einrichtung einer entsprechenden Infrastrukturausstattung, um Möglichkeiten zur Aufnahme ökonomischer Aktivitäten und eine gewisse Erleichterung für die regionale Entwicklung zu schaffen. In diesem Zusammenhang mußte bei der Planung von Basisinfrastrukturen zugunsten des Transports und Verkehrs die geographische Lage sowie die relative Bedeutung oben genannter Entwicklungspole berücksichtigt werden.

2.2.7. Die gegenwärtige Entwicklungsplanung von 1983 bis 1987

In dem im Juli 1983 herausgegebenen Entwicklungsprogramm ²⁾ versteht sich die griechische Wirtschaftspolitik als angebotsorientiert, wobei nicht nur der bloße Zuwachs des Potentials angestrebt, sondern zusätzlich Schwerpunkte auf die

1) Vgl. KE.P.E.: Programm für die Regionale Entwicklung 1981-1985. Athen 1980.

2) Griechisches Parlament: Fünfjahres-Programm für die ökonomische und soziale Entwicklung 1983-1987 (Entwurf), Athen 1983.

technische Effizienz und die Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gelegt werden. Die Planung wird hier nicht als indikatives Element, sondern als Aktivitätenprogramm verstanden, wobei jedes Programm hinsichtlich seiner Ziele Verbindlichkeit besitzt, jedoch während seiner Entwicklungszeit anpassungsfähig und revidierbar bleiben muß. Um dies besser zu gewährleisten, hat man dem Verwaltungsaufbau die Regionalebene hinzugefügt, die zwischen Präfektur-ebene und zentraler Ebene gelagert ist.

Folgende Punkte weisen auf, welche Elemente der Planungsprozeß beinhalten soll:

- Die Formulierung eindeutiger, sozialer und ökonomischer Ziele.
- Die Erstellung eines geeigneten Planungsinstrumentariums auf zentraler, regionaler und lokaler Ebene.
- Die Auswahl eines Aktivitätenplanes und einer geeigneten Strategie, wobei mit Einwilligung der Gesellschaft den einschränkenden Faktoren entgegengewirkt und die benötigten Gesetzesänderungen sowie die entsprechenden sozialen und ökonomischen Maßnahmen festgelegt werden sollen.
- Die Beteiligung sämtlicher Produktions- und Sozialträger an den Aktivitäten zur Festlegung eines grundlegenden Investitionsprogramms.

Als Ziele lassen sich darstellen:

- Der Abbau interregionaler Unterschiede.
- Die Verhinderung eines weiteren Wachstums von Athen.
- Die Kontrolle des Wachstums anderer großer, städtischer Zentren, um die in Athen bestehenden Probleme nicht anderweitig aufkommen zu lassen.

Als Instrumente zur Verwirklichung dieser Zielsetzungen wurden gewählt:

- Die Kontrolle über die Gründung von Großbetrieben sowie Verhinderung der Ansiedlung wichtiger nationaler Unternehmen in Attika; dagegen jedoch Errichtung von Mittelbetrieben, die für die Versorgung der Einwohner von Bedeutung sind, sowie von ausgewählten Betrieben mit besonders hoch entwickelter Technologie und qualifizierter Arbeitsintensität.
- Die Entwicklung spezifischer Industrieaktivitäten sowie die Einräumung leitender Funktionen für die Verwaltungsdienststellen auf regionaler Ebene in den größeren städtischen Zentren (außer Athen), was also eine Dezentralisierung der Verwaltung bedeutet.
- Die Einräumung entscheidender, programmgemäßer Regionalentwicklungsfunktionen für mittlere und gelegentlich auch für kleinere Städte, wobei eine verbindende Rolle zwischen den größeren städtischen Zentren, den Präfekturhauptstädten und dem strukturschwachen Hinterland spielen sollen.

Die Unterstützung dieser Siedlungskategorie kann als Schlüsselpolitik für die bestehenden Raumordnungsprobleme angesehen werden. Diese Handlungsweise baut auf der Überzeugung auf, daß nur durch eine auf alle Teile des Landes bezogene Ausstattung mit Basisinfrastruktur und Verwaltungseinrichtungen in der Lage ist, den Bevölkerungsabfluß an die großen Zentren zu verhindern.

Demnach ist man also bemüht, die demographische Situation in den ländlichen Gebieten zu verbessern und parallel dazu die Probleme größerer Städte abzuschwächen.

Großes Gewicht wird weiterhin auf gut funktionierende, öffentliche und private Dienststellen gelegt, um bessere Ver-

hältnisse für Investitionsaktivitäten sowie für die Versorgung der Arbeitnehmer zu schaffen und damit zur Rekonstruktion des Städteneetzes beizutragen. Aus den gleichen Gründen soll auch eine Dezentralisierung der Banken, die Gründung und Vollendung mittlerer und höherer Schulen auf regionaler Ebene, die Einrichtung von Forschungsinstituten und Beratungsdienststellen zur Modernisierung und Entwicklung der regionalen Wirtschaftsaktivitäten erfolgen. Bei der Planung dieser Einrichtungen muß darauf geachtet werden, daß die Bedürfnisse und Möglichkeiten jeder Region als Ausgangspunkt für alle Überlegungen dienen müssen. Zur Erhöhung der Arbeitnehmermobilität (vor allem von Athen in die Regionen) beabsichtigt man spezifische Anreize für qualifizierte Arbeitnehmer.

Zusätzlich plant man den Ausbau von Verkehrsverbindungen zwischen den einzelnen Siedlungen und deren Hinterland. Schließlich soll die Dezentralisierung des Programmes für öffentliche Investitionen zur Erreichung der gestellten Ziele beitragen.

Zu den jeweiligen Trägern sollen bei diesem Entwicklungsprogramm zählen:

Die Städte und Gemeinden sowie Genossenschaften, deren Teilnahme am Entwicklungsprozeß durch unternehmerische Aktivitäten geschehen soll. In diesem Zusammenhang plant man die Vergesellschaftung folgender Bereiche:

- Der Banken und Versicherungsunternehmen des öffentlichen Sektors (Vergesellschaftung des Kreditsystems).
- Der öffentlichen Unternehmen für Gemeinnutzung, deren Kapital vom Staat kontrolliert werden soll und worunter u.a. Krankenhäuser, Wasser- und Abwasserkanalisation, Energieversorgung, Erdölprodukte, Transporte, Fernmeldewesen zu verstehen sind.

2.2.8. Zusammenfassung

Grob gesehen, kann der gesamte Planungszeitraum seit 1945 in vier Teile gegliedert werden, wonach die jeweils bestehenden Schwerpunkte hinsichtlich gewählter Zielsetzungen und Strategien deutlich zutage treten.

1. In der Periode von 1945 bis 1960 wurden primär gesamtwirtschaftliche Ziele verfolgt, jedoch ohne erkennbare Strategie.
2. In der Phase von 1960 bis 1964 richtete sich die Programmgestaltung in erster Linie nach ausgleichsorientierten Gesichtspunkten. Die regionale Entwicklung sollte nach dem Zwei-Regionen-Modell ¹⁾ geschehen.
3. Im Zeitraum von 1965 bis 1981 wurde die Wachstumspolstrategie als Schlüsselpolitik zur Erreichung vorwiegend allokativer, aber auch distributiver und lebensqualitätsorientierter Zielsetzungen angesehen.
4. In den Jahren nach 1981 wurde vor allem durch den 1983 herausgegebenen Programmentwurf die Auffassung hinsichtlich planungsprozeßrelevanter Kriterien geändert. Die Planung versteht sich nicht mehr als indikativ, sondern als Aktivitätenprogramm, wobei distributive Zielsetzungen in den Vordergrund gestellt, während gleichzeitig allokative Schwerpunkte auf die Entwicklung der technologischen Effizienz sowie der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gelegt werden sollen. Die anzuwendenden Strategien beinhalten Verbote, Dezentralisierung des Verwaltungs- und Planungsapparates, Einräumung von Vermittlerfunktionen für Mittelstädte, Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsmobilität, Vergesellschaftung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft und des sozialen Sektors und Ausnutzung regionalen Entwicklungspotentials unter Orientierung an den regionalen Bedürfnissen.

1) Vgl. Abschnitt 2.2.2., S. 14, dieser Arbeit.

Unterzieht man die Programme einer letzten Untersuchung hinsichtlich ihrer Erstellung und Realisierung, so zeigt sich, daß sie oft vor Beendigung ihrer Laufzeit abgebrochen wurden bzw. über längere Zeiträume hinweg überhaupt keine Entwicklungspläne existieren. Darüber hinaus muß man noch der Tatsache Rechnung tragen, daß in den Programmen meistens keine zeitliche Fixierung vorgenommen wurde, wodurch dann den jeweiligen Zielen die Operationalität abgeht ¹⁾. Ein weiteres ernstzunehmendes Problem hinsichtlich der Programmrealisierung ist die Tatsache, daß die Erstellung des Planes zunächst von einem übergeordneten Organ getätigt wird, die Ausführung jedoch durch die Verwaltungsträger erfolgt, die primär mit anderweitigen Aufgaben betraut sind, so daß bei diesen die Programmverwirklichung generell an zweiter Stelle steht ²⁾.

1) Vgl. Brosse, U.: Ziele in der Regionalpolitik und in der Raumordnungspolitik, Berlin 1972, S. 47.

2) Vgl. z.B. Entwicklungsprogramm 1978-1982 ..., a.a.O., S. 80.

3. THEORETISCHE GRUNDLAGEN DER REGIONALPOLITIK IN GRIECHEN- LAND

3.1. Planungsmethoden

Um den Rahmen für die besonders wichtige Koordination des Maßnahmeneinsatzes zu bilden, bedarf es vor der Diskussion der Planungsmethoden einer näheren Betrachtung des Planungsbegriffes, der in der Literatur mit unterschiedlichem Inhalt verwendet wird. Allgemein soll der Begriff im folgenden als die "systematische Vorbereitung vernunftmäßigen Handelns" ¹⁾ begriffen werden.

Als wesentliche Elemente dieses Begriffes gelten ²⁾:

- der Zeit-Raumbezug
- die Einbettung des Planungsprozesses in ein gesellschaftliches Normensystem
- die Planungsträger und die Betroffenen der Planung
- die Ziele und die Handlungsalternativen zur Verwirklichung der Ziele
(Beide sind begrenzt, bedingt durch die Knappheit der Ressourcen und das jeweilige technische Wissen; daher ist zu entscheiden über die Ziele und die Mittelkombination, welche die Verwirklichung eines bestimmten Zielbündels gewährleistet.)
- die Relation des Planungsprozesses zu anderen Planungsprozessen.

Im Hinblick auf entwickelte Konzepte der Regionalpolitik lassen sich zwei grundlegende Methoden erkennen, die zur

1) Brösse, U.: Raumordnungspolitik, Berlin - New York 1975, S. 7.

2) Vgl. Thuman, G.: Computersimulationsmodelle als Hilfsmittel der teils-
räumlichen Entwicklungsplanung, Frankfurt/Main - Zürich 1977, S. 3 ff.

Planung und Zielgestaltung eingesetzt werden: das synoptische ¹⁾ und das inkrementale Konzept ²⁾.

Das synoptische Konzept stützt sich auf die Annahme, daß jede sinnvolle politische Handlungsweise auf dem Zweck-Mittel-Schema ³⁾ aufbaut, und stellt darüber hinaus die Frage nach dem Bedarf an quantitativen und qualitativen Mitteln zur Änderung der gegebenen Situation in Richtung auf fixierte Zielvorstellungen. Da man eine umfassende Verwirklichung von bestimmten Zielen unter Einsatz möglichst geringer Mittel erstrebt, steht man gleichsam vor einer Optimierungsaufgabe ⁴⁾. Man fordert in diesem Zusammenhang eine exakte Beschreibung und Begründung der Ziele sowie eine verbindliche Erfüllungspflicht für die Planungsträger. Damit möchte man eine Basis für möglichst genaue Überprüfbarkeit der Mittel und Maßnahmen innerhalb des Planungsprozesses schaffen. Dies dient dem Zwecke, deren Effektivität festzustellen und eventuelle Korrekturen gezielt anbringen zu können ⁵⁾.

Betrachtet man dieses Konzept kritisch, so erscheint vor allem der bestehende Totalitätsanspruch ⁶⁾ unrealistisch bzw. unerreichbar, was nicht zuletzt auf das zwangsläufig auftretende Informationsdefizit zurückzuführen ist. Des weiteren erscheint es problematisch, daß das Konzept eine umfassend konsistente Zielfunktion erfordert. Denn es ist äußerst schwierig, individuelle Zielvorstellungen zu aggregieren und

1) Vgl. Braybrooke, D.; Lindblom, Ch.E.: A Strategy of Decision, Policy Evaluation as a Social Process, London 1963.

2) Vgl. Wagener, F.: Zur Praxis der Aufstellung von Entwicklungsplanungen, in: AfK, 9, 1970, S. 47 ff.; Hesse, J.J.: Stadtentwicklungsplanung: Zielfindungsprozesse und Zielvorstellungen, Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1972, S. 19ff.

3) Vgl. Klaus, J.: Stadtentwicklungspolitik, a.a.O., S. 18.

4) Vgl. Tinbergen, J.: Economic Policy. Principles and Design, Amsterdam 1966, S. XII ff.

5) Vgl. Zipp, G.: Ziele und Zielfindungsprozesse in der Raumordnungspolitik, Augsburg 1977, S. 48.

6) Vgl. Klaus, J.: Stadtentwicklungspolitik ..., a.a.O., S. 18.

zu bewerten. Die dadurch bedingte ungenügende Meßbarkeit und Vergleichbarkeit dieser (subjektiven) Präferenzen muß eine effektive Koordination unterbinden.

Die kritische Auseinandersetzung mit dem synoptischen Konzept führt zur Konstruktion 'problemorientierter Konzepte' in der Regionalpolitik ¹⁾. Das bedeutet konkret den bewußten Verzicht auf umfassende Analysen und Programme zur Realisierung langfristig orientierter Zielfunktionen. Man will statt dessen eine "Politik der kleinen Schritte" verfolgen, indem man die Ziele unmittelbar am Problem orientiert ²⁾. So versucht diese Methode nicht mehr, die Vielzahl von persönlichen und Gruppeninteressen in eine umfassende Zielfunktion zu integrieren ³⁾. Vielmehr ermöglicht man den unterschiedlichen Entscheidungsträgern, ihre jeweiligen Präferenzen selbst in den Entscheidungsprozeß einzubringen.

Das Problem der Bewertung beschränkt sich beim pragmatischen Ansatz "allein auf jene sich nur um Geringes vom Status Quo unterscheidende gesellschaftliche Folgezustände" ⁴⁾, wobei nur eine kleine Auswahl der möglichen Strategien Berücksichtigung findet, denn "etwas vernachlässigen heißt, etwas überhaupt erst analysierbar machen" ⁵⁾. Zwischen den Grenzverbesserungen und der Reduktion der betrachteten Alternativen besteht eine enge logische Beziehung ⁶⁾, denn beim Zielanpassungsprozeß werden die 'bedeutsamen' Ziele in Abhängigkeit zu den verfügbaren Mitteln gebildet, dabei bereits die Ko-

1) Vgl. Hesse, J.J.: a.a.O., S. 19 ff.

2) Vgl. Brösse, U.: Ziele der Regionalpolitik, in: Bauwelt 60, 1969, S. 128-132; Popper, K.: Das Elend ..., a.a.O.

3) Vgl. Braybrooke, D.; Lindblom, Ch.E.: A Strategy of Decision, a.a.O.

4) Braybrooke, D.; Lindblom, Ch.E.: Zur Strategie der unkoordinierten kleinen Schritte (Disjointed Incrementalism, in: Fehl/Fester/Kuhnert (Hrsg.): Planung und Information, Materialien zur Planungsforschung, Gütersloh 1972, S. 145.

5) Braybrooke, D.; Lindblom, Ch.E.: Zur Strategie ..., a.a.O., S. 150.

6) Vgl. Rostow, W.W.; Millikan, M.F.: A Proposal: Key to Effective Foreign Policy, New York 1957.

sten der inkremental-alternativen Grenzverbesserungen berücksichtigend. So wird bei der Mittlererörterung gleichzeitig fortgefahren, die Ziele zu diskutieren. Es ist daher in vielen Bereichen nicht möglich, die Konzeption der "Zielvorstellung losgelöst von bestimmten Strategien aufzustellen" ¹⁾.

Insgesamt betrachtet reduziert diese Methode die für das synoptische Konzept charakterisierte Zielanalyse auf eine Informationsanalyse. Darüber hinaus vernachlässigt sie Macht- und Herrschaftsverhältnisse, deren Existenz das Ergebnis gerade in Konfliktsituationen wesentlich beeinflusst. Die Idealvorstellung, bestehende Interessengegensätze durch Kompromisse zu überwinden, kann als unrealistisch bezeichnet werden, da dieser Mechanismus nur in den seltensten Fällen funktioniert.

Ausgehend von der Einsicht, daß das synoptische und das inkrementale Konzept nicht als alternativ, sondern als einander ergänzend zu sehen sind, wurde versucht, zwischen beiden eine optimale Verbindung zu schaffen, um bestehende Schwächen auszugleichen und gegebene Vorteile zu nutzen ²⁾.

Auf der einen Seite kann somit die Erstellung konkreter, kurzfristig zu realisierender Ziele mit hohem Dringlichkeitsgrad primär einmal inkremental als integrativer Bestandteil des Planungsprozesses begriffen werden; wobei eine Konsensbildung der betroffenen Interessengruppen angestrebt und erreicht werden kann. Auf der anderen Seite dominiert dann gleichzeitig bei der Bestimmung längerfristiger, nicht so dringlicher Ziele - zumeist im Rahmen von Prognosen - das synoptische Prinzip.

1) Braybrooke, D.; Lindblom, Ch.E.: Zur Strategie ..., a.a.O., S. 153.

2) Vgl. Jochimsen, R.: Strategie ..., a.a.O., S. 52 ff.

Naturgemäß stellt die Anwendung dieser Planungsinstrumente Anforderungen verschiedenster Intensität an die jeweiligen Träger. Die größten Anforderungen sind mit dem synoptischen Konzept und der ihm zuzuordnenden arbeitsorientierten Regionalpolitik verbunden. Weniger gefordert sind die Träger beim inkrementalen Konzept, da ihm eine marktorientierte Regionalpolitik zugrunde liegt: Dazwischen einzuordnen sind dann die Kombinationskonzepte mit der damit zu verbindenden ausgleichsorientierten und innovationsorientierten Regionalpolitik.

3.2. Ziele

Die Beschäftigung mit den raumordnungspolitischen Zielen ist unerlässlich ¹⁾, da sie zum einen die Begründung für die Notwendigkeit der Regionalpolitik liefert und zum anderen ermöglicht - im Hinblick auf Instrumente und Maßnahmen -, Erkenntnisse über Ursachen und Wirkungszusammenhänge zu gewinnen und somit Strategien für die Erreichung der jeweiligen Ziele zu entwickeln. Demnach ist es möglich, Konflikte zu vermeiden, die sich besonders beim Einsatz von Maßnahmen und der Verfolgung von Unterzielen bemerkbar machen ²⁾. Die Kenntnis über die Ziele ermöglicht überhaupt erst die Einordnung der Regionalpolitik in ein regionalpolitisches Konzept. Für die Beurteilung der Regionalpolitik in Griechenland ist demzufolge die Auseinandersetzung mit den regionalpolitischen Zielsetzungen notwendig.

1) Vgl. Müller, J.H.: Wirtschaftspolitische Grundprobleme der Raumordnungspolitik, Berlin 1969, S. 117; Müller, J.H.; Dietrichs, B.; Klaus, J.: Grenzen der Raumpolitik im Rahmen einer Marktwirtschaft, in: ORDO, Bd. 12, 1960/61, S. 147; Kloten, N.: Alternative Konzeptionen der Regionalpolitik, in: Beiträge zur Regionalpolitik, Schneider, H.K. (Hrsg.), Sch.d.V.f.S., N.F., Bd. 41, Berlin 1968, insbes. S. 26.

2) Vgl. Brösse, U.: Ziele in der Regionalpolitik und in der Raumordnungspolitik, Berlin 1972, S. 61 ff.

Regionalpolitische Ziele lassen sich u.a. aus Gesetzesbegründungen, allgemein- und raumordnungspolitischen Grundsätzen ableiten ¹⁾; vor allem aber aus den Entwicklungsprogrammen ²⁾.

Die Beschäftigung mit den griechischen Programmen hat ersichtlich gemacht, daß erst der Entwicklungsplan von 1966 - im Gegensatz zu vorausgegangenen planungsbezogenen Bestrebungen - eine deutliche Orientierung an der allokativen Zielsetzung in Verbindung mit einer konkreten Strategie aufweist und als Unterziel eine interregional angegliche Einkommensverteilung anstrebt. Als wichtigste strategische Ansätze lassen sich daraus erkennen:

- Bildung von Wachstumspolen,
- Nutzung komparativer Kostenvorteile,
- Unterstützung der Arbeitsmobilität,
- Urbanisationsansätze.

Bei dem im Jahre 1968 erstellten Programm wurden die strategischen Ansätze des vorausgegangenen Entwicklungsplanes im wesentlichen übernommen. Im Rahmen einer gesamtwirtschaftlichen Orientierung hätten distributive und lebensqualitätsbezogene Vorstellungen verwirklicht werden sollen. Ähnliche Ansätze weist auch der Programmentwurf von 1973 auf, der als weiteren Schritt eine Ergänzung der Hauptpole mit Nebenpolen erwog.

Die Operation mit Wachstumspolen als Entwicklungszentren setzt sich in dem darauf folgenden Entwurf und Programm von

1) Vgl. Storbeck, D.; Lücke, M.: Die gesellschaftspolitische Relevanz regionalpolitischer Ziele, in: Ausgeglichene Funktionsräume, Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Bd. 94, Hannover 1975, S. 19 ff.

2) Vgl. Schneider, H.K.: a.a.O., S. 6; Eckey, H.Fr.: Grundlagen der regionalen Strukturpolitik, Köln 1979, S. 67 ff.; Gäfgen, G.: Theorie der Wirtschaftspolitik, in: Kompendium der Volkswirtschaftslehre, Bd. 2, Göttingen 1972, S. 16; Jürgensen, H.: Grundlagen einer produktivitätsorientierten Industrialisierungspolitik, in: Wirtschaftsdienst, 1964, Heft 1.

1976 und 1978 weiter fort, wo ein Leitbild ¹⁾ umfassenden Charakters im Vordergrund der Bemühungen steht. Um diesem Leitbild, das sowohl soziale als auch ökonomische und kulturelle Gesichtspunkte beinhaltet, gerecht werden zu können, wurde die Ausstattung der Entwicklungspole mit Infrastruktureinrichtungen bevorzugt. Das im Jahre 1981 herausgegebene Regionalprogramm konkretisierte diese Ausführungen durch die Selektion bestimmter Städte hinsichtlich beabsichtigter Polbildungen.

Insgesamt gesehen, zeigt sich bei allen seit 1945 erstellten Programmen die Bestrebung, möglichst hohe gesamtwirtschaftliche Wachstumsraten zu erzielen, in der Annahme, daß als Folgeerscheinung ein automatischer Abbau bestehender Disparitäten stattfinden würde.

Wie aus den bisherigen Ausführungen deutlich wurde, existierte jedoch kein umfassendes und operationales Zielsystem. Dennoch lassen sich als wichtigste Orientierungen in der Regionalpolitik Griechenlands das Wachstums- und das Ausgleichsziel sowie das Streben nach interregional ausgeglichenen Lebensbedingungen erkennen.

So werden auch in der Literatur grundsätzlich folgende Zielprägungen differenziert ²⁾:

- a. wachstumsoptimale Allokation der Ressourcen im Raum,
- b. Angleichung räumlicher Einkommensdisparitäten,

1) Vgl. Dittrich, E.: Zum Begriff des Leitbildes in der Diskussion über die Raumordnung, in: Informationen, 8. Jg., 1958; derselbe: Das Leitbild und seine Problematik, in: Raumforschung. 25 Jahre Raumforschung in Deutschland, Bremen 1960, S. 107 ff.; Brösse, U.: Raumordnungspolitik ..., a.a.O., S. 16 ff.

2) Vgl. Klaus, J.; Schleicher, H.: a.a.O., S. 5 ff.; Schneider, H.K.: a.a.O., S. 4; Fürst/Klemmer/Zimmermann: Regionale Wirtschaftspolitik, Tübingen - Düsseldorf 1976, S. 91 ff.; Müller, J.H.: Wirtschaftliche Grundprobleme der Raumordnungspolitik, Berlin 1969, S. 19 ff.

- c. Schaffung eines gleichen interregionalen Standards an Lebensqualität ¹⁾,
- d. integrations- und sicherheitspolitische Vorstellung (Stabilitätsziel).

Allgemein herrscht Konsens, daß ohne Intervention des Staates keine dieser Zielsetzungen in der Regionalpolitik erreicht werden kann.

Die wachstumsoptimale Allokation der Ressourcen im Raum wird durch das Überschreiten des Ballungs-Optimums ²⁾ und der unvollkommenen räumlichen Mobilität der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital verhindert ³⁾.

1) Vgl. Zapf, W.: Soziale Indikatoren, Konzepte und Forschungsansätze, Bd. I, II, III, IV, Frankfurt - New York 1974, 1975; Umlauf, J.: Zum Verhältnis von Umweltschutz und Raumordnung, in: RuR, 30. Jg., 1972, S. 195 ff.; Wulf, J.: Erfolgskontrollen für die regionale Wirtschaftspolitik, in: RuR, 34. Jg., 1976, S. 187 ff.; Klages, H.: Gesellschaftliche Indikatoren der Raumordnung, in: Zapf, W. (Hrsg.): Soziale Indikatoren ..., Bd. III, a.a.O., 1975; Klaus, J.; Schleicher, H., a.a.O., S. 20 f.

2) Als Ballungsoptimum wird die Höchstdifferenz zwischen positiven und negativen externen Effekten definiert. Diese entstehen durch die räumliche Nähe von Unternehmen, Haushalten und öffentlichen Einrichtungen, also im Zusammenhang mit Agglomerationsprozessen. Hierbei ergibt sich in den Anfangsstadien der Ballung ein Übergewicht an Agglomerationsvorteilen, die jedoch nach Überschreiten des Ballungsoptimums (wegen der Kostenumwälzung der privaten auf die Allgemeinheit) von den Agglomerationsnachteilen überkompensiert werden.

Vgl. Giersch, H.: Das ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik, in: Jürgensen, H. (Hrsg.): Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft. Festschrift für A. Predöhl, Göttingen 1964, S. 389.

3) Die unvollkommene Mobilität des Produktionsfaktors Arbeit beruht vor allem auf Informationsdefizite sowie auf subjektiven Gegebenheiten, wie z.B. auf familiäre Bindungen, die des Produktionsfaktors Kapital ist vorwiegend technisch bedingt (z.B. Unteilbarkeiten, die durch Senkung der Stückkosten bei gleichzeitig steigender Auslastung der Kapazität zu internen Ersparnissen führen). Vgl. Siebert, H.: Regionales Wirtschaftswachstum und interregionale Mobilität, Tübingen 1970, vor allem S. 39 ff.

Das Oberziel eines interregionalen Einkommensausgleichs läßt sich im Rahmen einer "aktiven" Regionalpolitik ¹⁾ erreichen, indem man einmal das weitere Anwachsen von Disparitäten durch Erzielung gleicher Wachstumsraten in allen Regionen verhindert und zum anderen Disparitäten durch Erzielung überdurchschnittlicher Wachstumsraten in den ärmeren Regionen verringert.

Die Erreichung dieses Zieles sowie die Schaffung einer angemessenen Lebensqualität in allen Teilräumen und die Sicherung des Stabilitätszieles bedürfen ganz besonders der Intervention des Staates, da dieser Komplex die Verwirklichung eines optimalen gesamtwirtschaftlichen Wachstums verhindern kann. Diese Intervention wird durch das Prinzip des Sozialstaates begründet, woraus die Verpflichtung für den Staat erwächst, für eine umfassende Daseinsvorsorge in allen Teilräumen zu sorgen und somit eine Abwanderung aus den strukturschwachen Gebieten zu verhindern ²⁾.

Generell sind Oberziele unabdingbare Orientierungspunkte in der Regionalpolitik. Sie sind jedoch sehr allgemein und vage formuliert und bedürfen daher einer näheren Konkretisierung, um als Anhaltspunkte einer Wirkungsanalyse der Maßnahmen dienen zu können ³⁾. Es sollen also operationale Zwischen- und Unterziele ermittelt werden, über die eine weitgehende Übereinstimmung bei den wesentlichen regionalpolitischen Implikationen besteht und daher als geeignete Beurteilungskriterien für den Einsatz von Maßnahmen herangezogen werden können ⁴⁾.

1) Vgl. Monheim, R.: Aktiv- und Passivräume zum Problem der Begriffsbestimmung, in: RuR, 30. Jg., 1972, S. 51-58.

2) Vgl. Klaus, J.; Schleicher, H.: a.a.O., S. 10 ff.; Malz, Fr.: Taschenwörterbuch der Umweltplanung, München 1974, S. 342 ff.; Kumm, J.: Wirtschaftswachstum, Umweltschutz, Lebensqualität, Stuttgart 1975; Guldager, R.: Fachplanung im Spannungsfeld der Raumplanung, Bonn 1969, insbes. S. 54 ff.

3) Vgl. Brösse, U.: Ziele in der Regionalpolitik ..., a.a.O., S. 44 ff.

4) Vgl. March, J.E.; Simon, H.A.: Organizations, New York - London - Sydney 1965, S. 42; Gäfgen, G.: Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung, Tübingen 1968, S. 140 ff.

Bezüglich der räumlichen Implikationen des gesamtwirtschaftlichen Wachstumszieles werden in der Literatur zwei Konzepte unterschieden, die alternativ für die Zielkonkretisierung Verwendung finden können ¹⁾.

Allokationspolitischer Entscheidungsparameter ist im ersten Konzept die Grenzproduktivität der Produktionsfaktoren. Sie ist der quantifizierte Bestimmungsfaktor für den Produktionssteigerungseffekt der gesamten Volkswirtschaft. Demnach wird der höchste Wachstumsbeitrag dann geleistet, wenn die jeweiligen Produktionsfaktoren in den Regionen eingesetzt werden, in denen die Grenzproduktivität am höchsten ist ²⁾. Die optimale räumliche Allokation des jeweiligen Produktionsfaktors wird erreicht, wenn die Grenzproduktivität des entsprechenden Faktors in allen Regionen gleich ist.

Das Grenzproduktivitätskonzept basiert allerdings auf der realen Produktionsstruktur der jeweiligen Region, was dann zu Fehlerwartungen führen kann, wenn z.B. die ermittelten Produktivitäten auf einer veralteten Struktur basieren, was zwangsläufig nur zu einem relativ geringen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsbeitrag führen kann.

Das zweite Konzept basiert auf den potentiellen Möglichkeiten und bezieht die unausgenutzten Ressourcen in die allokationspolitischen Entscheidungsparameter ein. Es findet also als alternative Ausgangssituation des gesamtwirtschaftlichen Wachstumszieles das Entwicklungspotential für die Zielkonkretisierung Verwendung ³⁾.

1) Vgl. Storbeck, D.: Zur Operationalisierung der Raumordnungsziele, in: Kyklos, Bd. 22, 1970, S. 98 ff.

2) Vgl. Fürst, D.; Klemmer, P.; Zimmermann, K.: a.a.O., S. 99.

3) Vgl. Biehl, D.; Hußmann, E.; Rantenberg, K.; Schnyder, S.; Südmeyer, V.: Bestimmungsgründe des regionalen Entwicklungspotentials, Tübingen 1975; Weyl, H.: Räumliches Entwicklungspotential. Eine Grobübersicht, in: RuR, 34. Jg., 1976, S. 238 ff.; Eckey, H.Fr.: a.a.O., S. 70 f.; Fischer, J.: Regionalwirtschaftliche Wirkungen öffentlicher Ausgaben - Dargestellt am Beispiel der Realausgaben, Frankfurt/M. - Zürich 1979, S. 10 ff.

Demnach müssen die Komponenten des Entwicklungspotentials ermittelt werden. Dazu bedarf es geeigneter Kriterien. Nach Überwiegender Meinung in der Literatur sind für das Entwicklungspotential ¹⁾ diejenigen Faktoren bestimmend, die nach Erreichung einer bestimmten Entwicklungsstufe ein Wachstums-limit des Regionalprodukts darstellen. Dazu sollen sie die Kriterien der räumlichen und sachlichen Immobilität und Unteilbarkeit sowie einen hohen Grad an Polyvalenz (geringe produktspezifische Spezialisierung) erfüllen ²⁾. Arbeit und Kapital begrenzen mittelfristig die Entwicklung des regionalen Bruttoinlandprodukts nicht, da sie regional flexibel einsetzbar sind. Als relevante Potentialfaktoren werden daher die staatliche Infrastruktur, die Agglomeration und die sektorale Wirtschaftsstruktur angesehen.

Die räumlichen Implikationen des Ausgleichszieles werden durch die Ermittlung geeigneter Indikatoren zur Messung von regionalen Entwicklungsunterschieden ausgedrückt. Die Auswahl und Gewichtung dieser Indikatoren sind von großer politischer Relevanz ³⁾. Von den verschiedenen Indikatoren, die entwickelt wurden, ist für die regionale Wirtschaftspolitik jedoch besonders der interregionale Einkommensausgleich bedeutsam. Da das Einkommen von der Beschäftigungssituation abhängt ⁴⁾, interessiert hier vor allem die quantitative ⁵⁾ und qualitative ⁶⁾ Arbeitsplatzbeschaffung. Infolgedessen

-
- 1) Das regionale Entwicklungspotential (gemessen z.B. am BIP je Einwohner) ist das Regionalprodukt, das die Region bei optimaler Ausnutzung aller Ressourcen, die ihr zur Verfügung stehen erzielen könnte.
 - 2) Vgl. Biehl, D.: a.a.O., S. 31 ff.
 - 3) Vgl. Brösse, U.: Raumordnungspolitik, a.a.O., S. 40 f.; Simonis, U.E.: Sozialindikatoren als methodische Innovation, Erwartungen und Grenzen, in: Wirtschaftsdienst, 1977, S. 151 ff.
 - 4) Vgl. Klaus, J.; Schleicher, H.: a.a.O., S. 15 f.
 - 5) Quantitative Arbeitsplatzbeschaffung bedeutet die Beschaffung von neuen Arbeitsplätzen und damit die Erhöhung des Auslastungsgrades des Erwerbspersonenangebots.
 - 6) Qualitative Arbeitsplatzbeschaffung bedeutet die Arbeitsplatzbeschaffung mit einer hohen Einkommenswertigkeit, hoher Strukturkrisensicherheit und einer weitgehenden strukturellen Übereinstimmung der Arbeitsplätze mit dem Angebot an Arbeitskräften in der Region. Sie beinhaltet also stabilitätspolitische Elemente.

ist für die Regionalpolitik von Bedeutung, daß beim Bestehen von qualitativen Unterschieden zwischen dem regionalen Arbeitskräfteangebot und der -nachfrage qualifizierte Arbeitnehmer mit unterdurchschnittlichen Entlohnungschancen aus der Region abwandern.

Das Ziel einer interregionalen Angleichung der Lebensqualität ¹⁾ kann als Unterziel des Ausgleichszieles angesehen werden, da dies eine ausreichende Versorgung aller Regionen mit öffentlichen Gütern und Diensten bedeutet. Wegen der Immobilität der öffentlichen Güter müssen sie in erreichbarer Entfernung der Bevölkerung vorhanden sein, wie z.B. beim Konzept der zentralen Orte mit Hilfe der Zentralitätsstufen dargestellt wird ²⁾.

Das Stabilitätsziel wird als die Sicherung von Arbeitsplätzen und damit des Einkommens interpretiert und beinhaltet zwei Aspekte zur Krisenlösung. Zum einen den kurz- und mittelfristigen Aspekt, bei dem eine konjunkturelle Krise angesprochen wird, und zum anderen den langfristigen Aspekt im Hinblick auf eine strukturell bedingte Krise aufgrund sektoraler Umschichtungen ³⁾ im Rahmen gesamtwirtschaftlicher Wachstumsprozesse und damit einer einhergehenden Gefährdung von regionalen Arbeitsplätzen. Bezüglich der Arbeitsplatzsituation spielen vor allem die Faktoren "überaltete oder moderne Strukturen" und "Diversifikation der regionalen Produktion" eine Rolle ⁴⁾. Daher sollten die regionalpolitischen Aktivitäten dahin zielen, das Kapital in Gebieten mit schrumpfenden und stagnierenden Branchen einzusetzen.

1) Vgl. Lampe, P.: Gesellschaftliche Indikatoren als Instrumente zur Bestimmung von Zielen in Raumordnung und Landesplanung, im: RuR, 33. Jg., 1975, S. 175 ff.

2) Vgl. Christaller, W.: Die zentralen Orte in Süddeutschland, Jena 1933.

3) Dafür, ob eine Region vom Strukturwandel positiv oder negativ betroffen wird, ist ihre sektorale Wirtschaftsstruktur ausschlaggebend.

4) Vgl. Thoss, R.; Strumann, M.; Böltig, H.M.: Zur Eignung des Einkommensniveaus als Zielindikator der regionalen Wirtschaftspolitik, Münster 1974, S. 39.

Aus dem Vorangegangenen läßt sich feststellen, daß ein operationales, umfassendes und allgemein akzeptiertes Zielsystem nicht existiert. Weiterhin läßt sich konstatieren, daß einerseits stabilitätspolitische Zielsetzungen in der praktischen Regionalpolitik eine untergeordnete Rolle spielen und andererseits das Lebensqualitätsziel mit dem Verteilungsziel im Einklang steht.

Somit konzentriert sich das Interesse hinsichtlich der Zielbeziehungen aus dem Konflikt ¹⁾ zwischen Wachstums- und Verteilungsziel.

Wachstums- und Verteilungsziele stehen dann miteinander im Einklang, wenn das private Kapital in strukturschwachen Räumen gelenkt wird, unter der Voraussetzung der Gültigkeit der These, daß die Grenzproduktivität des Faktors Kapital in schwach industrialisierten peripheren Gebieten maximale Werte aufweist, während dies beim Faktor Arbeit in den Agglomerationen geschieht ²⁾.

Eine weitere Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß ein Ballungsoptimum existiert. Denn erst dann, wenn ein Ballungsoptimum vorliegt und zunehmend in dem betreffenden Raum Kapital konzentriert wird, nimmt die Grenzproduktivität des Kapitals ab.

Dadurch, daß die jeweiligen Ziele nicht isoliert oder voneinander unabhängig realisiert werden können, ergeben sich häufig konfliktäre Wechselwirkungen ³⁾, die anhand angewandter Maßnahmen bzw. Unterziele deutlich werden, denn einer-

1) Vgl. Albert, H.: Wissenschaft und Politik, in: Topitsch, E.: Probleme der Wissenschaftstheorie, Wien 1960, S. 223 ff.

2) Dies wurde bei Untersuchungen gezeigt (z.B. von Thoss, R.: Ein Vorschlag zur Koordinierung der Regionalpolitik in einer wachsenden Wirtschaft, in: Jb.f.N.u.S., Bd. 182, 1968/69, S. 490 ff.

3) Vgl. Giersch, H.: Das ökonomische ..., a.a.O., S. 393 ff.

seits sind die Ziele in ihren konkreten Ausprägungen teilweise widersprüchlich, andererseits jedoch verlangt das Rationalitätsprinzip deren Kompatibilität ¹⁾.

Wie erwähnt, besaßen die Bestrebungen in Griechenland nach einem größtmöglichen gesamtwirtschaftlichen Wachstum weitgehend Priorität für den gesamten Planungszeitraum. Dadurch mußten die einzelnen Teilgebiete der Volkswirtschaft den Charakter räumlicher Wachstumsträger erhalten, die je nach Möglichkeit mit verschiedener Effektivität zum gesamtwirtschaftlichen Sozialprodukt beitragen.

Dieses nun erhöht sich mit der Steigerung der Produktivität oder des Produktionsvolumens in denjenigen Teilgebieten einer Volkswirtschaft, die einen hohen Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum leisten und daher einerseits unter diesem Gesichtspunkt entsprechend gefördert werden sollen; andererseits kann - unter dem Gesichtspunkt allokativer Zielsetzungen - der Abbau von Überkapazitäten und die Verhinderung von Engpaßsituationen, also eine Wachstumsdrosselung wie z.B. im Raum Athen, als effektive Maßnahme betrachtet werden.

3.3. Raumgliederung

Mit der theoretischen Frage des strategischen Ansatzes hängt die Raumgliederungsproblematik zusammen, denn sie bildet die Grundlage für den Einsatz der Maßnahmenbündel.

Somit stellt die Bildung von Regionen den ersten Schritt regionalpolitischer Gestaltungsaktivitäten dar. Wie beim Planungsbegriff, so findet sich auch hier eine Fülle unter-

1) Eine nähere Beschäftigung mit den gegebenen Zielsetzungen ist somit angezeigt.

schiedlicher Darstellungen, die die Raumbeschreibung zum Gegenstand haben ¹⁾. Die wesentlichen Definitionen beinhalten folgende Punkte ²⁾:

- Regionen sind Aggregate von Raumpunkten, die Teile einer übergeordneten Raumeinheit darstellen.
- Die Regionen stellen räumlich geschlossene Einheiten dar und stehen in einem räumlichen Nachbarschaftsverhältnis zueinander.
- Kein Raumteil kann isoliert betrachtet werden, folglich sind auch immer die interregionalen Beziehungen mit zu berücksichtigen.
- Die Regionalisierung ist untrennbar verbunden mit den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Zielen.

Zusammenfassend ergibt sich, daß unter Regionalisierung die zielbezogene flächendeckende Unterteilung eines Gesamtraumes in Gebietseinheiten (Regionen) zu verstehen ist ³⁾. Dabei ist die Region nicht als bloße Anhäufung von Standorten, sondern vielmehr als Beziehungsgefüge zu betrachten, das durch wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Aktivitäten der Regionsbevölkerung geprägt ist und gleichzeitig im Austausch mit den anderen Regionen und übergeordneten Zentren wirksam wird (z.B. Metropole).

1) Zum Begriff der Region vgl. Brösse, U.: Ziele in der Regionalpolitik ..., a.a.O., S. 28 f.

2) Vgl. Fürst, D. u.a.: a.a.O., 1976, S. 14; Isbary, G.: Grundfragen der Raumordnung und Landesentwicklung bei der Territorialreform im Raum Hannover, Hannover 1968, S. 13; Lange, K. u.a.: Regionen, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1970², Sp. 2705-2719; Dickinson, R.F.: Regional Ecology. The Study of Man's Environment, New York - London - Sydney - Toronto 1970, S. 27; Deutscher Gemeindetag/Deutscher Landkreistag: die Region als neue Raumordnungseinheit, Bad Godesberg - Bonn 1964, S. 5; Lauschmann, E.: Grundlagen einer Theorie der Regionalpolitik, Bd. 2, Hannover 1975³, S. 15; Ruppert, K.; Schaffer, F.: Raumorganisation der Funktionsgesellschaft. Sozialgeographische Aspekte urbanisierter Lebensformen unter besonderer Berücksichtigung von Beispielen aus Bayern, Hannover 1971, S. 50.

3) Vgl. Fürst, D. u.a.: a.a.O., 1976, S. 14.

Die Abgrenzung von Regionen kann nach der analytischen oder nach der synthetischen Methode geschehen ¹⁾. Die analytische Methode folgt dem Bestreben, aus der mannigfaltigen Auswahl an Merkmalen, die innerhalb eines Gebietes auftauchen, diejenigen herauszufiltern, die für das jeweils zu untersuchende Problem wesentlich erscheinen ²⁾. Demnach ist also mit Hilfe vorgegebener Prinzipien eine Auswahl der wichtigsten Merkmale zu treffen, wobei das jeweilige Untersuchungsziel die Richtung bestimmt ³⁾. Voraussetzung für die Anwendung dieser Methode ist allerdings eine gewisse Kenntnis des Regionalsystems.

Die synthetische Methode geht den entgegengesetzten Weg, indem sie eine möglichst große Anzahl von Charakteristika zur Abgrenzung von Regionen verwendet ⁴⁾. Diese Charakteristika bedürfen jedoch der Gewichtung, um eine Raumabgrenzung in der Praxis durchführen zu können. Da sie im allgemeinen eine räumlich unterschiedliche Reichweite und Wirkung besitzen, vermitteln sie notwendigerweise verschiedene Aussage- und Erkenntniswerte. In der Praxis hat sich hauptsächlich der analytische Regionsbegriff durchgesetzt. Die Abgrenzung von Regionen richtet sich nach folgenden Kriterien:

- dem Homogenitätsprinzip
- dem Funktionalitätsprinzip und
- dem Planungsprinzip.

1) Vgl. Lauschmann, E.: a.a.O., S. 15 ff.

2) Vgl. Boustedt, O.; Ranz, H.: Regionale Struktur- und Wirtschaftsfor-
schung, Aufgaben und Methoden, in: ARL, Bd. 33, Bremen-Horn 1957,
S. 45 f.; Fischer, A.: Die Struktur von Wirtschaftsräumen. Ein Bei-
trag zur Anwendung statistischer Methoden in der Regionalforschung,
Wiesbaden 1963, S. 40 ff.

3) Vgl. Geisenberger, S.; Mälich, W.; Müller, J.H.; Strassert, G.: Zur
Bestimmung wirtschaftlichen Notstands und wirtschaftlicher Entwick-
lungsfähigkeit von Regionen, in: ARL, Bd. 59, Hannover 1970, S. 84.

4) Vgl. Boustedt, O.: Grundriß der empirischen Regionalforschung, Teil I:
Raumstrukturen, Hannover 1975, S. 73 ff.

Beim Homogenitätsprinzip interessieren in erster Linie jene Merkmale, die man nach dem Gesichtspunkt der Gleichartigkeit zusammenfassen kann. Funktionale Beziehungen werden daher eher vernachlässigt. Demnach sind homogene Regionen als Raum-ausschnitte zu verstehen, bei denen jene Raumpunkte zu einem Aggregat zusammengefaßt sind, die hinsichtlich bestimmter Untersuchungspunkte gleiche oder ähnliche Charakteristika aufweisen. Als Beispiel für diese Art der Abgrenzung von Regionen kann die Aufteilung nach dem Kriterium der Bevölkerungsdichte in Ballungs- und ländliche Gebiete gelten.

Will man hingegen zu einer Beurteilung miteinander verflochter Raumpunkte gelangen oder die Effekte untersuchen, die durch regionalpolitische Aktionen entstehen, bedarf es einer funktionalen Raumgliederung ¹⁾. Nach dem Funktionalitätsprinzip sind insbesondere die sozio-ökonomischen Verflechtungen zwischen einem Zentrum und dessen Einflußbereich bedeutsam. Gegenstand der Betrachtung sind darüber hinaus alle möglichen Varianten intraregionaler Interdependenzen. Ganz besonders zu berücksichtigen sind die wechselseitigen Beziehungen sowie Überschneidungen im sekundären und tertiären Sektor ²⁾. Denn man kann aus den Erkenntnissen des hierarchischen Systems ³⁾ von Christaller ableiten, daß die zentralen tertiären Funktionen gleichsam ein Netz bilden, das über dem regionalen Geflecht der Produktionsstätten des sekundären Sektors liegen.

Unterzieht man nun die Abgrenzung von Gebietseinheiten nach funktionalen Gesichtspunkten einer analytischen Betrachtung, so läßt sich erkennen, daß diese Einteilung bewußt nach he-

1) Zu den Beziehungen zwischen funktionalen und homogenen Abgrenzungen vgl. Kraemer, D.: Funktionale Raumeinheiten für die regionale Wirtschaftspolitik, Bochum 1975, S. 53 ff.

2) Vgl. Böventer, E.V.: Die Struktur der Landschaft. Versuch einer Synthese und Weiterentwicklung der Modelle J.H. von Thürens, W. Christallers und A. Löschs, in: Sch.d.V.f.S., N.F., Bd. 27, Berlin 1972, S. 123.

3) Vgl. Christaller, W.: a.a.O.

terogenen Merkmalen geschieht ¹⁾. Letztere sind verantwortlich für die Beschränkung der Produktionsaktivitäten auf wenige Raumpunkte. Sie treten vor allem bei Unteilbarkeiten sowie Ersparnissen im Produktionsbereich auf. Generell gesehen, bilden diese heterogenen Charakteristika sozusagen den Ausgangspunkt für das Entstehen räumlicher Arbeitsteilung und die Entwicklung von Austauschbeziehungen zwischen den Raumpunkten. Die wichtigsten Kategorien, die in der Regionalpolitik als Maßstäbe für eine funktionale Raumteilung dienen, sind die regionalen Arbeitsmärkte und die Verflechtungsbereiche zentraler Güter. Erstere basieren auf der räumlichen Mobilität der Arbeitskräfte, letztere auf der Mobilität der Konsumenten von Dienstleistungen innerhalb eines Gebietes. Unter die nach dieser Aufteilung gebildeten Regionen fallen vorwiegend Wachstumspole und Entwicklungsachsen mit ihren Einflußbereichen sowie die zentralen Orte ²⁾.

Die Abgrenzung homogener und funktionaler Regionen aufgrund von Strukturmerkmalen und Verflechtungen dient primär dem Zweck der Beschreibung, Charakterisierung und Typisierung von Teilräumen, ohne daß dabei über Veränderungen der Merkmale und deren Rückwirkungen auf die Abgrenzung von Regionen nachgedacht wird. Gerade diese Veränderungen sind jedoch für die Regionalpolitik von großer Bedeutung. Denn die theoretische Fundierung der homogenen und funktionalen Regionen (das sind landwirtschaftliche und natürliche Gegebenheiten einerseits, Industrie- und Handelsbeziehungen andererseits) vermag dem dynamischen Charakter der Planungsregion nicht zu genügen, soweit diese Gegebenheiten lediglich statisch betrachtet werden. Es müssen also zusätzlich die (noch zu schaffenden) Strukturen ³⁾ ins regionalpolitische Blickfeld gerückt werden.

1) Vgl. Brösse, U.: Zur begrifflichen Klärung und Abgrenzung des Konzepts funktionsräumlicher Arbeitsteilung, in: RuR, 35. Jg., 1977.

2) Vgl. Kraemer, D.: a.a.O., S. 53 ff.

3) Vgl. Lange, K.: Artikel "Regionen", in: HdRR, Hannover 1970².

In den Planungsregionen ¹⁾ sind die Anwendungsbedingungen dann entsprechend den Zielen der Regionalpolitik aktiv herbeizuführen. Inwieweit die Ereignisse, die aufgrund einer fundierten Theorie prognostiziert werden, in der Praxis eintreffen, hängt generell davon ab, ob die regionalpolitischen Maßnahmen in der Lage sind, die Anwendungsbedingungen zu erfüllen ²⁾.

3.4. Wachstumstheoretische Konzeptionen

Die Feststellung bestehender Disparitäten zwischen regionalpolitischen Zielsetzungen und der tatsächlichen Raumstruktur erfordert die Suche nach Möglichkeiten, die regionalen Wachstumsraten zielgerecht zu beeinflussen. Die Ansätze zur Erklärung regionalen Wachstums lassen sich dabei in zwei übergeordnete Kategorien einteilen, denn grundlegend unterscheidet man zwischen den traditionellen Entwürfen ³⁾, die generell von einem gleichgewichtigen Wachstum ausgehen, und den Polarisationsmodellen, die sich auf die Hypothese eines ungleichgewichtigen Wachstums stützen.

1) Vgl. Brede, H.; Ossorio, C.: Begriff und Abgrenzung der Region unter besonderer Berücksichtigung der Agglomerationsräume, München 1967, S. 16.

2) Vgl. Klemmer, P.; Kraemer, D.: Regionale Arbeitsmärkte, Bochum 1975, S. 10 ff.; Bartels, D.: Die Abgrenzung von Planungsregionen in der Bundesrepublik Deutschland - eine Operationalisierungsaufgabe, in: ARL, Bd. 98, 1975.

3) Vgl. Thünen, J.H. von: Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, Stuttgart 1962⁴; Lösch, A.: Die räumliche Ordnung der Wirtschaft, Stuttgart 1962³; zusammengefaßt bei Ritter, W.; Strzygowski, W.: Geographie, Berlin - Darmstadt 1970, S. 121 ff.; Hoffmann, L.: Entwicklungstheorien des ausgewogenen und unausgewogenen Wachstums: eine Gegenüberstellung, in: ZfgS, Bd. 121, 1965, S. 546 ff.; Isard, W.: Location and the Space Economy. A General Theory Relating to Industrial Location, Market Areas, Land Use, Trade and Urban Structure, New York - London 1956; Börenter, E. von: Theorie des räumlichen Gleichgewichts, Tübingen 1962; Tinbergen, J.: Über die Theorie der Wirtschaftspolitik, Köln - Berlin 1967², S. 383 ff.; Weber, A.: Über den Standort der Industrien, Tübingen 1922.

Aufgrund der Auseinandersetzung mit den griechischen Entwicklungsprogrammen kristallisierte sich die Polarisations-
theorie als Basis der Entwicklungsstrategie der griechischen
Regionalpolitik heraus.

3.4.1. Die Polarisierungstheorie

Die Untersuchung intraregionaler Bedingungen, die für ein un-
gleichgewichtiges Wachstum verantwortlich sind, sowie die
Auseinandersetzung mit den durch regionale Wachstumsprozesse
bedingten Interdependenzen zwischen den einzelnen Regionen
bilden die zwei Hauptbeschäftigungsbereiche der regionalen
Polarisierungstheorie.

Polarisation wird definiert als Nettoeffekt zentripedaler
und -fugaler Wirkungen, womit Entzugs- und Ausbreitungsef-
fekte gemeint sind ¹⁾.

Um das Entstehen polarisierter Organisationsstrukturen hin-
reichend erklären zu können, muß neben diesen Nettoeffekten
auch noch die beschränkte Mobilität der Wachstumsdetermi-
nanten berücksichtigt werden.

Im Zusammenhang mit diesen Wirkungen stellt Perroux die Ef-
fekte der motorischen Einheit dar. Bei Hirschmann ²⁾ läßt
sich eine optimistische Haltung bezüglich der Wirksamkeit
von Ausbreitungseffekten erkennen, wogegen Myrdal ³⁾ vom
Prinzip der zirkulär-kumulativen Verursachung ausgeht, was
eine höhere Bewertung der Entzugseffekte bedeutet. Ein wei-
terer Beitrag zu dieser Problematik erfolgte von Richardson,

1) Vgl. Richardson, H.: Regional Growth Theory, London and Basingstoke
1973, S. 31 f.; Siebert, H.: Regionales Wirtschaftswachstum und inter-
regionale Mobilität, Tübingen 1970, S. 183 ff.

2) Vgl. Hirschmann, A.: Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung,
Stuttgart 1967, S. 175.

3) Vgl. Myrdal, G.: Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen.
Frankfurt a.M. 1974, S. 25 ff.

der durch sein Modell zur Erfassung intraregionaler Entwicklungen die Wirkungen oben genannter Effekte näher spezifizierte ¹⁾.

Zu den konstitutiven Aussagen dieser Theorie zählen ²⁾:

1. Das im Raum stattfindende Wachstum vollzieht sich ungleichmäßig in Wachstumspunkten unterschiedlicher Intensität und ist über Kanäle mit veränderlichen Endeffekten verteilt. Diese Verteilung wird von den Diffusionsprozessen der Innovationen bestimmt, was bedeutet, daß die Beschränkung der Diffusionen (selektive Mobilität) das Entstehen unterschiedlicher Wirtschaftsstrukturen hervorruft.
2. Die Wachstumsdeterminanten sind aufgrund von Kommunikationskosten in ihrer Mobilität eingeschränkt. Wobei der Effizienzgrad der Produktionsfaktoren durch den Stand des technischen Wissens und der strukturverändernden Einwirkung der Innovationen bestimmt wird. Die Mobilitätseinschränkung wirkt sich in den Bereichen der zeitlichen, quantitativen und qualitativen Selektivität aus. Von zeitlicher Selektivität spricht man, wenn sich die Diffusion und Adaption von Innovationen in unterschiedlichem Tempo vollzieht. Von quantitativer, wenn mit wachsender Entfernung die Mobilitätskosten zunehmen. Qualitative Selektivität liegt dann vor, wenn mit steigender Qualität eine Abnahme der Mobilitätskosten zu verzeichnen ist.
3. Allein durch die Immobilitäten einzelner Wachstumsdeterminanten, die untereinander verkoppelt sein können, besteht die Möglichkeit, Tendenzen regionalpolarisierten Wachstums zu begründen ³⁾.

1) Vgl. Richardson, H.: Growth Pole Spillover: The Dynamics of Backwash and Spread, in: Regional Studies, Vol. 10, 1976, S. 1 ff.

2) Vgl. Buttler, F.; Gerlach, K.; Liepmann, P.: Grundlagen der Regionalökonomie, Reinbek bei Hamburg 1977, S. 84 ff.

3) Vgl. Buttler, F.: Growth Pole Theory and Economic Development, Farnborough, Hants 1975, S. 19 f.

4. Der Urbanisierungsprozeß ist Mittel und Ergebnis des polarisierten regionalen Wirtschaftswachstums. In dieser Hinsicht besitzen die städtischen Agglomerationen wegen ihrer bedeutenden Marktgröße und sozialen Interaktionsdichte eine besonders geeignete räumliche Dimension für die geographische Verdichtung abstrakt räumlicher Kräftefelder.

In der Diskussion über die Polarisierungstheorie ergaben sich - besonders im Hinblick auf die Interpretation des Raumbegriffes - zahlreiche Mißverständnisse, die schließlich dazu führten, daß dem Perroux'schen Raumverständnis, das von einem abstrakten Kräftefeld ausgeht, ganz konkret eine geographische Dimension zugeschrieben wurde. Und - obwohl diese Auffassung jeglicher theoretischen Grundlagen entbehrt - fand sie vielfach praktische regionalpolitische Anwendung ¹⁾.

Im folgenden ist nun die Frage zu eruieren, ob die Polarisierungstheorie die Entstehung von Polen an bestimmten Standorten hinreichend erklärt und ob durch die schnellen Wachstumsraten der Pole eine ausstrahlende Wirkung und Weiterentwicklung des zurückgebliebenen Umlandes stattfindet. Als Ausgangspunkt für diese Überlegungen dient die Darstellung und Auseinandersetzung mit dem sektoralen Basismodell von Perroux, dem sektoral-regionalen Konzept und schließlich dem regionalen Polarisationsmodell, das nicht notwendigerweise auf dem sektoralen Bezugssystem industrieller Pole aufgebaut ist.

1) Vgl. Hansen, N.M.: French Regional Planning, Edinburgh 1968; Thumm, U.: Die Regionalpolitik als Instrument der französischen Wirtschaftspolitik, Berlin 1968, S. 17 ff.; Buttler, F.: Growth ..., a.a.O.; Weinstock, U.: Regionale Wirtschaftspolitik in Frankreich. Eine Auseinandersetzung mit ihren Problemen und Methoden, Hamburg 1968.

3.4.1.1. Das sektorale Wachstumspolkonzept

In der auf F. Perroux zurückgehenden Basishypothese der Polarisierungstheorie werden Wachstums- bzw. Entwicklungspole als motorische Einheiten verstanden ¹⁾, die einfach oder komplex auftreten können und folgende Charakteristika ²⁾ besitzen sollten:

- dominante Position
- hoher Grad interindustrieller Verflechtungen
- überdurchschnittliches Wachstum
- bedeutende Größe.

Bei letztgenanntem Kriterium herrscht allerdings grundsätzlich Uneinigkeit hinsichtlich seiner Bedeutung, darüber hinaus ergeben sich durch die Ungenauigkeit der Begriffe "bedeutende Größe" und "überdurchschnittliches Wachstum" Operationalisierungsschwierigkeiten. Als interindustrielle Verflechtungen gelten die sogenannten Vorwärts- und Rückwärtskopplungen, die zwischen der Schlüsselindustrie und den mit ihr verbundenen ökonomischen Einheiten bestehen.

Die Größe des Outputs an Zwischenprodukten ist bestimmend für das Ausmaß an Vorwärtskopplungen, während für den Grad an Rückwärtskopplungen der Input von Industriegütern - in Relation zum Bruttoproduktionswert - Bedeutung hat. Das Kriterium der Dominanz motorischer Einheiten wird durch deren Größe, Macht und Stellung innerhalb der Gesamtwirtschaft charakterisiert.

1) Vgl. Perroux, F.: Note sur la notion de pôle de croissance, in: Economie Appliquée, 1955, S. 307 ff.; derselbe: La firme motrice dans la région et la région motrice, in: L'économie du xxe siècle, Paris 1969³, S. 230; derselbe: Economic Space: Theory and Applications, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 64, 1950, S. 89 ff.

2) Vgl. Darwent, D.: Growth Poles and Growth Centers in Regional Planning - A Review, in: Environment and Planning, Vol. I, 1969, S. 6.

Die genannten Wachstumspole mit ihren soeben beschriebenen Charakteristika wirken auf den technischen, den Einkommens-, den psychologischen und den geographischen Bereich ein. Diese Polarisierungseffekte lassen sich im einzelnen wie folgt umreißen:

- Technische Polarisierung

Durch produktionsbedingte Verflechtungen der Wachstumsindustrie ergeben sich technische Zügeffekte ¹⁾, die als Vorwärts- und Rückwärtskopplungseffekte bekannt sind; letztere betreffen den Zulieferbereich und sind von besonderer Wichtigkeit, da eine Produktionssteigerung der Schlüsselindustrie einen zusätzlichen Output der Zulieferer induziert. Der Polarisierungseffekt ist um so größer, je stärker die Verflechtung der verschiedenen Wirtschaftszweige mit der 'firme motrice' ist.

- Einkommenseffekte

Durch die motorische Unternehmung und den damit verbundenen Verflechtungszweigen werden zusätzliche Einkommen geschaffen, die wiederum die potentielle Nachfrage primär im tertiären Sektor erhöhen, wodurch dieser Bereich neue Impulse und Ausweitung erfahren kann.

- Psychologische Effekte

Aufgrund erfolgreicher Investitionen im motorischen und den mit ihm zusammenhängenden Bereichen ergibt sich ein durch Informationen und Nachahmungen intensiviertes Erfolgsklima, das sich günstig auf die Investitionsbereitschaft auswirkt ²⁾.

1) Vgl. Davin, L.: *Economic régionale et croissance*, Paris 1964, S. 58 ff.

2) Vgl. Paelinck, J.: *La théorie du développement régional polarisé*, in: *Cahiers de I.S.E.A.*, No. 159, 1965, S. 5 ff.

- Die geographische Polarisierung

Direkt aus der Perroux'schen Theorie kann der räumliche Bezug nicht abgeleitet werden, denn Perroux definiert den Raumbegriff als eine Abstraktion ¹⁾. Er stellt dem geographischen ('banalen') den ökonomischen (geonomischen) Raum gegenüber. Daraus folgt ²⁾, daß mit der Prozeßanalyse Perroux' in abstrakten Räumen allenfalls sektorale Polarisierungseffekte erklärt werden können.

Demzufolge entstand bei Boudeville und den meisten anderen Vertretern der Wachstumspoltheorie das Bemühen, den geographischen Raumbegriff normativ in dieses Konzept miteinzubeziehen ³⁾, wobei ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet war, der geographischen Entfernung besondere Berücksichtigung angedeihen zu lassen und den räumlichen Intensitätsunterschieden hinsichtlich der bestehenden Beziehungen zwischen den einzelnen Wirtschaftseinheiten Rechnung zu tragen.

Man ging also davon aus, daß innerhalb geographischer Polarisierungen engere Beziehungen zwischen den ökonomischen Aktivitäten bestünden als zwischen Industrien, die außerhalb

-
- 1) "Il existe donc autant d'espaces que de systèmes de relations abstraites qui définissent un objet." Perroux, F.: Les Espaces économiques, in: Perroux, F.: L'économie du xxème siècle, Paris 1969, S. 161.
 - 2) Vgl. Buttler, F.: Entwicklungspole und räumliches Wirtschaftswachstum, Tübingen 1973; Hermansen, T.: Development Poles and Related Theories: A Synoptic Review, in: Hansen, N.M. (Ed.): Growth Centers in Regional Economic Development. New York - London 1972, S. 167 f.; Lasuen, J.R.: On Growth Poles, in: Urban Studies, Vol. 6, 1969, S. 138 f.; Hansen, N.M.: Development Pole Theory in a Regional Context, in: Kyklos, Vol. 20, 1967, S. 712 f.; Paelinck, J.: a.a.O., S. 11; Darwent, D.F.: a.a.O.; Moseley, M.J.: Growth Centres in Spatial Planning, New York - Toronto 1974, S. 3 f.; Holland, St.: Capital Versus the Regions, London - Basingstoke 1976, S. 49 ff.; Schilling-Kaletsch, J.: Wachstumspole und Wachstumszentren, Hamburg 1976, insbes. S. 14 ff.
 - 3) Vgl. Boudeville, J.R.: Les espaces économiques, Paris 1961; derselbe: Problems of Regional Economic Planning, Edinburgh 1966; Davin, L.E.: a.a.O.; Körner, H.: Industrielle Entwicklungspole als Instrumente der Regionalpolitik in Entwicklungsländern, in: Kyklos, Vol. 20, 1967, S. 689; Nichols, V.: Growth Poles - An Evaluation of Their Propulsive Effect, in: Environment and Planning, Vol. 1, 1969, S. 193 ff.

dieser Region liegen; somit ergäbe sich ein gemeinsames Vor-
kommen aller Polarisierungseffekte, die eine Induktion weite-
rer Wachstumsimpulse bewirken würden. Diese Effekte machen
sich als "localization economies" (externe Ersparnisse durch
die geographische Nähe gleichartiger Aktivitäten) und als
"urbanization economies" (externe Ersparnisse durch die geo-
graphische Nähe verschiedener Aktivitäten) ¹⁾ bemerkbar.

3.4.1.2. Das sektoral-regionale Wachstumspolkonzept

Die interindustriellen Input-Output-Beziehungen charakteri-
sieren die sektorale Polarisierung im abstrakten ökonomischen
Raum und bilden gleichzeitig den Kernpunkt der Wachstumspol-
theorie.

Buttler und Mitarbeiter ²⁾ unterscheiden in diesem Zusammen-
hang die Wachstumspole in sektorale und sektoral-regionale,
um durch den Einbezug anfallender Kommunikationskosten eine
Bedingung für die räumliche Komponente zu erhalten. Die Kom-
munikationskosten bewirken unter Berücksichtigung standort-
bezogener Effizienz-Kriterien nur dann eine räumlich-nach-
barschaftliche Ansiedlung sektoraler Wachstumspole, wenn
sie "unter sonst gleichen Bedingungen bezüglich der Vertei-
lung der Wachstumsdeterminanten im Raum so hoch sind, daß
erst in räumlicher Nähe die Vorteile der sektoralen Polari-
sierung durch Input-Output-Beziehungen wirksam werden." ³⁾

Die Kommunikationskosten umfassen außer Transportkosten auch
schwer quantifizierbare interne und externe Agglomerations-
vorteile sowie psychische Opportunitätskosten der Standort-
wahl etc.; bleibt nun der oben erwähnte räumliche Polarisierung

1) Vgl. Isard, W.: Location ..., a.a.O., S. 172 ff.

2) Vgl. Buttler, F.; Gerlach, K.; Liepman, P.: Grundlagen ..., a.a.O.,
S. 87 ff.

3) Ebenda, S. 89.

tionseffekt aus, so streuen sich räumlich die von dem motorischen Bereich ausgehenden Impulse und werden in anderen Teilgebieten einer Volkswirtschaft wirksam¹⁾.

Betrachtet man die Rolle der Kommunikationskosten (insbesondere der Transportkosten) im wirtschaftlichen Zeitablauf, so lassen sie sich bestenfalls in den frühen Stufen der kapitalistischen Entwicklung als Determinante der räumlichen Konzentration sektoraler Pole erkennen, während ihr gegenwärtiger Anteil an den betrieblichen Gesamtkosten nur gering ist²⁾.

Verschiedene empirische Untersuchungen beweisen, daß nur für diejenigen Sektorenpaare ein Zusammenhang zwischen Input-Output-Beziehungen und räumlicher Konzentration besteht, die durch ihre spezifische Branchenzugehörigkeit eine enge Verbundenheit im Produktionsablauf erfahren. Solche Industrien sind vor allem chemische, petrochemische und metallverarbeitende Komplexe³⁾. Ansonsten ergibt sich aufgrund unter-

-
- 1) So blieben die erhofften regionalen Komplementaritätseffekte in Lothringen und de Lacq im Südwesten Frankreichs, vgl. Aydalot, P.: Etude sur le processus de polarisation et sur les réactions des industries anciennes à la lumière de l'expérience de Lacq, in: Cahiers de l'Institut de Science Economique Appliquée. Nr. 159, 1955, S. 111-164, sowie in Süditalien, Südspanien und Puerto Rico, vgl. Isard, W.: Introduction to Regional Science, Englewood Cliffs, N.J. 1975, S. 437 ff.
 - 2) Vgl. Edwards, S.L.: Transport cost in British Industry, in: Journal of Transport Economics, Vol. 4, 1970, S. 265 ff.; Holland, S.: Regional Under-Development in a Developed Economy: The Italian Case, in: Regional Studies, Vol. 5, 1971, S. 86; derselbe: The Regional Problem, London - Basingstoke 1976, S. 48; O'Farrell, P.N.; O'Loughlin, B.: An Analysis of New Industry Linkages in Ireland, Dublin 1980; Taylor, M.J.: Spatial Competition and the Sales Linkages of Auckland Manufacturers, in: Hamilton, F.E.I. (Ed.): Contemporary Industrialization, London 1978, S. 144 ff.; Norcliffe, G.B.: A Theory of Manufacturing Places, in: Collins, L.; Walker, D.F. (Eds.): Locational Dynamics of Manufacturing Activity, London 1975, S. 19 ff.
 - 3) Vgl. Richter, Ch.E.: Systematic Relationships Between Industrial Linkages and the Agglomeration of Manufacturing Industries, in: Review of Regional Studies, Vol. 1, 1970, S. 37 ff.; derselbe: The Impact of Industrial Linkages on Geographic Association, in: Journal of Regional Science, Vol. 9, 1969, S. 19 ff.; Manne, A.S.; Markowitz, H.M. (Eds.):
- Fortsetzung der Anmerkungen S. 54!

schiedlicher Gegebenheiten in der qualitativen Ausstattung und Produktionsleistung regionaler Betriebe (im Vergleich zu den dynamischen Unternehmen) eine Begrenzung der Input-Output-Beziehungen zwischen den einzelnen Industrien ¹⁾.

Vorangegangenen Überlegungen zufolge läßt sich insgesamt gesehen feststellen, daß das Verflechtungsargument einen räumlichen Bezug der Wachstumspoltheorie nicht hinreichend begründen kann ²⁾. Die zweite Aussage der zentralen Hypothese geht davon aus, daß durch den Einkommensmultiplikator eine Ausstrahlung der Wachstumsraten von den Polen auf das zurückgebliebene Umland stattfindet und somit die Entwicklung dieses Umlandes sowie ein Ansteigen des regionalen Einkommens erreicht wird.

Inwieweit die wirtschaftliche Entwicklung im Gesamttraum durch Wachstumspole beeinflusst wird, hängt generell von den

Fortsetzung der Anmerkungen von S. 53:

Studies in Process Analysis, New York - London 1963; Scott, A.J.: Location and Linkage Systems: A Survey and Reassessment, in: The Annals of Regional Science, Vol. XVII, 1983, S. 1 ff.; Isard, W.: Introduction ..., a.a.O., S. 437 ff.; Isard, W.; Schooler, E.W.; Vietorisz, T.: Industrial Complex Analysis and Regional Development - A Case Study of Refinery - Petrochemical - Synthetic Fiber Complexes in Puerto Rico, New York 1959; Czamanski, S.; Szamanski, D.: Study of Spatial Industrial Complexes, Halifax (Nova Scotia) 1976; Szamanski, S.: Some Empirical Evidence of the Strengths of Linkages, Between Groups of Related Industries in Urban-Regional Complexes, in: Papers of the Regional Science Association, 27, 1975, S. 137 ff.; Streit, M.E.: Regionalpolitische Aspekte des Wachstumspolkonzepts, in: JfS, Bd. 22, 1971, S. 221 ff.; derselbe: Spatial Associations and Spatial Linkages Between Industries, in: Journal of Regional Science, Vol. 9, 1969, S. 182 ff.; Cladellas, J.A.; Clusa Oriach, I.: Desarrollo Regional y localización industrial en Espana, in: Boletín Estudios Económicos, No. 86, Bilbao 1972, S. 474 ff.

-
- 1) Vgl. Hilhorst, J.: Development Axes and the Diffusion of Innovation, in: Development and Change, Vol. IV, 1972/73, S. 2 ff.
 - 2) Vgl. Darwent, D.F.: a.a.O., S. 5 ff.; Buttler, F.; Gerlach, K.; Liepmann, P.: Grundlagen ..., a.a.O., S. 89; Hoare, A.G.: Linkage Flows, Locational Evaluation, and Industrial Geography: A Case Study of Greater London, in: Environment and Planning A, Vol. 7, 1975, S. 41 ff.; Lasuen, J.R.: Urbanisation and Development. The Temporal Interaction Between Geographical and Sectoral Clusters, in: Urban Studies, Vol. 10, 1973, S. 163 ff.; Streit, M.E.: Regionalpolitische ..., a.a.O., S. 229; Wickeren, A.C. van: Interindustry Relations. Some Attraction Models, Rotterdam 1971.

räumlichen Diffussionsprozessen ab. Diese werden einerseits durch die von den Entwicklungspolen ausgestrahlten Impulse und andererseits durch die Fähigkeit der Teilräume, Impulse zu empfangen ¹⁾, bestimmt. Die Adaptionsefähigkeit läßt sich dadurch erklären, daß in einem Gebiet mit höherem Entwicklungsstand ein besserer Ausbau der Infrastruktur und der Kommunikationskanäle gegeben ist, was zu einer Verstärkung der Diffusionseffekte führt und einen Abbau von Widerständen gegen diese Effekte bewirkt. Vergleicht man nun diese Situation mit den Gegebenheiten in weniger entwickelten Regionen, so bietet sich ein völlig anderes Bild der Verhältnisse, vor allem im Hinblick auf den bereits angesprochenen Standard der Infrastruktureinrichtungen und des Informationsapparates, was eine verminderte Adaptionsefähigkeit zur Folge hat ²⁾. Somit ist ein automatisches Auftreten der Ausbreitungseffekte nicht gegeben.

Weiterhin läßt sich im Hinblick auf die weniger entwickelten Regionen feststellen, daß sich hier die vom Pol ausgehende Sogwirkung besonders stark bemerkbar macht ³⁾, was darauf zurückzuführen ist, daß der Pol Ressourcen, wie z.B. die fähigsten und dynamischsten Arbeitskräfte (aufgrund bestehender Diskrepanzen hinsichtlich der Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten) an sich zieht; und dadurch die Entwicklung des Hinterlandes verhindert.

Aus diesen Beobachtungen ergibt sich die Schlußfolgerung, daß in rückständigen Gebieten das freie Spiel der Kräfte nicht in der Lage ist, eine Beseitigung bestehender Unter-

1) Vgl. Lauschmann, E.: Grundlagen ..., a.a.O., S. 102 f.

2) Vgl. Richardson, H.W.: Regional Economics, Location Theory, Urban Structure and Regional Change, London 1969, S. 247 ff.; Hilhorst, J.: a.a.O., S. 2 ff.; Buttler, F.: Growth Pole Theory, Farnborough 1975, S. 159 ff.

3) Vgl. Koenigsberger, O.: Cities for Urban Pioneers, in: Ekistics, Bd. 42, 1976, S. 73 ff.; Myrdal, G.: Ökonomische Theorie ..., a.a.O., S. 38 f.

schiede zu erreichen, sondern vielmehr die Kluft zwischen den bestehenden Ungleichheiten noch vergrößert. Lediglich aufgrund der Tatsache, daß man die Abflusseffekte der Wachstumspole bei weitem überschätzt, läßt sich die Überbewertung der regionalen Multiplikatoren ¹⁾ erklären.

3.4.1.3. Das regionale Wachstumspolkonzept

Da die Wachstumspoltheorie keine Antwort auf die Frage nach Entstehungsbedingungen von Wachstumspolen und einem damit verbundenen räumlichen Bezug zu geben vermag, wurde es notwendig, andere Theorien miteinzubeziehen - allen voran das Siedlungsstrukturkonzept -, um dadurch eine standorttheoretische Absicherung der Polarisierungstheorie zu erreichen ²⁾. Man geht davon aus, daß interne Unteilbarkeiten bei gleichzeitiger Immobilität der Wachstumsdeterminanten sowie externe Effekte der Urbanisation als Ursachen für das Entstehen regionaler Polarisierungen zu betrachten sind. Somit läßt sich eine Verschiebung der Argumentationsbetonung hinsichtlich der Bewertung von Lokalisations- zugunsten von Agglomerationsvorteilen ³⁾ feststellen. Als unterstützende Aussagen für die Erklärung sektoralen Wachstums zieht man des weite-

1) Vgl. McDowall, S.: Regional Multipliers and Demand Leakages at Establishment Level: A Comment, in: Scottish Journal of Political Economy, Vol. XXII, 1975, S. 99 ff.

2) Vgl. Lasuen, J.R.: Urbanisation ..., a.a.O., S. 163 ff.; Czamanski, S.; De Q. Ablas, L.A.: Identification of Industrial Clusters and Complexes: A Comparison of Methods and Findings, in: Urban Studies, 16, 1979, S. 61 ff.; Richardson, H.: Regional Economics, Urbana/Ill. 1978; derselbe: Regional Economics Location, a.a.O., S. 415; Scott, A.J.: Locational Patterns and Dynamics of Industrial Activity in the Modern Metropolis: A Review Essay, in: Urban Studies, 19, 1982, S. 111 ff.; derselbe: Production System Dynamics and Metropolitan Development, in: Annals of the Association of American Geographers, Vol. 72, 1982, S. 185 ff.; Townroe, P.M.; Roberts, N.J.: Local-External Economics for British Manufacturing Industry, Westmead - Farnborough 1980; Friedman, J.: A General Theory of Polarized Development, in: Hansen, N.M. (Ed.): Growth Centers in Regional Economic Development, New York - London 1972.

3) Vgl. Abschnitt 3.4.1.1., S. ff., dieser Arbeit.

ren die dynamischen Hypothesen der Innovationstheorie hinzu, aus welchen abgeleitet werden kann, daß Innovationen vorwiegend in Ballungsräumen anzutreffen sind, da sie eine enge Gebundenheit an die dort bestehende hohe Interaktionsdichte aufweisen ¹⁾.

Als Ansatzpunkt für regionalpolitische Maßnahmen empfiehlt sich eine Kategorisierung der in Frage kommenden Städte nach Größen-, Struktur- und Funktionskriterien ²⁾. Hierbei spielt die Festlegung einer gewissen Mindestgröße räumlicher Konzentrationen eine wichtige Rolle, um festzustellen, ob entsprechende Voraussetzungen für ein entwicklungsfähiges Wachstumspotential gegeben sind. Die Forderung nach Städten dieser Größenordnung wurde deshalb laut, da Beobachtungen zeigten, daß räumliche Konzentrationen, die unterhalb einer bestimmten Einwohnerdichte liegen, kaum Industrialisierungschancen besitzen ³⁾; was vor allem auf das Fehlen eines quantitativen und qualitativen Potentials an Arbeitskräften zurückzuführen ist, das als entscheidender Standortfaktor ⁴⁾ angesehen wird.

Als wenig geeignet für eine Wachstumsförderung erscheinen auch Städte, bei welchen durch den erreichten Grad an Ver-

-
- 1) Vgl. Friedmann, J.: A General ..., a.a.O., S. 84; Richardson, H.W.: Regional Spillovers: The Dynamics of Backwash and Spread, in: Regional Studies, Vol. 10, 1976, S. 1 ff.; Pedersen, P.O.: Innovation Diffusion in Urban Systems, in: Lund Studies in Geography, Ser. B., Human Geography, Nr. 37, 1971, S. 138 ff.; Berry, B.J.L.: Hierarchical Diffusion: The Basis of Developmental Filtering and Spread in a System of Growth Centers, in: Hansen, N.M. (Ed.): Growth Centers in Regional Economic Development, New York - London 1972, S. 112; Lasuen, J.R.: Urbanisation ..., a.a.O., S. 163 ff.
 - 2) Vgl. Müller, J.H.: Methoden zur regionalen Analyse und Prognose, Hannover 1976, S. 44. Die Frage nach der minimalen Größe wird in der Literatur nicht einheitlich beantwortet. Vgl. dazu insbes. Schilling-Kaletsch, I.: a.a.O., S. 128 ff.
 - 3) Vgl. Klemmer, P.: Die Theorie der Entwicklungspole - Strategisches Konzept für die regionale Wirtschaftspolitik?, in: RuR, 1972, S. 107.
 - 4) Vgl. Brede, H.: Bestimmungsfaktoren industrieller Standorte. Eine empirische Untersuchung, Berlin 1971, S. 63 ff.

dichtung (Ballungsoptimum) ein derartiges Ansteigen der gesamtwirtschaftlichen Grenzkosten erreicht wird, daß sie die bestehenden Grenzvorteile überschreiten.

In diesem Fall besteht die Möglichkeit, durch Investitionsmaßnahmen in der technischen Infrastruktur eine Verschiebung des Agglomerationsoptimums zu erreichen. Diese Maßnahme würde zunächst allerdings nur eine Abschwächung der negativen Agglomerationseffekte herbeiführen, in der Folgezeit aber durch die gleichfalls bewirkte Erhöhung der Aufnahmefähigkeit und Versorgungskapazität ein weiteres starkes Bevölkerungswachstum bewirken. Damit verbunden muß als Folgeerscheinung eine Abwanderung höherqualifizierter Arbeitskräfte aus strukturschwachen Gebieten befürchtet werden, was zu einem negativen Selektionsprozeß führen kann, der in der Literatur als "soziale Erosion" bekannt ist.

Bei vergleichender Betrachtung oben erwähnter Überlegungen wird ersichtlich, daß von den auf ein gesamtwirtschaftliches Wachstum ausgerichteten Strategien vor allem die Förderung von Mittelstädten als geeigneter Weg erscheint, da sie durch die Verbindung von allokativer und distributiver Zielsetzung am ehesten in der Lage sind, beiden Forderungen gleichermaßen gerecht zu werden.

In diesem Zusammenhang läßt sich außerdem feststellen, daß in Ländern mit kleinem eigenen Markt ¹⁾ und relativ niedrigem Entwicklungsniveau ein stärkerer Konflikt zwischen den beiden Zielsetzungen besteht als in Ländern, die durch ihren hohen Grad an industrieller Entwicklung - Vorhandensein eines horizontal und vertikal gut durchstrukturierten Produktionsapparates - leichter imstande sind, sich internationale Märkte zu erschließen.

1) Vgl. Salin, E.: Unterentwickelte Länder; Begriff und Wirklichkeit, in: Fritsch, B. (Hrsg.): Entwicklungsländer, Köln 1973², S. 27; Ritter, W.: Qatar. Ein arabisches Erdölemirat, Nürnberg 1985, S. 13.

Dieses Streben nach Wettbewerbsfähigkeit auf internationaler Ebene führt deshalb in weniger entwickelten Ländern zu einer schwerpunktmäßig einseitigen Förderung gesamtwirtschaftlicher Wachstumsraten, was sich wiederum vernichtend auf die Bemühungen um einen interregionalen Einkommensausgleich auswirkt.

3.5. Zusammenfassung

Die Zuordnung der Regionalpolitik zu einem Planungskonzept ist aufgrund der besseren Koordination zwischen den jeweiligen Zielen, Instrumenten und Trägern sowie als unabdingbare Voraussetzung für eine stattzufindende Operationalisierung unerlässlich.

Wichtigste Planungsmethoden stellen dabei das synoptische und das inkrementale Konzept dar, die gleichsam einen Rahmen für die regionalpolitischen Aktivitäten bilden.

Als primäre Ausgangspunkte dienen dem synoptischen Konzept das Zweck-Mittel-Schema sowie die Frage nach dem Bedarf an einsetzbaren Mitteln hinsichtlich der Zielerreichung. Die kritische Auseinandersetzung mit den Schwächen dieses Ansatzes führte zur Bildung des inkrementalen Konzeptes, das seine regionalpolitischen Aktivitäten nach "problemorientierten Zielsetzungen" ausrichtet.

Aufgrund eklatanter Schwachpunkte dieser Methoden formierte sich eine Verbindung dieser beiden Richtungen zu einem alternativen Planungskonzept, das die optimale Nutzung der beiden vorhandenen Vorlagen anstrebt. Als primäres Merkmal dieses Ansatzes ist die flexible Problemerkfassung zu betrachten, welche durch den stufenweisen Einsatz der synoptischen und inkrementalen Vorgehensweise die Erstellung

konkreter Zielsetzungen zu einem in den Planungsprozeß mit-
einbezogenen, kreativen Element werden läßt.

Hinsichtlich der durch die jeweiligen Methoden an die ent-
sprechenden Träger gestellten Anforderungen zeigt sich eine
gewisse Abstufung bezüglich der Intensität.

Die Entwicklungsplanung in Griechenland ist eine marktkon-
forme indikative Planung, da die Koordination des Maßnah-
menbündels durch den Markt geregelt wird. Planungsmetho-
disch ist sie somit dem inkrementalen Konzept zuzuordnen.
Eingehend wird dieser Aspekt in Abschnitt 4.3. behandelt.

An die Planungsträger stellt eine solche Entwicklungspla-
nung dennoch Mindestanforderungen, z.B. die reibungslose
Koordination der Maßnahmen und die Subordination der Ent-
scheidungen der Wirtschaftseinheiten in die Regionalpoli-
tik.

Durch die jeweils existierenden Leitbilder ergibt sich eine
Begründung für regionalpolitische Aktivitäten. Zu den wich-
tigsten dieser Kategorien zählen die alloкатive, distribu-
tive und die an der interregionalen Lebensqualität orien-
tierte Zielsetzung. Die alloкатive Richtung basiert auf
der Erkenntnis, daß durch Überschreiten des Ballungsopti-
mums und infolge der bestehenden unvollkommenen räumlichen
Mobilität der Faktoren Arbeit und Kapital eine optimale Al-
lokation der Ressourcen verhindert wird und daher ein ak-
tives Eingreifen des Staates unumgänglich erscheint.

Eine aktive Regionalpolitik wird bei der distributiven
Zielsetzung verstärkt gefordert, da man glaubt, nur durch
aktives Einwirken dem Leitbild räumlicher Einkommensanglei-
chung gerecht werden zu können. Die wohl stärkste staatli-
che Eingriffsintensität zeigt sich allerdings bei der au-
ßerökonomischen Orientierung, die sich - unter Berufung

auf das Prinzip des Sozialstaates - um ein zwischen den Regionen ausgeglichenes Mindestmaß an Lebensqualität bemüht.

Die genannten Leitbilder bedürfen einer Konkretisierung durch sogenannte untergeordnete Zielsetzungen, um nicht in einer leerformelhaften Existenz steckenzubleiben und dadurch zu wirksamer Operationalität nicht fähig zu sein. So wurden aus der allokativen Zielsetzung das produktivitätsorientierte und das potentialorientierte Konzept entwickelt. Ersteres orientiert sich an den Grenzproduktivitäten der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital, letzteres an den Potentialfaktoren.

Ausgehend von der distributiven Vorstellung gelangt man zu den Indikatoren des Pro-Kopf-Einkommens und beschäftigungsrelevanter Gegebenheiten.

Die vom Standard der Lebensqualität abgeleiteten Unterziele folgen einem Indikatorenkatalog, der im wesentlichen die verschiedensten sozialen Gesichtspunkte erfaßt. Gemeinsam betrachtet zeigen diese für eine effektive Operationalität unabdingbaren Indikatoren, daß sie nicht ausschließlich, sondern lediglich schwerpunktmäßig einem der genannten Oberziele zuzurechnen sind, da sie sich häufig überschneiden. - Zielkonflikte sind impliziert. Solche Zielkonflikte müssen auch für Griechenland konstatiert werden, was dann in Abschnitt 4.2. quantifiziert ausgewiesen werden kann.

Somit bestehen Zweifel, ob die in den Programmen anzutreffende Hypothese bestätigt wird, welche die Förderung gesamtwirtschaftlichen Wachstums als primäre Aufgabe der Regionalpolitik betrachtet und eine infrastrukturelle Ausstattung der Städte mit dem höchsten Produktivitätspotential des Landes erwägt in der Überzeugung, daß mit einer derartigen Handlungsweise die nötigen Voraussetzungen für das Entstehen

entwicklungsfähiger Wachstumspole geschaffen sei, welche dann selbsttätig die distributiven Probleme lösen würden. Daraus wird ersichtlich, daß lediglich im Hinblick auf wachstumsfördernde Einrichtungen eine aktive Regionalpolitik erfolgt, während den distributiven Zielsetzungen ¹⁾ eher passiv Rechnung getragen wird. Das bedeutet, daß im Grunde ²⁾ nur die alloкатive Zielsetzung effektiv verfolgt wird, während der distributive Vorsatz nur als leerformelhaftes Gebilde besteht.

Die Regionalpolitik sucht bewußt, den Raum zu verändern, sie muß deshalb nicht nur die gegebenen Charakteristika und Strukturen berücksichtigen, sondern auch die noch zu schaffenden Strukturen ins regionalpolitische Blickfeld rücken.

Die so geschaffenen Planungsregionen erhalten daher vorerst hypothetischen Charakter, wobei die Anwendungsbedingungen entsprechend den Zielen der Regionalpolitik erst noch aktiv herbeizuführen sind.

Die Raumgliederung kann daher mittels einer Raumabgrenzung analytischen oder synthetischen Charakters vorgenommen werden; wobei zu erwähnen bleibt, daß in der Praxis dem analytischen Konzept der Vorrang gegeben wird. Als relevante Kriterien für die zu erfolgende Raumabgrenzung betrachtet die analytische Methode in Anlehnung an das Untersuchungsziel speziell jene Merkmale, die für die jeweilige Beschaffenheit eines Gebietes verantwortlich sind; während das synthetische Konzept um die Erfassung eines möglichst breiten Feldes an Merkmalen bemüht ist.

1) Die hauptsächlich von den Ausbreitungseffekten abhängig sind.

2) Sieht man von den sich durch die Förderung mittlerer Städte einstellenden distributiven Effekten gegenüber größerer Agglomerationen ab, deren Förderung aufgrund des Überschreitens des Ballungsoptimums sowieso unökonomisch wäre.

Als die drei grundlegenden Prinzipien innerhalb räumlicher Abgrenzungsverfahren sind das Homogenitäts- und das Funktionalitätsprinzip - als analytische Methoden - und das Planungsprinzip zu betrachten.

Bei einer homogenen Raumaufteilung dient der Aspekt der Gleichartigkeit als oberste Richtlinie, während eine im funktionalen Sinn zu erfolgende Raumgliederung nach heterogenen Gesichtspunkten im Interesse der Untersuchung bestehender Verflechtungen und entstandener Effekte geschieht. Wachstumspoltheoretisch kann deshalb im Rahmen des Planungsprinzips nur eine funktionale Abgrenzung als Basis dienen.

Die Einteilung in Planungsregionen erhält ihre Begründung durch die Forderung nach einer Beleuchtung der von Strukturmerkmalen und Verflechtungen ausgelösten Rückwirkungen bzw. Veränderungen auf die Regionsabgrenzung. Diesem Anspruch folgend, rückt das planungsbezogene Prinzip die noch zu schaffenden Strukturen ins regionalpolitische Blickfeld.

Die zu schaffenden Strukturen werden auf der Basis der Wachstumspoltheorie zu erreichen versucht, wobei man sich - differenzierend zwischen gleichgewichtiger und ungleichgewichtiger Wachstumstheorie - auf die ungleichgewichtige Polarisierungstheorie stützt. Bei der sektoralen Wachstumspoltheorie von Perroux konnte nachgewiesen werden, daß sie prinzipiell keinen räumlichen Bezug zuläßt.

Die regionale Erweiterung zu einer sektoral-regionalen Wachstumspolkonzeption durch die Einführung der Raumdimension könnte diese kategorische Mißinterpretation natürlich nicht eliminieren. Insbesondere aber könnte auch das Verflechtungsargument den räumlichen Bezug der Wachstumspoltheorie nicht beweisen.

Durch die Hinzunahme bzw. Kombination mit verschiedenen Ansätzen anderer Theorien (vor allem des Siedlungsstrukturkonzeptes) entstand schließlich das regionale Wachstumspolkonzept ¹⁾ in der Hoffnung, gleichermaßen allokativen wie auch distributiven Zielsetzungen gerecht werden zu können, da gleichzeitig eine gewisse Konzentration wie auch Dezentralisation zu den strategischen Operationen dieses Konzeptes gehören.

Hinsichtlich der in diesem Konzept betonten Dezentralisation muß allerdings festgestellt werden, daß diese lediglich in relativer Form zu verwirklichen ist, da bezüglich der Entstehung von Agglomerationsvorteilen jeweils ein gewisser Grad an Verdichtung benötigt wird und somit ein Zuzug von Arbeitskräften aus den umliegenden Regionen in die Entwicklungszentren erfolgen muß.

Besonders eklatant wirkt sich diese Bevölkerungswanderung in weniger entwickelten Ländern wie z.B. Griechenland aus, die in erster Linie um internationale Wettbewerbsfähigkeit zu kämpfen haben und somit gezwungen sind, vorwiegend allokativen Zielsetzungen in den Vordergrund ihrer Politik zu stellen. Somit kann distributiven Belangen nur untergeordnet Rechnung getragen werden, was theorieimmanent eine Verschärfung des Konfliktes zwischen den beiden übergeordneten Zielsetzungen bedeutet.

1) Programmgemäß soll die Entwicklung eines funktional vollständigen Siedlungsnetzes durch Infrastruktureinrichtungen stufenweise vollzogen werden. Diese Methode erfordert allerdings eine zeitliche Fixierung, um überhaupt operativ bewältigt werden zu können. Nachdem diese Zeitabstimmung in keinem der Programme aufzufinden ist, ergibt sich allerdings bereits von daher eine Leerformelhaftigkeit dieser regionalpolitischen Strategie. Somit kann in der Praxis lediglich eine passive Sanierung erfolgen, da ja die Priorität hinsichtlich einer Ausstattung mit wichtigen Infrastruktureinrichtungen den größeren Wachstumszentren eingeräumt wird. Unter diesen Umständen kann bezüglich der Problemgebiete nur eine spärliche infrastrukturelle Versorgung geschehen, was gleichzeitig eine Preisgabe der sozialen Gerechtigkeit bedeutet, sofern diese infrastrukturabhängig ist.

4. BEURTEILUNG DER PRAKTIZIERTEN RAUMORDNUNGSPOLITIK GRIECHENLANDS

4.1. Erfordernisse für die Anlage der Analyse

Im Hinblick auf die Beurteilung der praktizierten Raumordnungspolitik Griechenlands sind nun die konkreten empirischen Ansatzpunkte aus dem Problemhintergrund und den theoretischen Zusammenhängen herauszukristallisieren.

Die Erfassung der zu untersuchenden Probleme fundiert in den seit 1945 erstellten Entwicklungsplänen. Der Planungszeitraum kann in vier Bereiche gegliedert werden, wonach schwerpunktmäßig gesamtwirtschaftliche, ausgleichsorientierte, dann eine Kombination von allokativen, distributiven und lebensqualitätsorientierten und schließlich primär distributiven Zielsetzungen festgestellt wurden.

Im Jahre 1966 läßt sich das erstmalige Auftauchen einer konkreten Strategie (Bildung von Wachstumspolen) erkennen, die einer vorwiegend allokativen Zielsetzung mit dem Unterziel gerechter interregionaler Einkommensverteilung dienen sollte.

Insgesamt konnte bis 1981 eine gewisse strategische Kontinuität der Programme konstatiert werden. Wie bereits bei der Behandlung der Ziele herausgestellt wurde, waren angestrebte Unterziele oft nicht mit den übergeordneten Zielsetzungen in Einklang zu bringen, wodurch häufig konfliktäre Wechselwirkungen entstanden. Der gerade in Griechenland ausgeprägte räumliche Dualismus sowie der kleine Binnenmarkt tragen dazu bei, solche Konflikte noch zu verschärfen.

So muß untersucht werden, ob die bestehenden Vorstellungen hinsichtlich einer gleichzeitigen Verwirklichung allokativi-

ver und distributiver Belange grundsätzlich überhaupt realisierbar sind bzw. ob sich negierende Überschneidungen ergeben.

Zusätzlich geht es natürlich dann um die Differenz von Zielanspruch und Zielerreichung durch den strategischen Einsatz von Maßnahmen, gemessen an der konkreten Bildung von Wachstumspolen. Quantifiziert bedeutet das, daß die Wachstumsraten (mit Hilfe der Shift-Analyse), die sektorale Zusammensetzung sowie anhand von beispielsweise Input-Output-Verflechtungen ¹⁾ die Interaktionen innerhalb der Pole untersucht werden müssen.

Von wesentlicher empirischer Relevanz ist es dabei, durchgängige Kriterien hinsichtlich Größe, Struktur und Funktion von Agglomerationen zu entwickeln und festzulegen, ob eine Industrialisierungschance besteht ²⁾.

Nach dem Konzentrationsargument wird ein Zusammenhang zwischen Entwicklung und Größe, Struktur und Funktion der Städte (Wachstumszentren) gegeben. Als notwendige Bedingungen für ein selbständiges Wachstum werden bestimmte kritische Schwellenwerte betrachtet wie z.B. das Ballungsoptimum, dessen Überschreiten wiederum ein Kriterium für das Einstellen einer weiteren Entwicklungsförderung ist (oder sein sollte), denn es impliziert dann Nachteile für die Gesamtwirtschaft (gesamtwirtschaftliche Grenzkosten überschreiten die Grenzvorteile).

Die Verschiebung des Agglomerationsoptimums durch Infrastrukturmaßnahmen bewirkt eine Erhöhung der Versorgungskapa-

1) Argument des sektoralen regionalen Wachstumspolkonzeptes bezüglich der Bildung räumlich-nachbarschaftlicher Gebilde.

2) Vgl. z.B. die Abschnitte 4.2.4.4. und 4.4.2.2.3. dieser Arbeit.

zität und der Aufnahmefähigkeit und somit ein weiteres Bevölkerungswachstum sowie eine Abwanderung besonders der qualifizierten Arbeitskräfte aus den strukturschwachen Gebieten ("soziale Erision").

Nach dem Überprüfen aller Kriterien stellt sich die Frage, ob die Förderung von Mittelstädten eine geeignete Strategie darstellt, zumal hier die Verbindung von allokativer und distributiver Zielsetzung am besten möglich erscheint ¹⁾.

Eine gelungene Polbildung vorausgesetzt, müssen die jeweiligen Bezugsregionen hinsichtlich der Ausbreitungseffekte betrachtet werden. Grundsätzlich ist aber permanent die Kausalität zu eruieren, die zur Zielerreichung oder -verfehlung führte.

Durchgängig kann bereits vorab konstatiert werden, daß aufgrund der Tatsache, daß mit Hilfe der Wachstumspoltheorie die Entstehung geographischer Pole nicht erklärt werden kann, gefolgert werden muß, daß auch das Entstehen eines solchen Poles damit nicht initiiert werden kann. Auch das Verflechtungsargument kann den räumlichen Bezug der Wachstumspoltheorie nicht hinreichend begründen und den Siedlungsstrukturelementen fehlt die empirische Evidenz.

Neben diesen Aspekten kommen weitere, mehr oder weniger theorieimmanente Kriterien in Form einer Implikation von mikroökonomischen Standortfaktoren, z.B. qualifiziertes Arbeitskräftepotential, Infrastruktur u.a., zum Tragen, deren grundsätzliche und konkrete Auswirkungen genau empirisch zu fixieren sind.

1) Die konsequente Anwendung dieser aus Problemhintergrund, Bestandsaufnahme und theoretischem Zusammenhang gewonnenen Kriterien ergab für Griechenland (vgl. Abschnitt 4.2.5.), daß lediglich der Doppelpol Volos/Larissa diese Minimalvoraussetzungen erfüllt.

Die Schwächen des strategischen Ansatzes lassen zudem ein "Nichterreichen" der proklamierten Ziele erwarten, wenn bei ihnen wichtige Elemente wie Input-Output-Verflechtungen, Mindestgröße der zu Wachstumszentren erklärten Agglomerationen keine Berücksichtigung finden.

Die "Nichtberücksichtigung" wichtiger Voraussetzungen, wie sie in einer der jeweiligen Projektion adäquaten Infrastruktur und Kommunikation zu sehen sind, dürften das unterstellte "automatische Auftreten" von Ausbreitungseffekten verhindern. Die Adaption des Wachstums von der Peripherie fällt demnach aus; im Gegenteil, durch die Sogeffekte werden die Unterschiede zwischen entwickelten und unterentwickelten Regionen noch verstärkt. Auch die planungsmethodischen Rahmenbedingungen, z.B. der Verwaltungsapparat, sind entsprechend dem inkrementalen Konzept bezüglich der räumlichen Koordination der Entscheidungen der aktiven Einzelwirtschaften zu gestalten und zu hinterfragen. Insbesondere wären hier standorttheoretische Vorüberlegungen dergestalt zu konzipieren, daß die Maßnahmen so gestaltet werden, daß die unabhängigen autonomen Wirtschaftseinheiten die Impulse der Regionalpolitik nicht nur empfangen, sondern dann auch noch entsprechend räumlich umsetzen.

Insgesamt gesehen, muß man feststellen, daß auf der Basis einer nicht ausgereiften und durchgängigen Theorie Regionalpolitik betrieben wird, mit der weder das "Existierende" hinreichend erklärt noch - und das wohl zwangsläufig - entsprechend projiziert werden kann. Eine quantitative Bestandsaufnahme muß der erste Schritt zu einer geschlossenen, auf einer durchgängigen Theorie basierenden Regionalpolitik in Griechenland sein.

4.2. Das Niveau der Zielerreichung (Zielprojektion und -konkretion

Als konkrete Ausgangsbasis für eine Beurteilung von Planungsanspruch und -wirklichkeit ist vorab zu konstatieren, daß - gemäß den Forderungen der im Rahmen einer wachstumspolorientierten Regionalpolitik entworfenen Entwicklungsprogramme - die Einrichtung der ersten Industrieparks ¹⁾ in den Peripherien der Städte Athen, Thessaloniki, Patras, Volos, Kavala und Iraklion erfolgte ²⁾. Um mit diesen Industrieparks Anziehungspole für eine Niederlassung von Industrien zu schaffen, wurden den sich innerhalb dieser Gebiete ansiedelnden Unternehmen zahlreiche Erleichterungen in Form finanzieller Vergünstigungen und Infrastruktureinrichtungen geboten ³⁾. Diese Maßnahmen entsprachen den Empfehlungen der Wachstumspolhypothese bezüglich eines konzentrierten Mitteleinsatzes in bestehenden und potentiellen Wachstumspolen ⁴⁾ und kann somit als konzeptgerecht angesehen werden.

Im Laufe der Zeit konkretisierte sich die Strategie der Wachstumspole insoweit, als den Agglomerationsvorteilen gegenüber den Lokalisationsvorteilen eine gleichrangige ⁵⁾ Bedeutung beigemessen und das siedlungsrelevante Moment betont wurde ⁶⁾. Obwohl jedoch die wesentlichen als Industrieparks

1) Durch das Gesetz 4458/1965.

2) Erfahrungen haben gezeigt, daß die Strukturelemente der Industrieparks sich vorwiegend auf Mittel- und Kleinbetriebe der Leichtindustrie beschränken. Vgl. z.B. Erfahrungsbericht der Vereinten Nationen: United Nations Industrial Development Organization, Industrial Estates in New York 1968, insbes. den Beitrag von A.A. Solow, zitiert bei Streit, M.E.: Regionalpolitische ..., a.a.O., S. 233

3) Vgl. ETBA (Hrsg.): ETBA fördert das Wachstum der griechischen Wirtschaft, Athen 1975. Die Zahl der Industrieparks wurde durch weitere Gesetze, z.B. Gesetz 742 (1977) und Präsidialerlaß 851 (1978) auf 29 erhöht.

4) Vgl. Streit, M.E.: Regionalpolitische ..., a.a.O., S. 234 ff.

5) Zum Begriff der Agglomerations- und Lokalisationsvorteile siehe unter Abschnitt 3.4.1.1., S. 49 ff., dieser Arbeit.

6) Vgl. Entwicklungsprogramme 1973-1977, 1976-1980 und 1978-1982, Regionales Entwicklungsprogramm 1981-1985, Athen 1980.

erklärten Zonen mit den zu Wachstumszentren ernannten Entwicklungspolen zusammenfielen ¹⁾, blieben dementsprechend notwendig gewordene, regionalpolitische Reaktionen aus ²⁾. Offensichtlich wurden bereits bei der überregionalen Planung wesentliche strukturspezifische Eigenheiten Griechenlands schlichtweg übergangen.

4.2.1. Abgrenzung des Bezugsrahmens

Generell wurde die Politik mit Wachstumspolen als Konzept für eine regionalpolitische Entwicklungsstrategie gewählt, da man sich folgende Auswirkungen versprach:

1. Durch die innerhalb der Pole bestehenden interindustriellen Verflechtungen ³⁾ und mittels der, durch ein Verdichtungsminimum, bestehenden Agglomerationsvorteile

Fortsetzung der Anmerkungen von S. 69:

Zu Wachstumszentren wurden folgende Städte erklärt: Patra, Volos, Larissa, Iraklion, Kavala, Kosani, Ptolemais und Ioannina. Bezüglich der Diskussion über die Wachstumszentren vgl. Katochianou, D.: Chorotaxiki Meleti Ethnikou Diktiou Astikon Kentron, (KE.P.E.), Athen 1967; Katochianos, N.: Ethnikos Chorotaxikos Skediasmos, in: Ta plässia tis Peripheriakis Anaptyxeos (KE.P.E.), Athen 1970; derselbe: Periliptiki Paroussiassi Chorotaxikis Domis tis Ellados kai Politiki gia to Ethniko Diktio Astikon Kentron, in: Entwicklungsprogramm 1976-1980, (KE.P.E.), Athen 1976.

- 1) Vgl. Anmerkung 5, S. 69, und Tabelle 5, S. 160, dieser Arbeit.
- 2) Sowohl bei allokativen als auch bei distributiven Zielsetzungen ist es von Bedeutung, die Mindestgröße einer Stadt zu wissen, bei welcher die günstigsten Voraussetzungen für ein erhöhtes Wirtschaftswachstum gegeben sind. Vgl. Richardson, H.W.: Regional economics, London 1969, S. 176 ff. (er spricht von "urban size rather hypothesis").
Zudem wird die Untersuchung über die vom Gesetzgeber als entwicklungs-fähige Mittelstädte gekennzeichnete Ballungsgrößen erweisen, daß diese nicht einmal annähernd die größten- und strukturspezifische Gegebenheiten aufweisen, um als Entwicklungspol im Sinne des Wachstumspolkonzeptes zu gelten. Vgl. Hautau, H.: Stadtgröße und Wirtschaftswachstum, in: RuR, Bd. 34, 1976, S. 25 ff.
- 3) Interindustrielle Verflechtungen innerhalb der Pole fördern einen selbsttragenden regionalen Entwicklungsprozeß, vgl. unter 3.4.1., S. 46 ff., dieser Arbeit.

soll ein autonomes Wachstum ¹⁾ in Gang gesetzt und eine dadurch induzierte, umfassende Entwicklung vieler Bereiche ermöglicht werden.

2. Von der technischen Polarisierung erhoffte man sich Ausstrahlungseffekte dergestalt, daß das autonome Wachstum innerhalb des Pols sich auf die gesamte Region ausbreitet ²⁾.
3. Durch das Eintreffen dieser Effekte sollte eine Abwanderung aus den Provinzen verhindert werden.

Diese theorieimmanenten und in den Plänen implizierten Folgerungen werden für die Gegenüberstellung mit der Wachstums-
polstrategie in Griechenland herangezogen. Zunächst muß jedoch eine Abgrenzung der einzubeziehenden Pole erfolgen. Es wurde im wesentlichen nach folgenden Kriterien ausgewählt. Die Wachstumspole ³⁾ sollen:

- dem Kriterium der Input-Output-Relationen entsprechen ⁴⁾,
- in die Förderung als Industrieparks ⁵⁾ einbezogen sein,
- zu Wachstumszentren erklärt worden sein,
- als bedeutende städtische und industrielle Zentren Griechenlands ⁶⁾ gelten

1) Wesentliche Bedingung für ein selbsttragendes Wachstum ist das Überschreiten der Agglomerationsschwelle. Ein Zentrum verlangt mindestens 100.000 bis 200.000 Einwohner. Vgl. Streit, M.E.: Regionalpolitische Aspekte ..., a.a.O., S. 227 f.

2) Vgl. unter 3.4.1., S. 46 ff., dieser Arbeit.

3) Die Existenz von bedeutenden Input-Output-Beziehungen innerhalb des Pols ist gemäß der Wachstumspoltheorie das entscheidende Kriterium. Diesem Kriterium müssen die griechischen Entwicklungspole gerecht werden.

4) Das Vorhandensein tatsächlicher Input-Output-Beziehungen zu Beginn des Polprogrammes wird nicht untersucht.

5) Vgl. ETBA ..., a.a.O., Gesetz 742 (1977) und den Präsidialerlaß 851 (1978).

6) Vgl. Tab. 23, S. 212, dieser Arbeit.

Als zusätzliches bedeutendes Kriterium für die Auswahl der zu untersuchenden Pole diene das verfügbare statistische Material und der Bezug der Pole zu den Planungsregionen. Somit werden nach o.g. Kriterien folgende Städte in die Untersuchung der Pole einbezogen ¹⁾:

Athen	Larissa
Thessaloniki	Chanea
Patras	Iraklion
Volos	Kavala

Als wesentliche Gesichtspunkte zur Abgrenzung von Planungsregionen dienten vorwiegend die Prinzipien der Homogenität und Funktionalität wie auch normative Kriterien ²⁾. Da es sich hier um eine ex-post-Analyse handelt, werden die zu untersuchenden Regionen mit dem Konzept der Planungsregionen in Zusammenhang gebracht, wobei unterstellt wird, daß (ausgehend von einer im Sinne des Funktionalitätsprinzips richtig erfolgten Regionalisierung) die Planungsregionen in den meisten Fällen gleichzeitig Funktionalregionen sind und somit den von der Wachstumspoltheorie definierten funktionalen Raumeinheiten entsprechen ³⁾.

Bezugnehmend auf die Untersuchung der Entwicklungsprogramme kann angenommen werden, daß das Polprogramm in den 60er Jahren seinen Anfang nahm, was vor allem aus den in dieser Zeit erfolgten Erklärungen in den verschiedenen Programmen ⁴⁾ sowie durch das im Jahre 1965 verabschiedete Industrieförderungsgesetz ⁵⁾ (zur Schaffung von Industrieparks) und der einsetzenden Anreizvergabepolitik deutlich wird. Die Untersuchung orientiert sich deshalb vorwiegend am Entwick-

1) Vgl. Abb. 2, S. 73, dieser Arbeit.

2) Entsprechend der Theorie der Wachstumspole sollten funktionale Raumeinheiten gebildet werden, denn die Abgrenzung solcher Raumeinheiten ist "an der Lokalisation der Schlüsselindustrien und der Streuung ihrer räumlichen Polarisierungseffekte auszurichten". Klemmer, P.: Die Theorie der Entwicklungspole ..., a.a.O., S. 104.

3) Vgl. Übersicht 1, S. 74, dieser Arbeit.

4) Vgl. unter 2.2., S. 13 ff., dieser Arbeit.

5) Gesetz 4458 (1965).



Abb. 2:

PLANUNGSREGIONEN MIT STÄDTEN

1. OST-STEREA-U. INSELN

ATHEN

2. ZENTRAL- UND WESTMAZEDONIEN

THESSALONIKI

3. PELOPONNES U. WEST-STEREA

PATRAS

4. THESSALIEN

LARISSA, VOLOS

5. OSTMAZEDONIEN

KAVALA

6. KRETA

IRAKLION, CHANEA

7. EPIRUS

8. THRAZIEN

9. OST-ÄGÄISCHE INSELN

Übersicht 1: Zuordnung der gesetzlich festgelegten Planungsregionen zu den jeweilig implizierten Abgrenzungskriterien

A b g r e n z u n g s k r i t e r i e n			f u n k t i o n a l
h o m o g e n	R e g i o n e n		
Zwei Gebiete (A B) 1) Gesetzesverordnung Nr. 2176/52	Industrieparks		
Drei Gebiete (A B C) Gesetzesverordnung Nr. 1078/71			
Vier Gebiete (A B C D) Gesetzesverordnung Nr. 1312/72 und Nr. 1377/73			
Fünf Gebiete (A B C D E) (Gesetz Nr. 289/76 "Gewährung von Vergünstigungen zur Entwicklung grenznaher Gebiete") (Gesetz Nr. 849/78 weitere Grenzgebiete in E Gebiet eingegliedert (E ₁ und E ₂ aufgenommen)			
Drei Gebiete mit Unterteilungen A B _a B _b C _a C _b C _c Gesetz Nr. 1116/1981			
Vier Gebiete mit Möglichkeit einer weiteren Teilung A B C D Gesetz Nr. 1262/1982	In neun Städten: Larissa-Volos, Patras-Ägion, Iraklion, Kavala, Ioannina und Kosani-Ptolemais, sollen intensive Entwicklungsprogramme durchgeführt werden zur Entlastung Athens.		

1) Förderungsintensität: A < B usw.

Quellen: Die aufgeführten Gesetze. Ökonomiki Poria vom 31.3.1976; ETBA fördert das Wachstum der griechischen Wirtschaft, Athen 1975; eigene Zusammensetzung.

lungszeitraum von 1960 - 1978 und ist daher an das verfügbare statistische Material dieses Zeitraumes (vor allem den Betriebszählungen von 1958 und 1978) gebunden ¹⁾.

4.2.2. Die Beurteilungskriterien

Eine erfolgte Zielerreichung ²⁾ kann an direkten Zielkriterien ³⁾ gemessen werden oder an Näherungskriterien ⁴⁾, die als Zwischenkriterien zu verstehen sind. Für die Anwendung von Indikatoren sprechen folgende Gründe:

- die relativ großen "time lags" zwischen Initiatoren und Zielerreichung,
- das Einwirken von mehreren Faktoren auf ein Zielkriterium,
- die hohen Operationalitätskosten mancher Zielkriterien,
- die Ungewißheit, mit der die Zusammenhänge zwischen Maßnahmen und Zielkriterien behaftet sind, bei langen Wirkungsketten, wobei mit jeder zusätzlichen Hypothese die Unsicherheit zunimmt.

1) Darüber hinaus ermöglichen Daten zu späteren Zeitpunkten, wie z.B. der Bevölkerungsentwicklung aus der Volkszählung 1981, dann eine Beurteilung bis zum Jahre 1981, wo mit dem Regierungswechsel auch eine Änderung der Raumordnungspolitischen Konzeption einherging. Vgl. auch Anm. 1), S. 6, dieser Arbeit.

2) Vgl. Städtebauliche Forschung. Methoden und Möglichkeiten der Erfolgskontrolle städtischer Entwicklungsmaßnahmen, in: Schriftenreihe des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Wermskirchen 1977.

3) Die als letzte Glieder in der Kette der Zielhierarchie gelten können.

4) Auch Erfolgsindikatoren genannt.

Bei der Auswahl müssen allerdings folgende Punkte beachtet werden ¹⁾:

- Die Intensität der Beeinflußbarkeit der Indikatoren durch die angewendeten Maßnahmen,
- die Konkretisierung der wichtigsten Indikatoren muß unter Beachtung der Hypothese geschehen, daß bei der Verwendung mehrerer Unterindikatoren möglichst wenige Kompensationen ²⁾ den Gesamtindikator verfälschen,
- die Auswahl sollte sich möglichst auf amtliche Statistiken und regelmäßig erscheinende Erhebungen stützen;
- der ausgewählte Indikator sollte dem Zielkriterium nahe liegen (Outputorientierung), um eine Erfassung der Ergebnisse ohne größere zeitliche Verzögerung zu ermöglichen,
- interpersonelle und intertemporale Vergleichbarkeit sollte gesichert sein.

In Anbetracht o.g. Kriterien können bei der Messung der Zielerfüllung markt- und wanderungsbezogene Indikatoren herangezogen werden, da der Markt und die Wanderungsbilanz als Bindeglied zwischen Wirtschaft und Bevölkerung agiert. Somit kann die interregionale Mobilität der Arbeitskräfte anhand der Wanderungen erfaßt werden ³⁾. In diesem Zusammenhang bleibt zu erwähnen, daß Wanderungssalden trotz des geringeren Aussagewertes gegenüber getrennten Wanderungsanalysen aus statistischen Gründen bevorzugt benutzt werden.

1) Vgl. Städtebauliche Forschung. ..., a.a.O.; Wulf, J.: Erfolgskontrollen für die regionale ..., a.a.O., S. 187 ff.

2) Beispielsweise durch exogene Einflüsse.

3) Das regionale und sektorale Investitionsvolumen kann als Zwischenziel zur Erreichung der Ziele angesehen werden. Vgl. hierzu Thoss, R.; Struman, M.; Böltig, H.M.: a.a.O., S. 30; siehe auch Klaus, J.; Schleicher, H.: Räumliche Wirtschaftspolitik ..., a.a.O., S. 14.

Will man die interregionale Mobilität von Betrieben erfassen, so kann dies anhand der zu erkennenden Betriebsverlagerungen geschehen. Zusätzliche Hinweise über den Erfolg der eingesetzten Politik können mittels Erfassung neugeschaffener Arbeitsplätze und durchgeführter Investitionen erlangt werden ¹⁾.

Weiterhin kann das Pro-Kopf-Einkommen als Indikator zur Messung interregionaler Unterschiede herangezogen werden. Zusätzlich muß erwähnt werden, daß die bei der Indikatorenbeurteilung auftretenden Nivellierungseffekte einer Berücksichtigung bedürfen.

Um den anfänglich dargestellten Überlegungen Rechnung zu tragen, wird die in Griechenland stattgefundene Entwicklung mit Hilfe dieser Indikatoren zu erfassen und zu beurteilen versucht. Hierbei muß darauf hingewiesen werden, daß Einschränkungen hinsichtlich einer eindeutigen Urteilsfindung bestehen, da eine eindeutige und widerspruchsfreie Bestimmung der regionalpolitischen Zielsetzungen nicht gegeben war. Nachdem sich die praktische Umsetzung der griechischen Planung als indikative, inkrementale Vorgehensweise charakterisieren läßt, die keine Festlegung quantitativer Größen aufweist und zudem faktisch oft nicht eingehalten wurde, kann eine auf Zielerreichungsgrad gestützte Erfolgskontrolle mittels einfacher Indikatoren nicht geleistet werden.

Der Planungszeitraum ist vielmehr als ein verknüpfted Ganzes zu betrachten und zu behandeln, nicht zuletzt deshalb, weil eine Behandlung einzelner Maßnahmen und Programme keine relevante Beurteilung aufgrund des langfristig angelegten Charakters der Regionalpolitik und der time-lag-Wirkung der Maßnahmen zuließe. Die Untersuchung soll anhand einer

1) Vgl. Müller, J.H.: Methoden ..., a.a.O., S. 7 f.

Beurteilung des Wachstumspolkonzeptes ¹⁾ und der damit verbundenen Erwartungen vorgenommen werden, da lediglich auf diese Weise ein faktischer Erfolg bzw. Mißerfolg der Regionalpolitik ersichtlich gemacht werden kann.

Es bietet sich deshalb an,

- das BIP,
 - die Beschäftigungseffekte und Bevölkerungsentwicklung,
 - die Wanderungseffekte,
 - die Polentwicklung,
 - die Regional-, Standort- und Strukturfaktoren (Shift-Analyse) und
 - die interindustriellen Verflechtungen (Input-Output-Analyse)
- zu untersuchen.

4.2.3. Die Methoden

4.2.3.1. Die Shift-Analyse

Im methodischen Bereich erscheint die sog. "shift-Analyse" als geeignetstes Instrument bezüglich einer Aussagengewinnung über etwaiges Entstehen autonomen Wachstums und diesbezüglich induzierter Diffusionsprozesse ²⁾.

Nachdem die genauere Betrachtung faktischer Zusammenhänge in der Regionalpolitik zeigt, daß Räume mit feststellbarem Wirtschaftswachstum einen Gewinn an Wanderungsbevölkerung zu verzeichnen haben, während andere Gegenden mit latent

1) Vgl. unter 4.2.1., S. 70 f., dieser Arbeit.

2) Vgl. Gerfin, H.: Gesamtwirtschaftliches Wachstum und regionale Entwicklung, in: Kyklos, Vol. XVII, 1964, S. 565 ff.

vorhandener Arbeitslosigkeit trotz Neuansiedlungen Bevölkerungsverluste aufweisen und somit die aus der Polarisierungstheorie stammende These der "Sogeffekte" als faktisch gesichert betrachtet werden kann, muß davon ausgegangen werden, daß besonders die Shift-Analyse für eine relevante Urteilsfindung geeignet erscheint, da diese Methode sich nicht nur der Standortfaktoren als Erklärungs- und Prognosegrundlage bedient, sondern auch die nach wissenschaftlichen Erkenntnissen für die Entwicklung verantwortlichen Strukturwandlungsprozesse beleuchtet ¹⁾.

Als Beurteilungsindikator im Zusammenhang mit einer Verwendung der Shift-Analyse können das Sozialprodukt wie auch die Beschäftigungszahlen herangezogen werden, wobei im Fall Griechenland das Sozialprodukt als Untersuchungsgegenstand entfallen muß, da die nähere Betrachtung des Bruttoregionalproduktes erwies ²⁾, daß aufgrund der Nichtberücksichtigung der Transfers das regional erfaßte Einkommen nicht die Realität widerspiegelt. Deshalb wird hier von Beschäftigungszahlen als Grundlage für die Shift-Analyse ausgegangen, wobei der Industriesektor - seinerseits authentischer Datenlieferant - als Informationsquelle diene.

Bei der Messung regionaler Verteilungen und ihrer Änderungen gilt die Methode der Shift-Analyse als bedeutendes Instrument ³⁾. Es werden im Rahmen einer komparativ-statischen Analyse die jeweiligen Veränderungen auf die Standortqualität oder auf die Wirtschaftsstruktur zurückgeführt. Grundsätzlich wird davon ausgegangen, daß die Expansion einzelner Industriebranchen trotz regionaler Abweichungen im

1) Vgl. Gerfin, H.: Gesamtwirtschaftliches ..., a.a.O., S. 573.

2) Vgl. KE.P.E.: Programm für die Regionale Entwicklung, a.a.O., 1981-85, S. 13 f.

3) Vgl. Hoppen, H.D.: Die Shift-Analyse, Untersuchungen über die empirische Relevanz ihrer Aussagen, in: RuR, 33. Jg., 1975, S. 6 f.; Müller, J.H.: Methoden ..., a.a.O., S. 58 ff.

Entwicklungstempo gleichermaßen vonstatten geht ¹⁾. So wachsen, gesamtwirtschaftlich gesehen, die starken Wachstumsbranchen überdurchschnittlich und die schwachen unterdurchschnittlich. Langfristig bedeutet dies, daß sich eine gesamtwirtschaftliche Wachstumsveränderung tendenziell überall auswirken wird. Wobei man voraussetzt, daß keine bedeutenden regionalen Unterschiede im Produktivitätsniveau und -fortschritt der einzelnen Wirtschaftszweige bestehen.

Bei der Shift-Analyse gehen in den Regionalfaktor, der die regionale Nettoänderung im jeweiligen Zeitraum kennzeichnet, der Strukturfaktor und der Standortfaktor als multiplikative Bestandteile ein: Dabei handelt es sich um ein Indexmodell der Form ²⁾:

$$R = \frac{\text{Regionalfaktor}}{\frac{\sum c_1 A_1 / \sum c_0 A_0}{\sum A_1 / \sum A_0}} = \frac{\text{Strukturfaktor}}{\frac{\sum c_0 A_1 / \sum c_0 A_0}{\sum A_1 / \sum A_0}} \cdot \frac{\text{Standortfaktor}}{\frac{\sum c_1 A_1}{\sum c_0 A_1}}$$

wobei:

$\sum_A$ = die Summe der Arbeitsplätze im Gesamttraum summiert über die Branchen

$\sum_a$ = die Summe der Arbeitsplätze in der Region summiert über die Branchen

a = Arbeitsplätze in der Region, wobei a = c · A

A = Arbeitsplätze in der Gesamtwirtschaft

c = mißt den Anteil der Region an den Gesamtbeschäftigten dieser Branche im Land

der Index 1 bezeichnet das aktuelle Jahr

der Index 0 bezeichnet das Basisjahr

1) Vgl. Gerfin, H.: Gesamtwirtschaftliches ..., a.a.O., S. 585.

2) Vgl. ebenda, S. 585 f.; Klaus, J.: Stadtentwicklungspolitik ..., a.a.O., S. 87 f.

Der Regionalfaktor kann daher die Werte ≥ 1 annehmen, d.h., die betrachtete Region wächst im Verhältnis zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum über- oder unterdurchschnittlich.

Der Strukturfaktor zeigt die Beteiligung der regionalen Wirtschaftsstruktur am gesamten Regionalfaktor. Er ermöglicht ein für den beobachteten Zeitraum von Standorteinflüssen bereinigtes Wachstum der Region zu messen. Dadurch kann die Qualität der regionalen Wirtschaftsstruktur im Vergleich zur Gesamtwirtschaft beurteilt werden. Darüber hinaus wird angenommen, daß der Regionalfaktor von Strukturkomponenten stark beeinflußt ist, weil zum einen die Mobilität der Betriebe im Raum sehr gering ist und zum anderen die Schaffung neuer Arbeitsplätze kaum durch Neugründungen, sondern in der Regel durch Expansion bereits bestehender Betriebe und Filialen am gleichen Ort stattfindet.

Der Strukturfaktor nimmt einen Wert von 1 an, wenn keine Struktureinflüsse wirksam sind. Sind die wachstumsintensiven Branchen in der Region überdurchschnittlich vertreten, ergibt sich ein Strukturfaktor > 1 und umgekehrt. Dem Standortfaktor wird im Vergleich zum Strukturfaktor eine geringere Rolle beigemessen in der Annahme (wie oben erwähnt), daß die einzelnen Regionen nur wenig Entwicklungsautonomie besitzen ¹⁾. Drückt der Strukturfaktor das Verhältnis zwischen der aktuellen und der hypothetischen Beschäftigung ²⁾ aus, so zeigt der Standortfaktor ein von Wirtschaftsstruktureinflüssen bereinigtes Wachstum und erklärt die Sondersituation der Region somit die ökonomische Qualität des Standortes. Der Standortfaktor nimmt den Wert 1 an, wenn keine Standorteinflüsse wirksam sind; er ist > 1 , wenn die Standortvorteile größer als die -nachteile sind.

1) Vgl. Beaud, M.: Analyse regionale-structurale et planification regionale, in: Revue Economique, Bd. 17, 1966, S. 266 ff.

2) Eine fiktive Größe, die unterstellt, daß sich die Wirtschaftsstruktur im Zeitraum der Beobachtung nicht verändert hat.

Bei der Interpretation der Ergebnisse der Shift-Analyse muß berücksichtigt werden, daß ihre Aussagefähigkeit nicht unbeschränkt ist ¹⁾. Insbesondere bedarf es folgender Überlegungen. Der Standortfaktor gibt keine Auskunft über die sektorale Verteilung. So bedeutet eine Verbesserung des Standortfaktors nicht unbedingt auch eine positive Entwicklung der Region. Denn eine Verbesserung des Standortfaktors aufgrund von Standortvorteilen stagnierender Sektoren verbessert zwar den Standortfaktor, verschlechtert aber die zukünftige Wirtschaftsstruktur.

Wegen sektoraler Differenzen der Kapitalintensität und des technischen Fortschritts aufgrund von Beschäftigungseffekten zwischen den Standorten kann eine unvollständige Verlagerung der Produktivitätsentwicklung falsch ausgewiesen werden ²⁾. Daher sind die Ergebnisse nicht eindeutig. So kann ein Regionalfaktor 1 für die beobachtete Region durchaus eine positive Entwicklung bedeuten, aber eben auch, daß die regionale Beschäftigung deshalb überdurchschnittlich wuchs, weil der technische Fortschritt ein niedrigeres Niveau aufwies. Die fehlende Differenzierung nach wachstumsschwachen bzw. -starken Sektoren kann somit Anlaß für den Ausweis fiktiver Beschäftigungseffekte sein.

Zusätzlich muß man berücksichtigen, daß die Ergebnisse der Shift-Analyse wegen ihrer Abhängigkeit von Art und Geschwindigkeit des gesamtwirtschaftlichen Strukturwandels zeitlich begrenzt sind.

Mit Hilfe der Shift-Analyse können zwar bestimmte regionale Entwicklungen eruiert werden, aber im Rahmen einer zu-

1) Vgl. Ashby, L.D.: The Geographical Redistribution of Employment: An Examination of the Elements of Change, in: Survey of Current Business, 1964, S. 19; Gerfin, H.: Gesamtwirtschaftliches ..., a.a.O., S. 586 f.

2) Vgl. Uebe, W.: Industriestruktur und Standort, Prognos-Studien, Nr. 1, Stuttgart 1967, S. 7 f.

sätzlichen Analyse müssen die Ursachen für besonders starke Standorteffekte erforscht werden. Dies ist hinsichtlich einer gezielten Wirtschaftsförderung besonders wichtig, um unter besonderer Berücksichtigung der Strukturkomponente den Regionen ein autonomes Wachstum zu ermöglichen.

So gesehen, kann eine Zunahme von Betrieben in einer Region nicht prinzipiell als positiv angesehen werden, denn von entscheidender Bedeutung ist dabei, ob diese Betriebe in wachstumsintensiven Branchen gegründet werden und somit neben der günstigen Standortkomponente auch langfristig die Strukturkomponente verbessern. Branchen ländlicher Räume weisen aber strukturelle Schwächen auf, so daß die Gefahr besteht, daß die Anreize gerade von diesen wachstumsschwachen Branchen genutzt werden, wogegen die Wachstumsindustrien in den Ballungszentren davon kaum Gebrauch machen. Gerade im Hinblick auf ein autonomes Wachstum muß bei der Shift-Analyse der Strukturkomponente ein besonderes Augenmerk gewidmet werden. Die Standortfaktoren eines Raumes sind für jeden Zweig verschieden zu beurteilen. Daher ist es vorteilhaft, eine Beurteilung branchenspezifisch vorzunehmen. Die notwendige Quantifizierung einzelner Einflüsse ist jedoch durch dieses Konzept nicht möglich, da mit der Shift-Analyse die Standorteinflüsse nur aggregativ gemessen werden können ¹⁾.

4.2.3.2. Die Input-Output-Analyse

Neben der Shift-Analyse soll der Vollständigkeit des zu beurteilenden, regionalpolitischen Bildes halber zusätzlich die Input-Output-Analyse ²⁾ zur Erfassung des aus der in-

1) Vgl. Gerfin, H.: Gesamtwirtschaftliches ..., a.a.O., S. 588.

2) Zur Erfassung der interindustriellen Verflechtungen gilt die regionale Input-Output-Analyse als die geeignetste Methode; vgl. Leontief, W.: Die Multiregionale Input-Output-Analyse, Köln/Opladen 1963; Isard, W.: Interregional und Regional-Input-Output-Analysis:

Fortsetzung der Anmerkungen S. 84!

terindustriellen Verflechtungen resultierenden Wachstumsprozesses herangezogen werden, um somit die Aussagen der Shift-Analyse zu ergänzen. Eine derartige Analyse ist auf regionaler Ebene in Griechenland noch nicht erstellt worden. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß das diesbezüglich angewandte, derivative Verfahren ¹⁾ wie auch andere Ansätze ²⁾ mit vielen Mängeln behaftet sind bzw. nur als ungenügender Ersatz gegenüber der Erstellung einer ursprünglichen Input-Output-Tabelle angesehen werden können ³⁾. Die Ausarbeitung einer regionalen Input-Output-Tabelle wäre im Rahmen dieser Beurteilung jedoch nicht unbedingt geeignet ⁴⁾, da das hierfür erforderliche Maß an intersektoralen Beziehungen wegen der bestehenden Schwachstrukturierung Griechenlands nicht gegeben ist und somit eine Tabelle hauptsächlich leere Felder aufweisen würde.

Fortsetzung der Anmerkungen von S. 83:

A Model of a Space Economy, in: Review of Economics and Statistics, Vol. XXXIII, 1951, S. 318 ff.; Isard, W.; Schooler, E.W.; Vietorisz, T.: Industrial Complex ..., a.a.O.; Strassert, G.: Möglichkeiten und Grenzen der Erstellung und Auswertung regionaler Input-Output-Matrix und ihre möglichen Wandlungen im Wachstumsprozeß, in: Sch. d.V.f.S., N.F., Band 30, 1964, S. 1044; derselbe: Zur Bestimmung strategischer Sektoren mit Hilfe von Input-Output-Modellen, in: Jb. f.NuS, Bd. 182, 1968/69, S. 211 ff.; Schneider, H.K.: Modelle für die Regionalpolitik, in: Sch.d.V.f.S., N.F., Bd. 41, 1968, S. 63 ff.; Richardson, H.: Input-Output and Regional Economics. London 1972.

-
- 1) Vgl. Siebert, H.: Zur Theorie des regionalen Wirtschaftswachstums, Tübingen 1967, S. 70 ff.
- 2) Z.B. der Ansatz von Hansen und Tiebout, vgl. Hansen, W.L.; Tiebout, Ch.M.: An intersectoral Flow Analysis of the California Economy, in: The Review of Economics and Statistics, Vol. 45, 1963, S. 409 ff.; Klaassen, L.H.: Methods of Selecting Industries for Depressed Areas, Paris 1967; derselbe: Some Further Considerations of Empirical Economic Research, Rotterdam 1974. Das regionale Attraktionsmodell, das die herkömmliche regionale Input-Output-Analyse verallgemeinern soll, erwies sich als widersprüchlich, vgl. Bröcker, J.: Die Attraktionsanalyse. Ein mißglückter Versuch, die regionale Input-Output-Analyse zu verallgemeinern, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 104. Jg., 1984, Heft 1.
- 3) Vgl. Müller, J.H.: Methoden ..., a.a.O., S. 85 ff.
- 4) Vgl. ebenda.

Daher erscheint eine gesamtwirtschaftliche Tabelle als Untersuchungsgrundlage bezüglich der Input-Output-Verflechtungen besser geeignet. Ein räumlicher Bezug läßt sich allerdings aus diesen Tabellen nicht ableiten.

4.2.4. Die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung

4.2.4.1. Das Bruttoinlandprodukt (BIP)

Im Ländervergleich des BIP liegt Griechenland mit in der Spitzengruppe. Das durchschnittliche Wachstum betrug in den Jahren von 1963 bis 1973 7,7 % ¹⁾ und in den Jahren 1953 bis 1977 6,25 % ²⁾.

Der Anteil des sekundären Sektors an der gesamten Wertschöpfung wurde in den Jahren 1948 bis 1979 verdoppelt und machte 1979 33 % aus ³⁾. Dabei ging der Zuwachs voll zu Lasten des primären Sektors, der im gleichen Zeitraum von 29,5 % auf 13,3 % zurückging, während der tertiäre Sektor, abgesehen von leichten Schwankungen, einen gleichbleibenden Anteil aufweist und 1979 52,8 % des BIP ausmachte.

Um die sektorale Zusammensetzung Griechenlands mit der anderer Länder vergleichen zu können, wurden die jeweiligen BIP aus dem Jahre 1976 herangezogen ⁴⁾. Es zeigt sich, daß der sekundäre Sektor mit einem Anteil von 30,6 % am BIP im unteren Bereich, der primäre Sektor dagegen im oberen anzusiedeln ist. Der tertiäre Sektor ist im Ländervergleich anteilsmäßig relativ groß.

1) Vgl. Tab. 16, S. 205, dieser Arbeit.

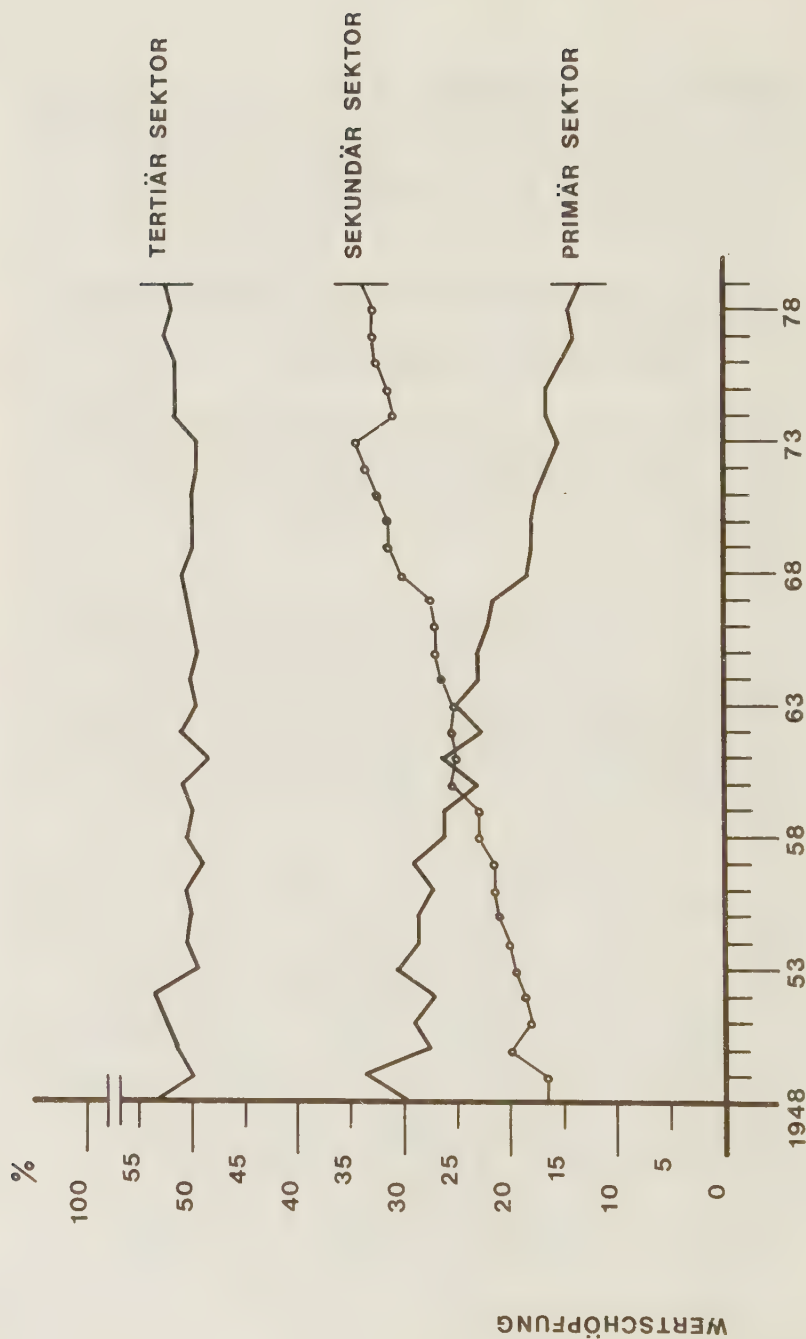
2) Vgl. KE.P.E.: Programm ..., a.a.O., 1978-82, S. 7.

3) Vgl. Abb. 3, S. 86, und Tab. 12, S. 197.

4) Vgl. Abb. 4, S. 87, und Tab. 17, S. 206.

Abb. 3:

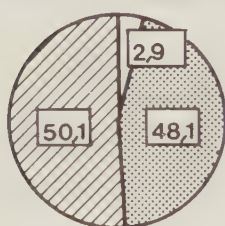
VERÄNDERUNG DES BIP NACH WERTSCHÖPFUNGSBEREICHEN



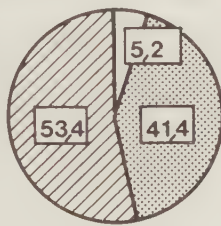
Quelle: Tab. 12, S. 197, dieser Arbeit (eigene Erstellung)

Abb. 4:

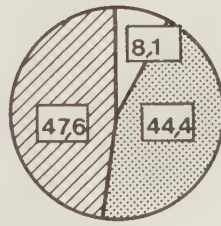
ZUSAMMENSETZUNG DES BIP 1976 IN MARKTPREISEN INNERHALB DER EG-LÄNDER %



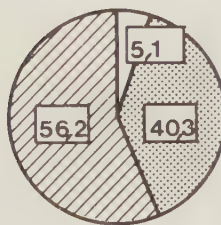
BRD



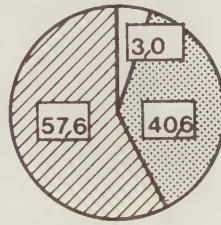
FRANKREICH



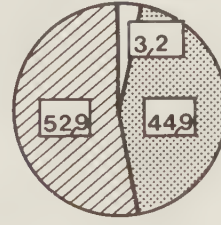
ITALIEN



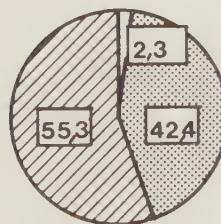
NIEDERLANDE



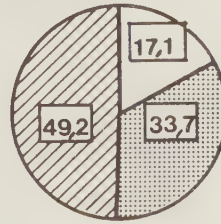
BELGIEN



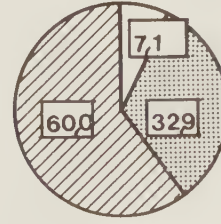
LUXENBURG



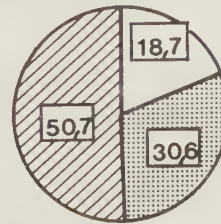
ENGLAND



IRLAND



DÄNEMARK



GRIECHENLAND

Wenn sich die beschriebene Tendenz so weiterentwickelt, dann ist mit einer zunehmenden Ausweitung des sekundären Sektors auf Kosten des primären zu rechnen.

Will man die politischen Aktivitäten im Hinblick auf das Wachstum beurteilen, dann muß die Zusammensetzung der Investitionstätigkeit näher betrachtet werden. Zwar haben die Investitionswerte (1948 - 1979) ¹⁾ mehrfach zugenommen, aber prozentual gesehen hat sich in der Zusammensetzung keine Verschiebung ergeben. So fallen für diesen Zeitraum gemittelt z.B. auf

- die verarbeitende Industrie	14,8 %
- den Wohnungsbau	32,1 %
- die Landwirtschaft	11,1 %

Offensichtlich ist es nicht gelungen, die Investition in der verarbeitenden Industrie zu erhöhen, obwohl die Grenzproduktivität ²⁾ in diesem Bereich sogar noch höher als in der Landwirtschaft lag. Nach wie vor hielt man prozentual die Investition im Wohnungsbau aufrecht - dem Bereich mit der absolut ungünstigsten Grenzproduktivität.

Zusammenfassend kann man feststellen:

- die prozentuale Wertschöpfung des sekundären Sektors hat auf Kosten des primären zugenommen,
- die Investitionen, insbesondere innerhalb des sekundären Sektors, wurden unproduktiv in Bereichen mit hohem Grenzkapitalkoeffizienten eingesetzt. ³⁾

Möglicherweise wurde dadurch auf zusätzliches Wachstum verzichtet.

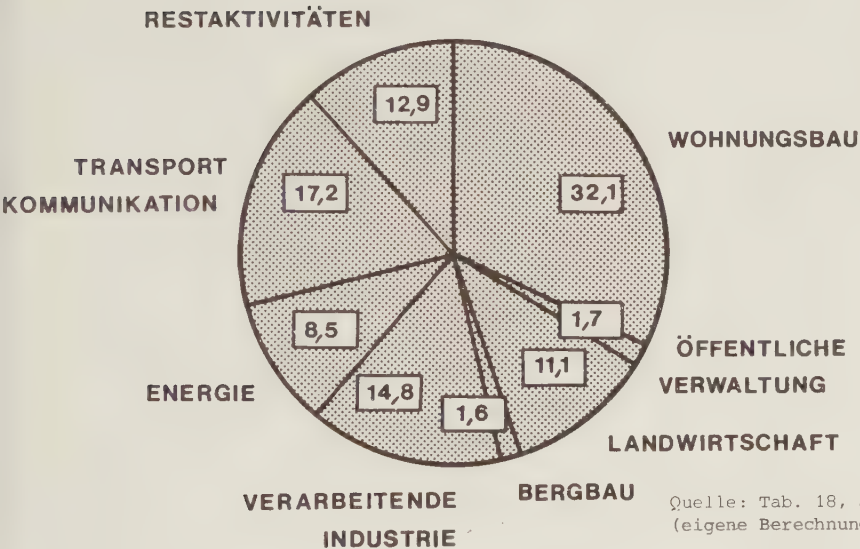
1) Vgl. Abb. 5, S. 89, und Tab. 18, S. 207, dieser Arbeit.

2) Vgl. Tab. 19, S. 208.

3) Über die Bedeutung von marginalen Kapitalkoeffizienten vgl. Dürr, E.: Wachstumspolitik. Freiburg im Breisgau 1977, S. 46 ff.

Abb. 5:

**VERTEILUNG DER BRUTTOINVESTITIONEN
(MITTELWERT 1948-79) NACH WICHTIGEN
SEKTOREN DES LANDES (%)**



Quelle: Tab. 18, S. 207
(eigene Berechnungen)

Das Erläuterungsschema ¹⁾ verdeutlicht, daß das BSP im sekundären Sektor nur in den Regionen "Zentral- und Westmazedonien" und "Thessalien" einen Zuwachs zu verzeichnen hat und im tertiären Sektor ausschließlich die Region "Zentral- und Westmazedonien". Interessant ist, daß diese Region die zweitbedeutendste Stadt Griechenlands (Thessaloniki) beinhaltet und daß in der Region "Thessalien" die wichtigen Städte "Larissa" und "Volos" liegen.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich ²⁾ ab, wenn man die entsprechenden Daten der regionalen Verteilung des Pro-Kopf-

1) Vgl. Übersicht 2, S. 90, dieser Arbeit.

2) Vgl. Übersicht 3, S. 91, dieser Arbeit.

Übersicht 2: Entwicklung des Bruttosozialprodukts (1970 - 1977) nach Regionen und Sektoren

Regionen	Primärer Sektor	Sekundärer Sektor	Tertiärer Sektor
1. Ost-Stereia und Inseln	-	-	~
2. Zentral- und West-Mazedonien	-	+	+
3. Peloponnes und West-Stereia	+	-	-
4. Thessalien	~	+	~
5. Ost-Mazedonien	~	~	~
6. Kreta	+	-	~
7. Epirus	+	~	~
8. Thrakien	+	-	~
9. Ost Ägäische Inseln	-	~	~

Legende: - = Abnahme

+ = Zunahme

| = gleichbleibend

~ = annähernd

Quelle: Tab. 20, S. 209 dieser Arbeit (eigene Erstellung)

Übersicht 3: Entwicklung des Bruttoinlandproduktes (pro Kopf) nach Regionen

Regionen	Veränderung in % von 1970-1977	Indexveränderung 1970-1977
1. Ost Sterea und Inseln	-	-11
2. Zentral und West Makedonien	+	10,5
3. Peloponnes und West Sterea		- 1,0
4. Thessalien	+	5,0
5. Ost Mazedonien	+	3,0
6. Kreta	+	2,0
7. Epirus	+	7,0
8. Thrazien	-	- 1,0
9. Ostägäische Inseln	-	-10,0

Legende: + = überdurchschnittlich
 - = unterdurchschnittlich
 | = Durchschnitt

Quelle: Tab. 21, S. 210 (eigene Berechnung)

BIP betrachtet. So wird deutlich, daß die Regionen "Zentral- und Westmazedonien", "Thessalien" und "Epirus" die größten Wachstumsraten an Pro-Kopf-BIP zu verzeichnen haben.

(Während das Pro-Kopf-BIP von "Epirus" stark unterdurchschnittlich bleibt.)

Die Region "Ost-Sterea und Inseln" verzeichnet eine unterdurchschnittliche Wachstumsrate bzw. eine negative Indexveränderung, bleibt jedoch immer noch an der Spitze der Tabelle. Zu bemerken ist, daß die Regionen "Thrazien" und "Ost-Ägäische Inseln" trotz der finanziellen Anreize für die Ansiedlung von Industrien in ihrem Gebiet eine negative Indexveränderung des Pro-Kopf-BIP aufzeigen.

Läßt man die Nivellierungseffekte außer acht (in die Region "Ost-Stereia und Inseln" z.B. gehört einerseits der Ballungsraum Athen und andererseits eine Vielzahl von strukturschwachen Gebieten, z.B. Inseln), dann zeigt die vorangegangene Analyse, daß an regionalen Verteilungseffekten, gemessen am Pro-Kopf-BIP und den jeweiligen sektoralen Wachstumsraten, vor allem die Region "Zentral- und Westmazedonien" und in zweiter Linie die Region "Thessalien" (letztere verzeichnet keine positiven Wachstumsrate im tertiären Bereich) profitiert haben.

4.2.4.2. Beschäftigungseffekte

Auf der Basis der verfügbaren Daten sollen nun folgende beschäftigungsrelevante Bereiche untersucht werden:

- die sektorale Beschäftigungsentwicklung,
- die Beschäftigungsentwicklung in der verarbeitenden Industrie innerhalb der Planungsregionen,
- die Beschäftigungsentwicklung in der verarbeitenden Industrie innerhalb der "Pole",
- die Auswirkungen der "Pole" auf Arbeitspotential, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit innerhalb der Planungsregionen.

Die Beschäftigung mit diesen Aspekten erscheint wegen folgender Auseinandersetzung wichtig:

Die Wirkungen der Pole auf die Beschäftigung können durch die Erfassung der direkten, indirekten und induzierten Effekte wiedergegeben werden. In diesem Zusammenhang wird in der Literatur der sogenannte Beschäftigungsmultiplikator

verwendet, mit dessen Hilfe die Beschäftigungseffekte ¹⁾ gemessen werden können. Solche Multiplikatoren können mit Hilfe der Exportbasistheorie (Post-keynesianisches Modell) gebildet werden und stellen einen Zusammenhang zwischen der Zahl der Beschäftigung im Basis- und Nichtbasisbereich her ²⁾. Von den Aktivitäten des Basisbereiches werden Aktivitäten im Nichtbasisbereich (z.B. Bauwirtschaft, Dienstleistungen ...) induziert. Die genannte Unterscheidung wird in der Literatur als fragwürdig angesehen. Zudem ergeben sich Schwierigkeiten bei der Beschaffung von geeignetem regionalen Datenmaterial. Dieser Ansatz soll daher nicht verfolgt werden.

Die Erfassung der Wirkungen der "Pole" auf die Beschäftigung durch die Angabe von neugeschaffenen Arbeitsplätzen wird als unvollkommen betrachtet, da die oben erwähnten direkten, indirekten und induzierten Effekte dadurch nicht erfaßt werden können.

Wie aus der Tabelle 15, S. 204, zu entnehmen ist, findet innerhalb der sektoralen Beschäftigung des Landes eine strukturelle Verschiebung statt; die Anteile der Beschäftigten in der Landwirtschaft, gemessen an der gesamten Beschäftigung sind von 60,9 % (1951) auf 34,1 % (1973) zurückgegangen, wogegen die Beschäftigten im sekundären Bereich von 16,2 % (1951) auf 25,7 % (1973) gestiegen sind. Der tertiäre Sektor gewann bei diesem Prozeß ebenfalls an Bedeutung.

Hinsichtlich der regionalen Beschäftigungsentwicklung ³⁾ innerhalb der Planungsregionen kann man feststellen, daß die

1) Vgl. Isard, W.: *Methods of Regional Analysis*, New York - London 1960, S. 189 ff.; Paelinck, J.: *La Théorie ...*, a.a.O., S. 5 ff.

2) Vgl. Buttler, F.; Gerlach, K.; Liepmann, P.: *Grundlagen ...*, a.a.O., S. 142; Ritterbruch, K.: *Zur Anwendbarkeit der Exportbasiskonzepte im Rahmen der Regionalanalyse*, Berlin 1968, S. 48 ff.

3) Beschäftigungsentwicklung in der verarbeitenden Industrie, vgl. Tab. 22, S. 211.

größten Wachstumsraten (1963 - 1978) die Regionen "Zentral- und Westmazedonien" und "Thessalien" aufweisen. Die Regionen 1 und 8 erreichen überdurchschnittliche Wachstumsraten, wogegen die anderen Regionen unterdurchschnittliche aufweisen und Region 9 sogar negative.

Die "Pole" (Larissa, Thessaloniki, Athen, Volos, Patras) verzeichnen von 1958 bis 1978 ein überdurchschnittliches Beschäftigungswachstum in der verarbeitenden Industrie ¹⁾, wogegen Kavala ein negatives aufweist. Eine Gegenüberstellung der "Pole" mit den jeweilig zugehörigen Regionen zeigt, daß die höchsten Wachstumsraten in den Regionen zu verzeichnen sind, in denen auch das Beschäftigungswachstum der Pole am höchsten war. Hervorzuheben ist dabei, daß die Region "Zentral- und Westmazedonien" mit "Wachstumspol Thessaloniki" und die Region "Thessalien" mit "Wachstumspolen Larissa und Volos" die stärkste Entwicklung gezeigt haben.

Das Arbeitspotential ²⁾ stieg in den Jahren 1961 bis 1971 nur in der Region "Ost Sterea und Inseln". Von 1971 bis 1977 fand dann noch in der Region "Zentral- und Westmazedonien" ein bedeutendes Wachstum statt. Ähnliches ist von 1961 bis 1971 bei der Beschäftigungsentwicklung zu beobachten, wobei die Region "Ost-Sterea und Inseln" besonders hervorzuheben ist. Auch die Region "Thessalien" und "Thrazien" verzeichneten eine positive Wachstumsrate.

Von 1961 bis 1971 nahm die Arbeitslosigkeit in allen Regionen ab, wogegen sie von 1971 bis 1977 in den meisten Regionen (ausgenommen in 4, 7 und 8) zunahm. Man kann feststellen, daß die Region "Ost-Sterea und Inseln" hinsichtlich der Indikatoren Arbeitspotential, Beschäftigung und Arbeits-

1) Vgl. Tab. 23, S. 212, dieser Arbeit.

2) Vgl. Tabn. 24 und 25, S. 213 f., dieser Arbeit.

losigkeit die positivere Entwicklung verzeichnete. Überdurchschnittlich entwickelte sich von 1971 bis 1977 auch die Region "Zentral- und Westmazedonien".

Erstere Region (Pol: Athen) besitzt hinsichtlich des Arbeitspotentials und der Beschäftigung das größte Wachstum, obwohl in der verarbeitenden Industrie das Beschäftigungswachstum niedriger liegt als in den Regionen "Zentral- und Westmazedonien" (Pol: Thessaloniki) und "Thessalien" (Pole: Larissa und Volos). Diese Entwicklung dürfte an der Zunahme der Beschäftigung im tertiären Sektor, insbesondere im Pol Athen, liegen, was die Bedeutung dieses Sektors für die teilräumliche Entwicklung deutlich macht, obwohl die Aktivitäten des tertiären Sektors, nach der Export-Basis-Theorie, zum Nichtbasisbereich zählen. Besonders hervorzuheben ist, daß die Problem-Region "Thrazien" von 1971 bis 1977 eine positive Entwicklung der genannten Indikatoren verzeichnete.

4.2.4.3. Wanderungseffekte und Bevölkerungsentwicklung

Durch eine gezielte Politik sollte in Griechenland sowohl die Binnenwanderung als auch die Emigration möglichst zum Stillstand gebracht werden. Insbesondere wollte man das permanente Bevölkerungswachstum Athens stoppen. Aufgrund der vorliegenden Analyse kann man zur realen Auswirkung dieser Politik folgendes feststellen:

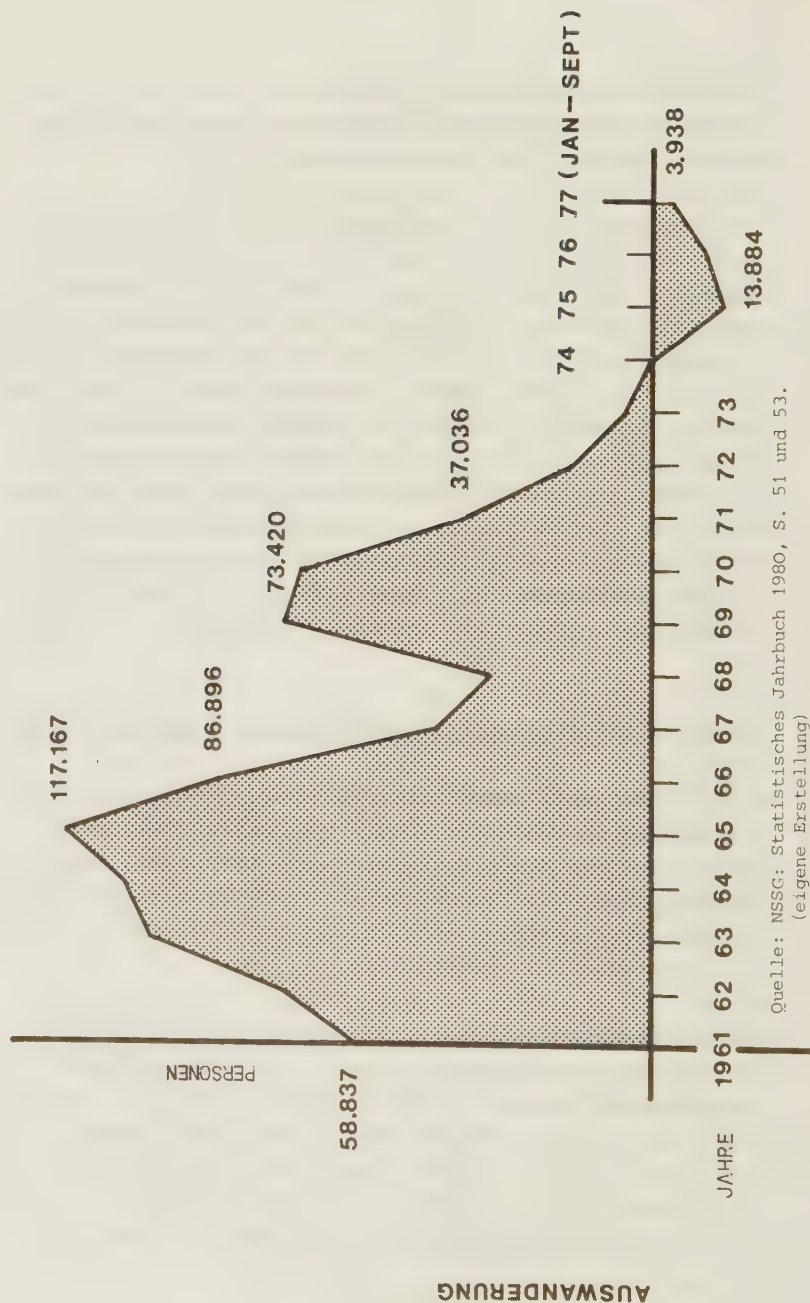
In der ersten Hälfte der sechziger Jahre erreichte die Nettoauswanderung ihre höchsten Werte ¹⁾. In der Folgezeit ging sie unter Schwankungen zurück, ab 1977 trat dann sogar eine Rückwanderung ein. Von der Emigration wurden Nordgriechenland und die Ost-Ägäischen Inseln am stärksten betroffen. In den Jahren 1960 bis 1976 lagen dabei die Regionen "Ostmazedonien", "Epirus" und "Thrazien" mit über 20 % an der Spitze ²⁾.

1) Vgl. Abb. 6, S. 96, dieser Arbeit.

2) Vgl. Abb. 7, S. 97, dieser Arbeit.

Abb. 6:

NETTO - AUSWANDERUNGSBILANZ VON 1961 BIS 1976



AUSWANDERUNG NACH PLANUNGSREGIONEN VON 1960 - 1976



Bezüglich der Binnenwanderung wird ein Verstädterungsprozeß beobachtet, und zwar nimmt die städtische Bevölkerung zu Lasten der ländlichen Bevölkerung zu ¹⁾.

Geographisch zeigt sich eine Bevölkerungszunahme (von 10 % und mehr) in den zentralliegenden Regionen des Landes.

Übersicht 4: Bevölkerungszunahme von mehr als 10 % nach Region und Pol

Periode	Region	Pol
1951 bis 1961	Ost-Sterea und Inseln Zentral- und Westmazedonien Thessalien	Athen Thessaloniki Volos-Larissa
1961 bis 1971	Ost-Sterea und Inseln	Athen
1971 bis 1981	Ost-Sterea und Inseln Zentral- und Westmazedonien	Athen Thessaloniki

Quelle: Abb. 9, S. 100, dieser Arbeit

Eine Betrachtung der Bevölkerungskonzentration auf präfekturaler Ebene ²⁾ ergibt für Athen eine Zunahme der Bevölkerungsdichte von 3.221 Einwohner pro km² im Jahre 1951 auf 7.073 km² im Jahre 1981. Prozentual betrachtet zeichnete sich für Athen folgende Entwicklung ab:

Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung in Athen

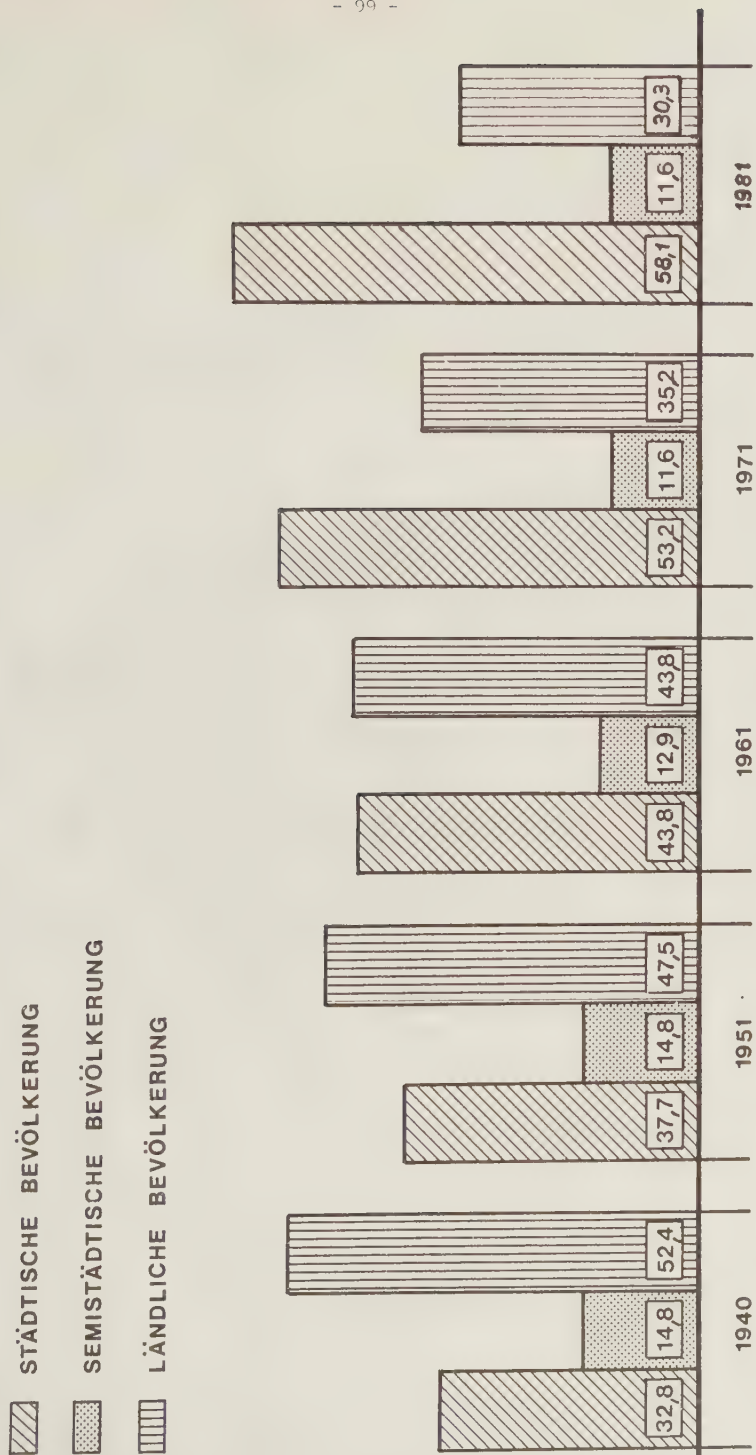
Periode	Wachstum in %
1951 bis 1961	34,4
1961 bis 1971	37,1
1971 bis 1981	19,2

Quelle: Tab. 13, S. 198, dieser Arbeit.

1) Vgl. Abb. 8, S. 99, dieser Arbeit.

2) Vgl. Tab. 13, S. 198.

ENTWICKLUNG DES URBANISATIONSPROZESSES



Quelle: NSG: Statistisches Jahrbuch 1980, Athen 1981, S. 22; 1981, Athen 1982, S. 22. (eigene Erstellung)

BEOBACHTUNGSZEITRAUM

Abb. 9:

BEVÖLKERUNGSZUNAHME NACH PLANUNGSREGIONEN

 STARK ZUGENOMMEN 10% UND MEHR

1951 - 1961

1961 - 1971



Quelle: Tab. 13, S. 198, und Tab. 27, S. 216, dieser Arbeit (eigene Berechnungen)

Auch für den übrigen Bereich der Präfektur Attika zeichnet sich über die gesamte Periode 1951 bis 1981 zunehmende Tendenz ab.

Betrachtet man das Bevölkerungswachstum der Präfekturen Gesamt-Griechenlands in den Jahren 1971 bis 1981 ¹⁾, so konstatiert sich ein starkes Wachstum (nach Definition über 10 %) für Attika. Den stärksten Zuwachs an Bevölkerung (über 10 %) erlebten 1971 bis 1981 folgende Präfekturen:

Tab. 2: Bevölkerungszuwachs über 10 % nach Präfekturen

Präfektur	Pol
Attika	Athen
Thessaloniki	Thessaloniki
Euböia	
Pieria	
Imathia	
Kastoria	
Achaia	Patras
Magnissia	Volos
Kavala	Kavala
Iraklion	Iraklion
Dodekannes	

Quelle: Tab. 13, S. 198, dieser Arbeit

Insgesamt gesehen weisen alle Präfekturen mit einem starken Bevölkerungswachstum auch einen überdurchschnittlichen Regionalfaktor auf. Dabei besitzen die meisten dieser Präfekturen einen Wachstumspol und sind an die zentralen Verkehrswege des Landes angeschlossen. Die Bevölkerungskonzentration kennzeichnet somit gleichzeitig die entwickelten Regionen Griechenlands.

1) Vgl. Tab. 13, S. 198, dieser Arbeit.

4.2.4.4. Polentwicklung ¹⁾

4.2.4.4.1. Regional-, Standort- und Strukturfaktor (Shift-Analyse) ²⁾

Um die Entwicklung einer Region bezüglich eines autonomen Wachstums ³⁾ zu untersuchen, bedient man sich der Shift-Analyse, bei der das Vorhandensein von wachstumsstarken Branchen in einem guten Strukturfaktor ⁴⁾ zum Ausdruck kommt. Der Standortfaktor kennzeichnet die spezifische Standortqualität (darunter fallen u.a. auch finanzielle Anreize). Im Regionalfaktor vereinigen sich beide zu einem Ausdruck, der für sich allein betrachtet keine Auskunft über ein langfristiges autonomes Wachstum gibt, sondern immer vor allem im Zusammenhang mit dem Strukturfaktor betrachtet werden muß.

Im folgenden werden die Faktoren nach Wachstumspolen für den Zeitraum von 1958 bis 1973 und 1973 bis 1978 ⁵⁾ abgehandelt:

Athen:

In der Periode von 1958 bis 1973 verzeichnete Athen überdurchschnittliche (Regional-, Struktur-, Standort-)Faktoren. Für das unterdurchschnittliche Wachstum, das daraufhin von 1973 bis 1978 folgte, war vor allem der Standortfaktor entscheidend.

Trotz eines unterdurchschnittlichen Regionalfaktors zeigt der neutrale Strukturfaktor, daß durchaus langfristige Entwick-

1) Die Periodenabgrenzung erfolgte unter Berücksichtigung des Aktivitätsniveaus bezüglich der regionalen Wirtschaftsförderung, vgl. hierzu Übersicht 7, S. 150 f., dieser Arbeit.

2) Zur Shift-Analyse vgl. unter 4.2.3.1., S. 78 ff., dieser Arbeit.

3) Vgl. unter 4.2.1., S. 70 ff.

4) Vgl. Gerfin, H.: Gesamtwirtschaftliches ..., a.a.O., S. 590.

5) Vgl. im folgenden Abb. 10, S. 107, und Tab. 28, S. 217.

lungsaussichten für Athen bestehen, da die Größe des Pols Athen die Werte der Gesamtwirtschaft entscheidend prägt.

Thessaloniki:

Der Regionalfaktor in der Periode 1958 bis 1973 war in Thessaloniki mit 1,20 überdurchschnittlich groß. Dies lag sowohl an einer guten Industriezusammensetzung als auch an der Standortqualität.

In der darauf folgenden Periode 1973 bis 1978 fiel bei einem neutralen Strukturfaktor ebenso wie der Standortfaktor unter den Durchschnitt.

Thessaloniki weist für griechische Verhältnisse eine bedeutende Industrie und eine hohe Beschäftigungslage auf. Dieser Umstand bedeutet im Zusammenhang mit dem durchschnittlichen bis überdurchschnittlichen Strukturfaktor, daß Voraussetzungen für ein nachhaltiges Wachstum gegeben sind.

Patras:

Die unterdurchschnittliche Regionalentwicklung von Patras (1958 - 1973) hat ihre Ursachen im Standortfaktor. Von 1973 bis 1978 verbesserte sich der Standortfaktor und demzufolge auch der Regionalfaktor, der dann leicht überdurchschnittliche Werte erreichte.

Zu den Standortvorteilen von Patras zählen unter anderen die Höhe der Beschäftigung in der Industrie, dessen Industriepark sowie die Stadt selbst (drittgrößte Stadt des Landes).

Eine andauernde Entwicklung des Wachstumspols Patras muß in Verbindung mit dem leicht über dem Durchschnitt liegenden

Strukturfaktor gesehen werden, der darauf hinweist, daß großes Augenmerk auf die Entwicklung von Wachstumsindustrien gelegt werden muß.

Volos:

Der unterdurchschnittliche Regionalfaktor in Volos (1958 - 1973) verdankt seine Entwicklung dem ebenfalls unterdurchschnittlichen Standortfaktor. Aufgrund der Verbesserung des Standortfaktors in den Jahren 1973 bis 1978 erreichte auch der Regionalfaktor einen überdurchschnittlichen Wert von 1,14.

Der Strukturfaktor liegt (1958 - 1973) leicht über 1 und in dem darauf folgenden Beobachtungszeitraum unter 1. Das heißt, der "Pol" verzeichnet ungefähr das gleiche Wirtschaftswachstum wie Gesamtgriechenland.

Aufgrund seines Standortfaktors erlebt Volos von 1973 bis 1978 eine positive Entwicklung, obwohl der Strukturfaktor auf etwas unterdurchschnittliche Werte zurückgegangen ist. Dies ist im allgemeinen nicht gerade positiv für die weitere Entwicklung von Volos, man muß jedoch noch berücksichtigen, daß Volos als Doppelpol mit Larissa angesehen werden kann und so für Griechenland eine relativ hohe Industriebeschäftigung und Stadtgröße aufweist. Für eine weitere positive Entwicklung muß dazu jedoch den Wachstumsindustrien und dem Strukturfaktor große Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Larissa:

Von 1958 bis 1973 erlebte Larissa (das eigentlich als Doppelpol mit Volos zu sehen ist) in der verarbeitenden Industrie ein starkes Regionalwachstum, was auf überdurchschnittliche Werte der Standort- und Strukturkomponente basierte.

Von 1973 bis 1978 zeigt der Pol ein niedrigeres Regionalwachstum auf, wobei alle drei Faktoren (Regional, Struktur, Standort) an Bedeutung verloren. Der Strukturfaktor lag sogar leicht unter 1, was auf eine schlechte Entwicklung der Branchenzusammensetzung sowie der Wachstumsaussichten hindeutet.

Kavala:

Von 1958 bis 1973 sind alle ermittelten Faktorwerte in Kavala unterdurchschnittlich.

Die starke regionale Unterentwicklung basierte auf der unterdurchschnittlichen Standortqualität, insbesondere jedoch auf einer schwachen Industriezusammensetzung.

Von 1973 bis 1978 wurde die relative Position dieses Pols aufgrund der Verbesserung des Strukturfaktors angehoben - es besserten sich also die Wachstumsaussichten des Pols. Trotzdem bleiben alle Faktoren unterdurchschnittlich.

Für eine weitere Erhöhung der Wachstumsaussichten von Kavala muß hauptsächlich die Industriezusammensetzung verbessert werden.

Iraklion:

Iraklion verzeichnete von 1958 bis 1973 aufgrund einer niedrigen Standortqualität einen stark unterdurchschnittlichen Regionalfaktor.

Von 1973 bis 1978 verbesserte sich die Standortqualität und demzufolge der Regionalfaktor, der jedoch weiterhin unterdurchschnittlich blieb.

Der Strukturfaktor hat sich dabei von neutral bis unterdurchschnittlich entwickelt (1,01 - 0,93), was keine positive Entwicklung erwarten läßt.

Chanea:

Der unterdurchschnittliche Regionalfaktor in der Periode 1958 bis 1973 geht besonders auf den Standortfaktor zurück. Die Qualität des Strukturfaktors entspricht dabei dem Durchschnitt.

In der Periode 1973 bis 1978 verbesserten sich der Regional- und der Standortfaktor, die jedoch noch leicht unter dem Durchschnitt liegen. Der Strukturfaktor dagegen - von dem die Wachstumsaussichten des Pols abhängen - bleibt gleich dem Durchschnitt (1958 - 1973 = 0,98; 1973 - 1978 = 1,0).

Nachfolgend werden die Faktoren nach Polen und Planungsregionen für den Zeitraum 1969 bis 1978 ¹⁾ dargestellt:

Die Region "Ost-Sterea und Inseln":

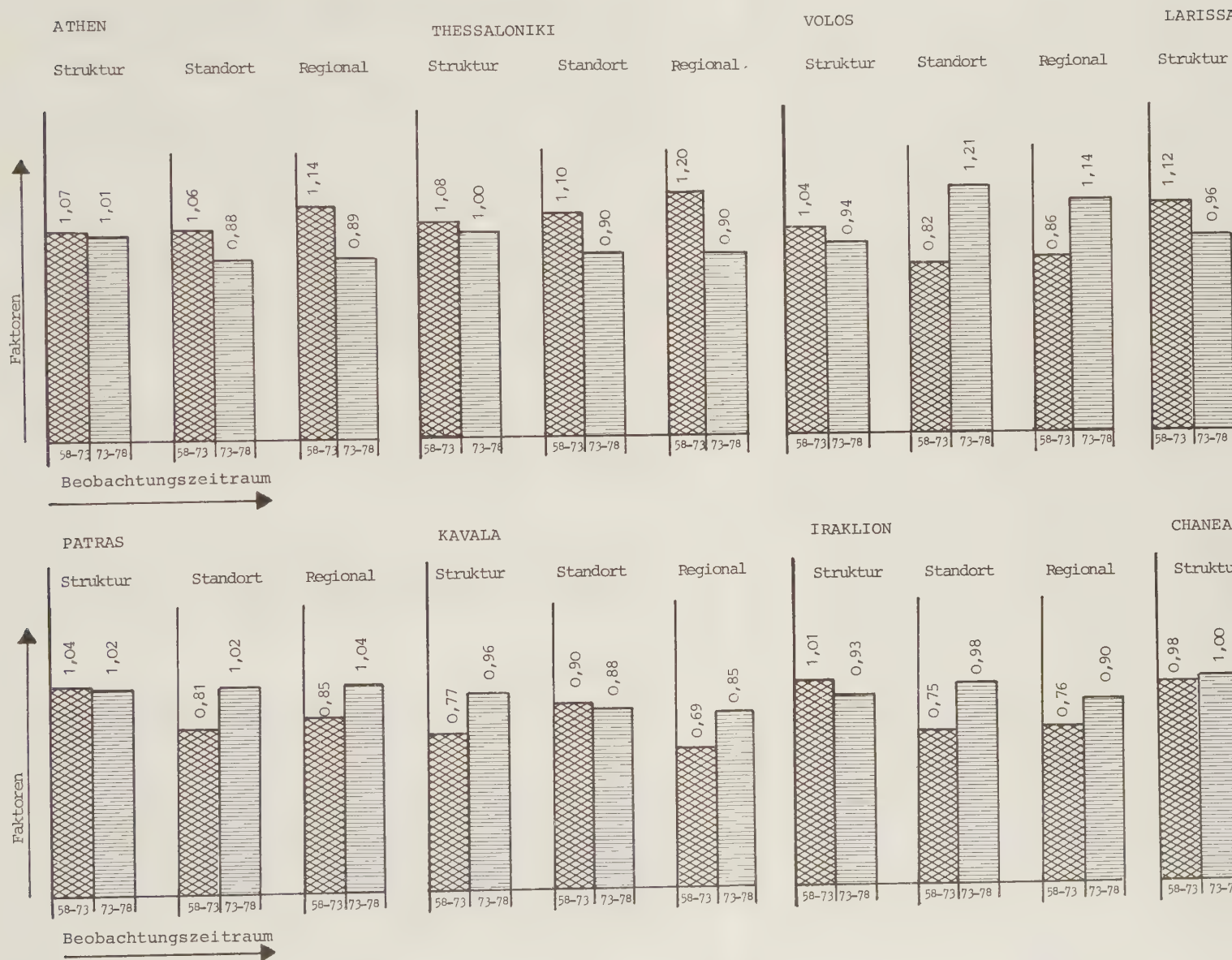
Diese Region verzeichnete eine durchschnittliche Entwicklung. Verglichen mit der Region zeigt der "Pol Athen" innerhalb dieser Region - trotz des schlechteren Regionalfaktors - einen besseren Strukturfaktor, d.h. bessere langfristige Entwicklungsaussichten.

Die Region "Zentral- und West-Mazedonien":

Diese Region wies einen durchschnittlichen, aber besseren Regionalfaktor als der "Pol Thessaloniki" auf. Der Strukturfaktor zeigt sowohl in der Region als auch - und da etwas

1) Vgl. im folgenden die Abb. 11, S. 111, und die Tabn. 28 und 29, S. 217 f., dieser Arbeit.

Abb. 10: Polentwicklung nach Struktur-, Standort- und Regionalfaktoren



Quelle: Tabelle 28 dieser Arbeit (eigene Berechnungen)

stärker - im Pol überdurchschnittliche Werte, was auf eine leicht überdurchschnittliche Industriestruktur und langfristige Entwicklungschancen hinweist. Von der Größe des Pols ist abzuleiten (der zweitgrößte nach Athen), daß er den Landesdurchschnitt der Faktoren wesentlich beeinflußt und somit seine eigene Entwicklungsfähigkeit unterbewertet ist.

Die Region "Peloponnes und West Sterea":

Die Region hatte - besonders aufgrund der Standortgunst - einen überdurchschnittlichen Regionalfaktor. Der "Pol Patras" dagegen - mit unterdurchschnittlichen Regional- und Standortfaktoren - wies einen hohen Strukturfaktor auf. Das bedeutet, daß die Industriestrukturqualität von Patras über der der Region liegt.

Der Pol hat insgesamt eine negative Entwicklung erfahren (Regionalfaktor = 0,87), kann jedoch aufgrund seiner strukturellen Überlegenheit auf ein langfristiges Wachstum hoffen.

Die positive Entwicklung des Regionalfaktors in der Region dagegen stützt sich auf die Standortqualität, die allein aber kein nachhaltiges Wachstum verspricht.

Die Region "Thessalien":

Diese Region zeigt neutrale Qualitäten im Strukturbereich. Der Standort- und der Regionalfaktor liegen auf 0,95, also < 1 .

Von den dazugehörigen Polen zeigt Volos dem Durchschnitt des Landes entsprechende Faktoren, während Larissa zwar einen durchschnittlichen Strukturfaktor, dabei aber den besten Regionalfaktor - aufgrund des höchsten Standortfaktors aller griechischen Pole - aufweist.

Die Wachstumsaussichten sind wegen des Strukturfaktors der beiden Pole und der Region ebenfalls nur als durchschnittlich zu bezeichnen.

Die Region "Ost Mazedonien":

Die Entwicklung und industrielle Struktur Ost Mazedoniens liegt etwas unter dem Durchschnitt (Struktur- und Regionalfaktor = 0,95).

Der "Pol Kavala" zeigt jedoch eine negative Entwicklung. Mit 0,82 hat er den niedrigsten Strukturfaktor aller Städte. Der Standortfaktor mit 0,81 und vor allem der Regionalfaktor mit 0,66 liegen weit unter dem Durchschnitt.

Die Region "Kreta":

Kreta hat sich unterdurchschnittlich entwickelt - mit einem Regionalfaktor von 0,74 - aufgrund des Standortfaktors. Der Strukturfaktor liegt leicht über dem Durchschnitt.

Auch der "Pol Iraklion" (Regionalfaktor = 0,63) entwickelte sich stark unterdurchschnittlich aufgrund des ungünstigen Standortfaktors. Der Strukturfaktor ist dabei durchschnittlich.

Chanea dagegen zeigt durchschnittliche Werte bei allen Faktoren.

Die Regionen "Epirus", "Thrazien" und "Ost Ägäische Inseln"

Diese Regionen verfügen über keinen Pol. Die unterdurchschnittliche Entwicklung von "Epirus" basiert insbesondere auf der Standortqualität von 0,87, ebenfalls bei einer neutralen Industriezusammensetzung (Strukturfaktor = 1,06) hat

die Region "Ost Ägäische Inseln" einen stark unterdurchschnittlichen Regionalfaktor aufgrund des Standortfaktors.

Alle Faktoren der Region "Thrazien" dagegen entsprechen dem Durchschnitt.

Darüber hinaus ergibt sich aus den Berechnungen der Regionalfaktoren ¹⁾ nach Präfekturen ganz deutlich, daß nur diejenigen Präfekturen eine starke Entwicklung aufweisen, die entweder eine verkehrsmäßig günstige geographische Lage besitzen, wie z.B. Böotien, oder starke finanzielle Anreize in Anspruch nehmen, wie z.B. Kilkis und Xanthi (also Standortkomponenten).

Insgesamt gesehen zeichnete sich ab, daß ein positiver Regionalfaktor (Athen (58 - 73); Thessaloniki (58 - 73); Volos (73 - 78); Larissa (58 - 73) und (69 - 78); Regionen Peloponnes und West Sterea (69 - 78)) sich nur bei Larissa (58 - 73) und Patras (69 - 78) auf den ein autonomes Wachstum implizierenden Strukturfaktor zurückführen läßt, wogegen für die positive Entwicklung aller anderen lediglich der Standortfaktor verantwortlich zeichnete ²⁾.

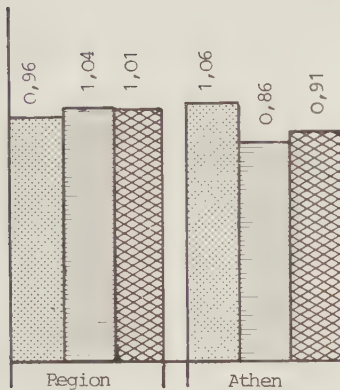
1) Vgl. Tab. 3, S. 112, und Tab. 30, S. 219, dieser Arbeit.

2) Sieht man von Athen und Thessaloniki ab - sie sind Sonderfälle -. Vgl. insbesondere oben (Athen; Thessaloniki).

Abb. 11: Vergleich von Pol und zugehöriger Region nach Struktur-, Standort- und Regionalfaktor
(für den Zeitraum 1969 - 78)

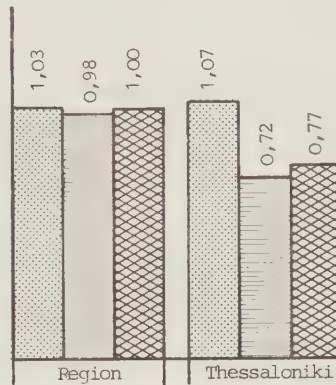
Region 1: Ost-Stereia und Inseln

Wachstumspol Athen



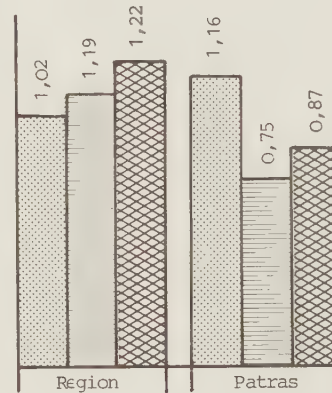
Region 2: Zentral- und West-mazedonien

Wachstumspol Thessaloniki



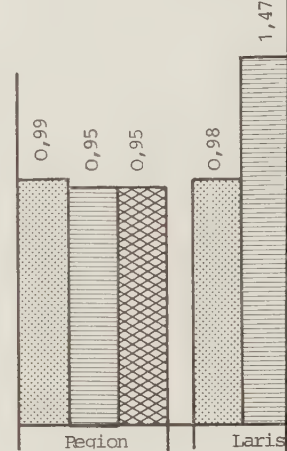
Region 3: Peloponnes und West-Stereia

Wachstumspol Patras



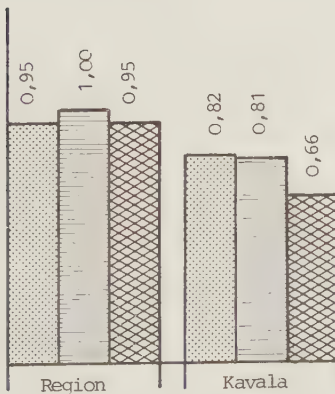
Region 4: Thessalien

Wachstumspole Larissa,



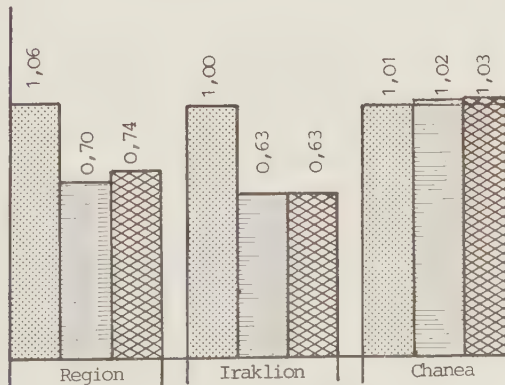
Region 5: Ostmazedonien

Wachstumspol Kavala



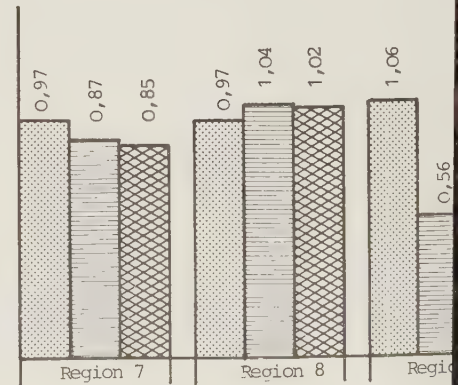
Region 6: Kreta

Wachstumspol Iraklion, Chanea



Region 7: Epirus; Region 8: Thrazien

Region 9: Ost-Ägäische Inseln



Quelle: Tabellen 28 und 29 dieser Arbeit (eigene Berechnungen)

Tab. 3: Interpretation der Regionalfaktoren nach Präfekturen

Region	1969 - 1978	1973 - 1978
<u>Ost Sterea und Inseln</u>		
Attika	neutral	neutral
Böotien	(1,704) stark	neutral
Fthiotis	(1,373) stark	(1,320) stark
Euböia	(1,343) stark	(1,320) stark
Euritania		(1,280) mäßig
<u>Zentral- und West-Mazedonien</u>		
Thessaloniki	neutral	neutral
Chalkidiki	(1,146) mäßig	(1,440) stark
Kilkis	(1,822) stark	(1,828) stark
Imathia	(1,402) stark	
Pellis	(1,402) stark	(1,252) mäßig
Kastoria	(1,244) mäßig	
<u>Peloponnes und West Sterea</u>		
Keine Präfektur verzeichnete einen bedeutenden Regionalfaktor		
<u>Thessalien</u>		
Larissa	(1,275) mäßig	(1,202) mäßig
Magnissia (Volos)		
<u>Ost Mazedonien</u>		
Drama	(1,450) stark	(1,882) stark
Serres		(1,238) mäßig
Karala		(1,170) mäßig
<u>Kreta</u>		
Keine Präfektur verzeichnete einen bedeutenden Regionalfaktor		
<u>Epirus</u>		
Prereza		(1,394) stark
<u>Thrazien</u>		
Xanthi	(1,586) stark	(1,691) stark
Evros		(1,313) stark
<u>Ost Ägäische Inseln</u>		
Keine Präfektur verzeichnete einen bedeutenden Regionalfaktor		

Quelle: Tab. 30, S. 219, dieser Arbeit (eigene Berechnungen)

4.2.4.4.2. Interindustrielle Verflechtungen ¹⁾ (Input-Output-Analyse)

Bestehen zwischen Industrien Input-Output-Beziehungen bei relativ hohen Kommunikationskosten, so kommt es gemäß der Wachstumspoltheorie (Verflechtungsargument ²⁾) zur Polbildung. Es soll deshalb im folgenden der Verflechtungsgrad typischer Industriezweige untersucht werden ³⁾.

Die Chemieindustrie weist mittelstarke interindustrielle Verflechtungen auf (1977: Vorleistungsnachfrage 44,2 %, Zwischennachfrage 48 %, Importkoeffizient 36,3 %). Die Branche ist durch Kleinbetriebe charakterisiert und gesamtwirtschaftlich von geringer Bedeutung (Gesamtbeschäftigung 1978: 26.009; Anzahl der Betriebe: 1.095; 24 Beschäftigte pro Betrieb). Der überwiegende Teil der Beschäftigten befindet sich in Athen, wo sich auch der Zuwachs (verglichen mit den anderen Polen) konzentriert ⁴⁾.

Die Bezugsregion von Athen "Ost-Sterea und Inseln" erlebte von 1969 bis 1978 einen Zuwachs von 9.810 Beschäftigten, wogegen sich in den anderen Städten und Regionen ein Rückgang zeigte ⁵⁾.

Zur Branche "Kunststoffverarbeitung" gehören Industriewaren aus Gummi und Kunststoff. Sie ist durch starke Zwischenfrageverflechtungen gekennzeichnet (1977: 81,3 %) ⁶⁾,

1) Vgl. Tabellen 14, 31, 32, 33, 34, 35, 36 und 38, S. 202, 221, 222, 223, 224, 225, 226 und 229, dieser Arbeit.

2) Vgl. unter 3.4.1.2. und 4.2.1., S. 52 ff. und S. 70 ff.

3) Vgl. Tab. 38, S. 229.

4) 1958 bis 1978 Zunahme um 4.486 Beschäftigte = 42,7 %; 1958 bis 1969 verminderte sich die Beschäftigungszahl in Athen um 1.466, wogegen 1969 bis 1978 eine abermalige Zunahme um 5.952 zu verzeichnen ist. Vgl. die Tabellen 31 und 33, S. 221 f.

5) Vgl. Tab. 32, S. 222.

6) Vgl. Tab. 38, S. 229.

ist - gesamtwirtschaftlich gesehen - jedoch unbedeutend: Im ganzen Land beläuft sich die Gesamtbeschäftigtenzahl in dieser Branche auf 19.480 ¹⁾ in 2.184 ²⁾ Betrieben (das sind neun Beschäftigte pro Betrieb). Eine Bedeutung hat die Branche nur in Athen, wo sie von 1958 bis 1978 um 8.424 Beschäftigte (273,5 %) wuchs. Die ganze Region, zu der Athen gehört, hat von 1969 bis 1978 in dieser Branche einen Zuwachs von 6.468 Arbeitnehmern (davon 4.067 in Athen) oder 54,7 % zu verzeichnen.

In der Maschinenindustrie sind die Branchen 23-Maschinen und 24-elektrische Maschinen ³⁾ zusammengefaßt. Branche 23 ist unbedeutend für die griechische Wirtschaft; sie weist einen sehr hohen Importkoeffizienten auf, der 1977 72,6 % entspricht. Branche 24 dagegen ist durch eine mittelstarke Zwischennachfrage und eine starke Vorleistungsnachfrage bedeutender. 1977 entsprachen diese Werte 48,4 % und 65,2 % ⁴⁾.

Beide Branchen sind durch Kleinbetriebe charakterisiert (23: 22.323 Beschäftigte in 4.405 Betrieben - 5 Mann pro Betrieb - Branche 24: 30.401 Beschäftigte in 5.308 Betrieben - 6 Mann pro Betrieb) ⁵⁾. Die Branchen erlebten ein bedeutendes Wachstum in Athen, wobei von 1958 bis 1978 Branche 23 um 4.419 (96 %) und Branche 24 um 10.229 (150 %) Arbeitnehmer wuchsen ⁶⁾. Die Entwicklung dieser Branchen in der Periode 1969 bis 1978 war folgende:

1) Vgl. Tab. 14, S. 202, dieser Arbeit.

2) Vgl. NSSG: Ergebnisse ..., a.a.O., Athen 1981, S. 7.

3) KE.P.E.-Schlüssel (Übersicht 9, S. 230) entsprechen Branchen 36 und 37 nach dem NSSG-Schlüssel (Übersicht 8, S. 203).

4) Vgl. Tab. 38, S. 229.

5) Vgl. Tab. 14, S. 202, und NSSG: Ergebnisse ..., a.a.O., Athen 1981, S. 11 f.

6) Vgl. Tab. 33, S. 223.

- Branche 23 unbedeutend;
Branche 24 in Athen um 4.977 Beschäftigte (41,2 %) gewachsen;
Branche 24 in Thessaloniki um 1.545 Beschäftigte (83,7 %) gewachsen ¹⁾.

Innerhalb der entsprechenden Regionen dieser "Pole" verzeichnete sich ein Wachstum wie folgt:

"Ost-Stereia und Inseln" von 8.617 (66,1 %) und "Zentral- und West-Mazedonien" von 1.931 (81,9 %) Beschäftigten ²⁾. In den anderen "Wachstumspolen" ist die Entwicklung der Branche unbedeutend.

Die Schwerindustrie und die metallverarbeitende Industrie ³⁾ weisen untereinander folgende Verflechtungen auf. Erstere hatte 1977 eine starke Zwischennachfrage (63,8 %), eine mittelstarke Vorleistungsnachfrage (47,6 %) und einen Importkoeffizienten von 33,7 %. Die Entwicklung in den "Wachstumspolen" war jedoch negativ ⁴⁾.

Die metallverarbeitende Industrie zeigte 1977 eine bedeutende Vorleistungsnachfrage (69,5 %) und wuchs (1958 - 1978) in Athen um 7.280 (45 %), in Thessaloniki um 920 (38,6 %), in Volos um 1.595 (29,7 %) und in Larissa um 273 (90,1 %) Beschäftigte ⁵⁾. Am Ende dieser Periode (1978) waren insgesamt 54.315 Arbeitnehmer in 14.685 Betrieben (4 Mann pro Betrieb) beschäftigt ⁶⁾.

1) Vgl. Tab. 31, S. 221, dieser Arbeit.

2) Vgl. NSSG: Ergebnisse der Betriebszählung in Industrie und Handwerk, Handel und anderen Dienstleistungen, 1969, Athen 1973. NSSG: Ergebnisse ..., a.a.O., Athen 1981; siehe auch Tab. 32, S. 222, dieser Arbeit.

3) Branchen 21 und 22 der K.E.P.E. Klassifikation (Übersicht 9, S. 230) entsprechen den Branchen 34 und 35 der NSSG Klassifikation (Übersicht 8, S. 203).

4) Vgl. Tab. 38, S. 229.

5) Vgl. Tab. 33, S. 223.

6) Vgl. Tab. 14, S. 202, und NSSG: Ergebnisse ..., a.a.O., Athen 1981, S. 10.

Im Rahmen der Branchen, die Input-Output-Verflechtungen¹⁾ aufweisen, ergaben sich zusammenfassend für die betrachteten Städte folgende Zusammenhänge:

- Athen verfügt über eine vielseitige Industriestruktur sowie 42 % der gesamten Industriebeschäftigung.
- Thessaloniki hat ebenfalls eine vielseitige Industriestruktur und verfügt u.a. über eine bedeutende Maschinen- und Schwerindustrie, die den typischen Verflechtungsindustrien angehören.
- Patras weist keinen bedeutenden Industriekomplex auf. Zu den Industrien mit einer hohen Vorleistungsnachfrage gehören hier die Nahrungsmittel-, die Schuh- und Bekleidungs- sowie die Papierindustrie; zu den Industrien mit einer hohen Vorleistungs- und Zwischennachfrage die Transportmittelherstellung.
- Volos hat bei den wichtigsten Industrien mit einer hohen Vorleistungsnachfrage die Nahrungsmittel-, Schuh- und Bekleidungsindustrie sowie metallische Produkte außer Maschinen und Transportmaterial zu verzeichnen. (Letztere gehört zu den Branchen, die allgemeine Verflechtungen aufweisen.) Zu den Industrien mit einer hohen Zwischennachfrage gehören die Textil- und die Bauindustrie.
- Larissa wichtigste Branchen mit einer hohen Vorleistungsnachfrage sind die Nahrungsmittel-, die

1) Vgl. Tab. 38, S. 229.

Schuh- und Bekleidungsindustrie und mit einer hohen Zwischennachfrage die Textilindustrie.

Kavala verfügt mit der Schuh- und Bekleidungsindustrie als einzige über Branchen mit einer hohen Vorleistungsnachfrage.

Iraklion hat als wichtigste Branche mit einer hohen Vorleistungsnachfrage die Nahrungsmittelindustrie.

Chanea hat als einzige Branche mit einer hohen Vorleistungs- und Zwischennachfrage die Transportmittelindustrie.

4.2.5. Zusammenfassung

Trotz eines möglichen Wachstumsausfalls erreichte das gesamtwirtschaftliche BIP Griechenlands im Ländervergleich hohe Wachstumsraten, während von regionalen Verteilungseffekten, gemessen am Pro-Kopf-BIP und den jeweiligen sektoralen Wachstumsraten, vor allem die Region Zentral- und Westmazedonien und in zweiter Linie die Region Thessalien profitierten.

Weiterhin wurden hinsichtlich der Beschäftigungseffekte folgende Feststellungen gemacht:

- Die sektorale Beschäftigungsentwicklung erlebte eine Verschiebung vom primären zum sekundären Sektor.
- Die günstigste Beschäftigungsentwicklung zeichnete sich in den Regionen Zentral- und Westmazedonien und Thessalien ab, wobei die Gegenüberstellung der Pole mit den jeweilig zugehörigen Regionen zeigt, daß die höchsten Wachstumsraten diejenigen Regionen verzeichneten, in denen das Beschäftigungswachstum der Pole am höchsten war.

Dabei ist hervorzuheben, daß die Region Zentral- und Westmazedonien mit dem Wachstumspol Thessaloniki und die Region Thessalien mit den Wachstumspolen Larissa und Volos die positivste Entwicklung aufweisen.

Hinsichtlich der Indikatoren Arbeitspotential, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit verzeichnete die Region Ost-Stereia und Inseln die günstigste Entwicklung. Überdurchschnittlich entwickelte sich die Region Zentral- und Westmazedonien und auch die Region Thessalien sowie die Problemregion Thrazien (1971 - 1977) zeigten positive Tendenzen.

Betreffend der Wanderungseffekte ist zu bemerken, daß sowohl die Binnenwanderung als auch die Emigration möglichst zum Stillstand gebracht werden sollte. Insbesondere wollte man das permanente Bevölkerungswachstum Athens stoppen.

Diesbezüglich wurde ermittelt, daß die Auswanderung, die Mitte der 60er Jahre ihren Höchstwert erreichte, die ärmeren Regionen, vor allem Ostmazedonien, Epirus und Thrazien betraf. Die Binnenwanderung begünstigte die zentralliegenden Regionen Ost-Stereia und Inseln, Zentral- und Westmazedonien und Thessalien, aber vor allem Athen. Als positiv wird jedoch die Abnahme der Wachstumsrate Athens in den Jahren 1971 bis 1981 angesehen.

Übersicht 5: Die Entwicklung der untersuchten Indikatoren (Zusammenfassung)

Region	BIP	Beschäftigungseffekte	Arbeitspotential	Wanderungseffekte Auswanderungen
Zentral- und Westmazedonien	1	1	2	-
Thessalien	2	2	3	-
Ost-Stereia und Inseln	-	-	1	-
Thrazien	-	-	-	+
Ost-Mazedonien	-	-	-	+
Epirus	-	-	-	+

Legende: Effekte: 1 > 2 > 3; existent = +; nicht bemerkenswert = -

Die Wirtschaftsentwicklung, insbesondere die der verarbeitenden Industrie, die eine zentrale Stelle im Wachstumspolkonzept einnimmt, wurde mit Hilfe der Methode der Shift-Analyse beurteilt. Von den drei Faktoren (Regional-, Standort- und Strukturfaktor) wurde dem Strukturfaktor als Indikator hinsichtlich eines nachhaltigen Wachstums besondere Bedeutung beigemessen.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß ein nachhaltiges Wachstum für die Wachstumspole Patras und Larissa/Volos entsprechend den eruierten Voraussetzungen möglich ist, abgesehen von den Sonderfällen Athen und Thessaloniki. Nach der Wachstumspolhypothese der Induktion von Ausstrahlungseffekten dürften zudem die Bezugsregionen Peloponnes und West-Stereia sowie Thessalien auf eine positive Wirtschaftsentwicklung hoffen. Zusätzlich zu den Polen und Regionen wurde die Entwicklung des Regionalfaktors in den verschiedenen Präfekturen beobachtet, wobei bei einer positiven Entwicklung der Standortfaktor als ursächlich anzusehen ist.

Im Anschluß an die Auseinandersetzung mit o.g. Faktoren und bezugnehmend auf die Hypothese, daß relativ hohe Kommunikationskosten für interindustrielle Verflechtungen zur Polbildung führen, sollte die Heranziehung von Daten aus den nationalen Input-Output-Tabellen Auskunft über den Verflechtungsgrad typischer Industriezweige geben.

Die daraus gewonnene Erkenntnis läßt die Schlußfolgerung zu, daß in Griechenland für interindustrielle Verflechtungen typische Industriezweige bedeutungslos sind, z.B. die Chemieindustrie, es sei denn, sie befinden sich in Athen, z.B. die Maschinenindustrie (elektrische Maschinen). Allein die metallverarbeitende Industrie zeigte eine positive Entwicklung in anderen Polen als Athen, Thessaloniki und Larissa/Volos. Außerdem wurde durch die Berücksichtigung der Industriekomplexe mit einem bedeutenden Verflechtungsgrad und räumlicher Konzentration deutlich, daß - abgesehen von Athen und Thessaloniki - lediglich Volos entsprechende Voraussetzungen aufweist. Alle anderen sind nicht in der Lage, ihrem "Polanspruch" gerecht zu werden.

4.3. Der institutionelle Rahmen

Nachdem festgestellt wurde, daß in den Plänen eine marktwirtschaftliche Konzeption der Regionalpolitik zugrunde liegt, muß nun über eine Bestandsaufnahme der Verwaltungsstruktur (und -funktion) eine Beurteilung des Verwaltungsaufbaus anhand des Planungsanspruchs bzw. Realisationsgrades erfolgen, um Ursachen eventueller Fehlleistungen in diesem Bereich zu lokalisieren. Damit geht es um die Frage: entspricht das Planungsinstrumentarium (Träger) den Anforderungen der Planung?

4.3.1. Die Verwaltungsstruktur und -funktion

4.3.1.1. Nationale Ebene

Die Aufgabe, Entscheidungen über Ziele und den Mitteleinsatz in der Regionalpolitik zu treffen sowie räumliche gezielte Maßnahmen durchzuführen und zu kontrollieren, wird faktisch der Verwaltung übertragen ¹⁾. Mit den - entsprechend der Verwaltungsgliederung existierenden - Trägern stellt sich die Frage nach der Koordination und Subordination der Politik. Um diese Frage in bezug auf die griechische Verwaltung beantworten zu können, bedarf es zunächst einer Darstellung des griechischen Verwaltungsapparates mit seinen Funktionen ²⁾.

Der griechischen Verfassung gemäß wird das Land nach dem dezentralen System verwaltet ³⁾. Ein Teil dieser Verwaltung wird durch die öffentliche Verwaltung (darunter fallen staatliche Organe und Dienststellen) ausgeübt. Die zentralen Verwaltungsbehörden besitzen neben ihrer besonderen Zuständigkeiten die allgemeinen Richtlinienkompetenzen und sind für die Koordination und Kontrolle der Regionalorgane verantwortlich. Den restlichen Teil der Verwaltung üben die Selbstverwaltungskörperschaften aus, worunter Städte und Gemeinden zu verstehen sind. Ihnen obliegt die allgemeine Entscheidungszuständigkeit über Angelegenheiten ihres jeweiligen Gebietes.

1) Vgl. Pütz, Th.: Grundlagen der theoretischen Wirtschaftspolitik, Stuttgart 1975, S. 214 ff.; Hansmeyer, K.-H.: Ziele und Träger regionaler Wirtschaftspolitik, in: Schneider, H.K. (Hrsg.): Beiträge zur Regionalpolitik, Sch.d.V.f.S., N.F., Bd. 41, Berlin 1968, S. 51; Jürgensen, H.: Andinomien in der Regionalpolitik, in: Jürgensen, H. (Hrsg.): Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, Göttingen 1964, S. 406; Fürst, D.; Klemmer, P.; Zimmermann, K.: Regionale Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 134 ff.

2) Vgl. Übersicht 6, S. 122, dieser Arbeit.

3) Vgl. Artikel 101 und 102 des Grundgesetzes von 1975.

Übersicht 6: Regionalpolitische Einflußnahme nach Trägerebenen

Arten der Instrumente	Planungsinstrumente, Information, Koordination und Integration von Planungsträgern Zielen und Maßnahmen	Staatliche zur Raumgliederung	Maßnahmen zur Beeinflussung der Planträger		
			Gezielte Individuelle Finanzhilfen	Finanzielle Instrumente Infrastrukturfinanzierung bzw. Ausbau	Differenzierte Tarife und öffentliche Auftragsvergabe
Trägerebenen					
Gesamtstaatliche Ebene	Sozioökonomisches Entwicklungsprogramm	Problemräume Schwerpunkträume Entwicklungszentren bzw. zentrale Orte	Investitionszulagen	Durchführung der Infrastrukturinvestitionen	Staataufträge
Regionale Ebene					
Lokale Ebene				Infrastrukturinvestitionen	
				Medieneinsatz Werbematerial Kontaktpflege	Verbote Auflagen Genehmigungen

Die Verwaltung ist hierarchisch und funktional gegliedert, mit einer einseitigen Konzentration der Verwaltungsbefugnisse, wobei besonders die letzte Entscheidungsbefugnis den Zentralbehörden in der Hauptstadt vorbehalten bleibt. Von der Zentrale aus wird die Verwaltung des Landes über die Präfekturen und die Außenstellen der Ministerien gesteuert.

Für die Regionalpolitik sind in erster Linie das Koordinationsministerium ¹⁾ und die Fachministerien zuständig ²⁾. Das Amt des Koordinationsministeriums für Regionalpolitik und Entwicklung ³⁾ (YPP/A) ist für die Aufstellung von Plänen und die Durchführung der regionalen Entwicklungspolitik zuständig. Im einzelnen hat dieses Amt folgende Aufgaben ⁴⁾:

- Unterbreitung von Vorschlägen für die regionale Entwicklungspolitik sowie Konzeption von mehrjährigen Plänen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.
- Ausarbeitung lokaler, regionaler und nationaler Einjahres-Entwicklungspläne und Überwachung von Realisierungen öffentlicher Investitionsprogramme im Hinblick auf qualitative und quantitative Kriterien.
- Vorbereitung der Programme, die durch den Fond für regionale Entwicklung der EG finanziert werden sollen, und die Unterbreitung von Vorschlägen über Projekte und Studien bezüglich der Programmrealisierung.

1) KE.P.E. ist dem Koordinationsministerium angegliedert. Es erarbeitet die Fünfjahrespläne. Das Koordinationsministerium wurde 1982 zum Ministerium für Nationalökonomie umstrukturiert.

2) Für die Regionalpolitik wichtige Ministerien sind: das Ministerium für Raumordnung und Umwelt, das Innenministerium, das Ministerium für öffentliche Werke und das Industrieministerium, vgl. hierzu: Technische Kammer Griechenlands (TEE): Thesmiko kai Diikitiko Plesio Chorotaxias (Gesetzlicher und Administrativer Rahmen der Raumordnung), Athen 1976, S. 50.

3) Im folgenden immer als YPP/A zitiert.

4) Vgl. Giatrakos, N.: Die Probleme der regionalen ökonomischen Entwicklung, in: Ökonomikos Tachydromos, Heft 52, 1979.

- Koordination der Fachpläne und Kontrolle ihrer Realisierung. Zu diesem Zweck wurde vom YPP/A Spezialausschüsse aus Vertretern staatlicher Träger und facherfahrenen Wissenschaftlern gebildet.
- Auswertung der Wirksamkeit von Anreizen zur industriellen Standortlenkung, Unterbreitung von Anpassungsvorschlägen über die bestehende Gesetzgebung an die Regionalpolitik und Begutachtung vorgelegter Pläne der Unternehmen betreffs Kreditgewährung und Einordnung unter die Anreizgesetze usw.
- Koordination der Realisierung von Spezialprogrammen internationaler Finanzierung. In diesem Rahmen und zum Zweck der Realisierung des Spezialentwicklungsprogramms von Ebros wurde das Sekretariat des zentralen Organisationskomitees von Ebros gebildet. Dieses Sekretariat ist Abteilung des YPP/A und besitzt Zuständigkeit für die Koordination der Aufgabenbereiche von Ministerien und Ämtern, welche die Projekte realisieren sollen.

4.3.1.2. Regionale Ebene

Auf regionaler Ebene unterhalten die Fachministerien Inspektionen, deren lokale Zuständigkeit und Sitz von jedem einzelnen Ministerium fachspezifisch geregelt wird, was eine völlig unterschiedliche Einteilung von Verwaltungsregionen durch die jeweiligen Ministerien ergibt. Das YPP/A des Koordinationsministeriums verfügt über neun Ämter für regionale Entwicklung ¹⁾ (YPA ²⁾), die sämtliche Gebiete abdecken und in den Anfangsjahren ihrer Entstehung in den entsprechenden Regionen (1960 - 1967) weitreichende Kompetenzen be-

1) Im Jahre 1965 gab es fünf, die 1970 auf sieben erhöht wurden.

2) Im folgenden als YPA zitiert.

saßen ¹⁾. Während des Militärregimes (1967 - 1974) wurden die Machtbefugnisse YPAs weitgehend eingeschränkt, da man sie unter dem Namen "Ämter zur Koordination regionaler Entwicklungen" dem Ministerium für Nationalökonomie unterordnete und der direkten Kontrolle der damaligen Regionalgouverneure unterstellte.

In der Folgezeit gehörten sie wiederum dem Koordinationsministerium als regionale Stellen seines Amtes an ²⁾ und waren mit der Aufgabe betraut, die sozio-ökonomischen Probleme jeder Region einem systematischen Studium zu unterziehen und zu deren Lösung Maßnahmen- und Programmvorschläge umfassenden Charakters zu machen ³⁾.

Schließlich wurden sie mit dem Präsidialerlaß Nr. 816 vom 14.9.1977 zu Organen der lokalen Datensammlung für das zentrale Amt ⁴⁾; darüber hinaus wurde ihr Aufgabenbereich auf die Erstellung von Vorschlägen für das zu entwickelnde Programm öffentlicher Investitionen und zur Förderung privater Investitionen beschränkt. Mit der Installierung dieser Ämter ging also keine gleichzeitige Übertragung wesentlicher Funktionen einher, was sie daran hinderte, zu wirk-samen Organen für Planung und Anwendung innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches zu werden.

1) Vgl. TEE: ..., a.a.O., S. 33; KE.P.E.: Ta plaissia ..., a.a.O., S. 221 ff.; Exarchos, I.: Die Probleme der ökonomischen Regionalentwicklung, in: Ökonomikos Tachydromos, Heft 52, 1979.

2) Präsidialerlaß 816/14.9.1977, in Filo Efimeridos tis Kybernisseos (Regierungsanzeiger), Athen 1977.

3) Vgl. Giatrakos, Nikos: To elliniko periferiako provlima, protasis gia mia nea periferiaki politiki (Das griechische Regionalproblem, Vorschläge für eine neue Regionalpolitik), Athen 1980, S. 24.

4) Vgl. Exarchos, I.: a.a.O.

4.3.1.3. Lokale Ebene

Unter Verwaltungsorganen auf lokaler Ebene sind zu verstehen:

- Präfekturen,
- Außenstellen der Ministerien,
- Städte und Gemeinden ¹⁾.

4.3.1.3.1. Die Präfekturen

Als Grundeinheit der öffentlichen Verwaltungshierarchie wird die Präfektur angesehen. Der Präfekt gilt als Repräsentant der Regierung und untersteht hinsichtlich seiner Ernennung und seines Einsatzes dem Premierminister ²⁾. Zu den Aufgabenbereichen des Präfekten gehören:

- Das Überwachen der Einhaltung von Gesetzen, der Durchführung von Dekreten, Ministerialbeschlüssen u.a.
- Die Koordination der Aktivitäten aller Institutionen mit Ausnahme derer der Legislative, gleichfalls der Aktivitäten von Städten und Gemeinden und anderer juristischer Personen des öffentlichen Rechts gemäß der allgemeinen Richtlinien der Regierungspolitik.
- Die Überwachung und Kontrolle o.g. Aktivitäten.

Die Präfektur ist sozusagen Ausführungsorgan der zentralen Dienststellen und setzt sich zusammen aus allen regionalen Dienststellen sämtlicher Ministerien auf Präfekturbene ³⁾

1) Vgl. Demetriou, G.: Kommunalpolitik in Griechenland. Handlungsspielräume der Kommunalverwaltung und lokale Einfluß- und Entscheidungsstrukturen am Beispiel der Stadt Thessaloniki, München 1981.

2) Vgl. Michalakou, G.: Probleme der lokalen Selbstverwaltung in Griechenland, KE.P.E.: Reihe von Spezialstudien B, Athen 1970, S. 43.

3) Vgl. Zeugaridis, Sp.: Die Organisation der öffentlichen Verwaltung, Bd. A, Athen 1979, S. 108 ff.

das bedeutet, daß alle ministeriellen Fachbereiche mit Ausnahme des Justizministeriums, des Ministeriums für öffentliche Ordnung und des Verteidigungsministeriums vertreten sind ¹⁾.

Für die Präfekturprogramme, die der Koordination des Innenministeriums unterliegen, sind die einzelnen Präfekturdienststellen verantwortlich; desweiteren liegt die Verantwortung für Programmkoordinationen hinsichtlich der Grenzgebiete in den Händen der Präfekturdienststellen, des Ministeriums für Nordgriechenland und des Innenministeriums ²⁾.

Obwohl der Präfekt hierarchisch dem Innenministerium unterstellt ist, wird er wegen seiner umfassenden Zuständigkeiten - je nach Aufgabenbereich - von den jeweils verantwortlichen Ministern kontrolliert ³⁾. Entsprechend ihrer Zuständigkeit ist die Präfektur in zwei Bereiche gegliedert:

- in Einheiten vertikaler Gliederung der regionalen Organe der Ministerien und
- in Einheiten, die sämtlichen Dienststellen der Präfektur dienen und keinem speziellen Ministerium angehören.

Darunter sind Einheiten zu verstehen, die sich mit folgenden Themenbereichen beschäftigen:

- Öffentlichkeitsarbeit,
- Planung,
- Verwaltung und Personal aller Dienststellen (regionaler Organe und zentraler Träger) der Präfektur ⁴⁾.

1) Vgl. TEE: a.a.O., S. 66.

2) Vgl. ebenda, S. 50.

3) Vgl. Zeugaridis, Sp.: Die Organisation ..., a.a.O., S. 109.

4) Vgl. ebenda, S. 111.

4.3.1.3.2. Die Außenstellen der Ministerien

Neben den neun YPAs unterhält das Amt des Koordinationsministeriums YPP/A 19 Stellen für Entwicklung auf präfektoraler Ebene, die je nach Besetzung ähnliche Zuständigkeiten wie die Ämter des Koordinationsministeriums (YPA) aufweisen ¹⁾.

Als Hauptaufgabe dieser Stellen sind Hilfsleistungen gegenüber dem Koordinationsministerium bei Themen der verschiedenen Entwicklungsbereiche ihres Gebietes zu betrachten. Bei den auf lokaler Ebene tätigen Außenstellen der Ministerien zeigt sich die Tendenz zur Verselbständigung, also Ablösung von der Präfektur ²⁾.

4.3.1.3.3. Die Städte und Gemeinden

Nachdem eine große Anzahl lokaler Zuständigkeiten ³⁾ (z.B. für Straßen und Parkanlagen) von staatlichen Dienststellen oder juristischen Personen übernommen wurde, hat der Zuständigkeitsbereich der Städte und Gemeinden eine beträchtliche Schmälerung erfahren ⁴⁾. Nicht zuletzt aufgrund fehlender lokaler Einnahmequellen ⁵⁾ ergibt sich eine Beschränkung ihres Tätigkeitfeldes und die Unfähigkeit, ihre laufenden Kosten zu decken ⁶⁾. Diese prekäre finanzielle Situation der Städte und Gemeinden wirkt sich vor allem negativ auf ihre Investitionsprogramme aus, weshalb die von ihnen getätigten Projekte lediglich einen kleinen Teil der lokalen Bedürfnisse zu decken imstande sind. Der Staat übt - vor-

1) Vgl. Giatrakos, N.: Die Probleme ..., a.a.O.:

2) Vgl. KE.P.E.: Programm ..., a.a.O., 1978-82, S. 28 ff.

3) Vgl. ebenda, S. 29.

4) Nach 1981 wurde der Zuständigkeitsbereich der Städte und Gemeinden erweitert.

5) Vgl. Tab. 4, S. 129, dieser Arbeit.

6) KE.P.E.: Programm ..., a.a.O., 1978-82, S. 29.

Tab. 4: Einnahmen und Ausgaben der lokalen Selbstverwaltung (in Mio. Drachmen zu laufenden Preisen)

	Jahr										
Einnahmen	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979 ⁺	
1. Direkte Steuern	741	779	836	1.143	1.077	1.065	520	620	730	1.120	
2. Indirekte Steuern	1.019	923	1.122	830	825	905	1.320	1.450	1.650	1.660	
3. Einnahmen aus Vermögen und unternehmerischen Tätigkeiten	516	606	640	681	780	1.100	1.180	1.220	1.350	1.300	
4. Restliche Einnahmen	49	108	87	199	190	162	180	200	250	510	
5. Staatliche Subventionen	745	725	609	623	729	1.008	1.900	3.210	3.790	5.110	
6. Rechte und Gebühren	1.271	1.482	1.843	1.990	2.214	3.000	3.650	3.900	5.000	7.000	
Insgesamt	4.347	4.623	5.137	5.466	5.815	7.240	8.750	10.600	12.770	16.700	
Ausgaben											
1. Laufende Kosten für Güter und Dienstleistungen	2.858	3.177	3.319	3.870	4.417	5.200	6.690	8.070	9.600	13.100	
a) Löhne und Gehälter	1.718	1.834	1.834	2.242	2.778	3.350	4.440	5.370	6.500	8.700	
b) Restliche Ausgaben	1.140	1.343	1.485	1.628	1.639	1.850	2.250	2.700	3.100	4.400	
2. Renten und finanzielle Hilfen	250	290	340	411	469	625	750	920	1.070	1.200	
3. Beiträge und Prämien an den Staat	2	48	25	41	67	92	90	100	40	50	
4. Überschuß (+) Defizit (-)	1.237	1.108	1.453	1.144	862	1.325	1.220	1.510	2.060	2.350	
Insgesamt	4.347	4.623	5.137	5.466	5.815	7.240	8.750	10.600	12.770	16.700	

+ = vorläufige Daten Quelle: NSSG, National accounts of Greece 1970 - 1979, Athen 1981

wiegend durch den Präfekten - eine strenge Kontrolle über die Städte und Gemeinden aus; so müssen z.B. die Beschlüsse der lokalen Gebietskörperschaften vor der Präfektur genehmigt werden ¹⁾.

4.3.2. Zusammenfassung

Die bisherigen Ausführungen machen deutlich, daß letztlich die Regierung als eigentlicher Träger regionalpolitischer Entscheidungen zu sehen ist. Den Außenstellen der Ministerien in den Regionen fällt lediglich der verwaltungstechnische Teil der Aufgaben zu. Notwendigerweise ist deshalb das Verwaltungssystem sektoral gegliedert:

Jedes Organ einer engeren Verwaltungsregion ist auf hierarchische Weise einem ihm übergeordneten Organ - mit größerem Zuständigkeitsbereich - unterstellt; dieses Prinzip setzt sich fort bis zur Ministerialebene, entsprechend den jeweiligen Ressorts ²⁾. Solcher hierarchischen Struktur zufolge besitzt jedes Ministerium die Möglichkeit, Einfluß und Kontrolle auf Vorgänge auszuüben, die sich auf präfektoraler Ebene vollziehen. Den Städten und Gemeinden fallen kaum selbständige Entscheidungen im regionalpolitischen Rahmen zu; die Realisierung von Projekten muß sogar bei Kleinstvorhaben durch das Koordinationsministerium ³⁾ genehmigt werden.

Die Verwaltung muß als Träger der Regionalpolitik die Funktion der raumordnungspolitischen Konzeption gewährleisten. Daher soll eine Beurteilung der Verwaltungsorganisation hinsichtlich der marktwirtschaftlich orientierten Planungs-

1) Vgl. TEE: a.a.O., S. 66.

2) Vgl. Zeugaridis, Sp.: Die Organisation ..., a.a.O., S. 102.

3) Vgl. Anmerkung 1) von S. 123 dieser Arbeit.

konzeption erfolgen, um zu beleuchten, ob letztere den ihr gestellten Aufgaben gerecht zu werden vermag.

Die griechische Planung ist als marktwirtschaftskonforme indikative Planung zu verstehen, wobei die Koordination der Einzelwirtschaftspläne durch das marktwirtschaftliche Koordinationsprinzip erfolgt. Die Subordination des einzelwirtschaftlichen Handelns gemäß den Zielen der staatlichen Wirtschaftspolitik soll durch die Bestimmung einzelwirtschaftlicher Plandaten (wie Steuersätze, Subventionen u.a.) erreicht werden ¹⁾.

Die quantitativen Planziele beschränken sich auf Markkroplanziele ²⁾, wobei schwerpunktmäßig auf die Wachstumsrate des Sozialprodukts Wert gelegt wird. Vor allem in bezug auf das Subordinationsproblem müssen die von den verschiedenen Entscheidungsträgern geplanten Maßnahmen institutionell und organisatorisch koordiniert werden, und zwar in vertikaler und horizontaler Richtung.

Der bedeutsamste Träger der griechischen Regionalpolitik ist, wie bereits aufgezeigt, die Regierung; d.h., die Entscheidungen werden auf den höheren Ebenen der Verwaltungshierarchie getroffen, was eine freiwillige Koordination mehrerer autonomer Entscheidungsträger unterbindet, und so die Abstimmung hinsichtlich der Maßnahmen nur durch Zwang zu erreichen ist. Folgende Darstellung macht deutlich, daß diese Art der Koordination nicht unbedingt rational und effektiv ist.

1) Über Koordinationsprobleme vgl. u.a. Tuchtfeldt, E.: Koordinationsprobleme in der Wirtschaftspolitik, in: Wirtschaftspolitische Chronik, 1972, Heft 3, S. 16-18; Krüger, R.: Die Koordination von gesamtwirtschaftlicher regionaler und lokaler Planung. Gedanken zur Einordnung regionaler und lokaler Planung und Politik in die nationale Wirtschaftspolitik, Berlin 1969, S. 173 f.; Pütz, Th.: Grundlagen ..., a.a.O., S. 219 ff.; Lauschmann, E.: Grundlagen ..., a.a.O., S. 266 ff.

2) Vgl. KE.P.E.: Program ..., a.a.O., 1978-82.

Die Administration ist zwar in den einzelnen Regionen präsent, besitzt jedoch weder Entscheidungsbefugnisse noch bedeutende Funktionen in den für die Unternehmen relevanten Bereichen; somit wird die Entscheidung der Unternehmen, sich an den Richtlinien der Regionalpolitik zu orientieren, erschwert, bzw. ist eine Niederlassung in den jeweiligen Regionen mit mannigfaltigen Schwierigkeiten verbunden, da die Firmen gezwungen sind, bei jedem auftretenden Problem die zentralen Behörden, Banken u.a. in Athen aufzusuchen ¹⁾. Davon sind auch ausländische Unternehmen betroffen ²⁾, die auf regionalpolitische Orientierungshilfen angewiesen sind. So befinden sich z.B. die Produktionsbetriebe von Esso, Good Year und der griechischen Stahlgesellschaft in Thessaloniki; und die Produktionsstätten von 'Pirelli Ellas' in Patras sowie 'Pechiney' in Aspra Spitia usw., jedoch liegen Firmensitz und Verwaltung dieser Unternehmen in Athen ³⁾.

Diese Gegebenheit, daß durch die Befugniszentralisierung alle Entscheidungen in Athen getroffen werden müssen, wurde durch empirische Untersuchungen als ernstes Hindernis für die industrielle Dezentralisierung bestätigt ⁴⁾. Desweiteren haben solche Untersuchungen gezeigt, daß gerade die Dezentralisierung in der Lage wäre, positiven Einfluß auf die Wirklichkeits- und Problemnähe der Planung verschiedener Ebenen auszuüben ⁵⁾.

Ein zusätzlicher Grund, der für eine Dezentralisierung der Entscheidungskompetenzen im gesamtwirtschaftlichen Interesse spricht, ist die Gefahr einer eventuellen Nichtanerken-

1) Vgl. Nauteporiki vom 19.1.1980.

2) Diese 'obligatorische' Athener Geschäftsstelle natürlich den Unternehmen zusätzliche Kosten verursacht.

3) Vgl. Ökonomikos Tachydromos, Heft 13, 1979.

4) Vgl. Kottis, G.: a.a.O., S. 245.

5) Vgl. Pütz, Th.: Grundlagen ..., a.a.O., S. 222 f.

nung räumlicher Entscheidungsmaßnahmen höherer Instanzen durch die betroffenen untergeordneten Stellen.

Zur Lösung des Problems der horizontalen Koordination, das vor allem auf höchster Ebene zwischen den verschiedenen Fachministerien auftritt, gründete man ein eigenes Koordinationsministerium. Da dieses in seiner Funktion als Koordinator von den anderen Ministerien nicht immer akzeptiert wurde, etablierten sich zusätzliche innerministerielle Ausschüsse und besondere Kabinettsausschüsse auf Ministerialebene, die allerdings ebenfalls nicht in der Lage waren, eine gut funktionierende horizontale Koordination aufzubauen ¹⁾.

Die entsprechende Bestätigung hierfür ist aus dem von der Regierung vorgelegten Programm ²⁾ abzuleiten, das Fälle aufzeigt, wo gleiche Funktionen von verschiedenen Dienststellen wahrgenommen werden, während andererseits eine Vielzahl begutachtender Beratungsorgane ohne explizite Aufgabe sind. Somit entsteht die Situation, daß die von einem Ministerium getroffenen Entscheidungen durch die gegensätzliche politische Handlungsweise eines anderen Ministeriums negiert werden können ³⁾.

Zusätzlich vermag eine fehlende Maßnahmenkoordination erhebliche Verwirrung bei den jeweils Betroffenen auszulösen. So hat z.B. die Veröffentlichung unterschiedlicher Maßnahmen und Regelungen hinsichtlich der Genehmigung industrieller Neugründungen, Erweiterungen und Umsiedlungen auf Attika eine völlige Ratlosigkeit der Unternehmer dieses Gebietes bewirkt. Zudem stellte sich heraus, daß die Regelungen

1) Vgl. Nookun, M.: Statistics for Regional Planning in Greece, OECD, DD/TC/4329, Paris 1964, S. 9.

2) Vgl. KE.P.E.: Programm ..., a.a.O., 1978-82, S. 28.

3) Vgl. Ökonomikos Tachydromos, Heft 15, 1979.

weder endgültig noch langfristig geplant waren und sich sozusagen erst in einem Reformstatus befanden, da die verschiedenen zuständigen Dienststellen nicht in der Lage waren, sich zu einer einheitlichen Politik bezüglich des Problems der industriellen Entwicklung auf Attika zu entschließen ¹⁾.

Eine weitere Bestätigung liefert der Bericht von Langrod in bezug auf die Reorganisation öffentlicher Dienststellen. Dort wurde konstatiert, daß eine einheitliche öffentliche Verwaltung nicht existiert, denn die Realität zeigt, daß ebenso viele nicht untereinander koordinierte Verwaltungen und öffentliche Einrichtungen bestehen, wie Ministerien vorhanden sind ²⁾. Der Verwaltungsapparat hat dabei ein solch verwirrendes Ausmaß angenommen, daß keine eindeutigen Kompetenzbereiche existieren. Daraus ergeben sich außerordentliche Schwierigkeiten bei der Durchführung allgemeiner Maßnahmen. Nachdem die lokale Zuständigkeit und der Sitz der Inspektionen von jedem Fachministerium eigenständig geregelt wird, ergibt sich eine Fülle von Koordinationsproblemen auf regionaler Ebene. Um die Verworrenheit zwischen den Verwaltungsorganen hinsichtlich der Zuständigkeitsfrage zu beheben, sehen die nationalen Pläne eine administrative Reform vor, die von verschiedenen Regierungen erfolglos zu verwirklichen versucht wurde.

Insgesamt gesehen muß man davon ausgehen, daß eine zieladäquate Strategie, die eine an gesamtwirtschaftlichen Interessen orientierte regionalpolitische Handlungsweise anstrebt, einen Verwaltungsaufbau verlangt, der zumindest

1) Vgl. Vradini vom 29.11.1977.

2) Vgl. Langrod, G.: Ekthesis aforossa tin anadiorganossin ton dimosion ipiression en elladi (Bericht über die Reorganisation der öffentlichen Dienststellen in Griechenland), Koordinationsministerium Bd. II, Athen 1965, S. 11.

die räumliche Durchführung der Maßnahmen erleichtert. - Aus der in Griechenland vorliegenden Situation läßt sich jedoch unschwer erkennen, daß sich durch die einseitige Art des aufgebauten Verwaltungsapparates große Schwierigkeiten und Fehlentwicklungen bei der Durchführung regionalpolitischer Vorhaben ergeben.

Die bestehende Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse auf die verschiedenen Ministerien als übergeordnete Organe vermag Verwirrung und unverantwortliches Handeln bei letzteren sowie den untergeordneten Organen in horizontaler und vertikaler Richtung zu induzieren, was letztlich eine standortbezogene Orientierungslosigkeit der Unternehmen zur Folge hat.

Desweiteren wird durch die Konzentration der Entscheidungsgewalt auf die höheren Stellen der Verwaltungs- pyramide die Durchführung räumlicher Maßnahmen erschwert, wodurch das Prinzip des Wettbewerbs zwischen den Einzelwirtschaften verletzt wird, was wiederum eine mangelnde Ansiedlungsbereitschaft der Unternehmen in den Regionen nach sich zieht.

Den Städten und Gemeinden wurde durch die erwähnte Kompetenzzentralisierung auf ministeriellen Ebenen der Boden für eine selbständige Handlungsweise weitgehendst entzogen, was diese Organe zu unwichtigen Einheiten des Planungsinstrumentariums stempelt. Daraus entsteht auch der beschränkte Rahmen der finanziellen Mittel von Städten und Gemeinden, was deren Operationalitätsfähigkeit bedeutend einschränkt.

Als die entscheidende Schwäche einer solchen Verwaltungsstruktur muß das nicht gelöste Koordinationsproblem betrachtet werden (das die bereits erwähnten negativen Effekte auslöst), vor allem unter dem Aspekt, daß eine zielgerechte

Maßnahmenkoordination die primäre Voraussetzung für regionalpolitisch sinnvolles Handeln darstellt. Die Nichterfüllung dieser Anforderung zeigt einen Widerspruch zwischen ordnungspolitischer Grundentscheidung und praktizierter Planungstechnik auf.

Das bedeutet, daß die vom Staat angestrebte Dezentralisierung der Industrie mangels geeigneter Institutionen jeglicher Voraussetzung entbehrt. Die Träger der griechischen Regionalpolitik ¹⁾ können folglich keine erfolgversprechende planerische Abstimmung zwischen den staatlichen Zielsetzungen und den räumlichen Entscheidungen der privaten Wirtschaftseinheiten leisten.

4.4. Die Maßnahmen

Neben den bereits eruierten Fehlleistungen im Planungsträgeraufbau ist nun zu hinterfragen, ob die jeweiligen Maßnahmenbündel den Planungsanspruch adäquat sind, um dann deren Wirkungseffizienz kennzeichnen zu können.

4.4.1. Grundlegende Interdependenzen und Wirkungen von Maßnahmen

Die Maßnahmen des Staates innerhalb gegebener Rahmenbedingungen einer bestehenden marktwirtschaftlichen Orientierung müssen dergestalt erfolgen, daß die Beeinflussung der regionalen Verteilung einzelner Faktoren ohne Einschränkung des Entscheidungsprozesses privater Unternehmer geschieht ²⁾. Demzufolge werden die staatlichen Eingriffe

1) Vgl. insbesondere 4.4.1., S. 136 ff., dieser Arbeit.

2) Vgl. Fürst, D. u.a.: Regionale Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 154.

entweder direkt (z.B. durch finanzielle Vergünstigungen) oder indirekt (in Form einer gezielten Beeinflussung standortrelevanter Faktoren, welche Anreizfunktion ¹⁾ für die Entschlußfreudigkeit der Unternehmer hinsichtlich einer Niederlassung in bestimmten Regionen besitzen), an die privaten Unternehmen gerichtet.

Im Interesse einer Maximierung der Wirkungen des jeweiligen Instrumentenbündels muß die Wahl und Intensität der einzusetzenden Instrumente gemäß der Annahme erfolgen, daß die Unternehmer stets gut über die entscheidungsrelevanten Daten informiert sind und ihre Entschlüsse generell nach rationalen Gesichtspunkten fällen ²⁾.

Dabei erwiesen sich die Theorien hauptsächlich hinsichtlich gewinnbezogener Entscheidungen der Unternehmer als einseitig, da empirische und theoretische Untersuchungen bezüglich der Kriterien zur Standortwahl ³⁾ deutlich machten, daß die Unternehmer in ihrem Entscheidungskalkül nicht ausschließlich ökonomisch motiviert sind, sondern sich auch an privaten außerökonomischen Motiven orientieren. Daher mußte der Forderung nach Erweiterung des Rationalitätsbegriffes Rechnung getragen werden, was in Form eines Einbezuges subjektiver wie auch objektiver Komponenten geschah ⁴⁾.

1) Vgl. Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V. Bonn (Hrsg.): Regionale Lebensbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland und in Ländern der Dritten Welt - Öffentliche Arbeitstagung am 20.10.1983, Bonn 1984, S. 88.

2) Vgl. Pütz, Th.: Grundlagen ..., a.a.O., S. 205 f.; Brede, H.: Bestimmungsfaktoren ..., a.a.O., S. 40.

3) Investitionsentscheidungen werden in erster Linie nach Standortfaktoren getroffen, wie Untersuchungen und Umfrageergebnisse beweisen, vgl. z.B. Brösse, U.: Dritter Rahmenplan zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, in: Wirtschaftsdienst, VII, 1974, insbes. S. 355.

4) Vgl. Brede, H.: Bestimmungsfaktoren ..., a.a.O., S. 111 ff.

Als Instrument zur Erfassung standortrelevanter Faktoren setzte die moderne Standortforschung in vielen Ländern Befragungen ein ¹⁾. Diese induktive Methode erlaubt zwar wegen der Unterschiede in der räumlichen und zeitlichen Begrenzung keine Verallgemeinerung der Ergebnisse, kann aber wegen konstanter Übereinstimmung der ermittelten, wesentlichen Standortfaktoren ²⁾ in etwa übertragen werden, wobei deren Systematisierung nach folgenden Kriterien möglich ist:

- Betriebsgröße,
- Branchenzugehörigkeit,
- Ansiedlungsart.

Im Hinblick auf das Kriterium der Betriebsgröße wurde festgestellt, daß die Informationsverarbeitungskapazität mit zunehmender Größe des Betriebes steigt. Der Zusammenhang zwischen diesen beiden Faktoren zeigt, daß die öffentlichen Leistungen primär von den größeren Unternehmen genutzt werden können ³⁾.

Weiterhin zeigt sich, daß eine Relation zwischen der Branchenzugehörigkeit von Unternehmen und bestimmten Standortfaktoren besteht ⁴⁾. So dient z.B. für die Lederindustrie

1) Vgl. Fürst, D.: Die Standortwahl industrieller Unternehmen: Ein Überblick über empirische Erhebungen, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 22, 1971, S. 189 ff.

2) Vgl. Eckey, H.F.: Grundlagen ..., a.a.O., S. 57.

3) Vgl. Ewers, H.J.; Fritsch, M.: Beschäftigungswirkungen regionaler Wirtschaftspolitik, in: Garlichs, D.; Maier, F.; Semlinger, K. (Hrsg.): Regionalisierte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Frankfurt - New York 1983, S. 59; Fürst, D.; Zimmermann, K.; Hansmeyer, K.-H.: Standortwahl industrieller Unternehmen, Bonn 1973, S. 4; Pye, R.: Office Location, The Role of Communications and Technology, in: Danies, P.W. (Ed.): Spatial Patterns of Office Growth and Location, New York 1979, S. 239 ff.; Wulf, J.: Ergebnisse der Wanderungsforschung und ihre Integration in raumwirtschaftliche Modelle, in: ZfgS, Bd. 128, 1972, S. 484 ff.

4) Vgl. Eckey, H.F.: Grundlagen ..., a.a.O., S. 57.

das vorhandene Potential an Arbeitskräften in einer Region als entscheidender Gesichtspunkt, während für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie andere Beweggründe im Vordergrund stehen. Diese Wertungsskala kann jedoch differieren, was z.B. bedeuten würde, daß unterschiedliche Maßstäbe bei Zeiten allgemeiner Vollbeschäftigung und bei Phasen genereller Unterbeschäftigung bestehen.

Das dritte der genannten Kriterien, die Ansiedlungsart, läßt sich unterteilen in:

- Neugründungen,
- Betriebsverlagerungen,
- Zweigstellengründungen.

Eine in Griechenland durchgeführte empirische Untersuchung¹⁾ brachte zutage, daß kaum Betriebsverlagerungen²⁾ vor allem aus dem Raum Attika in die Provinz) beabsichtigt werden. Zudem zeigte sich die Tendenz, daß Verlagerungen, die aufgrund bestehender Bodenknappheit notwendig erscheinen, bevorzugt innerhalb der Randzonen des jeweiligen Gebietes vorgenommen werden. Nachdem sich jedoch zeigte, daß auch Zweigstellengründungen³⁾ nur eine unbedeutende Rolle innerhalb der griechischen Wirtschaft spielen, fällt schließlich den Neugründungen die größte Bedeutung in der Regionalpolitik zu⁴⁾.

1) Vgl. Kottis, G.C.: Viomichaniki ..., a.a.O.; siehe auch Bendoros, G.: I Dierevnisis ton exeliseon kai ton idiomorfion tis ellinikis Viomichanias kai idikoteron tis Apascholiseos, tou topou engatastaseos kata tin periodo 1968-1973 (Die Untersuchung der Entwicklungen und Besonderheiten der griechischen Industrie, insbesondere der Beschäftigung und des Standortes für den Zeitraum 1968-1973), Athen 1976.

2) Die Bedeutung von Betriebsverlagerungen kann bei Einführung prohibitiver Maßnahmen, z.B. beim Verbot an Betriebserweiterungen, in Attika an Gewicht zunehmen.

3) Bei Zweigstellengründungen werden die Faktoren Lohnniveau und Verkehrsverbindungen als entscheidend angesehen.

4) Eine erfolgreiche Ansiedlung neuer Betriebe setzt eine möglichst vollständige Kongruenz zwischen dem gesamten Leistungsangebot eines Standortes und den Anforderungen der Investoren voraus.

Aus Untersuchungen hinsichtlich von Neugründungen geht hervor, daß hier vor allem die privaten Motive des Unternehmers im Vordergrund stehen; d.h., er möchte in der Regel seine Heimatregion ¹⁾ nicht verlassen und ist daher hauptsächlich an einem Standort innerhalb dieses Gebietes interessiert. Der Wunsch, in der altbekannten Region zu verbleiben, ist auf bestehende Verbindungen zum Abnehmer und Arbeitsstamm zurückzuführen sowie auf die Befürchtung, in einem neuen Gebiet keine befriedigende städtische und industrielle Infrastruktur zu finden sowie größere Transportkosten in Kauf nehmen zu müssen ²⁾.

In bezug auf den Raum Attika, der als dominantes Ballungsgebiet Griechenlands gelten kann, wurden durch empirische Untersuchungen ³⁾ folgende Standortfaktoren festgestellt, die den Entscheidungen für einen Verbleib in dieser Region zugrunde liegen ⁴⁾:

1. Vorhandensein von Arbeitskräften in der Umgebung;
2. Nähe zum Produktenmarkt;
3. Vorhandensein einer befriedigenden städtischen Infrastruktur;
4. eigene Grundstücke, auf denen die Betriebe errichtet werden konnten;
5. Nähe öffentlicher Dienstleistungen und Banken.

Im Gegensatz dazu ergaben Befragungen nach Gründen erfolgter Niederlassungen in den übrigen Teilen des Landes folgende Motive ⁵⁾:

1) Vgl. Eckey, H.F.: Grundlagen ..., a.a.O., S. 59.

2) Vgl. Kottis, G.C.: Viomichaniki ..., a.a.O., S. 253.

3) Vgl. ebenda, S. 245.

4) Vgl. ebenda, S. 247.

5) Vgl. ebenda, S. 275.

1. Finanzielle Anreize der Regierung ¹⁾.
2. Niedrige Grundstückspreise in der Provinz.
3. Vorhandensein unqualifizierter Arbeitskräfte.
4. Transporterleichterungen in bestimmten Regionen.
5. Vorhandensein von Rohstoffen.

Als Problem für eine Niederlassung in Provinzregionen wurden hauptsächlich Transportschwierigkeiten, mangelhafte Versorgung mit städtischer und industrieller Infrastruktur, ungenügendes Interesse der Regierung und lokaler Behörden sowie Schwierigkeiten, die sich aus dem Verwaltungs- und Finanzierungssystem ergeben, genannt.

Im Vergleich zu diesen Aussagen ergaben verschiedene Untersuchungen ²⁾ in der Bundesrepublik Deutschland, daß als wichtigste Gründe für die Wahl eines bestimmten Standortes dienten:

1) Vgl. Eckey, H.F.: Grundlagen ..., a.a.O., S. 57.

2) Vgl. Fürst, D.: Die Standortwahl ..., a.a.O., S. 189 ff.; Hansmeyer, K.; Fürst, D.; Zimmermann, K.: Infrastruktur und unternehmerische Standortentscheidungen, in: ARL (Hrsg.): Ausgeglichene Funktionsräume, Grundlagen für eine Regionalpolitik des mittleren Weges, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 94, Hannover 1975, S. 138; Bade, F.-J.: Die Mobilität von Industriebetrieben, Meisenheim 1979; Krist, H.; Walker, G.: Die Berücksichtigung regionaler Investitionsanreize unternehmerischer Investitionsentscheidungen - Ein britisch/deutscher Vergleich, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1980, S. 335-348; Freund, U.; Zabel, G.: Regionalwirkungen der Wirtschaftsstrukturförderung, Bonn 1978, Spanger, U.; Treuner, P.: Standortwahl der Industriebetriebe in Nordrhein-Westfalen 1955 - 1971, Dortmund 1975; Wolf, F.: Effizienz und Erfolgskontrolle der regionalen Wirtschaftspolitik, Wiesbaden 1974; Fürst, D.; Zimmermann, K.; Hansmeyer, K.H.: Standortwahl ..., a.a.O., S. 73.

1. verkehrsmäßige Anbindungen,
2. Existenz preiswerter Grundstücksreserven,
3. Angebot an qualifizierten und unqualifizierten Arbeitskräften.

Wie bereits erwähnt, muß eine Verallgemeinerung der jeweils ermittelten Faktoren wegen deren zeitlicher und räumlicher Begrenzung unterbleiben, doch zeigt ein Vergleich standortrelevanter Faktoren innerhalb der Volkswirtschaften Deutschlands und Griechenlands, daß weitgehende Übereinstimmungen bestehen.

Lediglich die in Deutschland als sehr wichtig erachtete verkehrsmäßige Anbindung taucht im Standortfaktorenkatalog der griechischen Betriebe in Attika ¹⁾ nicht auf. Statt dessen gelten die gegebene Marktnähe sowie Transportkosteneinsparungen als außerordentlich wichtige Bedingungen, was im Grunde wiederum für die Notwendigkeit gut funktionierender Verkehrsverbindungen außerhalb Attikas ²⁾ als Standortfaktor spricht. Diese Feststellung kann durch Beobachtungen belegt werden, die erwiesen, daß die ökonomischen wie absoluten Transportkosten mit verbessertem Ausbau des Verkehrsnetzes sinken und daher in entwickelten Ländern den Ausgaben dafür eine immer unbedeutendere Rolle zufällt. Somit kann die Behauptung der klassischen Standorttheorie widerlegt werden, welche die Transportkosten als allgemein wichtigsten Standortfaktor bezeichnet. Desgleichen nimmt auch die Bedingung der Marktnähe an Bedeutung als Standortfaktor ab, sofern ein guter Ausbau der verkehrsmäßigen Anbindungen gegeben ist.

1) Wegen der Marktnähe.

2) Vgl. oben "Transporterleichterungen in bestimmten Regionen".

Diese Erkenntnisse lassen den Rückschluß zu, daß das Argument hinsichtlich transportspezifischer Verbindungen als Standortfaktor in Griechenland eine wichtige Rolle in der Regionalpolitik spielen muß.

Diese Hypothese scheint dadurch noch bestätigt, daß die Ansiedlung der wichtigsten Industrien Griechenlands entlang der Verkehrsachse Thessaloniki - Athen - Patras erfolgte, die nicht nur die wichtigsten Industriestandorte und städtischen Zentren verbindet, sondern auch als die am besten ausgebauten Straße Griechenlands gelten kann ¹⁾.

Daraus ergibt sich, daß gut ausgebaute Verkehrsverbindungen einen wichtigen Beitrag zum Entstehen regionaler Steuerungseffekte leisten können. Solche Verkehrsnetze dienen zudem dazu, isolierte Randzonen, die primär aufgrund ihrer Abgeschlossenheit unter einem schlechten Image zu leiden haben, aus ihrer ungünstigen Lage zu befreien.

Als wichtiger Standortfaktor für beide Staaten kann das bestehende Angebot an Arbeitskräften angesehen werden. In diesem Zusammenhang läßt sich feststellen, daß die größeren Städte (Arbeitsmärkte) aufgrund ihres vielfältigen Angebotes an Ausbildungsplätzen u.a. eine differenzierte Auswahl an qualifizierten Arbeitskräften bieten ²⁾.

Als weiterer wichtiger Punkt wird im Standortfaktorenkatalog der griechischen Unternehmer eine gut ausgebaute, städ-

1) Vgl. z.B. Athen, Patras, Larissa, Volos, Thessaloniki liegen an dieser Verkehrsachse. Über die Entwicklung der Städte vgl. 4.2.4.4.1., S. 102 ff., dieser Arbeit.

2) Vgl. Bade, F.J.; Eickelpasch, A.: Funktionale Arbeitsteilung und regionale Beschäftigungsstruktur, in: Garlichs, D. u.a.: a.a.O., S. 69; Aydalot, Ph.: La Mobilité des Activités et le L'Emploi, in: Revue d'Economie Regionale et Urbaine, Bd. 3, 1978, S. 328; Klemmer, P.; Eckey, H.F.: Qualitative Bewertung des regionalen Arbeitsplatzangebots, in: Qualität von Arbeitsmärkten, Hannover 1982, Veröffentlichungen der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 143.

tische Infrastruktur genannt. In Deutschland wird diese Förderung nicht direkt erwähnt, da jener Faktor als Basisförderung betrachtet und für eine stattzufindende Ansiedlung von Unternehmen im allgemeinen bereits vorausgesetzt wird. Diese Einstellung besagt um so mehr, welche Wichtigkeit das Vorhandensein einer ausreichenden, städtischen Infrastruktur für eine Niederlassung griechischer Unternehmer besitzen muß. Generell kann dieser Faktor als entscheidende Voraussetzung für die Versorgung der Region mit qualifizierten Arbeitskräften gelten.

Weiterhin spielt die Existenz preiswerter Grundstücke eine nicht zu unterschätzende Rolle für beide Länder. Solche Grundstücke sind in der Regel primär in schwachstrukturierten Gegenden und innerhalb organisierter Industrieparks vorhanden. Die Bedeutung dieses Standortfaktors steht im Zusammenhang mit den aufgrund bestehender Bodenknappheit eingeschränkten Ausbreitungs- und Ansiedlungsmöglichkeiten in den Ballungsräumen und stellt einen wichtigen Faktor für Dezentralisierungsbemühungen dar.

Die Bedeutung direkter finanzieller Anreize als beeinflussende Maßnahme hinsichtlich einer Ansiedlungssteuerung des Staates kann generell als evident bezeichnet werden. Danach haben finanzielle Vergünstigungen den Zweck, Verluste, die aufgrund einer bestimmten Standortwahl entstehen würden, wieder auszugleichen. Diese Hilfen sind keineswegs als Bestandserhaltungssubventionen, sondern als einmalige Anreize zu konzipieren, um nicht vom Prinzip der marktwirtschaftlichen Orientierung abzuweichen.

Sämtliche genannte Standortfaktoren können nicht isoliert zu einer Ansiedlung in jeweils gewünschten Regionen beitragen, sondern nur in gebündeltem Einsatz. Dies bestätigt auch die Rangordnung von Standortfaktoren im diesbezüglichen

chen Katalog der Unternehmen, wo auf die Gesamtheit der im vorigen Behandelten Gesichtspunkte gleichermaßen Wert gelegt wird (Komplementaritätshypothese).

Eine Betrachtung der relevanten Faktoren, die den Entwicklungsstand einer Region kennzeichnen, ist auch aus makro-ökonomischer Sicht bedeutungsvoll. Als ein wesentlicher Faktor wird dabei die öffentliche Infrastruktur hervorgehoben.

Wenngleich die These der "positiven Auswirkung öffentlicher Infrastruktur auf die ökonomische Entwicklung einer Volkswirtschaft" zu den schwer beweisbaren Behauptungen der Wirtschaftswissenschaften zählt, ist ein funktionaler Zusammenhang zwischen diesen beiden Komponenten unbestritten ¹⁾. Zu den wichtigsten Effekten ²⁾, die von Infrastrukturinvestitionen ausgehen können, zählen:

1. Der Einkommens- und Beschäftigungseffekt sowie die Konsumeffekte. Der Einkommenseffekt, der unterschieden wird in primären Einkommenseffekt - wonach die zusätzlichen Staatsausgaben in einer Region zu Einkommenserhöhungen in diesem Gebiet führen - und in sekundären Einkommenseffekt, der sich auf die als Folge entstandene Auswir-

1) Vgl. Fischer, J.: Regionalwirtschaftliche Wirkungen öffentlicher Ausgaben. Dargestellt am Beispiel der Realausgaben, Frankfurt/M. 1979, S. 252; Jürgensen, H.: Bemerkungen zu den Wachstums- und Verteilungseffekten privater und öffentlicher Investitionen, in: Schneider, E. (Hrsg.): Wirtschaftskreislauf und Wirtschaftswachstum, Tübingen 1966, S. 82; Jochimsen, R.: Theorie der Infrastruktur. Grundlagen der marktwirtschaftlichen Entwicklung, Tübingen 1966, S. 147 ff.; Jochimsen, R.; Gustafson, K.: Infrastruktur in: HdRR, Bd. II, Hannover 1970², Sp. 1318 ff.; Recktenwald, H.C.: Staatswirtschaft in säkularer Entwicklung, in: Hamburger Jahrbuch, 15. Jg., 1970, S. 119 ff.; Frey, R.L.: Infrastruktur, Grundlagen der Planung öffentlicher Investitionen, Tübingen - Zürich 1972².

2) Vgl. Eckey, H.F.: Grundlagen ..., a.a.O., S. 161 f.; Buhr, W.: Die Rolle der materiellen Infrastruktur im regionalen Wirtschaftswachstum, Berlin - München 1975; Jansen, P.G.: Infrastrukturinvestitionen als Mittel der Regionalpolitik, Bd. 3, der Beiträge zur Raumplanung, hrsg. v. Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster, Gütersloh 1967.

kung des Multiplikatorenprozesses auf das Bruttoinlandsprodukt bezieht.

2. Der Attraktivitätseffekt, wonach Anreize ausgestrahlt werden von solchen Regionen, in denen eine Verbesserung sowohl der unternehmens- wie auch haushaltsorientierten Infrastruktur vorgenommen wurde. Somit nimmt ein Ausbau der produktionsorientierten Infrastruktur Einfluß auf diejenigen Faktoren, welche die Produktionsrentabilität beeinflussen. Das bedeutet, es werden Anreize geschaffen, die weitere Unternehmen zu einer Niederlassung in dieser Region veranlassen können (Steigerung des Entwicklungspotentials). Zusätzlich würde eine Erweiterung der vorhandenen, haushaltsorientierten Infrastruktur (z.B. der Bau von höheren Schulen etc.) außer der Zuwanderung bzw. dem Verbleib von Haushalten in diesen Regionen eine weitere Gewinnung geeigneter Arbeitskräfte und eine Verbesserung der Absatzchancen bewirken ¹⁾.
3. Der Expansions- oder Regionalisierungseffekt, der darauf bezogen wird, daß durch Infrastrukturinvestitionen (wobei schwerpunktmäßig auf den Bau von Straßen als Maßnahme zu einer verbesserten Verkehrsanbindung Gewicht gelegt wird) eine Veränderung der Verflechtungsbereiche zwischen konkurrierenden Zentren erreicht werden kann, da isolierte Orte somit in die Lage versetzt werden, neue Märkte zu Lasten der Konkurrenten zu erschließen. Darauf bezogen ergeben sich also für die Region Expansionswirkungen aus der
 - Erhöhung der Nachfrage in der Region und der
 - Verringerung der Importquote der Region ²⁾.

1) Vgl. Töpfer, K.: Überlegungen zur Quantifizierung qualitativer Standortfaktoren, in: Zur Theorie der allgemeinen und der regionalen Planung, Bd. 1 der Beiträge zur Raumplanung, hrsg.v. Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster, Bielefeld 1969, S. 165 ff.; Esenwein-Rothe, I.: Über die Möglichkeiten einer Quantifizierung von Standortqualitäten, in: Jürgensen, H.: Gestaltungsprobleme ..., a.a.O., S. 492 ff.

4. Der Komplementaritätseffekt, der darauf gestützt wird, daß die optimale Nutzung vieler Infrastruktureinrichtungen nur dann stattfinden kann, wenn sie von ergänzenden Maßnahmen flankiert werden. Diese Hypothese diene als Ausgangspunkt vieler Untersuchungen von bestimmten Standortfaktoren ¹⁾. Zu den Faktoren, die zum Bereich der sog. wirtschaftsnahen Infrastruktur gerechnet werden können, zählen:

- ausreichende Verkehrsinfrastruktur,
- Verfügbarkeit von Grundstücken,
- Energieversorgung und
- Bildungseinrichtungen und sonstige kommunale Einrichtungen für Wohnen und Freizeit.

Die Komplementaritätshypothese stützt sich auf die Erfahrung, daß zwar die unternehmensorientierte Infrastruktur nicht zwangsläufig eine Investitionsfreudigkeit der Privaten zur Folge hat, jedoch als Vorbedingung für eine regionale Investitionsbereitschaft gelten kann ²⁾. Neben den erwähnten positiven Auswirkungen, die durch Infrastrukturinvestitionen ausgestrahlt werden können, zeigen sich auch eine Reihe negativer Erscheinungen, deren Entstehen durch die Existenz infrastruktureller Einrichtungen ermöglicht wird. Darunter fallen vorwiegend:

Fortsetzung der Anmerkungen von S. 146:

2) Vgl. Buhr, W.: Die Abhängigkeit der räumlichen Entwicklung von der Infrastrukturausstattung, in: Grundlagen der Infrastrukturplanung für wachsende Wirtschaften, in: Sch.d.V.f.S., N.F., Bd. 54, Berlin 1971, S. 103 ff.; Eckey, H.F.: Grundlagen ..., a.a.O., S. 163.

1) Vgl. unter 4.4.1., S. 136 ff., dieser Arbeit; Tuchtfeld, E.: Infrastrukturinvestitionen als Mittel der Strukturpolitik, in: Theorie und Praxis der Infrastrukturpolitik, Sch.d.V.f.S., N.F., Bd. 54, Berlin 1970, S. 125 ff.; Frey, R.L.: Infrastruktur ..., a.a.O.; Jochimsen, R.: Theorie der ..., a.a.O.

2) Vgl. Hansmeyer, K.H.; Fürst, D.; Zimmermann, K.: Infrastruktur und ..., a.a.O., S. 117 ff.

1. verstärkte Wettbewerbsintensität ¹⁾,
2. eventuelle negative Wirkungen auf die Produktions-, Versorgungs- und Arbeitsmarktfunktionen, was durch die Schwächung der Autonomie bestimmter Regionen als Folge verbesserter Verkehrsinfrastruktur bedingt wäre.

Diese Erkenntnisse machen deutlich, daß eine Untersuchung der durch Infrastrukturmaßnahmen und Infrastrukturinvestitionen bewirkte Einfluß auf den Entwicklungsstand der griechischen Regionen durchaus interessante Zusammenhänge enthüllen könnte. Diesem Gesichtspunkt wird insoweit Rechnung getragen, als er zur Realisierung der Wachstumspolstrategie beigetragen hat.

In Deutschland ergaben Untersuchungen der Zusammenhänge zwischen infrastrukturellen Gegebenheiten (wie beispielsweise verkehrsstrukturelle Ausstattung) und dem gegebenen Entwicklungsstand einen Korrelationskoeffizienten von $r = 0,918$ ²⁾.

Im folgenden soll eine Darstellung und Untersuchung der in Griechenland eingesetzten regionalpolitischen Maßnahmen geleistet werden. Diese Beleuchtung wird in Anlehnung an die in voriger Auseinandersetzung gewonnenen Erkenntnisse vorgenommen werden und bezieht sich auf

- die Politik finanzieller Anreize,
- die Infrastrukturpolitik,
- die öffentlichen Investitionen und

1) Angesichts der konkurrierenden Gebiete kann die Autonomie von Regionen als Folge einer verbesserten Verkehrsinfrastruktur schwächer werden.

2) Vgl. Knop, B.H.: Verkehr und regionaler Entwicklungsstand, Bochum 1976, S. 227 ff.; Siebert, H.: Zur Frage der Distributionswirkungen öffentlicher Infrastrukturinvestitionen, in: Sch.d.V.f.S., N.F., Bd. 54, 1970, S. 33 ff.

- die Politik zur Förderung des endogenen Potentials der jeweiligen Region

als wichtigste regionalpolitische Bereiche.

4.4.2. Konkrete Wirkungen der Maßnahmen der griechischen Regionalpolitik

4.4.2.1. Finanzielle Maßnahmen

Um überhaupt - aufgrund der sich permanent ändernden Grundlagen - die Möglichkeit eines Überblicks zu schaffen, wurde eine schematische Darstellungsart der Politik finanzieller Vergünstigungen gewählt. Wie bereits erwähnt, liegt die Begründung einer derartigen Anreizpolitik sowie ihre Vereinbarung mit dem marktwirtschaftlichen Prinzip in dem ihr eigenen, befristeten Charakter ¹⁾. So soll eine Operation mit finanziellen Vergünstigungen die regionale Struktur in einem Maße verändern, daß ein selbsttragendes Wachstum entstehen kann, welches letztlich diese finanziellen Anreize überflüssig machen würde. Aus der systematischen Darstellung ²⁾ ergeben sich folgende Beobachtungen:

1. Die bisher aufgezeigte Politik wurde durch eine Vielzahl teilweise unkoordinierter Gesetze, Verordnungen und anderer Bestimmungen gestaltet. Dadurch wurden die von einer Maßnahme zu erwartenden Effekte durch die Wirkungen anderer Operationen neutralisiert bzw. beeinträchtigt. Weiterhin kann in diesem Zusammenhang als negativer Effekt bezeichnet werden, daß wegen der Kurzfristigkeit und Wechselhaftigkeit der eingesetzten Maßnahmen der langfristige Charakter der regionalpolitischen Planung

1) Vgl. unter 4.4.1., S.136 ff., dieser Arbeit.

2) Vgl. Übersicht 7, S. 150 f., dieser Arbeit.

Übersicht 7: Zusammenfassung der gesamten Wirtschaftsförderung (finanzielle Anreizpolitik) Griechenlands seit 1952

Gesetze	Kriterium der Förderung	Hauptadressat	Grad der Förderung			Wichtigste Anreize für die regionale Entwicklung
			nach Regionen	nach Industriezweigen	nach Industrieparks	
N. 2176/1952	Regional: 1) Verhinderung der Abwanderung 2) Entwicklungsstand	Industrie	2-Regionen System, Attika - übriges Land			Negativer Anreiz: Ansiedlungsverbot in Attika für die Periode 1952 - 1957
N. 3949/1959 D. 4002/1959 N. 4171/1961	Global: Erleichterung von Investitionen, die zu einer beschleunigten Entwicklung der griechischen Wirtschaft beitragen	Industrie	Das ganze Land	Kapitalintensive Investitionen		Ausdehnung der regionalen Investitionsanreize in Athen
verschiedene Gesetze bis 1970	Regional: 1) Verhinderung der Abwanderung 2) Entwicklungsstand	Industrie	Athen oder Nomos Attika und übriges Land mit einer Differenzierung zugunsten der Inseln			Steuererleichterungen, Zollerleichterungen, Bevorzugung der regionalen Industrien bei Staatsbeschaffungen
N.D. 1078/71	Regional: wie oben Global: Förderung der industriellen Forschung	Industrie	Förderungsregionen A B C 1)			wie oben, zusätzlich Geldkredite
N.D. 1377/73	Regional: wie oben	Industrie	A B C D		Zusätzliche Vergünstigungen für die Unternehmen innerhalb der Industrieparks	wie oben
N. 289/76	Regional: wie oben	Industrie Tourismus Landwirtschaft	A B C D E		"	wie oben, zusätzlich staatliche Subventionen für Investitionen in Industrie - Baulagen

Gesetzte	Kriterium der Förderung	Hauptadressat	Grad der Förderung			Wichtigste Anreize für die regionale Entwicklung
			nach Regionen	nach Industriezweigen	nach Industrieparks	
N. 849/78	Regional: wie oben Global: zusätzlich zur Förderung der industriellen Forschung Förderung von Energieeinsparung und Umweltschutz	Industrie Tourismus	A E ₂ B C D E ₁	Differenzierung nach Branchen. Förderung zur Fusion von Betrieben.		neuer Anreiz: die zinslose langfristige Kreditvergabe. Sie wird alternativ zur steuerfreien Rücklage für die Investition vergeben.
N. 1116/1981	Regional: wie oben Global: wie oben	Industrie Tourismus	A B _a B _b C _a C _b C _c	Differenzierung nach Industriezweigen	Für die Ansiedlung in einem Industriepark wird ein Sonderzuschuß bis zu 10 % des Aufwandes einer produktiven Investition gewährt. (Für die Industrieparks gelten die Sätze von Förderungsgebiet C _b -Ministerialakt Nr. 45/81.	Deckung eines Teiles der produktiven Investitionsausgaben. Zinssubventionen (eines Teils der Zinsbelastung). Steuerfreier Abzug. Erhöhte Abschreibungen. Für die Verlagerung von Betrieben werden zusätzliche Anreize gewährt.
N. 1262/1982	Regional: wie oben. Zusätzliche Förderung für besondere Investitionen. Global: wie oben und sozio-ökonomische und privatwirtschaftliche Kriterien. Berücksichtigung der Technologieförderung und der Trägerschaft der Investitionen u.a.	Industrie Landwirtschaft Tourismus	A B D D Es besteht die Möglichkeit einer detaillierten Teilung innerhalb o.g. größerer Teilung nach dem Grad der Förderungsbedürftigkeit.	Besondere Förderung für Schlüsselbranchen.	In Betrieben, die in den Industrieparks angesiedelt, wird der nächstgrößere Grad der Förderung gewährt.	Investitionssubventionen. Zinssubventionen. Steuerfreier Abzug. Zusätzliche Abschreibungen. Kombination o.g. Anreize wird alternativ vergeben.

Quelle: eigene Auswertung und Zusammensetzung der angeführten Gesetze.

konterkariert wurde. Zudem belastet eine derartig kurzlebige und ständig veränderliche Politik die Informationsverarbeitungskapazität von vor allem kleineren und regional ansässigen Unternehmen; wobei besonders diese Betriebe wegen ihrer Heimatkontakte und anderer subjektiver Faktoren (die für ansässige Unternehmer größere Bedeutung besitzen als für regionsfremde) in der Lage wären, lokale Wirkungen zu verursachen ¹⁾.

2. Wie aus Spalte 2 der schematischen Darstellung (Kriterium der Förderung) zu entnehmen ist, wurde keine klare Linie in der Regionalpolitik verfolgt; da sowohl von regionalen als auch kurzfristigen nationalen Kriterien ausgegangen wurde, die zum Teil konkurrierende Richtungen aufwiesen. Vor allem das Gesetz N 4171/61 (zur Unterstützung von Investitionen, die einer beschleunigten ökonomischen Entwicklung des gesamten Landes dienen sollten), steht samt seiner modifizierten und ergänzten Fassung generell in Konflikt mit beinahe allen regionalpolitischen Operationen. Durch Überschneidungen dieser Art war eine starke Beeinträchtigung der Wirksamkeit regionaler Entwicklungsgesetze unvermeidbar.
3. Als Hauptadressat im Hinblick auf finanzielle Vergünstigungen fungiert - wie sich unschwer erkennen läßt - die Industrie. Diese Vorherrschaft gegenüber anderen Sektoren wird durch die Erwartungen der Politik noch verdeutlicht, welche Hoffnungen auf die These setzt, wonach von einem gut funktionierenden sekundären Sektor aus eine Entwicklung der umliegenden Regionen stattfinden soll. Eine derartige, monokausale, auf sektoralindustrielles

1) Vgl. Brede, H.: Bestimmungsfaktoren ..., a.a.O., S. 111 ff.; Stockmann, W.: Beschäftigtenrückgänge und Regionalpolitik in monoindustriellen Problemgebieten, in: Beiträge zur Raumplanung, Bd. 10, Düsseldorf 1972, S. 114 f.; Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V. Bonn: Regionale ..., a.a.O., S. 87; siehe auch unter 4.4.1., S. 136 ff., dieser Arbeit.

Wachstum ausgerichtete Politik ist jedoch - vor allem im Hinblick auf die Nichtbeachtung der These, wonach Wechselbeziehungen der Industrie mit anderen Sektoren bestehen -, nicht unbestritten.

4. Die vierte Spalte gibt Aufschluß über den Grad an Förderungswürdigkeit einzelner Regionen, der generell an deren Entwicklungsstand gemessen wird. Die häufig wechselnden Entscheidungen bei der Wahl der Gebiete können grundsätzlich als nicht zielgerichtet bezeichnet werden, da die einzelnen Gesetzesentwürfe in dermaßen kurzen Zeitabständen erfolgten, daß ein Strukturwandel (der als notwendige Bedingung für eine Änderung gelten kann) noch nicht erfolgt sein konnte.

Als Ausnahme sind in diesem Zusammenhang lediglich das Gesetz N 1116/1981 und seine Nachfolgeentwürfe zu betrachten, da sich diese Vorlagen an den durch die Verkehrsachse Thessaloniki - Athen - Patras bewirkten Strukturveränderungen orientieren. Die in den Anfangsjahren der Planung zu beobachtende grobe Differenzierung des Landes in zwei Teilbereiche war mit einer Nivellierung der Entwicklungsgrade zwischen den Gebieten gekoppelt und wird als Grund für die geballte Ansiedlung von Unternehmen entlang der Regionsgrenzen der Präfektur Attika angesehen.

5. Nachdem in Griechenland - wie bereits festgestellt - nach einem wachstumspolorientierten Konzept verfahren wird, kann angenommen werden, daß man in diesem Rahmen bevorzugt kapitalintensive Investitionen fördert, in der Annahme, hiermit gleichermaßen Wachstums- wie auch Verteilungszielen gerecht werden zu können. In diesem Zusammenhang ist die Fusion von Betrieben grundsätzlich als kapitalintensive Investitionspolitik zu interpretie-

ren, da diese in der Regel mit einem Modernisierungsprozeß einhergeht, der unter Wettbewerbsaspekten als wünschenswert gilt. Diese Betrachtungsweise ist jedoch nicht auf alle Fälle zu übertragen.

Eine branchenspezifische Differenzierung ist im Interesse einer in die regionalpolitischen Ziele einzuordnenden Förderungsstrategie unerlässlich. Diese Einteilung, die in Griechenland erst in neuerer Zeit stattfand (und somit ein zielgerechter Einsatz der Investitionen in den vergangenen Jahren unterblieb), kann aus doppeltem Blickwinkel betrachtet werden: Zum einen aus der Perspektive, daß den besonderen Ansprüchen branchenspezifischer Standortfaktoren Rechnung getragen werden muß, zum anderen aus der Überzeugung, daß die nach der Polarisierungstheorie definierten interindustriellen Beziehungen besonderer Förderung bedürfen ¹⁾.

6. Durch zusätzlich gewährte Vergünstigungen ²⁾ für die sich innerhalb von Industrieparks ansiedelnden Betriebe wird die Attraktivität solcher Standorte erhöht. Obwohl derartige Industriegebiete aufgrund ihrer günstigen, geographischen Lage bereits wesentliche standortspezifische Vorteile genießen, werden sie gleichermaßen wie die strukturschwachen Gebiete gefördert. Nachdem die Anlage dieser Industriegebiete in Griechenland ausschließlich in der näheren Umgebung größerer Städte beabsichtigt ist, kann abgeleitet werden, daß nach einem wachstums-

1) Trotzdem Thrazien mit Gesetz 289/1976 zu der Region mit den höchsten Förderungssätzen erklärt wurde, ergaben sich zwar die höchsten Investitionen infolge des Gesetzes in dieser Region, doch zeigt eine branchenmäßige Aufschlüsselung, daß davon keine einzige in einer typischen Verflechtungsindustrie getätigt wurde. Vgl. hierzu quantitativ aufgeschlüsselt: Makropoulidou, M.: Die ländlichen Regionen Griechenlands und ihre Entwicklungsmöglichkeiten: Fallstudie Thrazien, Stuttgart 1982, S. 177 f.

2) Bis 1973 wurde bei den 'Anreizgesetzen' die Bildung von Polen nicht berücksichtigt; es erfolgte deshalb eine Förderung nach homogenen Gesichtspunkten.

orientierten Konzept in Verbindung mit siedlungsstrukturellen Ansätzen verfahren wurde.

7. Die letzte Spalte der Übersicht behandelt schließlich die wichtigsten Aspekte gewährter Vergünstigungen. Eine Beurteilung der Wirkungen jeder einzelnen dieser Varianten ist nicht die Absicht dieser Auseinandersetzung. Allgemein betrachtet kann festgestellt werden, daß im Endeffekt durch derartige Maßnahmen eine vorübergehende Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit förderungswürdiger Unternehmen bewirkt wird, und diese Betriebe damit in die Lage versetzt werden sollen, sich nach der gewährten Frist als eigenständige Wirtschaftseinheiten zu behaupten.

Wenn in Griechenland letztere Funktion in den meisten Fällen nicht gewährleistet war, so liegt die Ursache nicht allein an der Art gewährter finanzieller Vergünstigungen, sondern auch an vorher bereits diskutierten Punkten.

Des weiteren kann das Kriterium der Förderungswürdigkeit nur in Verbindung mit den restlichen, noch zu behandelnden Maßnahmen dauerhaften Charakters gesehen werden. Allgemein ist zu bemerken, daß die Anzahl der Vergünstigungen im Lauf der Zeit zunahm, während die negativen Anreize (die im Grunde mit dem marktwirtschaftlichen Prinzip unvereinbar sind) generell kaum Anwendung fanden.

In diesem Zusammenhang bleibt zu erwähnen, daß das für den Zeitraum von 1952 bis 1957 erteilte Verbot der Ansiedlung von Betrieben in Attika ohne Erfolg blieb, da einerseits das Gesetz nicht eingehalten und andererseits durch die gegensätzliche Aussage anderer Gesetze in seiner Wirkung abgeschwächt wurde.

Obwohl die enorm hohen sozialen Kosten, die für Betriebe innerhalb der Gebiete Athen und Thessaloniki für eine bereits stattgefundene Überschreitung des Ballungsoptimums sprechen, sind die Unternehmer (trotz finanzieller Vergünstigungen für eine Niederlassung in anderen Regionen) nur ungern bereit, sich außerhalb dieser Zonen anzusiedeln. Diese Einstellung ist vor allem darauf zurückzuführen, daß aufgrund der Kostenabwälzung auf die Allgemeinheit keine Agglomerationsnachteile für die Unternehmer spürbar werden, obwohl diese andererseits in den vollen Genuß sämtlicher Agglomerationsvorteile kommen. Ein derartig einseitiger Ansiedlungsprozeß steht jedoch in Konflikt mit regionalen Ausgleichsbestrebungen und verhindert - wegen der bereits gegebenen Überschreitung des Ballungsoptimums - die Erzielung größtmöglicher gesamtwirtschaftlicher Wachstumsraten.

4.4.2.2. Infrastrukturmaßnahmen

4.4.2.2.1. Der Bezugsrahmen

Unter den Begriff "Infrastruktur" ¹⁾ fallen alle staatlichen und privaten Einrichtungen, die für eine ausreichende Daseinsvorsorge und für die wirtschaftliche Entwicklung eines Raumes erforderlich sind. Aus methodischen Gründen wurden von mehreren Autoren unterschiedliche Aufgliederungen des Infrastrukturbegriffes vorgenommen.

Joachimsen ²⁾ unterscheidet in institutionelle, materielle und personelle Infrastruktur, wobei der erste Begriff vor

1) Zur Diskussion über den Begriff der Infrastruktur vgl. insbesondere Niesling, H.: Zum Begriff der Infrastruktur, in: Stadtbauwelt, Jg. 59, 1968, S. 1407 ff.

2) Vgl. Joachimsen, R.: Theorie ..., a.a.O.

allem den ordnungspolitischen Rahmen umfaßt, die zweite als einzelne Komponente das an die Infrastruktur gebundene Sachkapital (wie vor allem Gebäude und Einrichtungen der staatlichen Verwaltung, des Gesundheitswesens, der Verkehrerschließung u.a.) und der dritte Begriff das Know-how der ansässigen Bevölkerung beinhaltet (das sich in geistigen, unternehmerischen und technischen Fähigkeiten äußert, mit deren Hilfe Einfluß auf den arbeitsteiligen Wirtschaftsprozess genommen wird).

Eine andere Unterteilung ¹⁾ richtet sich in erster Linie danach, ob als Adressaten der Infrastruktur die Produktionsstätten oder die Haushalte in Frage kommen. Somit wird die Infrastruktur in produktiven (unternehmensorientierten) und konsumptiven (haushaltsorientierten) Bereich gegliedert. Zu ersterem werden beispielsweise Gewerbeparks, Berufsschulen, Straßen usw. gezählt, während letzterer Begriff z.B. Theater und Sportanlagen etc. bezeichnet. Bei näherer Betrachtung tritt deutlich zutage, daß diese Trennung jedoch nicht ohne Überschneidungen durchgehalten werden kann. Zudem ist die haushaltsorientierte Infrastruktur - wie bereits erwähnt - den Unternehmern indirekt von Nutzen, weshalb sie auch von diesen als äußerst wichtiger Standortfaktor betrachtet wird.

Als zweckmäßiger im Hinblick auf die folgende Auseinandersetzung wurde die letztere der vorher angeführten Klassifizierungen betrachtet. Diese Einteilung wird demnach in groben Zügen übernommen und bedarf aus methodischen Gründen einer geringfügigen Änderung bzw. Eingrenzung der beiden Bereiche, was konkret bedeutet, daß hier die unternehmensorientierte Infrastruktur generell solche Einrichtungen umfaßt, welche die in der Nähe von städtischen Zentren ent-

1) Vgl. Frey, R.L.: Infrastruktur, a.a.O.

standenen (oder entstehenden) abgegrenzten Industrieparks betreffen, während unter haushaltsorientierter Infrastruktur die in den Städten existierenden Einrichtungen verstanden werden. Die Verkehrsverbindungen können als besondere infrastrukturelle Gegebenheit beiden Untergliederungsarten zugeordnet werden. Nachdem sie ein außerordentlich großes Gewicht als Standortfaktoren besitzen, sollen sie im Anschluß gesondert behandelt werden.

4.4.2.2.2. Die unternehmensorientierte Infrastruktur

Der unternehmensorientierten Infrastrukturpolitik obliegt die Aufgabe, den Unternehmern durch Schaffung spezifischer Infrastruktureinrichtungen entgegenzukommen. In Griechenland wird diese Art innerhalb sog. Industrieparks eingesetzt. Die ersten diesbezüglichen Anstöße auf regionalpolitischer Ebene erfolgten Anfang der 60er Jahre, als die damalige "Organisation für industrielle Entwicklung" (OBA) im Jahre 1962 vier "Industriezone" in der Nähe der Städte Thessaloniki, Patras, Kavala und Iraklion auswies und den Ausbau der Infrastruktur in diesen Gebieten übernahm.

Der Status dieser Industrieparks wurde später durch die Gesetze von 1965 und den darauf folgenden Jahren neu geregelt. Damit wurde die Organisation dieser Gebiete nunmehr von der Nachfolgeorganisation der OBA, der Bank für industrielle Entwicklung (ETBA), übernommen. Es wurde damals geplant, zusätzlich zu den bereits geförderten Gebieten weitere Industrieparks in der Nähe von Athen, Volos und später in Chanea, Preveza und Kalamata aufzubauen.

Mit der Zeit wuchs die Anzahl der gesetzlich festgelegten Industrieparks, wobei in der Regel den an wichtigen städti-

schen Zentren angrenzenden Priorität bei der Infrastrukturausstattung eingeräumt wurde ¹⁾. An dieser Situation konnte auch die in den 70er Jahren auftauchende Diskussion über eine Förderung von Städten als konkurrierende Elemente im Hinblick auf das Monopol Athen nichts ändern.

Generell gelten die Industrieparks als Alternative zu den Industriekomplexen, was sich mit den Auffassungen der Wachstumspoltheorie gleichsetzen läßt. Die Resultate der griechischen Politik der Wachstumspole ²⁾ zeigte, daß die ausgewählten Orte nicht imstande sind, ein selbsttragendes Wachstum zu entwickeln ³⁾, obwohl dem Vorhandensein günstiger Grundstücke und anderen standortrelevanten Anforderungen der Unternehmer als wichtige Voraussetzungen Rechnung getragen und zahlreiche, an Unternehmen gerichtete, finanzielle Vergünstigungen durch den Staat gewährt worden waren. Somit konnte auch die Erwartung auf die Entwicklung des jeweiligen Hinterlandes der einzelnen Pole nicht erfüllt werden. In diesem Zusammenhang soll der beispielhafte Fall des Aluminium-Industriekomplexes "Pechiney" ⁴⁾ erwähnt werden, der im Jahre 1965 in einem unterentwickelten Gebiet in "Böotien" angesiedelt wurde. Obwohl den hohen Energiean-

1) Die Ausstattung der Industrieparks ist bis jetzt nicht vollständig. Zudem kam es zu erheblichen Engpässen, da die Förderung der privaten Investitionen gleichzeitig mit den Infrastrukturinvestitionen von statuten ging, vgl. Tab. 5, S. 160, dieser Arbeit.

2) Vgl. Kap. 4.2., S. 69 f., dieser Arbeit.

3) In Griechenland ist zu beobachten, daß sowohl Kapital als auch Arbeit aus den rückständigen Regionen in starkem Ausmaß in die mehr entwickelten Regionen um Athen abwandert, vgl. unter 4.2.4.3., S. 95 ff., dieser Arbeit. In ganz Griechenland sind fast 40 % der gesamten Industrieunternehmen im Athener Raum angesiedelt. Vgl. auch Hummen, W.: Greek Industry in the European Community - Prospects and Problems, Berlin 1977, S. 23.

4) Vgl. Nugent, J.: Grammikon ipodigma anaptixeos tis ellinikis ökonomias 1954 - 1961 (Lineares Entwicklungsmodell der griechischen Wirtschaft 1954 - 1961), in: Ökonomische Monographien KE.P.E., Athen 1970, S. 153 f.

Tab. 5: Stand der Industrieparks (1980) anhand von Grundstückskäufen, Betriebsaufnahmen und Beschäftigung seit 1965

Industriepark	Grundstückskäufe	Betriebsaufnahmen	Beschäftigte
Thessaloniki	74	45	5.700
Volos	67	43	3.300
Iraklio	88	47	2.000
Patras	20	2	30
Kavala	6	1	40
Komotini	33	13	580
Xanthi	36	22	300
Drama	29	21	756
Insgesamt	353	194	12.706

Quelle: KE.P.E. Programm ..., a.a.O., 1981-85, S. 32

forderungen dieses Unternehmens durch den Bau eines Wasserelektrizitätswerkes von seiten des Staates Rechnung getragen wurde, blieben die auf ein regional ausgestrahltes Wachstum bezogenen Hoffnungen unerfüllt.

Ähnliche Beobachtungen ergaben sich auch auf internationaler Ebene ¹⁾.

4.4.2.2.3. Die haushaltsorientierte Infrastruktur

Nachdem bereits festgestellt wurde, daß die Einrichtungen, welche der haushaltsorientierten Infrastruktur zugeordnet werden können, gleichwohl großes Gewicht für Haushalte wie auch Unternehmen besitzen, erscheint eine Auseinandersetzung mit den in Griechenland bestehenden diesbezüglichen Verhältnissen geboten. Generell läßt sich deutlich eine Konzentration haushaltsorientierter Infrastruktur auf einige wenige Punkte (Ballungszentren) des Landes erkennen ²⁾. Betrachtet man nun die Entwicklungspläne im Hinblick auf infrastrukturelle Verteilungsvorhaben, so läßt sich erkennen, daß zwar auf planungstechnischer Ebene eine deutliche Tendenz in Richtung auf eine weitreichende Versorgung des Hinterlandes besteht, die jedoch regionalpolitisch keine effektive

-
- 1) In Südfrankreich beispielsweise blieben die erhofften Einkommens- und Multiplikatoreffekte beim Lacq-Projekt aus. Vgl. Aydalot, P.: Etude sur ..., a.a.O., S. 111 ff.; siehe insbesondere auch Buttler, F. u.a.: Grundlagen ..., a.a.O., S. 88 f. Zur Problematik in Süditalien (Bari, Brindisi) vgl. Holland, S.: Regional Underdevelopment ..., a.a.O.; für Spanien (Huelva und Cadix) siehe Corragio, L.: Hacia una revisión de la teoría de los polos de desarrollo, in: Eure, 2. Jg., 1972, Nr. 4, S. 38; auch hier führt die Entwicklungspolstrategie nicht zur Entwicklung der Region. Über das Projekt Brasília vgl. Koenigsberger, O.: Cities ..., a.a.O., S. 73 ff.
- 2) Haushaltsorientierte Infrastruktureinrichtungen benötigen eine entsprechend große Bevölkerung in ihrem Einzugsbereich, damit sie effizient sind. Vgl. Storbeck, D.; Lücke, M.: Die gesellschaftspolitische Relevanz ..., a.a.O., S. 19 ff.

Umsetzung erfuhr, da konstant in problemorientierter Weise mit ad-hoc Maßnahmen zur Engpaßbeseitigung verfahren wurde.

Um einen Maßstab für die Qualität des Angebotes an regions-spezifischen Leistungen der jeweiligen Infrastruktureinrichtungen zu erhalten, können statistische Maßgrößen wie etwa die Anzahl vorhandener Krankenhausbetten oder Schulplätze pro 1000 Einwohner nicht genügen (siehe Kapitel 3.2., S. 31 ff., und 4.2.2., S. 45 ff.).

Nachfolgende Auseinandersetzung unterzieht deswegen die wichtigsten Bereiche der haushaltsorientierten Infrastruktur einer näheren Betrachtung. Um einen Überblick über den Stand infrastruktureller Maßgrößen zu vermitteln, wurde nachstehende Tabelle angefügt ¹⁾. Hierbei bleibt zu erwähnen, daß aufgrund gegebener, unterschiedlicher Größen Nivellierungseffekte nicht ausgeschlossen werden können.

Ein Blick auf die räumliche Verteilung der Infrastruktureinrichtungen in Griechenland macht eine starke Konzentration auf den Ballungsraum Athen erkenntlich. So sind z.B.

49 % der Krankenhausbetten und

46 % des Bauvolumens ²⁾

in Athen zu finden. Auf 340 Einwohner trifft ein Arzt, auf das restliche Land bezogen fallen 1.116 Einwohner auf einen Mediziner.

73 % der Ärzte sind in Athen, Piräus und Thessaloniki ansässig. Die mangelhafte Ausstattung der Provinzkrankenhäuser mit Fachpersonal und wissenschaftlichen Geräten hat zu

1) Vgl. Tab. 6, S. 163, dieser Arbeit.

2) Die Wohnungspolitik wird in keinen Zusammenhang mit den Zielen der Planung gebracht. Vgl. Bucher, H.: Das Wohnungswesen in Griechenland, in: Bougioukos, G. u.a.: Griechenland vor dem Beitritt zur EG, hrsg. v. Ernst, W., Thoss, R.: Materialien zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Münster 1977, Bd. 16, S. 202.

Tab. 6: Soziale Indikatoren nach Planungsregionen

Regionen	Haushaltsenergiever- brauch pro Kopf der Bevölkerung KWH/Jahr		Autos pro 1000 Einwohner		Telephone pro 1000 Einwohner		Einwohner- zahl je Arzt		Einwohnerzahl je Hospital- bett	
	1970	1977	1970	1978	1970	1977	1974	1974	1974	1974
Ost-Sterea und Inseln ohne Athen	110	217	36	167			340 ¹⁾	122	1)	
Zentral- und West-Maze- donien	147	374	40,1	111,1	84	188	470	170		
Peloponnes und West- Sterea	94	266	28,6	83,3	60	162	1.130	300		
Thessalien	81	243	26,3	83,3	56	174	1.010	275		
Ost-Mazedonien	79	245	25,6	83,3	51	175	920	200		
Kreta	106	294	38,5	111,1	67	167	950	170		
Epirus	76	147	23,3	76,9	55	153	1.040	225		
Thrakien	48	165	18,5	71,4	35	85	1.370	430		
Ost Ägäische Inseln	112	296	33,3	90,9	82	225	1.420	130		
Griechenland gesamt	226	448	45,5	125,0	120	245	510	160		

1) mit Athen

Quelle: KE.P.E. (Hrsg.): Programm ..., a.a.O., 1981-85, S. 15.

einer Unterauslastung und gleichzeitigem Strom der Patienten in die Krankenhäuser der beiden Zentren geführt ¹⁾. Außer den vorher genannten Dienstleistungsbetrieben befinden sich schließlich sämtliche Militärschulen und Kulturzentren in Athen.

Aus der regionalen Verteilung der Hochschulen, Studenten und des Lehrpersonals ²⁾ geht hervor ³⁾, daß sich etwa 88,3 % der griechischen Studenten auf die zwei größten Städte des Landes konzentrieren. Der prozentuale Anteil an Lehrkräften in diesen Ballungszentren beträgt ca. 84,9 %. Durch die enorme Konzentration der Studenten auf die vorher genannten Städte werden den gesamten Regionen finanzielle Mittel entzogen. Zudem entzieht der durch den mehrjährigen Aufenthalt der Studenten an den jeweiligen Hochschulorten induzierte Integrationseffekt den Regionen qualifizierte Fachkräfte. Die Verteilung der Fachhochschulen weist ein ähnliches Bild auf; während die Grundschulen Ausbildungsstätten und Gymnasien eine ausgewogenere Streuung erkennen lassen.

Da eine Konzentration fast aller wichtigen Infrastruktureinrichtungen auf die wenigen großen Städte des Landes als nicht wünschenswert angesehen werden kann ⁴⁾, muß im folgenden eine Auseinandersetzung mit den Ursachen vorgenommen werden. Generell läßt sich feststellen, daß die Bedeutung städtischer Infrastrukturanlagen mit der Größe des vorhande-

1) Vgl. KE.P.E.: Entwicklungsprogramm ..., a.a.O., 1978-1982, S. 68.

2) Vgl. Tab. 7, S. 165, dieser Arbeit.

3) Vgl. auch NSSG (Hrsg.): Statistiki tis Ekpaideyseos 1975-76 (Statistik der Ausbildung 1975-76), Athen 1978.

4) Dies soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch in den Bebauungszentren Infrastrukturmaßnahmen erforderlich sind. So ist z.B. die Stadtstruktur Athens so charakterisiert, daß in den Außengebieten ein Mangel an fast allen Infrastruktureinrichtungen herrscht. Vgl. Bougioukos, G. u.a.: Griechenland vor dem Beitritt zur E.G., in: Ernst, W.; Thoss, R. (Hrsg.): Materialien ..., a.a.O.

Tab. 7: Regionale Verteilung von Hochschulen, Studenten und Lehrpersonal nach Standorten (1978/79)

Standort	Anzahl der Universitäten, Akademien und Hochschulen	Anzahl		Prozent	
		Studenten	Lehrpersonal	Studenten	Lehrpersonal
Athen und Piräus	13	59.024	3.036	58,8	46,1
Thessaloniki	5	29.629	2.554	29,5	38,8
Patras	2	4.567	400	4,5	6,1
Ioannina	2	3.069	285	3,0	4,3
Komotini-Xanthi	2	1.927	183	1,9	2,8
Alexandropolis	3	839	34	0,8	0,5
Kreta	7	1.270	86	1,3	1,3
übriges Land					
Griechenland insgesamt	34	100.325	6.578	100,0	100,0

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten von NSSG: Statistical ..., a.a.O., 1981, S. 141 ff.

nen Potentials an qualifizierten Arbeitskräften steigt ¹⁾. Bei Beschäftigung mit dieser Gegebenheit stößt man auf eine mit Effizienzkriterien in Zusammenhang stehende These, die als wichtigste Voraussetzung für die wirtschaftlich sinnvolle Nutzung haushaltsorientierter Infrastruktur eine entsprechend große Bevölkerungszahl innerhalb ihres Einzugsbereiches betrachtet ²⁾; wobei angenommen wird, daß mit wachsender Kapazität einer Einrichtung die erforderliche Mindestbevölkerung ansteigt. Nach dieser Hypothese sind kleinere Städte vom Genuß vieler haushaltsbezogener Einrichtungen ausgeschlossen. Zusätzlich rückt in diesem Zusammenhang das Argument eines knappen Mitteleinsatzes ins regionalpolitische Blickfeld.

Aus der von der griechischen Regierung vorgenommenen Katalogisierung, welche die mit Athen konkurrierenden Städte erfaßt, sowie aus dem Überblick über Größe und Struktur sämtlicher griechischer Städte wird deutlich, daß lediglich eine geringe Anzahl Zentren, die für den effizienten Einsatz vieler Infrastruktureinrichtungen notwendige Mindesteinwohnerzahl und somit die im Sinne des Ansatzes der Wachstumszentren verstandene Mindestgröße aufweisen ³⁾.

Bei näherer Betrachtung der in Griechenland als Mittelstädte bezeichneten Ballungsgrößen ⁴⁾ zeigt sich eine deutliche Diskrepanz zwischen ihrer jeweils bestehenden Struktur

-
- 1) So zeigen Untersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland, daß die meisten Unternehmer das Vorhandensein qualifizierter Arbeitskräfte als den entscheidenden Standortfaktor ansehen. Vgl. Literatur der Anmerkung 2), S. 141, dieser Arbeit. Siehe auch Brede, H.: Bestimmungsfaktoren ..., a.a.O., S. 63 ff.; Schröder, D.: Strukturwandel, Standortwahl und regionales Wachstum, Stuttgart 1968, S. 195 ff.
 - 2) Vgl. Storbeck, D.; Lücke, D.: Die gesellschaftspolitische ..., a.a.O., S. 19 ff.
 - 3) Vgl. Tab. 8, S. 167, dieser Arbeit.
 - 4) Um diese Problematik Griechenlands (unterstellter Polbildungsschwellenwert ca. 200.000 Einwohner) mit anderen Ländern (ungefähr gleicher Bevölkerungszahl) zu verdeutlichen, vgl. Tab. 9, S. 168, dieser Arbeit.

Tab. 8: Die griechischen Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern für die Jahre 1951, 1961, 1971 und 1981

Jahr		1951	1961	1971	1981	Veränderung 1951 / 1981
Einwohner in Tausend						
von	bis unter					
10 -	20	30	25	24	10	- 20
20 -	30	3	13	14	8	5
30 -	40	1	5	7	8	7
40 -	50	2	4	4	8	6
50 -	100	3	4	4	2	- 1
100 -	500	1	2	1	4	3
500 und mehr		1	1	2	2	1
Insgesamt		41	54	56	42	+ 1
Urbanisierungsgrad a		35,8	43,2	53,2	57,6	21,8

$$a \text{ Urbanisierungsgrad} = \frac{\text{Bevölkerung in Städten ab 10.000 Einwohner} \times 100}{\text{Gesamtbevölkerung}}$$

Quelle: Eigene Berechnungen nach NSSG: Statistical ..., a.a.O., 1975, S. 25; 1977, S. 27; 1981, S. 27.

Tab. 9: Städte mit einer Bevölkerung von mehr als 200.000 Einwohnern in vier europäischen Ländern 1970/71

	Bevölkerung / Land										
	Schweiz		Belgien		Griechenland						
Holland	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %					
Rotterdam	1.060.000	(9,2)	Zürich	718.000	(11,5)	Brüssel	1.075.000	(11,1)	Athen	2.640.000	(30,1)
Amsterdam	1.024.000	8,9	Basel	387.000	6,2	Antwerpen	673.000	7,0	Thessaloniki	557.000	6,3
Den Haag	698.000	6,1	Genf	321.000	5,1	Liege	440.000	4,6			
Utrecht	463.000	4,0	Bern	287.000	4,6	Gent	225.000	2,3			
Eindhoven	347.000	3,0	Lausanne	227.000	3,6	Charleroi	214.000	2,2			
Arnhem	277.000	2,4									
Enschede	238.000	2,1									
Nijmegen	209.000	1,8									
Tilburg	209.000	1,8									
9 Städte	4.731.000	(41,3)	5 Städte	1.938.000	(30,9)	5 Städte	2.627.000	(27,2)	2 Städte	3.097.000	(36,4)
Gesamt	11.462.000			6.270.000			9.651.000			8.769.000	

Quelle: Statistical Yearbook der Vereinigten Nationen 1975, New York 1975.

und der ihnen zugeschriebenen Funktion. Aus dieser Gegebenheit resultiert, daß keine dieser Städte als geeignet für die notwendige Anpassung an den avisierten Wachstumsprozeß erscheint. Die daraus abzuleitende Forderung geht dahin, daß eine umfassende Förderung ökonomischer und sozialer Bereiche als dringendste Voraussetzung erfolgen muß. In Verbindung damit wurde in mehreren Ländern eine Bevölkerungsabwanderung aus den Provinzen in unmittelbare Richtung auf die wichtigen Gravitationszentren des Landes beobachtet, die infolge bestehender Unterausstattung der Mittelstädte ausgelöst worden war¹⁾.

Diese als problematisch anzusehende Situation würde - auf Griechenland übertragen - bedeuten, daß im Falle eines eintreffenden Erfolges der dort angewandten Wachstumspolstrategie nur wenige Städte eine Chance hätten, weiter zu wachsen und sich zu entwickeln. Zudem wären ausgedehnte geographische Räume aufgrund der passiven Sanierung mit einer weiteren wirtschaftlichen und sozialen Erosion bedroht. Eine solche Regionalpolitik, die größere Städte durch Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen in ihrer Entwicklung fördert, und die kleinere städtische Zentren demzufolge vernachlässigt, ist allerdings nicht primär im Sinne einer aktiven Politik der Wachstumszentren erfolgt, sondern gibt auch Raum für ad hoc Maßnahmen zur Beseitigung von Infrastrukturengpässen. In einem solchen Fall dürfte die sog. Komplementaritätshypothese vorliegen, die auch als Schrankehypothese bezeichnet wird²⁾.

In diesem Sinne wäre als Infrastrukturschranke die als tolerierbar erachtete unternehmensorientierte Infrastrukturausstattung zu betrachten. Vor Erreichung der Infrastruk-

1) Vgl. Ritter, U.P.: Siedlungsstruktur und wirtschaftliche Entwicklung, Berlin 1972; Barbancho, A.G.: Las migraciones interiores españolas, Madrid 1967, S. 97 ff.; derselbe: Las ciudades medias, discurso Y comerciales de la Universidad de Granada 1968, S. 16 f.

2) Vgl. Tuchtfeld, E.: Infrastrukturinvestitionen ..., a.a.O., S. 125 ff.

turschranke gilt die Ausdehnung der Produktionskapazität durch verstärkte Privatinvestitionstätigkeit auch ohne zusätzliche öffentliche Investitionen als realisierbar ¹⁾. Ist jedoch die Schranke erreicht, so muß als Voraussetzung für weitere ökonomische Effektivität eine partielle Ausweitung der Infrastrukturausstattung erfolgen, was in der Regel in Form eines "Bündels" an Einrichtungen erfolgt ²⁾. Nach Realisierung dieser gebündelten Infrastruktureinrichtungen ergibt sich eine Verschiebung der Infrastrukturchancen, womit wiederum eine verstärkte Privatinvestitionstätigkeit und Ausweitung der Produktionskapazität auch ohne zusätzlichen Ausbau der öffentlichen Einrichtungen ermöglicht wird. Dieser Prozeß kann sich spiralenförmig fortsetzen, d.h., es werden ständig neue Infrastrukturengpässe auftreten, die wiederum durch ad-hoc Maßnahmen reproduziert werden. Diese These erfährt eine Bestätigung durch den in Griechenland deutlich zu erkennenden Einsatz von Infrastrukturmaßnahmen zur Engpaßbeseitigung in größeren Städten. So wurden beispielsweise die Verkehrsprojekte in Griechenland (wie vermutlich auch die meisten anderen Infrastrukturmaßnahmen) unter dem Aspekt der kurzfristigen Anpassung und Beseitigung von Engpässen, die vor allem in Athen auftauchen, durchgeführt.

Diese Politik des "worst first" - wonach öffentliche Stellen durch die außerordentliche Zunahme der metropolitanen Bevölkerung dazu veranlaßt werden, zuerst die dringendsten Notlagen in den Metropolen selbst zu beseitigen - trägt

1) Vgl. Böltling, H.M.: Wirkungsanalyse der Instrumente der regionalen Wirtschaftspolitik, in: Ernst, W.; Thoss, R. (Hrsg.): Materialien zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Bd. 35, Münster 1976, S. 86.

2) Vgl. Ewers, H.J.: Bündelung oder Substitution als Leitlinie der Infrastrukturpolitik, in: Gesellschaftliche Indikatoren als Orientierungshilfe für die Regionalpolitik. Materialien zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Bd. 10, Münster 1974, S. 35 ff.

unabsichtlich zu einer relativen Bevorzugung der Ballungszentren im Rahmen der Infrastrukturpolitik bei und wirkt dadurch tendenziell eher Konzentrationsverstärkend als -umlenkend.

Das zeigt sich nicht zuletzt am Bild der Verwaltungsaufteilung nahezu aller Firmen und Kreditinstitute, wobei vor allem im Hinblick auf das Bankwesen eine auf Athen bezogene Konzentration der zentralen Stellen beobachtet werden kann, welchen in der Regel die wichtigsten Entscheidungsbezugnisse (z.B. über Finanzierungen) obliegen. Die enorme Häufung derartiger Niederlassungen wurde durch die ständig eingesetzte Engpaßbeseitigung noch gefördert.

Des weiteren zeigt sich eine aus denselben Ursachen abzuleitende Ansammlung wissenschaftlicher Forschungsinstitute auf den Ballungsraum Athen ¹⁾. Dies bedeutet für die Regionen ein Defizit an innovatorischen Anstößen sowie den Entzug wichtigen Entwicklungspotentials, da einerseits eine Verbesserung der infrastrukturellen Verhältnisse verhindert und zum anderen keine durch Staatsausgaben bewirkten Effekte wirksam werden können, nachdem diese Gelder im Interesse der Forschungsförderung den fast ausschließlich innerhalb der Ballungszentren angesiedelten Instituten zufließen ²⁾.

Diese problemorientierte, regionalpolitische Handlungsweise wurde auch bei städtebaulichen Maßnahmen im Raum Athen ³⁾ deutlich. Obwohl die diesbezüglichen Probleme von den Regierungen erkannt und in der Planung stets als langfristig zu bewältigen angelegt waren, wurden effektiv konstant kurz-

1) Vgl. KE.P.E. (Hrsg.): Programm ..., a.a.O., 1978-82, S. 67 f.

2) Vgl. ebenda, S. 67 f.

3) Vgl. Bucher, H.: Das Wohnungswesen ..., a.a.O., S. 202 ff.

fristig orientierte ad-hoc Maßnahmen angewandt¹⁾. Ähnlich wurde auch im Zusammenhang mit Kanalisationsvorhaben²⁾ und Umweltproblemen verfahren. Letzteren Bereichen betreffend zeigt sich, daß durch die kurzfristig orientierte Operationalität ein ständiges Anwachsen der Probleme zu verzeichnen ist. So könnte z.B. die Verschmutzung der Golfe Saronikos, Thermaikos und Pagassitikos nur durch eine langfristige Verlagerung der dort ansässigen Industrien effektiv gemindert werden, was aber durch die konstant eingesetzten ad-hoc Maßnahmen zu umgehen versucht und damit Boden für eine weitere Verschmutzung geschaffen wird.

4.4.2.2.4. Die Verkehrsanbindungen

Wie aus empirischen Untersuchungen und vorangegangener Analyse deutlich wurde, darf als wichtigster Standortfaktor für sämtliche Ansiedlungsarten (wie Neugründungen, Betriebsverlagerungen und Zweigstellengründungen) der Anschluß an das überregionale Verkehrsnetz gelten³⁾. In erster Linie sind hiermit Straßenverbindungen gemeint, da die Landverkehrswege - wie aus empirischen Untersuchungen entnommen werden kann - das wichtigste Verbindungsglied im Hinblick

1) Städtebauliche Entwicklungspläne für Athen gab es nach dem 2. Weltkrieg mehrere. Sie wurden jedoch in der Realität niemals umgesetzt. Vgl. Bougioukos, G. u.a.: Griechenland ..., a.a.O., S. 171; Brenke, S.: Stadtplanung in Athen - Grundlagen, Probleme, Perspektiven, in: Griechenland ..., a.a.O., in: Ernst, W.; Thoss, R. (Hrsg.): Materialien ..., a.a.O., S. 167 ff. Nach 1971 wurden in Athen und Thessaloniki über 50 % der gesamten Wohnungen gebaut und über 60 % der gesamten Finanzierungskredite für den Wohnungsbau vergeben, vgl. KE.P.E. (Hrsg.): Programme ..., a.a.O., 1978-82, S. 61.

2) Nach der Notwendigkeit der Engpaßbeseitigung und der Ausstattung der Wachstumspole mit Infrastruktureinrichtungen wurden vor allem die Kanalisationsvorhaben in den Städten Athen, Thessaloniki, Patras, Iraklion, Volos, Larissa, Kavala, Ioannina gefördert oder geplant. Vgl. Programm ..., a.a.O., (1978-82), S. 72 f. Über die Planung von METRO, neuer Flughafen und Kanalisation in Athen. Pläne für Thessaloniki und Patras vgl. z.B. Programm für die ökonomische ..., a.a.O., (1978-82), S. 55.

3) Vgl. 4.4.1., S. 136 ff., dieser Arbeit.

auf Beschaffung und Absatz darstellen, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß 70 % der Transporte über Lastkraftwagen abgewickelt werden ¹⁾.

Läßt man den Schiffsverkehr beiseite, so betrug im Jahre 1970 der Straßenanteil des interregionalen Gütertransportes in Griechenland 82,3 %. Im Jahre 1977 war dieser Anteil bis auf 87,6 % gestiegen, während der Schienenanteil in denselben Jahren einen Rückgang von 17,6 % auf 12,2 % erfuhr. Die Abwicklung von Gütertransporten über Luftverkehr ist relativ gering.

Über 95 % des Volumens an Importen und 90 % an Exporten des Landes werden durch den Schiffsverkehr getragen. Die gesamte Länge des bestehenden Straßenverkehrsnetzes beträgt 39.810 km; davon sind 8.728 km nationale und 31.082 km regionale Straßen.

Das Schienennetz weist eine Länge von 2.479 km auf, wovon jedoch ein großer Teil alt ist und über kein doppeltes Gleis verfügt.

Die allgemeine Verbindung zwischen den Städten und anderen verschiedenen Orten des Landes (vor allem zwischen Ost-, Nord- und Westgriechenland, den bergischen und Inselgebieten) können als schlecht und unzureichend bezeichnet werden.

In vielerlei Hinsicht hat die alleinige Verbindungsrolle Athen übernommen. Diese Stadt stellt sozusagen das Verkehrszentrum des Landes dar, von wo aus sich die Verkehrswege in einem radiusähnlichen Schema über das ganze Land

1) Vgl. Fürst, D.; Zimmermann, K.; Hansmeyer, K.H.: Standortwahl ..., a.a.O., S. 117 f.

verteilen. So befinden sich z.B. die Knotenpunkte des Luft- und Wasserverkehrs (der Hafen Piräus, wie auch der internationale Flughafen) bei Athen ¹⁾. Das Verkehrsproblem wird mit ad-hoc Maßnahmen im Sinne der Engpaßbeseitigung zu lösen versucht, indem eine Verbesserung der Verkehrsverbindungen zwischen den größten Städten vorgenommen wurde. Eine entwicklungsorientierte Haltung in der Regionalpolitik ist nicht festzustellen, was vor allem für die geographischen Randzonen befindlichen Orte eine fortlaufende Benachteiligung bedeutet, da diese Ansiedlungen selbst bei gleichem Grad an infrastruktureller Ausstattung wie der anderer Orte aufgrund ihrer Abgeschiedenheit ein schlechtes Image genießen.

4.4.2.3. Die öffentlichen Investitionen

Das Programm öffentlicher Investitionen ²⁾ kann als Instrumentarium in der Hand des Staates angesehen werden, das es ihm ermöglicht, direkten Einfluß auf die regionale Entwicklung auszuüben ³⁾. Die Planungsdauer erstreckt sich über einen einjährigen Zeitraum und gibt Anweisungen an die jeweiligen Ministerien, deren Aufgabe wiederum in der Anfertigung und Ausführung detaillierter Ausführungspläne besteht ⁴⁾.

1) Vgl. KE.P.E.: Entwicklungsprogramm ..., a.a.O., 1978-82, S. 56 f.

2) Es wurde ohne eine regionalpolitische Entwicklungsstrategie eingesetzt. Vgl. Giatrakos, N.: Das griechische ..., a.a.O., S. 26 f.

3) Die geographische Verteilung dieser Investitionen erfolgte nicht nach einem regionalpolitischen Konzept. Vgl. z.B. Chiotis, G.: Regional Planning and Economic Development: A Comparative Study of Regional Planning in France, Italy and Greece, Manchester 1964; Giatrakos, N.: Das griechische ..., a.a.O., S. 26 f.

4) Über die Erstellung der Programme öffentlicher Investitionen vgl. Maurakis, P.: O Programmatismos tis Periferiakis Anaptyxeos tis Ellados (Die Planung der regionalen Entwicklung Griechenlands), in: KE.P.E.: Ta Plasia ..., a.a.O., S. 226.

Das Programm Öffentlicher Investitionen kann - je nach Anteil der direkt in den Regionen zu leitenden Mittel - mehr oder weniger zentralen bzw. dezentralen Charakter besitzen.

Tab. 10: Direkte regionale Investitionen an den gesamten öffentlichen Investitionen

Jahr	Investitionen in v.H.
1978	7,4
1979	11,0
1980	12,5
1981	14,0
1982	14,7
1983	20,4

Quelle: Griechisches Parlament, a.a.O., 1983-1987, S. 39

Die Untersuchung der regionalen Verteilung der öffentlichen Mittel für den Zeitraum von 1975 bis 1979 - nach Präfekturen und Regionen läßt auf eine praktizierte normative Auswahl schließen. Sie erfolgte eindeutig nicht nach den Richtlinien der Entwicklungspolitik ¹⁾.

Die Erklärung der stetig reproduzierten Infrastrukturengpässe bedarf einer Ergänzung in Form einer Beurteilung der erfolgten Verteilung öffentlicher Investitionen. Danach entfielen auf die Region 1 27 %, auf die Region 2 18,2 % und 19,8 % auf die Region 3 der gewährten Mittel ²⁾.

Das bedeutet, es wurden 65 % der insgesamt für öffentliche Investitionen zur Verfügung stehenden Mittel den Planungsregionen 1, 2 und 3 gewährt. Auf die restlichen sechs Regionen entfielen nur 21,4 %. 13,6 % sind unverteilter Rest.

1) Vgl. Tab. 11, S. 176, dieser Arbeit.

2) Vgl. Abb. 12, S. 177, dieser Arbeit.

Tab. 11: Regionale Verteilung der öffentlichen Mittel für den Zeitraum 1975 bis 1979 pro Kopf der Bevölkerung in Drachmen nach verschiedenen Präfekturen und Regionen

Präfektur/Region	Drachmen/Kopf der Bevölkerung
Iraklion	8.495
Lassithi	13.778
Mittel Griechenland	18.025
Ionische Inseln	9.978
Boiotien	21.844
Attika	19.095
Euboia	7.202
Fthiotis	6.672
Elis	27.105
Lakonia	7.669
Arkadien	6.312
Kastoria	30.295
Serres	25.167
Kosani	6.863
Karditsa	5.209
Trikala	5.388
Ioannina	19.281
Euritanien	20.257
Ägäische Inseln	13.580

Quelle: Oik. Tach. Nr. 19 vom 13.4.1982, S. 27.

Nachdem sich in den drei Regionen die Städte Athen, Thessaloniki und Patras befinden, ist zu vermuten, daß die gewährten öffentlichen Infrastrukturausgaben zur Beseitigung infrastruktureller Engpässe in erwähnten Städten eingesetzt wurden ¹⁾. Diese Annahme läßt sich nicht zuletzt aus folgenden Tatsachen begründen: In der Periode von 1976 bis 1979 wurde der größte Teil von 40 % der Gesamtausgaben für Athen verwendet. Davon gelangten 20 % direkt und der Rest (der für Forschung etc. verwendet werden sollte), indirekt nach Athen, da - wie bereits gezeigt - der größte Teil dieser Institute sich dort befinden ²⁾.

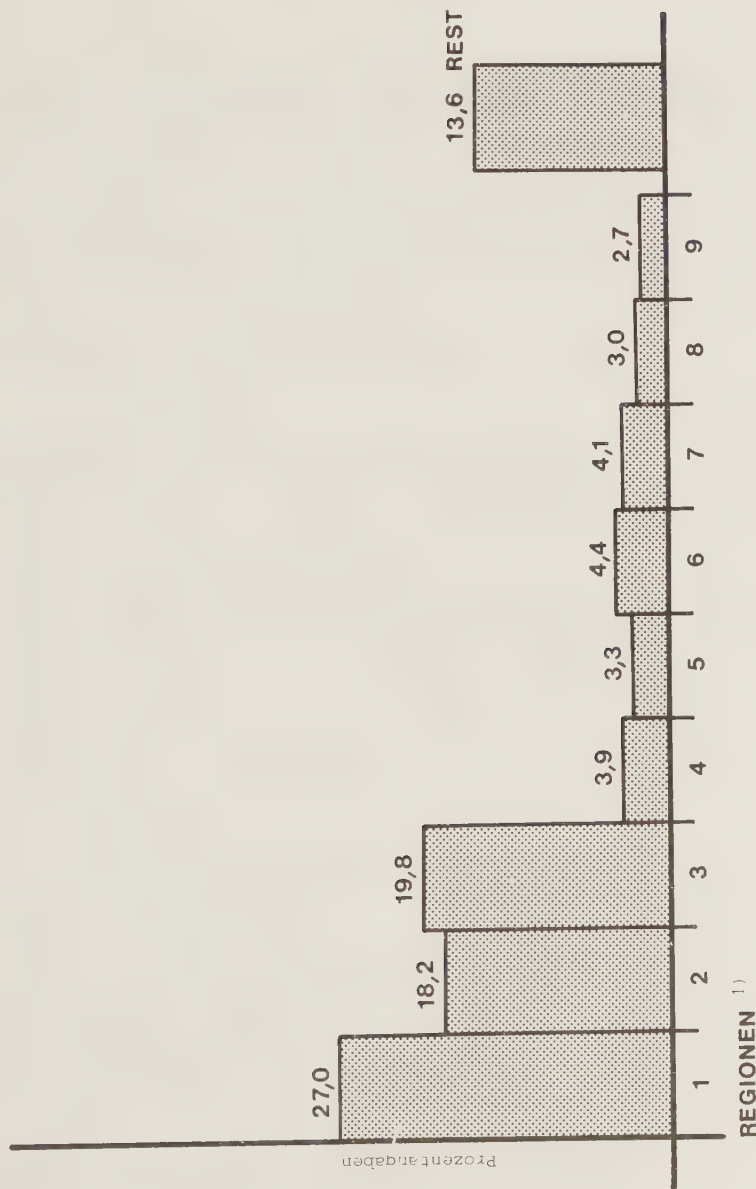
Die gleiche Situation zeigt sich bei der Verteilung der Investitionsausgaben öffentlicher Unternehmen. Auch hier wird

1) Vgl. KE.P.E.: Entwicklungsprogramm ..., a.a.O., 1978-82, S. 55 f.

2) Vgl. KE.P.E.: Programm ..., a.a.O., 1981-85, S. 54.

% VERTEILUNG DER ÖFFENTLICHEN INVESTITIONEN

1970 - 74



1) Vgl. Abb. 2, S. 73, dieser Arbeit.

Quelle: NSSG: Schätzung der regionalen Investitionen von Griechenland 1970 und 1974, Athen 1979, (eigene Berechnung)

deutlich, daß Athen mit 30 % der größte Teil zufließt. Darunter fallen Ausgaben, die

- ausschließlich Athen betreffen (z.B. der städtische Verkehr),
- für das ganze Land von Interesse sind (z.B. die nationale Fluggesellschaft - wobei wiederum Athen als Zentrum fungiert).
- auf nationaler Ebene Athen betreffen (z.B. Energieversorgung).

4.4.2.4. Die Förderung des endogenen Potentials der jeweiligen Regionen

Betrachtet man als Entwicklungspotential diejenigen wirtschaftlichen Basisfaktoren (Ressourcen), die unter einer dynamischen Vorstellung für ein langfristiges Wachstum eintreten können, so kann man darunter

1. die natürlichen Gegebenheiten, die wirtschaftlich nutzbar sind oder sein werden, und
2. die Gegebenheiten, die von den Menschen geschaffen werden, subsumieren. Unter anderem
 - die Siedlungs- und Infrastruktur ¹⁾
 - die sektorale Wirtschaftsstruktur ²⁾
 - das Kapital und die Kaufkraft
 - das Know how
 - die Organisationsstruktur ³⁾.

Diese Potentialfaktoren sind je nach Mobilitätsgrad zu lokalisieren und in ein Ortssystem einzugliedern. Deswegen ist die jeweilige Kombination für jeden Standort charakteristisch.

Bereits bei der Auseinandersetzung mit den Standortfaktoren wurde herausgestellt, daß bei Unterstützung lokaler Initiativen durch den Staat eine wichtige Maßnahme im Hinblick auf

1) Siedlungsstruktur vgl. unter 4.2.4.3., S. 95 ff., 4.3.1., S. 121 ff.; 4.4.2.2.4., S. 172 ff.; Infrastruktur unter 4.4.2.2., S. 156 ff.

2) Vgl. unter 4.2.4.1., S. 85 ff.; 4.2.4.4., S. 102 ff.

3) Kapital und Kaufkraft, Know-how, Organisationsstruktur vgl. unter 4.4.2.2.2., S. 158 ff.; 4.4.2.1., S. 149 ff.

wachstums- und verteilungspolitische Effizienz darstellt ¹⁾. Im vorliegenden Fall Griechenland lassen sich zahlreiche Versuche einzelner Interessengruppen erkennen, so u.a.:

- der Zusammenschluß von Schifffahrtsgesellschaften, die aus Wettbewerbsgründen und im Interesse einer verkehrsmäßigen Anbindung abgelegener Inseln erfolgte,
- die von in Deutschland tätigen griechischen Arbeitnehmern vorgenommenen Gründungen von Gesellschaften in den entsprechenden Heimatregionen dieser Interessenten, in der Absicht, sich die nach einer Heimkehr benötigten Beschäftigungsmöglichkeiten aufzubauen ²⁾,
- die vor allem in der Region Thrazien erfolgten Gründungen von Gesellschaften durch die Agrargenossenschaften.

Bei der Vergabe finanzieller Anreize wurde deutlich, daß die lokalen Gruppen positiver reagierten als regionsexterne Unternehmer ³⁾. Somit wäre als wichtiger regionalpolitischer Schritt eine effektive Unterstützung dieser lokalen Initiativen vonnöten.

4.4.3. Zusammenfassung

Nach den Erkenntnissen der mikroökonomischen Standorttheorie und der makroökonomischen Konklusionen in bezug auf Infrastrukturprobleme im Rahmen eines marktorientierten Ansatzes und durch konsequente Auseinandersetzung mit der Vielfalt unternehmerischer Beweggründe, die als entscheidend für eine Standortwahl angesehen werden können, wurde offenkundig, daß der zunächst von theoretischer Seite als ökonomisch definierte Rationalitätsbegriff nicht länger haltbar war, sondern einer Erweiterung bedurfte, die sowohl subjektive als auch objektive Komponenten mit einschloß.

1) Vgl. unter 4.4.1., S. 136 ff., dieser Arbeit.

2) Vgl. deutsch-griechische Abkommen zur Förderung der griechischen Arbeitnehmergesellschaften vom 2.5.1980, Athen - Bonn 1980.

3) Vgl. Nautemporiki vom 16.9.1980; Ökonomikos Tachydromos, Heft 47 vom 20.11.1980.

Daraus folgt, daß die regionalpolitischen Maßnahmen eine Unterstützung lokaler Initiativen als Anreizfunktion für subjektiv motivierte Unternehmer berücksichtigen müssen. Als relevante Gegebenheiten, die im Rahmen staatlicher Eingriffsmöglichkeiten impliziert sein müssen, wurden auf die Betriebsgröße gezogene Unterschiede hinsichtlich der Informationsverarbeitungskapazität, branchenspezifische Standortbedingungen sowie speziell in Griechenland bestehende Tendenzen zugunsten von Neugründungen als generell bevorzugte Ansiedlungsart festgestellt.

Die daraus resultierenden Forderungen hinsichtlich regionalpolitischer Konsequenzen beziehen sich auf die Verbesserung des Informationsflusses, einen branchenselektiven Maßnahmen Einsatz des Staates und die spezielle Förderung geplanter Neugründungsvorhaben.

Mittels Befragungen wurde in vielen Ländern die Erstellung eines Standortfaktorenkataloges ermöglicht, der Aufschluß über die von den jeweiligen Unternehmern als wichtigste Voraussetzungen für eine Ansiedlung betrachteten Gegebenheiten erteilt. Die aus der weitreichenden Übereinstimmung dieser Kataloge zu ziehenden Rückschlüsse beziehen sich vor allem auf die Verkehrsverbindungen, das Vorhandensein an qualifiziertem und unqualifiziertem Potential an Arbeitskräften, preiswerter Grundstücksanlagen, finanzielle Anreize des Staates und - als wohl wichtigste Voraussetzung - die Infrastruktureinrichtungen.

Die genauere Beleuchtung der Wirkungsweise dieser Faktoren zeigte, daß als primäre Voraussetzung (besonders in weniger entwickelten Volkswirtschaften wie Griechenland) für das Entstehen erfolgreicher industrieller Unternehmen gut ausgebauten Verkehrsverbindungen sowie ausreichende Infrastruktureinrichtungen angesehen werden müssen, da diese beiden

Faktoren in der Lage sind, positive Effekte auf eine ganze Reihe anderer, wichtiger Faktoren auszuüben. So könnte z.B. mit Hilfe einer guten verkehrsmäßigen Anbindung die Höhe der gesamten Transportkosten enorm gesenkt, die Marktnähe geschaffen und die Isolation bestimmter Randzonen aufgehoben werden; des weiteren wäre bei Regionen mit einer großen Anzahl von Infrastruktureinrichtungen mit einer wesentlich größeren Auswahl an qualifizierten Arbeitskräften zu rechnen. Zudem besteht aus makroökonomischer Sicht ein unbestrittener Zusammenhang zwischen der Anzahl und der Qualität von Infrastruktureinrichtungen und dem gegebenen Entwicklungsstand der jeweiligen Region. Die Gesamtheit der von den soeben genannten Einrichtungen ausgestrahlten Effekte wird kategorisiert in Einkommens-, Anreiz-, Expansions- bzw. Regionalisierungs- und Komplementaritätseffekte. Die in vorhergegangener Bearbeitung erfolgte Aufgliederung machte im einzelnen deutlich, in welchen Bereichen die von den Infrastruktureinrichtungen ausgestrahlten Impulse wirksam werden.

Geht man nun näher auf die wichtigsten, regionalpolitisch eingesetzten Maßnahmen in Griechenland ein, so zeigt sich, daß auch bei diesem Teilbereich der Planungsverwirklichung eklatante Schwachpunkte bestehen. Im Hinblick auf die gewährten finanziellen Maßnahmen sind bereits in der Art der erfolgten Gesetzgebung schwerwiegende Mängel nachzuweisen. So kann kritisiert werden, daß aufgrund der in enorm knappen Zeitabständen erfolgten Herausgabe einer Vielzahl an Gesetzen, Verordnungen und Bestimmungen - die nur auf normativen Beweggründen basieren konnten - eine erhebliche Verwirrung unter den Betroffenen (den Unternehmen) entstand, welche letztlich zu einer häufigen Überlastung der betrieblichen Informationsverarbeitungskapazität und Nichteinhaltung der Gesetze führte. Zudem besaßen viele dieser Entwürfe stark konfliktäre Züge, wodurch bereits formal eine Negierung der erhofften Effekte gegeben

war. Es liegt also auf der Hand, daß die oft gravierende Beeinträchtigung der Wirkungsweise eingesetzter Maßnahmen aus der unklaren Linie regionalpolitischer Entscheidungen abgeleitet werden kann.

Generell gesehen entsprechen sämtliche Maßnahmen dem marktwirtschaftlichen Prinzip mit strategischen Ansätzen eines Wachstumspolkonzeptes, wofür besonders die Operation mit kapitalintensiven Investitionen, die Bevorzugung des sekundären Sektors, der zunehmende Einsatz finanzieller Vergünstigungen, die kaum erfolgte Anwendung negativer Anreize sowie die Fürsorge für Industrieparks als beispielhaft betrachtet werden können. Bei der letzten Maßnahme zeigte sich eine inkonsequente Haltung gegenüber den Forderungen der Wachstumspoltheorie, denn es muß konstatiert werden, daß bei der Vergabe von Investitionssubventionen erst eine relativ späte branchenspezifische Kategorisierung erfolgte, wodurch eine jahrelange Ineffektivität eingesetzter Investitionen gegeben war.

Obwohl in der Planung grundsätzlich eine Dezentralisierung unternehmerischer Ansiedlungen angestrebt wurde, fand faktisch weiterhin ein nicht übersehbarer Prozeß der Verdichtung in den größten Zentren des Landes statt. Diese Entwicklung ist vor allem auf eine durch die verwirrende Gesetzgebung ermöglichte Nichteinhaltung der Verordnungen, Bestimmungen etc. zurückzuführen. Eine weitere Ursache für die ständig wachsende Ballung kann in der für die Unternehmen ermöglichten Kostenabwälzung auf die Allgemeinheit gesehen werden, die den Genuß sämtlicher Agglomerationsvorteile ohne zusätzliche finanzielle Belastung für die Unternehmen gestattet. Zudem können die durch eine anfänglich erfolgte Grobeinteilung des Landes in zwei große Bereiche entstandenen Nivellierungen gegebener Entwicklungsgrade als Auslöser für die konzentrierte Ansiedlung von Betrieben entlang der Regionsgrenzen von Attika gelten.

Es zeigte sich, daß die entsprechend dem Wachstumspolkonzept eingesetzten Maßnahmen kein langfristiges, selbsttragendes Wachstum hervorriefen.

Ähnliche Beobachtungen ergeben sich auch bei der näheren Betrachtung von Infrastrukturmaßnahmen. So zeigte sich im Hinblick auf die bei einigen Industrieparks und einem Industriekomplex bevorzugt gewährte unternehmensorientierte Infrastruktur, daß trotz genügender Ausstattung mit diesem als sehr wichtig erachteten Standortfaktor die Hoffnungen auf ein selbsttragendes Wachstum überwiegend unerfüllt blieben. Generell muß die "unternehmensinfrastrukturelle" Förderung erwähnter Industriegebiete als einseitig bezeichnet werden, da im Grunde eine ausreichende Versorgung nur den innerhalb der Peripherien größerer Städte gelegenen Industrieparks (die ohnehin im Genuß vieler Infrastruktureinrichtungen - bedingt durch die Ballungsgröße - standen) gewährt wurde und somit eine starke Benachteiligung für die in strukturschwächeren Gegenden gelegenen Industrieparks spürbar wurde.

Wirft man in diesem Zusammenhang einen Blick auf die haushaltsorientierten Einrichtungen infrastruktureller Art, so ergibt sich ein in vielen Zügen ähnliches Bild. Besonders gravierend ist in dieser Hinsicht die Beobachtung, daß bei der Wahl des Wachstumspolkonzeptes als regionalpolitische Entwicklungsstrategie völlig außer acht gelassen wurde, daß außer Athen (dessen Verdichtung das Ballungsoptimum bereits überschritten hat und somit eine nach der Theorie sinnvolle, wachstumsträchtige Förderung ohnehin nicht mehr in Frage käme) und Thessaloniki (wo der Ballungsgrad ebenfalls bereits bedenkliche Formen angenommen hat) kaum Agglomerationen bestehen, die eine im Sinne des Wachstumspolkonzeptes erforderliche Struktur und Mindestgröße aufweisen, um als entwicklungsfähige und daher

förderungswürdige Mittelstädte gelten zu können. So bleibt es also bei einer Konzentration haushaltsorientierter Infrastruktureinrichtungen auf einige wenige Punkte des Landes, wobei die Prioritäten wiederum auf den permanenten Infrastrukturengpässen, also den Zentren Griechenlands, liegen und daher im Endeffekt genau das Gegenteil dessen eintritt, was man von einer Politik mit Wachstumspolen erwartete: Statt der Entstehung von Polen mit selbsttragendem und auf das unterentwickelte Hinterland ausstrahlendem Wachstum als Gegengewicht zu den zwei dominierenden Städten des Landes (Athen und Thessaloniki) zeichnete sich deutlich ein weiteres Wachstum dieser beiden großen Zentren ab, wogegen sich die Situation in den strukturschwachen Gebieten weiterhin verschlechterte.

Als wesentlicher Faktor, der nicht unerheblich zu einer Ballungszunahme im Athener Raum beitrug, kann die bereits besprochene Art erfolgter Gesetzgebung angesehen werden. Die Uneinheitlichkeit der Beschlüsse innerhalb dieses Rahmens ermöglichte eine Mißachtung und Nichteinhaltung der Ansiedlungsverbote und somit ein weiteres Anwachsen unternehmerischer Niederlassungen, womit gleichzeitig zahlreiche Engpässe auf infrastrukturellem Gebiet entstanden, die einer Beseitigung bedurften. Dieser Situation wurde mit einer Politik des "worst first" zu begegnen versucht, wonach als wichtigste Forderung die Behebung der Infrastrukturengpässe mittels kurzfristiger ad-hoc Maßnahmen betrachtet und praktiziert wurde. Nachdem die Infrastrukturschranke auf diese Weise über Jahre hinweg immer wieder nach oben verschoben wurde und so neuen Zuzug induzierte, der wiederum zu Engpässen und damit zu einer notwendig gewordenen Anhebung der Infrastrukturschranke führte, entstand ein Kreislauf, der die im Grunde schon sehr bedenkliche Situation immer weiter schürte. So werden nahezu dem gesamten Land sämtliche Reserven entzogen und an die Domäne

Athen verschleudert. In diesem Sinne kann auch die Bevölkerungsabwanderung aus den Provinzen als Folge der Engpaßbeseitigung und der damit verbundenen mangelhaften Ausstattung des Hinterlandes mit infrastrukturellen Einrichtungen gesehen werden, da dadurch die dringend nötige Förderung ökonomischer und sozialer Bereiche (die als Bedingung für einen Verbleib in den weniger entwickelten Regionen gelten können) konstant unterbunden wird. Die dominante Rolle Athens ist auch in bezug auf verkehrsmäßige Anbindungen festzustellen, da lediglich zwischen diesem Knotenpunkt und den größeren städtischen Zentren Griechenlands befriedigende Straßenverhältnisse (und andere Verbindungswege) bestehen, während die verkehrsmäßigen Anbindungen der restlichen Teile des Landes einen relativ desolaten und unzureichenden Zustand aufweisen. Es bleibt also auch bei dieser Art von Infrastruktur die soziale und ökonomische Ungleichheit weiter bestehen, da wiederum die Engpaßbeseitigung auf dem Gebiet des Verkehrs in den großen Zentren die Isolation vieler Randzonen weiter bestehen läßt.

Schließlich zeigte sich ebenfalls im Bereich des Programms der öffentlichen Investitionen, daß der größte Teil der vergebenen Mittel in Athen verbleibt, da die meisten zu fördernden Institutionen und öffentlichen Unternehmen in dieser Metropole ansässig sind.

Im Hinblick auf die Förderung lokaler Initiativen lassen sich zwar zahlreiche Anstöße privater Interessengruppen erkennen, die jedoch nicht in erforderlichem Maße von der Regierung unterstützt wurden. So etablierten sich (z.T. aus Wettbewerbsgründen) eine Reihe von Gesellschaften und andere Zusammenschlüsse, die von seiten der Regierung in stärkerem Maße zu fördern sind.

5. FAZIT

Grundsätzlich werden die jeweiligen Planungsinstrumentarien je nach Wirtschaftssystem gestaltet. Unabhängig davon kann man jedoch entsprechend dem Kriterium der Vorgehensweise nach einem synoptischen und nach einem inkrementalen Konzept differenzieren. Dabei ist ersteres vor allem durch ein starres Zweck-Mittel-Schema, das ganz besondere Koordinationsanforderungen an die Planungsträger stellt, gekennzeichnet, wogegen sich das inkrementale Konzept durch eine problemorientierte Ausrichtung auszeichnet. Durch eine Kombination beider Konzepte lassen sich weitgehendst deren Vorteile ausnutzen und besondere Schwächen der Planung vermeiden.

Als unumgängliche Voraussetzung zur Beurteilung einer Regionalpolitik bedarf es deren Einordnung in ein raumordnungspolitisches Konzept. Damit ist dann eine Konsistenz und Ausrichtung von Zielen und Mitteln feststellbar sowie der jeweilig zugehörige institutionelle Rahmen ableitbar und folglich wird die Regionalpolitik an ihrem eigenen Anspruch beurteilbar.

Durch die konsequente Verfolgung einer raumordnungspolitischen Konzeption werden Zielkonflikte vermieden und ein zielgerechter Einsatz von Mitteln gewährleistet. Ganz besonders stringent folgert sich diese Notwendigkeit aus den grundsätzlichen Konflikten zwischen allokativen und distributiven Zielen, so daß eine Auseinandersetzung mit dem theoretischen Hintergrund des jeweiligen regionalpolitischen Ansatzes (sofern überhaupt vorhanden) unerlässlich ist, insbesondere aber nicht nur um eventuelle Zielkonflikte aufzuzeigen, sondern um ganz deutlich machen zu können, ob ein feststellbares Wachstum im Raum mit der dafür in Anspruch genommenen Theorie überhaupt erklärbar ist.

Ausgehend von der Realisation von Wachstum (-;+) im Rahmen des formallogischen Kausalnexus' lassen sich dann folgende Möglichkeiten definieren:

- A. Auf der Basis einer richtigen Theorie sind die richtigen Mittel abgeleitet worden. Das Ergebnis ist dem zuzuordnen.
- B.a. Auf der Basis der richtigen Theorie sind die falschen Mittel deduziert worden.
- B.b. Auf der Basis der falschen Theorie sind richtige Mittel deduziert worden.
- B.c. Auf der Basis der falschen Theorie sind falsche Mittel deduziert worden.

Besonders unzulässig werden mögliche Implikationen dann, wenn reale Ergebnisse auf der Basis von Fehlkonstruktionen des Typs B erklärt werden. So ergeben sich für Folgeentscheidungen desolante Zustände, da die entsprechenden Ausgleichseinflüsse - wahrscheinlichkeitstheoretisch gesehen - kaum mehr in gleicher Konstellation auftreten werden.

Davon abgesehen, ergibt sich aus der Beschäftigung mit den regionalpolitischen Zielen, daß eine aktive Regionalpolitik unumgänglich ist. Als Argument dafür kristallisieren sich vor allem die mangelnde Mobilität der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital sowie das Überschreiten des Ballungsoptimums heraus. Ganz besonders muß jedoch betont werden, daß die distributive und noch viel mehr die Zielsetzung eines interregionalen Lebensqualitätsausgleichs ohne Intervention des Staates nicht realisiert werden kann.

Die Einordnung der Regionalpolitik in eine Planungsmethode eröffnet dabei die Möglichkeit, die ihr entsprechenden Anforderungen an die Planungsträger abzuleiten.

Die Raumgliederung wird nach homogenen, funktionalen und normativ-politischen Kriterien vollzogen. Definitionsgemäß liegen den Wachstumspolregionen funktionale Kriterien zugrunde. Dabei bildet eine zielgerichtete Methode der Planung und Raumgliederung sowohl die Grundlage der Regionalpolitik als auch die Basis für deren Beurteilung. Die einer Politik zugrunde liegende Theorie muß folglich, wenn sie für eine Regionalpolitik brauchbar sein soll, räumliches Wachstum kausal erklären können.

Die Auseinandersetzung mit den Entwicklungsplänen hat ergeben, daß die griechische Regionalpolitik die Bildung von Wachstumspolen sowohl mit allokativer als auch mit distributiver Zielsetzung gleichzeitig zu erreichen suchte, wobei bereits theoretisch deren Inkompatibilität deutlich nachzuweisen war.

Daß auf einer solchen Basis dann lediglich die reduzierte Forderung nach dem Ausweis von Siedlungskonzentrationen unter dem Ballungsoptimum, bei gleichzeitig hoher Grenzproduktivität bzw. hohem Entwicklungspotential, der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital abgeleitet wurde, ist nicht zuletzt bereits auf die immanent konfliktäre Zielsetzung der theoretischen Konzeption zurückzuführen.

Eine chronologische Betrachtung der konkreten Regionalpolitik zeigte, daß mehrere Regionalisierungen, mit wechselnden oder gleichzeitig vorhandenen funktionalen und homogenen - also konfliktären - Kriterien, stattgefunden haben. Dabei wurde keiner Regionalisierung die Möglichkeit eingeräumt, Bedingungen regionalpolitisch kausal zu verändern, sondern die Entwicklungen wurden immer bereits vorher durch neue Regionalisierungen unterbrochen, so daß man letztendlich nur von einer willkürlichen Abfolge sprechen kann, deren Ergebnisse dann kaum mehr irgend einer Regionalisierung konkret als ursächlich zuzuordnen waren, sondern eigentlich ein Konglomerat von Ursa-

chen der verschiedensten Regionalisierungsversuche darstellen.

Darüber hinaus ist zu konstatieren, daß die Theorie der Wachstumspole nicht in der Lage ist, das Wachstum der Pole zu erklären. Entgegen der theoretischen Implikation haben die empirischen Untersuchungen erwiesen, daß Kommunikationskosten, insbesondere Transportkosten, keineswegs als Indikator hinreichend erklären können, daß sich Branchen mit starker interindustriellen Verflechtungen in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander ansiedeln (dies ist nur bei wenigen Industriezweigen der Fall: Chemische-, Petrochemische-Industrie), denn die Kommunikationskosten verlieren mit zunehmendem Entwicklungsniveau (z.B. Ausbau der Infrastruktur) an Bedeutung. Und nur wenn beide Bedingungen gleichzeitig erfüllt sind, werden theoriegemäß sektoral-regionale Pole gebildet.

Da die Poltheorie die Erklärung des Wachstums in geographischen Räumen nicht leisten kann, ist sie für eine zielorientierte Regionalpolitik unbrauchbar. Das erweiterte Modell, das andere Theorien - vor allem die Siedlungsstrukturtheorie einschließt -, setzt für ein Wachstum eine "Mindestbevölkerungskonzentration" voraus, was aber für Griechenland nicht gewährleistet ist.

Unter Anwendung der skizzierten Kriterien ergaben sich nun unter dem Aspekt von Planungsanspruch und -wirklichkeit der griechischen Regionalpolitik - allein gemessen am BIP/Kopf der Bevölkerung mit dem Zielanspruch größtmöglichstes Wachstum - die Tatsache, daß nur "Zentral- und Westmazedonien", "Thessalien" und "Epirus" wesentliche Zuwachsraten aufweisen. Berücksichtigt man zusätzlich die Beschäftigungseffekte, so reduziert sich der positive Effekt auf "Zentral- und Westmazedonien" sowie "Thessalien". Vom Entwicklungspotential her gesehen, zeigte die Problemregion

"Thrazien", die ausgewiesenermaßen an der Spitze der förderungswürdigen Regionen steht, von 1971 bis 1977 zwar positive Tendenzen, wird aber von den Regionen "Zentral- und Westmazedonien", "Thessalien" und "Ost-Stereia und Inseln" mit Pol Athen weit übertroffen. Hinzu kommt noch, daß "Thrazien" ganz besonders negativ von den Wanderungseffekten betroffen ist, an denen auch die Regionen "Ost-Mazedonien" und "Epirus" zu tragen haben.

Bei der Betrachtung der Polbildung und -entwicklung sowie der im Rahmen der der Wachstumspoltheorie implizierten Ausstrahlungseffekte auf die Region wurde - neben dem Regional- und dem Standortfaktor - verstärktes Augenmerk auf den Strukturfaktor gelegt, der als besonders aussagekräftig bezüglich eines dauerhaften autonomen Wachstums gilt. So konnte - sieht man von den Sonderfällen Athen und Thessaloniki einmal ab - von den proklamierten Wachstumspolen, nur für Patras und Larissa/Volos die Möglichkeit eines nachhaltigen Wachstums, implizit die Ausstrahlungsmöglichkeit in die jeweiligen Bezugsregionen "Peloponnes und West-Stereia" sowie "Thessalien" festgestellt werden.

Bei der näheren Betrachtung des Regionalfaktors der 52 Präfekturen stellte sich allerdings heraus, daß alle diejenigen mit einem überdurchschnittlichen Wert aufwarten, die entweder eine verkehrsgünstige geographische Lage besitzen (Achse: Patras - Athen - Thessaloniki) und/oder starke finanzielle Anreize genossen haben (Xanthi und Kilkis).

Durch die Proklamation zum Wachstumspol ¹⁾ wurde zwar der Regionalfaktor entsprechend beeinflusst, aber aufgrund der Vernachlässigung des wesentlichsten Kriteriums (Existenz

1) Unabhängig einmal davon, daß mit Hilfe der Input-Output-Analyse festgestellt wurde, daß es sich - mangels interindustrieller Verflechtungen - gemäß dem eigenen theoretischen Anspruch der Poltheorie gar nicht um Pole handelt!

interindustrieller Beziehungen) der Wachstumspoltheorie wurden keine branchenselektiven Anreize gewährt, so daß dadurch eben auch keine Beeinflussung der Zusammensetzung der Industriebranche stattfand und eben auch keine Potenz für ein nachhaltiges Wachstum geschaffen wurde.

Die Konsequenz dieses formaltheoretischen Fehlers wurde bei der Untersuchung der Industriekomplexe mit einem bedeutenden Verflechtungsgrad und hoher räumlicher Konzentration ganz besonders deutlich, denn - abgesehen von Athen und Thessaloniki - wurde von allen proklamierten Polen nur Volos diesem Anspruch gerecht.

Im Rahmen eines dem marktwirtschaft-orientierten Wachstumspolkonzept adäquaten Verwaltungsaufbaus wird der Anspruch erhoben, daß die Verwaltung, der die jeweiligen Planungsaufgaben übertragen werden, die Koordination der Einzelwirtschaftspläne unter marktwirtschaftlichem Aspekt erleichtert. Dafür ist ein dezentrales, mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattetes, Planungsinstrumentarium geboten, um keinesfalls die Wettbewerbsfähigkeit in den verschiedenen Regionen zu beeinträchtigen.

Realiter ist allerdings zu konstatieren, daß eine vertikale Konzentration besonderer Entscheidungsbefugnisse - unter Mißachtung der Eigenständigkeit und spezifischer finanzieller Probleme der lokalen Selbstverwaltung - auf die höchsten ministeriellen Ebenen vorliegt, was zusätzlich noch von einer verwirrenden horizontalen 'Koordination' auf gesamtstaatlicher Ebene flankiert wird. Dadurch wird eine Planungsrealisation erheblich erschwert und die privaten Unternehmer in ihren Entscheidungsprozessen erheblich beeinträchtigt. Kurz gesagt, das Planungsinstrumentarium entspricht nicht den Anforderungen der Planung.

Wesentlicher Träger der Regionalpolitik sind bei einer marktwirtschaftlich orientierten Raumordnungskonzeption die privaten Einzelwirtschaften, die ihre eigenen Wirtschaftspläne durchführen. Dabei kann der Staat das Entscheidungskalkül der Privaten direkt - durch finanzielle Vergünstigungen - oder indirekt - durch gezielte Einwirkung auf standortrelevante Faktoren - beeinflussen.

Primär war deshalb nach Aufarbeitung der theoretischen Zusammenhänge - um eine Beurteilungsbasis zu schaffen, unter der Implikation, daß das Entscheidungskalkül der Privaten nicht nur objektiv-ökonomische, sondern auch subjektiv-außerökonomische Kriterien beinhaltet - nach den realen Beweggründen der Standortwahl zu fragen, um so spezifische standortrelevante Erkenntnisse zu gewinnen. So ließen sich dann die jeweiligen Maßnahmebündel bezüglich ihrer Adäquanz zum Planungsanspruch untersuchen und deren Effizienz kennzeichnen. Als besonders gravierende eigenständige Faktoren für die Entscheidungskalküle der Privaten zeichnen sich allgemein die Verkehrsanbindung, das Arbeitskräftepotential, günstige Grundstücke, sonstige Infrastruktureinrichtungen sowie regionale finanzielle Anreize durch den Staat ab. Dabei ist zumindest zwischen Anzahl und Qualität von Infrastruktureinrichtungen und gegebenem Entwicklungsstand der jeweiligen Region mit den ausgestrahlten Einkommens-, Expansions- und Komplementaritätseffekten eine starke Interdependenz zu konstatieren.

In Griechenland hat man der großen Bedeutung - wie allgemein in allen weniger entwickelten Ländern - von gut ausgebauten Verkehrsverbindungen nicht entsprechend Rechnung getragen und somit die Chance ausgelassen, die Isolation bestimmter Randgebiete durch Senkung der Transportkosten und somit Schaffung von Marktnähe aufzuheben. Auch konnte von einem branchenspezifischen Einsatz der Maßnahmen kaum die Rede sein, ebenso wenig wie von einer konzept-

adäquaten, speziellen regionalen Förderung geplanter Neugründungen, zumal man auch noch der Basis aller Entscheidungskalküle der Privaten, der Informationsverarbeitungskapazität, durch eine gezielte und konsequente regionalpolitisch orientierte Förderung kaum Rechnung trug. Im Gegenteil, durch die Herausgabe einer Vielzahl von Gesetzen in knappen Zeitabständen trug man wesentlich zur Überlastung der Informationsverarbeitungskapazität der Betriebe bei, was zur Verwirrung der Betroffenen und somit zur Nichteinhaltung der Gesetze führte.

Zwangsläufig mußte bereits von daher eine gravierende Beeinträchtigung der erhofften Wirkung eintreten. Hinzu kommt noch, daß nicht wenige Gesetze konfliktäre Züge zueinander aufwiesen.

Zwar entsprechen die Maßnahmen dem Wachstumspolkonzept, doch zeigte sich bereits eine Inkonsequenz dadurch, daß bei der Vergabe der Investitionsvergünstigungen erst relativ spät (1978) eine branchenspezifische Kategorisierung erfolgte, wodurch eine jahrelange Ineffektivität - unter regionalpolitischem Aspekt - der Investitionen gegeben war. Hinzu kommt noch die Tatsache, daß - obwohl in der Planung grundsätzlich eine Dezentralisierung unternehmerischer Ansiedlungen angestrebt wurde - faktisch ein weiterer Prozeß der Verdichtung in den Ballungszentren stattfand, denn zum einen wurde aufgrund der anfänglich erfolgten Grobeinteilung Griechenlands in zwei Regionen eine Nivellierung des Entwicklungspotentials induziert, so daß eine konzentrierte Ansiedlung von Betrieben an den Regionalgrenzen der Zentren die logische Folgerung war, und zum anderen wurden keine flankierenden Maßnahmen getroffen, die eine Kostenüberwälzung der Unternehmen auf die Allgemeinheit verhindert hätte und somit die Betriebe in den Genuß der Agglomerationsvorteile ohne finanzielle Belastung kamen, so daß sie auch von daher kein Interesse zeigten, sich außerhalb der Zentren anzusiedeln.

Insgesamt gesehen zeigt sich, daß zusätzlich zu der bereits theoretisch festgestellten Funktionsunfähigkeit der Konzeption bei dessen praktischer Umsetzung - obwohl die eingesetzten Maßnahmen im Grunde dem Charakter des Wachstumspolkonzeptes entsprachen, kein langfristiges, selbsttragendes Wachstum induziert wurde.

Auch konnten nicht alle Infrastrukturmaßnahmen im beabsichtigten Sinne greifen, geht man von der Tatsache aus, daß eine unternehmensorientierte Infrastruktur zwar ein sehr wichtiger Standortfaktor ist, daß er aber ohne eine Kombination mit einer ausreichenden Versorgung an haushaltsorientierter Infrastruktur zu keinem selbsttragenden Wachstum führen kann.

Die Gründe für die mangelnde komplementäre haushaltsorientierte Infrastrukturausstattung lagen vor allem in den permanenten Infrastrukturengpässen der beiden Zentren - vor allem Athens.

Durch die Behebung dieser Engpässe mittels kurzfristiger ad-hoc Maßnahmen kam es zu einer ständigen Verschiebung der Infrastrukturschranke nach oben, was dann zu einem Kreislauf führte, der die Situation immer mehr verschärfte.

Somit tritt genau das Gegenteil dessen ein, was man von einer Wachstumspolstrategie erwartet. Statt des Entstehens von Polen mit selbsttragendem Wachstum als Gegengewicht zu den zwei dominierenden Zentren des Landes (Athen und Thessaloniki) zeichnet sich ein weiteres Wachstum dieser Städte ab, wogegen sich die Situation in den strukturschwachen Gebieten Griechenlands weiterhin verschlechtert.

Nur auf der Basis einer realen Analyse und einer darauf aufbauenden Regionalpolitik läßt sich eine Entflechtung der

Zentren und eine dem eigenen Zielkatalog entsprechende Lösung der Probleme vorstellen.

Unumgänglich hierzu ist die Entwicklung einer für alle verbindliche Konzeption, deren erste Basisarbeit in der Bereinigung des Datenmaterials und in der Schaffung von eindeutigen Bezugsgrößen zu liegen hat.

Unter pragmatischem Aspekt gilt als höchstes Gebot die konzeptionsgerechte Entflechtung der Zentren, geleitet von der Erkenntnis, daß reine marktwirtschaftliche Orientierung in der Regionalpolitik für Griechenland zu keinem räumlichen Ausgleich mehr führen kann. So sollte man sich nicht mehr länger scheuen, Maßnahmen zu ergreifen, die von der verpflichtenden Übernahme der sozialen Kosten nach dem Verursacher- oder Nutznießerprinzip bis hin zu Verboten und Geboten reichen.

Flankierend hierzu muß eine dem Konzept entsprechende Regionalpolitik stehen, die auf der Basis ausgebauter Verkehrsverbindungen Umsiedlungen, Neugründungen und lokale Initiativen (endogenes Wachstumspotential) - unter Beachtung des Informationsflusses - realer interindustrieller Verflechtungen und flankierender haushaltsorientierter Infrastruktur fördert und somit zum räumlichen Ausgleich in Griechenland führt.

Gefordert ist also eine aktive konzeptionelle Regionalpolitik, für die der adäquate Verwaltungsaufbau zu strukturieren ist.

6. TABELLEN UND ÜBERSICHTEN ZUM TEXT

Jahr	Bruttoin- landsprodukt	Primärer Sektor (Landwirtschaft)	B e r e i c h e			Tertiärer Sektor (Dienstleistun- gen)		
			Sekundärer Sektor (in %)	Bergwerk	Verarbeitende Industrie (in %)		Strom, Gas, Wasser	
1948	58.288	17.211 (29,5)	9.851 (16,9)	233	5.722 (9,8)	347	3.549	31.226 (53,6)
1949	69.982	23.473 (33,5)	11.596 (16,6)	293	7.018 (10,0)	418	3.867	34.913 (49,9)
1950	74.355	20.683 (27,8)	14.966 (20,1)	424	8.732 (11,7)	456	5.354	38.706 (52,0)
1951	80.511	23.475 (29,1)	14.782 (18,4)	592	9.281 (11,5)	470	4.439	42.254 (52,5)
1952	80.746	22.159 (27,4)	15.121 (18,7)	717	9.170 (11,3)	496	4.738	43.466 (53,8)
1953	91.291	27.898 (30,5)	17.819 (19,5)	884	10.574 (11,6)	591	5.770	45.574 (49,9)
1954	94.123	27.179 (28,9)	19.124 (20,3)	955	11.767 (12,5)	636	5.766	47.820 (50,8)
1955	100.533	29.078 (28,9)	21.101 (21,0)	1.089	12.891 (12,8)	755	6.366	50.354 (50,1)
1956	109.277	29.851 (27,3)	23.860 (21,8)	1.237	14.260 (13,0)	871	7.492	55.566 (50,8)
1957	115.858	33.738 (29,1)	25.011 (21,6)	1.339	15.221 (13,1)	967	7.484	57.109 (49,3)
1958	120.481	31.413 (26,1)	27.953 (23,2)	1.423	16.554 (13,7)	1.033	8.943	61.115 (50,7)
1959	125.308	32.947 (26,3)	29.515 (23,5)	1.430	16.778 (13,4)	1.220	10.087	62.846 (50,1)
1960	129.201	29.863 (23,1)	33.406 (25,8)	1.571	18.430 (14,3)	1.358	12.047	65.932 (51,0)
1961	143.772	37.836 (26,3)	35.858 (24,9)	1.668	19.886 (13,8)	1.628	12.676	70.078 (48,7)
1962	144.612	32.888 (22,7)	37.504 (25,9)	1.699	20.934 (14,5)	1.753	13.118	74.220 (51,3)
1963	159.171	39.594 (24,9)	40.378 (25,4)	1.877	22.661 (14,2)	2.082	13.758	79.199 (49,7)
1964	171.177	39.446 (23,0)	46.147 (26,9)	2.029	25.537 (14,9)	2.373	16.208	85.584 (59,0)
1965	187.009	43.377 (23,2)	51.047 (27,3)	2.278	28.146 (15,0)	2.680	17.943	92.585 (49,5)
1966	197.011	43.687 (22,2)	53.871 (27,3)	2.413	30.672 (15,6)	3.222	17.564	99.453 (50,5)
1967	206.176	44.311 (21,5)	56.834 (27,6)	2.414	33.346 (16,2)	3.567	17.507	105.031 (50,9)
1968	217.895	40.484 (18,6)	65.439 (30,0)	2.932	37.208 (17,1)	3.754	21.547	111.972 (51,4)
1969	238.201	43.085 (18,1)	74.939 (31,5)	3.327	42.637 (17,9)	4.498	24.477	120.177 (50,4)
1970	258.000	47.058 (18,2)	80.976 (31,4)	3.541	49.266 (19,1)	5.152	23.017	129.966 (50,4)
1971	278.551	48.662 (17,5)	90.802 (32,6)	4.031	54.586 (19,6)	5.911	26.274	139.087 (49,9)
1972	303.973	51.543 (16,9)	101.955 (33,5)	4.495	58.892 (19,4)	7.389	31.179	150.475 (49,5)
1973	329.269	51.204 (15,5)	114.367 (34,7)	5.082	69.228 (21,0)	8.133	31.924	163.698 (49,7)
1974	323.307	53.672 (16,6)	101.708 (31,4)	4.774	67.266 (20,8)	7.701	21.967	167.927 (51,9)
1975	339.833	56.733 (16,7)	107.572 (31,6)	4.885	70.944 (20,9)	8.596	23.147	175.528 (51,6)
1976	360.399	55.971 (15,5)	117.600 (32,6)	5.242	78.029 (21,6)	9.753	24.576	186.828 (51,8)
1977	371.022	51.830 (14,0)	123.224 (33,2)	5.797	79.143 (21,3)	10.726	27.558	195.968 (52,8)
1978	394.803	57.214 (14,5)	130.971 (33,2)	5.723	84.341 (21,4)	12.156	28.751	206.618 (52,3)
1979+	409.507	54.378 (13,3)	138.871 (33,9)	6.329	88.998 (21,7)	12.996	30.548	216.258 (52,8)

+ Provisorische Daten

Quelle: NSSG (National Accounts of Greece, Nr. 23 und 26), Athen 1981, und eigene Berechnungen daraus.

Tab. 13: Bevölkerungsentwicklung nach Präfekturen

Region	1951	1961	1971	1981	Veränderungen in %				Einwohner pro km²			
					1961 1951	1971 1961	1981 1971	1981 1971	1951	1961	1971	1981
GRIECHENLAND GESAMT	7.632.801	8.388.553	8.768.641	9.740.151	9,9	4,5	11,07		57,8	63,4	66,4	73,8
1. OST STEREA UND INSELN												
Groß Athen	1.378.586	1.852.709	2.540.241	3.027.331	34,4	37,1	19,2		3.221,0	4.328,8	5.935,1	7.073,2
Rest Attika	177.443	205.265	257.608	342.093	15,7	25,5	32,8		52,5	60,7	76,2	101,2
Böotien	106.838	114.256	114.675	117.175	6,9	0,4	2,2		33,3	35,6	35,7	36,5
Phiotis	148.322	160.035	154.548	161.995	7,9	- 3,4	4,8		34,0	36,6	35,4	37,1
Fokis	51.472	47.842	41.361	43.956	- 7,1	-13,5	6,2		24,3	22,6	19,5	20,7
Evrítania	39.678	39.716	29.533	26.182	0,1	-25,6	-11,3		19,4	19,4	14,4	12,8
Euböia	164.542	166.097	165.369	188.410	0,9	- 0,4	13,9		42,1	42,5	42,3	48,2
Kykladen	125.959	99.959	86.337	88.458	-20,6	-13,5	2,4		49,0	38,9	33,6	34,4
2. ZENTRAL UND WEST MAZEDONIEN												
Thessaloniki	459.956	544.394	710.352	871.580	18,4	30,5	22,7		129,2	152,9	199,5	244,8
Chalkidiki	75.735	79.849	73.850	79.036	5,4	- 7,5	7,02		25,7	27,1	25,1	26,8
Kilkis	89.475	102.812	84.375	81.562	14,9	-17,9	- 3,3		34,2	39,3	32,3	31,2
Pieria	86.161	97.697	91.728	106.859	13,4	- 6,1	16,5		57,2	64,9	60,9	71,0
Imathia	96.439	114.515	118.103	133.750	18,7	3,1	13,2		56,3	66,9	69,0	78,2
Pellis	116.969	133.224	126.085	132.386	13,9	- 5,4	5,0		46,7	53,2	50,3	52,8
Florina	69.391	67.356	52.264	52.430	- 2,9	-22,4	0,3		37,2	36,2	28,1	28,1

Fortsetzung der Tab. 13, s. S. 199.

Region	1951	1961	1971	1981	Veränderung in %			Einwohner pro km²			
					1961 1951	1971 1961	1981 1971	1951	1961	1971	1981
Kastoria	46.407	47.487	45.711	53.169	2,3	- 3,7	16,3	27,5	28,2	27,1	31,6
Kozani	142.527	152.809	135.709	147.051	7,2	-11,2	8,3	40,0	42,9	38,1	41,2
Grevena	39.910	43.484	35.275	36.421	9,0	-18,9	3,2	17,1	18,6	15,1	15,6
3. PELOPONNES UND											
3. WEST STEREA											
Korinthia	113.358	112.505	113.115	123.042	- 0,8	0,5	8,8	49,5	49,2	49,4	53,8
Argolidos	85.389	90.145	88.698	93.020	5,6	- 1,6	4,9	38,6	40,7	40,1	42,0
Achaia	228.871	239.206	239.859	275.193	4,5	0,3	14,7	71,3	74,3	74,7	85,8
Elis	188.274	188.861	165.056	160.305	0,3	-12,6	- 2,9	70,2	70,4	61,6	59,8
Messini	227.871	211.970	173.077	159.818	- 7,0	-18,3	- 7,7	76,2	70,9	57,9	53,4
Lakonia	130.898	118.661	95.844	93.218	- 9,3	-19,2	- 2,7	36,0	32,6	26,4	25,7
Arkadia	154.361	135.042	111.263	107.932	-12,5	-17,6	- 3,0	34,9	30,6	25,2	24,5
Ätoloakarnania	220.138	237.738	228.989	219.764	8,0	- 3,7	- 4,1	40,4	43,6	42,0	40,3
Zakinth	38.062	35.509	30.187	30.014	- 6,7	-15,0	- 0,6	93,7	87,5	74,4	73,9
Kefalinia	54.644	46.314	36.742	31.297	-15,2	-20,7	-14,8	58,4	49,5	39,3	33,5
4. THESSALIEN											
Larissa	202.063	230.769	232.226	254.294	14,2	0,6	9,5	37,8	43,1	43,4	47,5
Magnissia	155.266	163.834	161.392	182.222	5,5	- 1,5	12,9	58,9	62,1	61,2	69,1
Trikala	128.227	142.781	132.519	134.207	11,4	- 7,2	1,3	38,1	42,4	39,4	39,9
Karditsa	138.786	152.543	133.776	124.930	9,9	-12,3	- 6,6	53,9	59,2	51,9	48,4

Fortsetzung der Tab. 13, s.S. 200.

Region	Veränderung in %					Einwohner pro km²					
	1951	1961	1971	1981	1961/1951		1981/1971				
					1961/1951	1971/1961	1981/1971	1981/1971			
5. OST MAZEDONIEN											
Kavala	136.337	140.751	121.593	135.218	3,2	-13,6	11,2	64,6	66,7	57,7	64,1
Serres	222.549	248.041	202.898	196.247	11,5	-18,2	- 3,3	56,1	62,5	51,1	49,4
Drama	120.492	121.006	91.009	94.772	0,4	-24,8	4,1	34,7	34,9	26,2	27,3
6. KRETA											
Iraklion	189.637	208.374	209.670	243.622	9,9	0,6	16,2	71,8	78,9	79,4	92,2
Chanea	126.524	131.061	119.797	125.856	3,6	- 8,6	5,05	53,3	55,2	50,4	53,0
Lassithi	73.784	73.880	66.226	70.053	0,1	-10,4	5,8	40,5	40,5	36,3	38,4
Rethimni	72.179	69.943	60.949	62.634	- 3,1	-12,9	2,8	48,2	46,8	40,7	41,9
7. EPIRUS											
Ioannina	153.748	155.326	134.688	147.304	1,0	-13,3	9,4	30,8	31,1	27,0	29,5
Arta	72.217	82.630	78.376	80.044	13,6	- 5,1	2,1	45,1	51,2	48,6	49,6
Preveza	56.779	62.523	56.586	55.915	10,1	- 9,5	- 1,2	52,3	57,6	52,1	51,5
Thesprotia	105.414	101.770	92.933	99.477	- 3,5	- 8,7	7,04	164,5	158,8	145,0	155,2
Leukas	30.477	28.980	24.581	21.863	- 4,9	-15,2	-11,05	93,8	89,2	75,6	67,3
8. THRAZIEN											
Rodopi	105.723	109.201	107.677	107.957	3,3	- 1,4	0,3	41,6	42,9	42,3	42,5
Xanthi	89.891	89.594	82.917	88.777	- 0,3	- 7,5	7,06	50,1	50,0	46,2	49,5
Eyros	141.340	157.760	138.988	148.486	11,6	-11,9	6,9	33,3	37,2	32,8	35,0

Fortsetzung der Tab. 13 von S. 200:

Region	1951	1961	1971	1981	Veränderung in %			Einwohner pro km²				
					$\frac{1961}{1951}$	$\frac{1971}{1961}$	$\frac{1981}{1971}$	1951	1961	1971	1981	
9. OSTÄGÄISCHE INSELN												
Lesbos	154.795	140.251	114.802	104.620	- 9,4	-18,1	- 8,9	71,9	65,1	53,3	48,6	
Dodekannes	121.480	123.021	121.017	145.071	1,3	- 1,6	19,9	44,9	45,5	44,7	53,6	
Samos	59.709	52.022	41.709	40.519	-12,9	-19,8	- 2,8	76,7	66,9	53,6	52,1	
Chios	66.823	62.223	53.948	49.865	- 6,9	-13,3	- 7,5	73,9	68,8	59,7	55,2	

Quelle: NSSG: Statistisches Jahrbuch 1981, Athen 1982, S. 17 f., und NSSG: Ergebnisse der Volkszählung am 5.4.1981 (hektographiert), Athen 1983

Tab. 14: Beschäftigte in Industrie und Handwerk in den acht größten Zentren Griechenlands nach Branchen, 1978

Branchen 1)	Beschäftigte										Gesamt- Griechenland
	Athen	Thessa- loniki	Patras	Volos	Iraklion	Larissa	Chanea	Kavala	Rest- Griechenland		
20	22.410	5.243	1.551	1.275	1.326	1.647	536	609	59.727	94.324	
21	4.652	516	469	225	200	49	80	46	6.485	12.722	
22	2.717	3.026	-	101	-	-	-	622	3.305	9.771	
23	33.019	6.239	4.511	1.573	260	1.580	47	127	31.021	78.377	
24	41.538	15.133	2.832	1.830	538	1.401	344	1.572	22.096	87.284	
25	9.082	1.547	583	438	344	636	120	152	20.107	33.009	
26	14.789	3.843	378	447	432	630	282	264	10.198	31.263	
27	5.804	239	928	185	-	379	-	2	3.486	11.023	
28	13.721	1.304	181	214	168	132	78	82	1.405	17.285	
29	3.448	827	262	22	24	29	103	2	10.831	15.548	
30	11.504	1.044	567	219	93	197	23	23	5.810	19.480	
31	14.984	672	109	170	18	24	103	20	9.909	26.009	
32	809	160	10	12	5	7	9	-	3.733	4.745	
33	10.843	2.394	477	1.486	544	495	150	74	23.054	39.517	
34	1.174	30	-	2	-	156	-	-	8.454	9.816	
35	23.461	3.303	648	2.132	365	574	256	159	23.419	54.317	
36	9.022	2.718	441	457	467	597	84	52	8.485	22.323	
37	17.049	3.371	345	723	184	178	113	65	8.373	30.401	
38	34.596	3.340	1.099	636	601	718	1.430	256	20.328	63.004	
39	7.190	1.088	291	102	62	79	29	35	2.403	11.279	
Gesamt	281.821	56.036	15.680	12.249	5.630	9.509	3.788	4.163	282.620	671.496	

1) Branchenschlüssel siehe Übersicht 8, S. 203.

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach der Betriebszählung des NSSG 1978 (vgl. NSSG: Ergebnisse ..., a.a.O., 1981).

Übersicht 8: Industriebranchenschlüssel nach NSSG

-
20. Nahrungsmittelindustrie außer Getränken
 21. Getränkeindustrie
 22. Tabakindustrie
 23. Textilindustrie
 24. Schuh- und Bekleidungsindustrie
 25. Holz- und Korkindustrie
 26. Möbelindustrie
 27. Papierindustrie
 28. Druck und Verlagsaktivitäten
 29. Leder- und Pelzindustrie
 30. Gummi- und Kunststoffindustrie
 31. Chemieindustrie
 32. Öl- und Kohlenderivateindustrie
 33. Baumaterialien und andere nichtmetallische Produkte
 34. Schwerindustrie
 35. metallische Endprodukte
 36. Maschinen und Geräte
 37. elektrische Maschinen, Geräte und übrige Waren
 38. Transportmittel
 39. andere Industrien
-

Quelle: NSSG: Ergebnisse ..., a.a.O., 1973.

Tab. 15: Sektorale Beschäftigung (in Prozent der gesamten Beschäftigten)

Jahr	Primärer Sektor	Sekundärer Sektor	Tertiärer Sektor
1951 ⁺	60,9	16,2	22,9
1961 ⁺	56,6	18,6	24,8
1973 ⁺⁺	34,1	25,7	40,2
1977 ⁺⁺⁺	28,4	30,3	41,3

+ Daten aus Volkszählungen

++ Schätzungen

+++ OECD: Economic Surveys, Greece; Basic Statistics - International Comparisons, Paris 1979, S. 73 ff.

Quelle: NSSG (National Statistical Service of Greece), Volkszählungen der Jahre 1951, 1961; OECD: Economic Survey, France, January 1976 (bei Bank von Griechenland: Der Beitrag der Exporte an das Wirtschaftswachstum, Xenophon E. Zolotas, Athen 1976, S. 11) und OECD: Economic ..., 1979, S. 73 ff.

Tab. 16: Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes in Markt- und konstanten Preisen in ausgewählten Ländern (in Prozent)

Land	1963-1973 jährlicher Mittelwert	1976	1977	1978
1. Bundesrepublik Deutschland	4,7	5,2	2,7	3,2
2. Frankreich	5,5	5,0	2,8	3,8
3. Italien	4,6	5,9	2,0	2,6
4. Niederlande	5,5	5,3	2,8	2,4
5. Belgien	5,1	5,3	1,2	2,5
6. Luxemburg	4,0	2,9	1,7	4,3
7. England	3,0	3,7	1,3	3,1
8. Irland	4,3	2,9	5,5	6,1
9. Dänemark	4,7	7,0	1,9	1,0
10. Griechenland	7,7	6,4	3,4	6,7
11. Türkei	6,0	8,5	4,4	3,0
12. Norwegen	4,7	6,8	3,6	3,5
13. Schweden	3,8	1,3	-2,7	2,8
14. Schweiz	3,8	-1,4	2,4	0,4
15. Österreich	5,2	6,2	3,7	1,5
16. Portugal	6,7	6,2	5,4	3,2
17. Finnland	5,3	0,3	0,4	1,4
18. Spanien	6,7	3,0	2,6	2,5
19. USA	4,4	5,6	5,1	4,4
20. Kanada	5,6	5,7	2,7	3,6
21. Japan	10,2	6,5	5,4	5,9

Quelle: NSSG: National Accounts of Greece, Nr. 26, Athen 1981.

Tab. 17: Zusammensetzung des BIP 1976 in Marktpreisen in ausgewählten Ländern (in Prozent)

Land	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen	BIP ^{a)}
1. Bundesrepublik Deutschland	2,9	48,1	50,1	100
2. Frankreich	5,2	41,4	53,4	100
3. Italien	8,1	44,4	47,6	100
4. Niederlande ^{b)}	5,1	40,3	56,2	100
5. Belgien	3,0	40,6	57,6	100
6. Luxemburg	3,2	44,9	52,9	100
7. England	2,3	42,4	55,3	100
8. Irland ^{c)}	17,1	33,7	49,2	100
9. Dänemark ^{c)}	7,1	32,9	60,0	100
10. Griechenland	18,7	30,6	50,7	100
11. Türkei	28,5	27,1	44,4	100
12. Norwegen	65,	38,1	55,4	100
13. Schweden	5,0	39,9	55,1	100
14. Schweiz	-	-	-	-
15. Österreich	5,1	44,1	50,8	100
16. Portugal	15,8	42,7	41,5	100
17. Finnland	11,5	42,5	46,0	100
18. Spanien	9,7	40,0	50,3	100
19. USA	2,9	33,4	63,7	100
20. Kanada	4,2	35,6	61,1	100
21. Japan	5,5	44,5	50,0	100

a) Differenzen in der Summierung zu 100 % ergeben sich durch die unterschiedliche Berücksichtigung der Mehrwertsteuer bezüglich der Investitionsgüter.

b) 1975.

c) In Faktorkosten

Quelle: NSSG, National Accounts, Nr. 56, Athen 1981.

Jahr	Landwirt- schaft u.ä.	Bergwerk, Stein- bruch	Verarbei- tende In- dustrie	Energie, Was- ser, Abwässer- kanalisation	Transport, ser, Kommunika- tion	Wohnungs- bau	Öffentliche Verwaltung	Restliche Aktivitä- ten	Summe
1948	777 8,2	70 0,7	1.960 20,8	172 1,8	2.536 26,9	3.107 32,9	343 3,6	470 5,0	9.435
1949	1.193 11,2	19 0,2	1.821 17,0	394 3,7	1.886 17,6	3.578 33,5	804 7,5	986 9,2	10.681
1950	1.818 11,2	184 1,1	3.696 22,7	559 3,4	2.786 17,1	4.830 29,7	1.024 6,3	1.365 8,4	16.262
1951	1.864 12,3	722 4,8	3.222 21,3	2.148 14,2	1.393 9,2	4.333 28,7	114 0,7	1.299 8,6	15.095
1952	1.279 9,1	455 3,2	3.197 22,9	1.410 10,1	1.139 8,1	4.491 32,1	694 5,0	1.315 9,4	13.980
1953	1.150 8,1	224 1,6	2.039 14,3	1.563 11,0	882 6,2	6.091 42,7	702 4,9	1.601 11,2	14.252
1954	1.262 8,8	184 1,3	1.781 12,4	1.577 10,9	1.186 8,2	6.096 42,4	403 2,8	1.900 13,2	14.389
1955	1.270 8,0	137 0,8	1.941 12,2	1.632 10,2	1.477 9,3	7.815 44,2	378 2,4	2.064 12,9	15.944
1956	1.700 8,8	279 1,4	2.372 12,2	2.531 13,0	1.963 10,1	7.818 40,3	371 1,9	2.361 12,2	19.395
1957	2.577 13,5	367 1,9	2.819 14,7	1.409 7,4	2.604 13,6	6.911 36,1	389 2,0	2.044 10,7	19.120
1958	3.378 14,0	398 1,6	3.473 14,4	1.901 7,9	3.828 15,8	8.352 34,5	145 0,6	2.694 11,1	24.169
1959	3.844 15,2	151 0,6	3.081 12,2	2.613 10,3	3.774 14,9	7.857 31,1	304 1,2	3.640 14,4	25.264
1960	5.070 17,4	160 0,5	2.873 9,9	2.323 8,0	5.477 18,8	8.506 29,2	417 1,4	4.295 14,7	29.121
1961	5.368 17,0	213 0,7	3.634 11,5	2.260 7,2	6.146 19,5	9.132 29,0	340 1,1	4.383 13,9	31.476
1962	4.710 13,8	270 0,8	4.280 12,5	2.902 8,5	6.269 18,4	10.391 30,4	317 0,9	4.989 14,6	34.128
1963	5.131 14,2	430 1,2	4.390 12,2	2.727 7,6	6.188 17,2	11.287 31,3	343 0,9	5.500 15,3	35.996
1964	5.688 13,1	451 1,0	5.628 12,9	3.888 8,9	7.977 18,4	13.712 31,6	296 0,7	5.805 13,4	43.445
1965	6.035 12,3	606 1,2	7.006 14,3	4.759 9,7	8.384 17,1	15.482 31,6	181 0,4	6.550 13,4	49.003
1966	5.591 11,0	584 1,1	6.660 13,2	3.957 7,8	10.440 20,6	15.642 30,9	433 0,8	7.260 14,3	50.567
1967	6.209 12,5	719 1,4	6.053 12,2	5.341 10,7	10.167 20,4	13.956 28,0	469 0,9	6.856 13,8	49.770
1968	7.079 11,7	803 1,3	7.245 12,0	5.500 9,1	11.547 19,1	19.445 32,2	367 0,6	8.411 13,9	60.397
1969	7.443 10,4	1.219 1,7	8.426 11,7	6.827 9,5	14.181 19,8	23.212 32,4	628 0,9	9.717 13,6	71.636
1970	7.523 10,6	1.471 2,1	10.044 14,2	5.091 7,2	14.677 20,8	19.740 27,9	828 1,2	11.289 16,0	70.663
1971	8.052 10,0	1.877 2,3	11.198 13,9	7.480 9,3	17.348 21,5	23.641 29,3	803 1,0	10.209 12,7	80.558
1972	8.949 9,6	1.478 1,6	13.238 14,2	7.987 8,6	18.529 19,9	29.964 32,2	781 0,8	12.051 13,0	92.977
1973	9.685 9,7	1.985 2,0	14.457 14,4	8.736 8,7	20.570 20,5	30.576 30,5	675 0,7	13.409 13,4	100.093
1974	7.015 9,4	1.462 2,0	14.914 20,0	8.181 11,0	15.142 20,3	15.869 21,4	580 0,8	11.337 15,2	74.500
1975	7.825 10,5	1.670 2,2	13.132 17,6	6.039 8,1	14.050 18,8	20.476 27,4	563 0,7	10.905 14,6	74.660
1976	7.740 9,8	1.859 2,3	13.288 16,8	6.021 7,6	15.853 20,0	21.209 26,8	642 0,8	12.438 15,7	79.050
1977	8.302 9,6	1.457 1,7	12.599 14,6	5.711 6,6	16.732 19,5	26.428 30,7	582 0,7	14.139 16,4	85.950
1978	7.209 7,9	2.077 2,3	12.244 13,4	6.097 6,7	19.098 21,0	30.074 33,0	669 0,7	13.632 15,0	91.100
1979*	7.623 7,7	2.064 2,1	13.824 14,1	7.319 7,4	20.676 21,0	31.572 32,1	555 0,6	14.637 14,9	98.270

*) Vorläufige Daten

Quelle: NSSG, National Accounts, Nr. 23, 26, Athen 1981 und eigenen Berechnungen.

Tab. 19: Grenzkapitalkoeffizienten in der griechischen Wirtschaft für den Zeitraum 1956 bis 1975

Jahre*	Landwirtschaft u.ä.	Verarbeitende Industrie	Strom-, Gas- und Wasserversorgung	Wohnungen	Summe**
1956-59	1,9	2,7	16,1	16,9	2,7
1960-63	2,9	2,4	11,7	15,9	3,5
1964-67	4,8	2,2	10,3	16,2	3,8
1968-71	6,5	1,5	9,7	14,9	3,5
1972-75	4,5	3,3	12,1	15,3	5,9
1964-75	5,0	2,3	10,8	15,4	4,4
1956-75	4,0	2,3	11,2	15,6	5,0

*) Bei den Berechnungen der Grenzkapitalkoeffizienten wurde die Annahme gemacht, daß die Investitionen auf die Produktion mit einem Jahr Verspätung wirken. Die Berechnungen wurden in konstanten Preisen von 1970 durchgeführt.

**) Verhältnis der Summe der Bruttoinvestitionen durch die Summe der Änderung des BIP.

Quelle: Koordinationsministerium (unveröffentlicht)

Tab. 20: Verteilung des BSP nach Regionen und Sektoren für die Jahre 1970, 1974 und 1977 (in Prozent)

Regionen	Primärer Sektor			Sekundärer Sektor			Tertiärer Sektor		
	1970	1974	1977*	1970	1974	1977*	1970	1974	1977*
1. Ost Sterea und Inseln	15,7	14,2	13,07	56,1	53,7	48,50	54,5	54,5	54,89
(Nomos Attika)	(4,7)	(3,8)	(3,27)	(45,6)	(42,7)	(36,96)	(49,3)	(50,2)	(50,84)
2. Zentral und West Makedonien	20,9	19,9	18,99	16,5	10,7	23,25	13,0	13,6	14,21
3. Peloponnes und West Sterea	22,7	23,5	24,0	10,6	10,1	9,94	9,2	8,7	8,39
4. Thessalien	11,5	11,6	11,59	4,6	5,2	5,78	4,3	4,2	4,09
5. Ost Mazedonien	7,4	7,8	7,96	2,7	2,7	2,66	2,5	2,4	2,35
6. Kreta	7,2	8,6	9,91	3,0	2,6	2,40	3,5	3,4	3,29
7. Epirus	5,1	5,7	6,05	2,3	2,5	2,84	2,9	2,6	2,53
8. Thrakien	5,5	5,9	6,19	1,7	1,5	1,38	1,5	1,4	1,41
9. Ostägäische Inseln	4,0	2,8	2,24	2,1	2,0	2,11	3,6	3,2	3,02

*) Die Daten für 1977 sind vorläufig.

Quelle: Industrie- und Handelskammer Athen (Hrsg.): Griechische Handelsunternehmen und EG, Athen 1981, S. 25.

Tab. 21: Verteilung des Bruttoinlandsproduktes (pro Kopf) zu konstanten Preisen von 1970 in Drachmen

Region	1970 absolut	Index	1977 absolut	Index	Veränderung in % von 1970-77	Indexveränderung 1970-77
1. Ost Sterea und Inseln	36.478	124,0	45.081	113	23,6	-11,0
2. Zentral und West Makedonien	27.209	92,5	41.230	103	51,5	10,5
3. Peloponnes und West Sterea	24.339	83,0	33.036	82	35,7	- 1,0
4. Thessalien	22.314	76,0	32.282	81	44,7	5,0
5. Ost Mazedonien	21.463	73,0	30.556	76	42,4	3,0
6. Kreta	22.701	77,0	31.818	79	40,2	2,0
7. Epirus	18.772	64,0	28.485	71	51,7	7,0
8. Thrazien	17.945	61,0	23.975	60	33,6	- 1,0
9. Ostägäische Inseln	24.924	85,0	30.248	75	21,4	-10,0
Griechenland gesamt	29.423	100,0	40.032	100	36,0	

Quelle: Eigene Berechnungen aus den Tabellen 12, 13 und 20 (S. 197 f., 209).

Für die Berechnungen der Pro-Kopf-Einkommen von 1970 wurden Bevölkerungsdaten von 1971 benutzt.
Vgl. Tab. 13, S. 198.

Tab. 22: Beschäftigung in der verarbeitenden Industrie nach Planungsregionen

Region	1963	%	1969	%	1973	%	1978	%	Veränderung 1963-1978	%	Trend
1. Ost Sterea und Inseln	265.232	54,4	276.119	55,0	347.862	57,6	370.877	55,2	114.645	44,7	+
2. Zentral und West Mazedonien	70.483	15,0	87.073	14,4	105.928	17,5	127.103	18,9	56.620	80,3	+
3. Peloponnes und West Sterea	52.085	11,0	48.696	9,7	51.883	8,6	59.256	8,8	7.171	13,8	-
4. Thessalien	24.369	5,2	25.626	5,1	32.247	5,3	37.571	5,6	13.202	54,2	+
5. Ost Mazedonien	17.057	3,6	15.674	3,1	14.842	2,4	21.868	3,2	4.811	28,2	-
6. Kreta	17.254	3,7	16.484	3,3	17.385	2,9	17.900	2,7	646	3,7	-
7. Epirus	11.555	2,4	11.503	2,3	13.604	2,2	14.209	2,1	2.654	23,0	-
8. Thrazien	8.216	1,7	7.946	1,6	7.846	1,3	11.858	1,8	3.642	44,3	+
9. Ostägäische Inseln	14.091	3,0	12.398	2,5	12.444	2,1	10.853	1,6	- 3.238	-23,0	-
Griechenland gesamt	471.342	100,0	501.522	100,0	604.041	100,0	671.496	100,0	200.154	42,5	

Legende: + = überdurchschnittlich
- = unterdurchschnittlich

Quelle: Eigene Berechnungen nach Betriebszählungen des NSSG von 1958, 1969, 1973, 1978.
Vgl. NSSG: Ergebnisse der Betriebszählung in Industrie und Handwerk, Handel und anderen Dienstleistungen, Athen 1960, 1973, 1977, 1981.

Tab. 23: Beschäftigung in der verarbeitenden Industrie nach Wachstumspolen

Stadt	1958	%	1969	%	1973	%	1978	%	Veränderung 1958-1978	%	Trend
Athen	181.860	41,2	211.263	42,1	284.039	47,0	281.821	42,0	99.961	55,0	+
Thessaloniki	34.211	7,8	49.557	9,9	55.976	9,3	56.036	8,2	21.825	63,8	+
Patras	11.691	2,7	12.361	2,5	13.512	2,2	15.680	2,3	3.989	34,1	+
Volos	8.175	1,8	8.047	1,6	9.661	1,6	12.249	1,8	4.074	49,8	+
Iraklion	5.385	1,2	6.077	1,2	5.610	0,9	5.630	0,8	245	4,5	-
Larissa	4.056	0,9	4.527	0,9	8.177	1,3	9.509	1,4	5.453	134,4	+
Chanea	3.470	0,8	2.509	0,5	3.509	0,6	3.788	0,6	318	9,2	-
Kavala	4.649	1,1	4.319	0,86	4.416	0,73	4.163	0,6	- 486	-10,4	-
Griechenland gesamt	441.092		501.522		604.041		671.496		135.379	30,7	

Legende: + = überdurchschnittlich
- = unterdurchschnittlich

Quelle: Eigene Berechnungen nach Betriebszählungen des NSSG 1958, 1969, 1973, 1978.
Vgl. NSSG: Ergebnisse ..., a.a.O., Athen 1960, 1973, 1977, 1981.

Tab. 24: Das Arbeitspotential, die Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit nach Planungsregionen
(in Tausend und Prozent)

Region	ARBEITSPOTENTIAL				BESCHÄFTIGUNG				ARBEITSLOSIGKEIT									
	1961	%	1971	%	1961	%	1971	%	1961	%	1971	%						
1. Ost Sterea und Inseln	1.063	29,2	1.180	36,4	1.310	38,9	989	29,5	1.148	36,5	1.217	38,7	74	26,2	32	31,4	93	40,4
2. Zentral und West Mazedonien	614	16,9	542	16,7	580	17,2	516	15,4	521	16,6	520	16,6	98	34,7	21	20,6	60	26,1
3. Peloponnes und West Sterea	610	16,8	509	15,7	500	14,8	581	17,3	497	15,8	478	15,2	29	10,3	12	11,8	22	9,6
4. Thessalien	303	8,3	248	7,6	250	7,4	283	8,4	236	7,5	244	7,8	20	7,1	12	11,8	6	2,6
5. Ost Mazedonien	273	7,5	169	5,2	150	4,4	253	7,5	162	5,1	137	4,4	20	7,1	7	6,9	13	5,6
6. Kreta	225	6,2	185	5,7	190	5,6	217	6,5	183	5,8	171	5,4	8	2,8	3	2,9	19	8,3
7. Epirus	214	5,9	166	5,1	150	4,4	204	6,1	160	5,1	148	4,7	10	3,5	6	5,9	2	0,9
8. Thrazien	186	5,1	128	3,9	130	3,8	178	5,3	123	3,9	126	4,0	8	2,8	5	4,9	4	1,7
9. Ostägäische Inseln	150	4,1	117	3,6	110	3,3	135	3,3	113	3,6	99	3,1	15	5,3	4	3,9	11	4,8
Griechenland gesamt	3.638	100	3.245	100	3.370	100	3.356	100	3.143	100	3.140	100	282	100	102	100	230*	100

*) Die Zahl beinhaltet auch die Unterbeschäftigung in der Landwirtschaft.

Quelle: Eigene Berechnungen und Angaben aus dem Koordinationsministerium (unveröffentlicht).

Tab. 25: Veränderung des Arbeitspotentials, der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit nach Planungsregionen (in Tausend und Prozent)

Region	ARBEITSPOTENTIAL			BESCHÄFTIGUNG			ARBEITSLOSIGKEIT					
	1961-1971 absolut	%	1971-1977 absolut	%	1961-1971 absolut	%	1971-1977 absolut	%	1961-1971 absolut	%	1971-1977 absolut	%
1. Ost Sterea und Inseln	117	11,0	130	11,0	159	16,1	69	6,0	-42	-56,7	61	-190,6
2. Zentral und West Mazedonien	-72	-11,7	38	7,0	5	1,0	-1	-0,2	-77	-78,6	39	185,7
3. Peloponnes und West Sterea	-101	-16,5	-9	-1,8	-84	-14,4	-19	-3,8	-17	-58,6	10	83,3
4. Thessalien	-55	-18,1	2	0,8	-47	-16,6	8	3,4	-8	-40,0	-6	-50,0
5. Ost Mazedonien	-104	-38,1	-19	-11,2	-91	-36,0	-25	-15,4	-13	-65,0	6	85,7
6. Kreta	-39	-17,3	4	2,1	-34	-15,7	-12	-6,5	-5	-62,5	16	533,3
7. Epirus	-48	-22,4	-16	-9,6	-44	-21,6	-12	-7,5	-4	-40,0	-4	-66,7
8. Thrazien	-58	-31,2	2	1,6	-55	-30,1	3	2,4	-3	-37,5	-1	-20,0
9. Ostägäische Inseln	-33	-22,0	-7	-6,0	-22	-16,3	-14	-12,4	-11	-73,3	7	175,0
Griechenland gesamt	-393	-10,8	125	3,8	-213	-6,3	-3	-0,09	-180	-63,8	128	125,5

Quelle: Eigene Berechnungen nach Tabelle 24, S. 213.

Tab. 26: Auswanderung nach Planungsregionen von 1960 bis 1976 (in Tausend Einwohnern)

Region	absolut	in % der Bevöl- kerung 1961
1. Ost Sterea und Inseln	207	6,1
2. Zentral und West Mazedonien	242	16,4
3. Peloponnes und West Sterea	128	10,0
4. Thessalien	59	9,0
5. Ost Mazedonien	120	29,0
6. Kreta	31	6,9
7. Epirus	88	20,5
8. Thrazien	76	22,9
9. Ostägäische Inseln	56	16,9
Griechenland gesamt	1.007	11,5

Bevölkerung 1971: 8.768.641 Einwohner

Quelle: Koordinationsministerium (unveröffentlicht).

Tab. 27: Bevölkerungsentwicklung nach Planungsregionen

Region	J a h r				Veränderung in %		
	1951	1961	1971	1981	1961 1951	1971 1961	1981 1971
1. Ost Sterea und Inseln	2.192.840	2.685.879	3.389.666	3.995.600	22,5	26,2	17,90
2. Zentral und West Mazedonien	1.222.702	1.383.627	1.473.452	1.694.244	13,2	6,5	15,00
3. Peloponnes und West Sterea	1.441.866	1.416.604	1.282.830	1.293.603	- 1,7	- 9,4	0,80
4. Thessalien	624.342	689.927	659.913	695.654	10,5	- 4,3	5,40
5. Ost Mazedonien	479.378	509.798	415.500	426.237	6,3	-18,5	2,60
6. Kreta	462.124	483.258	456.642	502.165	4,6	- 5,5	9,96
7. Epirus	465.934	483.354	427.848	446.681	3,7	-11,5	4,40
8. Thrazien	336.954	356.555	329.582	345.220	5,8	- 7,6	4,70
9. Ostägäische Inseln	402.807	377.517	331.476	340.075	- 6,3	-12,2	2,60
Griechenland gesamt	7.632.801	8.388.553	8.768.641	9.740.151	9,9	4,5	11,07

Quelle: Eigene Berechnungen nach den Volkszählungen des NSSG. aus Tab. 13, S. 198.

Tab. 28: Polentwicklung nach Struktur-, Standort- und Regionalfaktoren

Stadt	Strukturfaktor				Standortfaktor				Regionalfaktor			
	1969-78	1958-73	1973-78	1969-78	1958-73	1973-78	1969-78	1958-73	1973-78	1969-78	1958-73	1973-78
1. Athen	1,06	1,07	1,01	0,86	1,06	0,88	0,91	1,14	0,89			
2. Thessaloniki	1,07	1,08	1,00	0,72	1,10	0,90	0,77	1,20	0,90			
3. Patras	1,16	1,04	1,02	0,75	0,81	1,02	0,87	0,85	1,04			
4. Volos	0,98	1,04	0,94	1,06	0,82	1,21	1,04	0,86	1,14			
5. Larissa	0,98	1,12	0,96	1,47	1,31	1,08	1,44	1,47	1,04			
6. Kavala	0,82	0,77	0,96	0,81	0,90	0,88	0,66	0,69	0,85			
7. Iraklion	1,01	1,01	0,93	0,63	0,75	0,98	0,63	0,76	0,90			
8. Chanea	1,01	0,98	1,00	1,02	0,75	0,97	1,03	0,74	0,97			

Quelle: Eigene Berechnungen nach Betriebszählungen des NSSG 1958, 1969, 1975, 1978.

Vgl. NSSG: Ergebnisse ..., a.a.O., Athen 1960, 1973, 1977, 1981.

Tab. 29: Entwicklung der Regionen nach Struktur-, Standort und Regionalfaktoren

Region	Strukturfaktor	Standortfaktor	Regionalfaktor
1. Ost Sterea und Inseln	0,96	1,04	1,01
2. Zentral und West Mazedonien	1,03	0,97	1,00
3. Peloponnes und West Sterea	1,02	1,19	1,22
4. Thessalien	0,99	0,95	0,95
5. Ost Mazedonien	0,95	1,00	0,95
6. Kreta	1,06	0,70	0,74
7. Epirus	0,97	0,87	0,85
8. Thrazien	0,98	1,04	1,02
9. Ostägäische Inseln	1,06	0,56	0,60

Beobachtungszeitraum: 1969 - 1978

Quelle: Eigene Berechnungen nach Betriebszählungen der NSSG 1969, 1978.
Vgl. NSSG: Ergebnisse ..., a.a.O., Athen 1973, 1981.

Tab. 30: Regionalfaktoren nach Präfekturen

Planungsregionen/ Präfekturen	Beobachtungszeitraum	
	1969-1978	1973-1978
<u>1. Ost Sterea und Inseln</u>	1,003	0,959
Attika	0,972	0,943
Rest der Region	1,319	1,100
Böotien	1,704	1,090
Fthiotis	1,373	1,320
Fokis	0,574	0,968
Evritania	0,743	1,280
Euböia	1,349	1,320
Kykladen	0,661	0,660
<u>2. Zentral und West Mazedonien</u>	1,090	1,079
Thessaloniki (Präfektur)	1,044	1,057
Rest der Region	1,187	1,124
Chalkidiki	1,146	1,440
Kilkis	1,822	1,828
Pieria	1,056	1,160
Imathia	1,402	1,066
Pellis	1,402	1,252
Florina	0,807	0,776
Kastoria	1,244	1,085
Kozani	0,815	0,936
Grevena	0,832	1,005
<u>3. Peloponnes und West Sterea</u>	0,909	1,027
Korinthia	1,036	0,984
Argolidos	0,963	1,154
Achaïas	0,960	1,089
Elis	0,758	1,022
Messini	0,891	1,003
Lakonia	0,656	0,861
Arkadia	0,798	0,954
Ätoloakarnania	0,984	0,964
Zakinth	0,602	0,928
Kefalinia	0,615	0,769
<u>4. Thessalien</u>	1,095	1,048
Larissa	1,275	1,006
Magnissia	1,086	1,202
Trikala	1,040	0,925
Karditsa	0,712	0,870

Fortsetzung der Tabelle S. 220.

Fortsetzung der Tab. 30 von S. 219:

Planungsregionen/ Präfekturen	Beobachtungszeitraum	
	1969-1978	1973-1978
5. <u>Ost Mazedonien</u>	1,042	1,325
Kavala	0,866	1,170
Serres	1,052	1,238
Drama	1,450	1,882
6. <u>Kreta</u>	0,811	0,926
Iraklion	0,758	0,957
Chanea	0,987	0,901
Lassithi	0,653	0,932
Rethimni	0,874	0,844
7. <u>Epirus</u>	0,922	0,939
Ioannina	1,080	0,987
Arta	0,775	0,744
Preveza	1,087	1,394
Thesprotia	1,079	0,997
Kerkira	0,807	0,861
Leukas	0,519	0,797
8. <u>Thrakien</u>	1,114	1,359
Rodopi	0,861	1,099
Xanthi	1,586	1,691
Evros	1,021	1,313
9. <u>Ostägäische Inseln</u>	0,654	0,784
Lesbos	0,564	0,697
Dodekannes	0,759	0,850
Samos	0,651	0,853
Chios	0,631	0,786

Quelle: Eigene Berechnungen nach Betriebszählungen der NSSG 1969, 1973, 1978.

Vgl. NSSG: Ergebnisse ..., a.a.O., 1973, 1977, 1981.

Tab. 31: Veränderung der Beschäftigung in Industrie und Handwerk in den acht größten Zentren Griechenlands
nach Branchen (1969 - 1978)

1 221

Branchen	B e s c h ä f t i g t e							
	Athen	Thessaloniki	Patras	Volos	Larissa	Kavala	Iraklion	Chanea
20	2.790	-778	-146	263	893	-171	-1.042	-46
21	1.299	-304	-124	52	26	6	21	25
22	-1.050	-647	-	-738	-13	-833	-	-
23	4.707	460	910	714	851	-98	-23	-56
24	13.835	6.731	1.428	1.029	912	1.057	-91	43
25	882	-416	124	15	385	-47	57	-41
26	2.803	261	7	76	291	-21	1	-47
27	2.004	-241	-217	160	364	2	-9	-
28	3.650	278	-69	52	34	-10	68	23
29	665	192	117	1	16	-1	5	-3
30	4.067	5	99	199	154	5	72	9
31	5.952	34	23	131	7	1	-6	81
32	302	-78	8	3	7	-1	-36	9
33	1.330	412	-2	570	129	-80	108	42
34	218	23	-	2	156	-	-	-
35	3.800	-694	19	1.056	239	-54	-8	26
36	858	98	117	-153	251	3	129	3
37	4.977	1.545	158	519	75	21	100	72
38	15.723	-488	488	203	187	13	212	1.244
39	1.737	107	117	41	24	2	-4	-20
Gesamt	70.549	6.500	3.057	4.195	4.988	-164	-446	1.364

1) Branchenschlüssel siehe Übersicht 8, S. 203

Quelle: Tab. 14 (S. 202) und Tab. 35 (S. 225) (eigene Berechnung)

Tab. 32: Veränderung der Beschäftigung in Industrie und Handwerk in den Planungsregionen nach Branchen (1969-1978)

Branchen	B e s c h ä f t i g t e									
	Ost-Sterea und Inseln	Zentral- und West-Mazedon.	Peloponnes und West-Sterea	Thessalien	Ost-Mazedonien	Kreta	Epirus	Thrazien	Ost Ägäische Inseln	
20	3.915	6.067	1.227	1.742	635	-692	540	1.621	-751	
21	1.561	240	365	88	49	45	302	29	83	
22	-1.050	-974	1.179	-792	-1.077	-	-1	-208	-97	
23	12.149	7.286	2.261	2.995	390	61	465	217	5	
24	13.663	10.008	576	1.765	2.272	-651	-73	1.101	-404	
25	2.452	446	-44	493	341	-10	170	-44	-74	
26	4.618	1.198	-155	408	257	-194	51	327	-288	
27	2.773	246	-436	144	899	3	-2	9	-1	
28	3.735	384	-72	113	-24	124	-6	19	-54	
29	682	4.669	130	6	21	3	-14	82	-64	
30	6.468	1.542	533	382	255	196	68	91	18	
31	9.810	1.172	59	117	31	75	-33	10	-50	
32	2.177	-287	538	10	14	2	-19	-4	15	
33	5.718	904	922	666	421	403	805	11	-58	
34	2.968	566	-	848	-	-	-	-	-	
35	7.762	1.245	231	1.288	82	18	51	194	-95	
36	3.072	1.349	279	309	451	194	7	83	-85	
37	8.617	2.931	1.680	664	103	274	32	140	42	
38	23.614	1.817	1.078	600	136	1.579	250	181	211	
39	2.116	237	200	98	104	-22	102	33	-128	
Gesamt	116.820	41.046	10.559	11.944	5.360	1.408	2.695	3.892	-1.775	

1) Branchenschlüssel siehe Übersicht 8, S. 203

Quelle: Eigene Berechnungen nach den Betriebszählungen der NSSG 1969 und 1978 (vgl. NSSG: Ergebnisse ..., a.a.O., 1973, 1981.

Tab. 33: Veränderung der Beschäftigung in Industrie und Handwerk in den acht größten Zentren Griechenlands nach Branchen (1958 - 1978)

Branchen	Beschäftigte							
	Athen	Thessaloniki	Patras	Volos	Larissa	Kavala	Iraklion	Chanea
20	5.102	710	47	195	1.020	-80	-632	-55
21	3.059	-82	103	106	26	-3	34	20
22	-3.631	1.568	-17	-1.351	-	-1.551	-	-
23	3.802	309	593	1.042	887	51	24	-127
24	12.974	9.011	1.395	941	767	950	-376	-479
25	3.242	140	57	-43	348	-22	148	-150
26	3.027	1.415	-38	131	412	43	-140	-23
27	2.915	-172	23	180	371	-7	-15	-4
28	6.186	663	-38	89	31	-13	29	13
29	1.094	360	167	-19	4	-4	-28	-118
30	8.424	267	534	208	164	21	85	18
31	4.486	172	-15	114	-5	10	-214	-213
32	355	154	10	6	7	-	5	9
33	2.336	1.395	113	497	257	31	317	82
34	-507	9	-	2	156	-	-	-
35	7.280	920	95	1.595	273	-16	105	19
36	4.419	1.277	66	-48	351	3	378	13
37	10.229	2.438	141	550	91	-1	141	68
38	22.071	813	623	-168	226	87	358	1.261
39	2.549	449	132	47	66	12	27	-17
Gesamt	99.412	21.816	3.991	4.074	5.452	-489	246	317

1) Branchenschlüssel siehe Übersicht 8, S. 203

Quelle: Tab. 14, S. 202, Tab. 36, S. 226 (eigene Berechnungen)

Tab. 34: Beschäftigte in Industrie und Handwerk in den acht größten Zentren Griechenlands nach Branchen (1973)

Branchen	Beschäftigte											Gesamt-Griechenland
	Athen	Thessa-loniki	Patras	Volos	Iraklion	Larissa	Chanea	Kavala	Rest-Griechenland			
20	21.666	7.212	1.369	1.560	1.498	1.493	607	1.650	52.211	89.266		
21	4.646	750	580	220	172	37	63	131	5.712	12.311		
22	2.993	2.918	-	132	-	-	-	1.086	1.921	9.050		
23	35.306	6.582	4.184	941	345	947	85	60	19.973	68.423		
24	38.505	10.919	1.467	1.164	534	1.329	321	195	17.601	72.035		
25	10.239	1.861	414	455	220	617	168	203	20.232	34.409		
26	16.032	4.280	342	506	475	453	300	168	6.893	29.449		
27	4.716	347	944	9	3	385	-	-	1.567	7.971		
28	13.133	843	246	163	113	116	54	53	1.243	15.964		
29	3.575	702	176	23	26	40	105	-	8.412	13.059		
30	10.352	1.468	597	72	50	137	33	15	3.106	15.830		
31	13.176	606	107	42	39	7	11	10	6.258	20.256		
32	1.335	188	11	5	34	-	9	-	2.182	3.764		
33	12.041	2.546	757	1.139	545	431	190	204	19.607	37.460		
34	847	-	-	171	-	-	-	-	6.842	7.860		
35	21.810	4.176	677	1.564	420	365	191	135	18.508	47.846		
36	12.830	2.588	484	693	396	487	78	81	6.063	23.700		
37	21.198	3.307	297	240	116	110	59	47	5.101	30.475		
38	31.511	3.643	690	425	489	1.159	1.183	305	13.406	52.811		
39	8.128	1.040	170	137	135	64	52	73	2.303	12.102		
Gesamt	284.039	55.976	13.512	9.661	5.610	8.177	3.509	4.416	219.141	604.041		

1) Branchenschlüssel siehe Übersicht 8, S. 203.

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach der Betriebszählung 1973. Vgl. NSSG: Ergebnisse ..., a.a.O., Athen 1977.

Tab. 35: Beschäftigte in Industrie und Handwerk in den acht größten Zentren Griechenlands nach Branchen (1969)

Branchen	Beschäftigte									
	Athen	Thessa- loniki	Patras	Volos	Iraklion	Larissa	Chanea	Kavala	Rest- Griechenland	Gesamt- Griechenland
20	19.620	6.021	1.697	1.012	2.568	754	582	780	48.683	81.517
21	3.353	820	593	173	179	23	55	40	65.756	10.992
22	3.767	3.673	-	839	-	13	-	1.455	3.444	13.191
23	23.312	5.779	3.601	852	283	729	103	225	15.528	54.962
24	27.703	8.402	1.404	801	629	489	387	515	21.902	62.232
25	8.200	1.963	459	423	287	251	161	192	18.338	30.274
26	11.986	3.582	371	371	431	339	329	243	8.855	26.507
27	3.800	480	1.145	25	9	15	-	-	2.310	7.784
28	10.071	1.026	250	162	100	98	55	92	2.269	14.123
29	2.783	635	145	21	19	13	108	3	6.585	10.312
30	7.437	1.039	468	20	21	43	12	18	1.787	10.845
31	9.032	638	86	39	24	17	22	19	6.372	16.249
32	507	238	2	9	41	-	-	1	2.122	2.920
33	9.513	1.982	479	916	436	366	108	154	16.905	30.859
34	956	7	-	-	-	-	-	-	4.746	5.709
35	19.661	3.997	629	1.076	373	342	230	213	16.746	43.267
36	8.164	2.620	324	610	338	346	81	49	4.682	17.214
37	12.072	1.846	187	204	84	103	41	44	3.702	18.283
38	18.873	3.828	611	433	389	531	186	243	9.963	35.037
39	5.453	981	174	61	66	55	49	33	2.423	9.295
Gesamt	211.263	49.557	12.361	8.047	6.077	4.527	2.509	4.319	203.118	501.522

1) Branchenschlüssel siehe Übersicht 8, S. 203.

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach der Betriebszählung 1969. Vgl. NSSG: Ergebnisse ..., a.a.O., Athen 1973.

Tab. 36: Beschäftigte in Industrie und Handwerk in den acht größten Zentren Griechenlands nach Branchen (1958)

Branchen- 1)	Beschäftigte										Rest- Griechenland	Gesamt- Griechenland
	Athen	Thessa- loniki	Patras	Volos	Iraklion	Larissa	Chanea	Kavala	Griechenland	Griechenland		
20	17.308	4.533	1.504	1.080	1.958	627	591	689	32.692	60.982		
21	1.593	598	366	119	166	23	60	49	4.778	7.752		
22	5.808	1.458	17	1.452	-	-	-	2.173	3.549	14.457		
23	29.217	5.930	3.918	531	236	693	174	76	15.883	56.658		
24	28.564	6.112	1.437	889	914	634	823	622	34.979	74.974		
25	5.840	1.407	526	481	196	288	270	174	15.868	25.050		
26	11.762	2.428	416	316	572	218	305	221	7.414	23.652		
27	2.889	411	905	5	15	8	4	9	668	4.914		
28	7.535	641	219	125	139	101	65	95	1.213	10.133		
29	2.354	467	95	41	52	25	221	4	3.214	6.473		
30	3.080	777	33	11	8	33	5	2	202	4.151		
31	10.498	500	124	56	232	29	316	10	30.243	42.008		
32	454	6	-	6	-	-	-	-	493	959		
33	8.507	999	364	989	227	238	68	43	10.386	21.821		
34	1.681	21	-	-	-	-	-	-	1.220	2.922		
35	16.181	2.383	553	537	260	301	237	175	13.380	34.007		
36	4.603	1.441	375	505	89	246	71	49	2.362	9.741		
37	6.820	933	204	173	43	87	45	66	1.538	9.909		
38	12.525	2.527	476	804	243	492	169	169	6.313	23.718		
39	4.641	639	159	55	35	13	46	23	1.200	6.811		
Gesamt	181.860	34.211	11.691	8.175	5.385	4.056	3.470	4.649	187.595	441.092		

1) Branchenschlüssel siehe Übersicht 8, S. 203.

Quelle: NSSG: National Statistical Service of Greece, Betriebszählung 1958; eigene Zusammenstellung nach der Betriebszählung 1958; vgl. NSSG: Ergebnisse ..., a.a.O., Athen 1960.

Tab. 37: Verteilung der Beschäftigten in Industrie und Handwerk nach Regionen und Präfekturen

Planungsregionen/Präfekturen	1969	1973	1978
<u>1. Ost-Stereia und Inseln</u>	276.119	347.862	370.877
Attika	251.711	312.636	327.779
Rest der Region	24.408	35.226	43.098
Böotien	6.884	14.405	15.705
Pthiotis	4.639	5.809	8.529
Fokis	1.032	737	793
Evritania	432	302	430
Euböia	8.177	10.061	14.771
Kykladen	3.244	3.912	2.870
<u>2. Zentral- und West-Mazedonien</u>	87.073	105.928	127.103
Thessalonikis	59.281	70.539	82.886
Rest der Region	27.792	35.389	44.217
Chalkidiki	1.422	1.363	2.183
Kilkis	1.525	1.830	3.721
Pieria	2.386	2.617	3.375
Imathia	5.380	8.524	10.103
Pellis	3.969	5.349	7.450
Florina	1.106	1.385	1.195
Kastoria	5.342	7.378	8.900
Kozani	5.872	6.156	6.410
Grevena	790	787	880
<u>3. Peloponnes und West-Stereia</u>	48.696	51.883	59.256
Korinthia	5.827	7.388	8.082
Argolidos	4.630	4.656	5.974
Achaïas	16.435	17.439	21.119
Elis	4.543	4.060	4.613
Messini	6.067	6.494	7.240
Lakonia	2.428	2.228	2.133
Arkadia	2.459	2.478	2.629
Ätoloakarnania	4.609	5.669	6.076
Zakinth	958	748	772
Kefalinia	750	723	618
<u>4. Thessalien</u>	25.626	32.247	37.571
Larissa	8.626	13.161	14.731
Magnissia	10.170	11.064	14.788
Trikala	3.502	4.743	4.878
Karditsa	3.328	3.279	3.174
<u>5. Ost-Mazedonien</u>	15.674	14.842	21.868
Kavala	6.947	6.187	8.053
Serres	5.873	6.007	8.273
Drama	2.854	2.648	5.542

Fortsetzung der Tabelle S. 228!

Fortsetzung der Tab. 37 von S. 227:

Planungsregionen/Präfekturen	1969	1973	1978
6. <u>Kreta</u>	16.484	17.385	17.900
Iraklion	8.988	8.572	9.124
Chanea	3.998	5.274	5.286
Lassithi	2.040	1.721	1.783
Rethimni	1.458	1.818	1.707
7. <u>Epirus</u>	11.503	13.604	14.209
Ioannina	3.897	5.131	5.634
Arta	1.946	2.441	2.020
Preveza	1.251	1.175	1.821
Thesprotia	606	790	876
Kerkira	3.155	3.559	3.408
Leukas	648	508	450
8. <u>Thrakien</u>	7.946	7.846	11.858
Rodopi	2.463	2.322	2.839
Xanthi	2.009	2.270	4.268
Evros	3.474	3.254	4.751
9. <u>Ost Ägäische Inseln</u>	12.398	12.444	10.853
Lesbos	4.814	4.696	3.638
Dodekannes	4.470	4.806	4.544
Samos	1.433	1.317	1.250
Chios	1.681	1.626	1.421

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Betriebszählungen des NSSG von 1969, 1973, 1978. Vgl. NSSG: Ergebnisse ..., a.a.O., Athen 1973, 1977 und 1981.

Tab. 38: Input-Output-Verflechtungen der Branchen

Branchen ¹⁾	Zwischen- nachfrage			Vorleistungs- nachfrage			Import- koeffizient		
	1958	1970	1977	1958	1970	1977	1958	1970	1977
1	66,4	50,9	17,5	26,8	28,9	29,0	3,1	3,0	4,3
2	76,3	86,9	87,3	30,5	25,9	18,4	7,5	35,1	29,2
3	18,3	22,3	17,4	82,4	75,6	69,0	6,7	11,5	15,4
4	15,2	13,8	4,3	68,9	55,7	49,9	0,2	4,0	3,4
5	-	7,3	5,1	47,5	42,9	28,5	-	0,2	0,2
6	67,0	74,1	71,7	66,2	57,4	39,7	10,6	11,2	14,2
7	-	6,9	6,9	51,0	64,3	77,7	0,2	0,9	0,3
8	5,8	2,8	2,8	68,5	74,4	87,6	1,7	0,8	1,3
9	95,5	85,3	71,3	57,1	46,8	25,6	24,8	19,3	30,6
10	11,1	14,0	11,0	53,4	49,3	40,4	-	2,0	1,9
11	91,9	78,0	27,9	64,6	62,5	60,3	27,1	25,3	12,0
12	29,0	54,7	73,3	44,7	47,0	47,7	1,1	4,1	5,2
13	71,1	57,8	64,9	69,1	67,8	78,1	2,4	16,5	7,4
14	61,7	75,1	77,7	48,5	48,4	54,9	34,0	33,1	28,2
15	6,9	68,3	81,3	55,4	48,6	24,9	4,4	3,5	3,7
16	62,7	53,1	48,0	62,0	50,5	44,2	36,1	31,3	36,3
17	85,9	75,6	75,0	5,7	30,3	32,8	41,5	13,9	14,5
18	92,8	94,5	91,1	52,7	47,3	30,6	0,4	0,3	0,2
19	78,1	84,8	83,7	26,5	35,7	44,5	11,6	22,0	19,9
20	88,6	86,8	97,4	48,9	47,6	45,3	8,8	9,7	2,6
21	98,8	78,1	63,8	53,4	51,9	47,6	46,4	25,1	33,7
22	73,7	62,1	9,3	58,3	62,1	69,5	11,6	24,9	8,7
23	28,2	19,0	12,5	40,2	38,6	25,4	56,3	65,1	72,6
24	34,1	47,0	48,4	43,2	57,0	65,2	32,9	26,4	25,4
25	19,6	41,2	57,3	36,0	45,0	60,4	66,1	35,0	37,9
26	33,3	14,5	26,0	38,9	32,7	17,6	30,4	39,2	41,5
27	4,7	3,2	1,0	55,2	52,0	43,3	0,04	-	-
28	57,9	64,4	75,7	42,2	24,8	20,6	0,3	0,3	0,3
29	28,3	26,4	18,2	35,3	36,5	54,3	3,1	5,3	5,0
30	64,4	34,1	3,0	15,5	7,2	2,2	3,1	3,9	1,4
31	20,1	18,2	21,1	25,4	23,8	17,3	1,0	2,0	2,7
32	79,5	77,5	56,4	7,7	19,1	53,4	7,7	12,0	5,2
33	14,5	15,4	45,6	18,0	12,6	7,5	1,9	4,5	5,0
34	-	-	-	3,8	3,7	2,8	-	-	-
35	5,1	1,0	0,02	-	-	-	3,8	4,1	6,3

1) Branchenschlüssel siehe Übersicht 9, S. 230

Quelle: Skountzos, TH.A. u.a. (KE.P.E.): Input-Output-Tables of the Greek Economy 1958 - 1977, Athen 1980 (eigene Berechnungen)

Übersicht 9: Branchenschlüssel nach K.E.P.E.

1. Landwirtschaft
 2. Bergbau
 3. Nahrungsmittelindustrie
 4. Getränkeindustrie
 5. Tabakindustrie
 6. Textilindustrie
 7. Schuhindustrie
 8. Bekleidungsindustrie
 9. Holzindustrie
 10. Möbelindustrie
 11. Papierindustrie
 12. Druck- und Verlagsaktivitäten
 13. Lederindustrie
 14. Industriewaren aus Gummi
 15. Industriewaren aus Kunststoff
 16. Chemieindustrie
 17. Raffinerien
 18. Zementindustrie
 19. Glasindustrie
 20. Baumaterialien und andere nichtmetallische Produkte
 21. Schwerindustrie
 22. Metallische Produkte
 23. Maschinen und Geräte (außer elektrischen und Transportmitteln)
 24. Herstellung von elektrischen Maschinen
 25. Herstellung von Transportmitteln
 26. andere Industrien
 27. Bau (Konstruktionen)
 28. Strom - Wasser - Gas
 29. Transport
 30. Kommunikation (Rundfunk und Fernsehen)
 31. Handel
 32. Banken, Wirtschaftsinstitute und Versicherungen
 33. Andere Dienstleistungen
 34. Wohnungsvermietungen
 35. Öffentlicher Dienst
-

Quelle: Skountzos, Th. u.a. (K.E.P.E.): Input-Output Tables of the Greek Economy 1958 - 1977, Athen 1981.

7. LITERATURVERZEICHNIS

- Albert, H.: Wissenschaft und Politik, in: Topitsch, E.: Probleme der Wissenschaftstheorie. Wien 1960, S. 223 ff.
- ARL (Hrsg.): Ausgeglichene Funktionsräume - Grundlagen für eine Regionalpolitik des mittleren Weges. Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 94. Hannover 1975.
- Ashby, L.D.: The Geographical Redistribution of Employment: An Examination of the Elements of Change. In: Survey of Current Business, 1964.
- Aydalot, P.: Etude sur le processus de polarisation et sur les réactions des industries anciennnes à la lumière de l'expérience de Lacq. In: Cahiers de l'Institut de Science Economique Appliquée. Nr. 159, 1955. S. 111 ff.
- Aydalot, P.: La Mobilité des Activités et de l'Emploi, in: Revue d'Economie Regionale et Urbaine, Bd. 3, 1978, S. 299 ff.
- Bade, F.-J.: Die Mobilität von Industriebetrieben. Meisenheim 1979.
- Bade, F.-J.; Eickelpasch, A.: Funktionale Arbeitsteilung und regionale Beschäftigungsstruktur, in: Garlichs, D.; Maier, F.; Semlinger, K. (Hrsg.): Regionalisierte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Frankfurt - New York 1983, S. 66 ff.
- Bandoros, G.: I Dierevnisis ton exelixeon kai ton idiomorfion tis ellinikis Viomichanias kai idikoteron tis Apascholiseos, tou topou engatastaseos kata tin periodo 1968 - 1973 (Die Untersuchung der Entwicklungen und Besonderheiten der griechischen Industrie, insbesondere der Beschäftigung und des Standortes für den Zeitraum 1968 - 1973). Athen 1976.
- Barbancho, A.G.: Las migraciones interiores españolas. Madrid 1967.
- Barbancho, A.G.: Las cindades medias, discurso y comerciales de la Universidad de Granada 1968, S. 16 f.
- Bartels, D.: Die Abgrenzung von Planungsregionen in der Bundesrepublik Deutschland - eine Operationalisierungsaufgabe, in: ARL, Bd. 98, 1975.
- Beaud, M.: Analyse regionale-structurale et planification regionale, in: Revue Economique, Bd. 17, 1966, S. 266 ff.

- Berry, B.J.L.: Hierarchical Diffusion: The Basis of Developmental Filtering and Spread in a System of Growth Centers, in: Hansen, N.M. (Ed.): Growth Centers in Regional Economic Development. New York - London 1972, S. 108 ff.
- Biehl, D.; Hußmann, E.; Rantenberg, K.; Schnyder, S.; Südmeyer, V.: Bestimmungsgründe des regionalen Entwicklungspotentials. Tübingen 1975.
- Bölting, H.M.: Wirkungsanalyse der Instrumente der regionalen Wirtschaftspolitik, in: Ernst, W.; Thoss, R. (Hrsg.): Materialien zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Bd. 35. Münster 1976, S. 86 ff.
- Böventer, E.v.: Die Struktur der Landschaft, Versuch einer Synthese und Weiterentwicklung der Modelle J.H. von Thünens, W. Christallers und A. Löschs, in: Sch.d.V.f. S., N.F., Bd. 27, 1962.
- Böventer, E.v.: Theorie des räumlichen Gleichgewichts. Tübingen 1962.
- Boudeville, J.R.: Les espaces économiques. Paris 1961.
- Boudeville, J.R.: Problems of Regional Economic Planning. Edinburgh 1966.
- Bougioukos, G.: Griechenland vor dem Beitritt zur E.G., in: Ernst, W.; Thoss, R. (Hrsg.): Materialien zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung. Münster 1977.
- Boustedt, O.; Ranz, H.: Regionale Struktur- und Wirtschaftsforschung. Aufgaben und Methoden, in: ARL, Bd. 33, Bremen-Horn 1957.
- Boustedt, O.: Grundriß der empirischen Regionalforschung, Teil I: Raumstrukturen. Hannover 1975.
- Braybrooke, D.; Lindblom, C.E.: A Strategy of Decision, Policy Evaluation as a Social Process. London 1963.
- Braybrooke, D.; Lindblom, C.E.: Zur Strategie der unkoordinierten kleinen Schritte (Disjointed Incrementalism), in: Fehl/Fester/Kuhnert (Hrsg.): Planung und Information, Materialien zur Planungsforschung. Gütersloh 1972, S. 139 ff.
- Brede, H.; Ossorio, C.: Begriff und Abgrenzung der Region unter besonderer Berücksichtigung der Agglomerationsräume. München 1967.

- Brede, H.: Bestimmungsfaktoren industrieller Standorte. Berlin - München 1971.
- Brenke, S.: Stadtplanung in Athen - Grundlagen, Probleme, Perspektiven, in: Ernst, W.; Thoss, R. (Hrsg.): Griechenland vor dem Beitritt zur EG. Materialien zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Bd. 16, Münster 1977, S. 167 ff.
- Bröcker, J.: Die Attraktionsanalyse. Ein mißglückter Versuch, die regionale Input-Output-Analyse zu verallgemeinern, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 104, 1984, Heft 1.
- Brösse, U.: Ziele der Regionalpolitik, in: Bauwelt, 60, 1969, S. 128 ff.
- Brösse, U.: Ziele in der Regionalpolitik und in der Raumordnungspolitik, Berlin 1972.
- Brösse, U.: Dritter Rahmenplan zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, in: Wirtschaftsdienst, VII, 1974, S. 355 ff.
- Brösse, U.: Raumordnungspolitik als integrierte Entwicklungspolitik - Schriften der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd. 97, Göttingen 1975.
- Brösse, U.: Raumordnungspolitik. Berlin - New York 1975.
- Brösse, U.: Zur begrifflichen Klärung und Abgrenzung des Konzepts funktionsräumlicher Arbeitsteilung, in: RuR, 35, 1977.
- Bucher, H.: Das Wohnungswesen in Griechenland, in: Bougioukos, u.a.: Griechenland vor dem Beitritt zur EG, in: Ernst, W.; Thoss, R. (Hrsg.): Materialien zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Münster 1977.
- Buhr, W.: Die Abhängigkeit der räumlichen Entwicklung von der Infrastrukturausstattung, in: Grundlagen der Infrastrukturplanung für wachsende Wirtschaften, in: Sch.d.V.f.S., N.F., Bd. 58, Berlin 1971, S. 103 ff.
- Buhr, W.: Die Rolle der materiellen Infrastruktur im regionalen Wirtschaftswachstum. Berlin - München 1975.
- Buttler, F.: Entwicklungspole und räumliches Wirtschaftswachstum, in: Schriften zur Angewandten Wirtschaftsforschung, hrsg. v. B. Gahlen und H. Hesse, Bd. 30. Tübingen 1973.

- Ewers, H.J.; Wettmann, R.: Innovationsorientierte Regionalpolitik, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 7, 1978, S. 467 ff.
- Exarchos, I.: Ta Provlímata ti Ökonomikis Periferiakís anapó-tixeos (Die Probleme der ökonomischen Regionalentwicklung, in: Ökonomikos Tachydromos, Heft 52, 1979.
- Fischer, A.: Die Struktur von Wirtschaftsräumen. Ein Beitrag zur Anwendung statistischer Methoden in der Regionalforschung. Wiesbaden 1969.
- Fischer, J.: Regionalwirtschaftliche Wirkungen öffentlicher Ausgaben. Dargestellt am Beispiel der Realausgaben. Frankfurt/M. 1979.
- Flore, C.: Zur Raumbedeutsamkeit der Forschungs- und Technologiepolitik, in: Raumforschung und Raumordnung, 36, 1978, S. 133 ff.
- Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V. Bonn (Hrsg.): Regionale Lebensbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland und in Ländern der Dritten Welt - Öffentliche Arbeitstagung am 20.10.1983, Bonn 1984.
- Freund, U.; Zabel, G.: Regionale Wirkungen der Wirtschaftsstrukturförderung. Bonn 1978.
- Frey, R.L.: Infrastruktur, Grundlagen der Planung öffentlicher Investitionen. Tübingen 1972².
- Friedmann, J.: A General Theory of Polarized Development. in: Hansen, N.M. (Ed.): Growth Centers in Regional Economic Development. New York - London 1972, S. 82 ff.
- Fritsch, B. (Hrsg.): Entwicklungsländer. Köln 1973.
- Fürst, D.: Die Standortwahl industrieller Unternehmen: Ein Überblick über empirische Erhebungen, in: JfS, Bd. 22, 1971, S. 189 ff.
- Fürst, D.; Klemmer, P.; Zimmermann, K.: Regionale Wirtschaftspolitik. Tübingen - Düsseldorf 1976.
- Fürst, D.; Zimmermann, K.; Hansmeyer, K.H.: Standortwahl industrieller Unternehmen. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung, Schriftenreihe der GRS, Bd. 1. Bonn 1973.
- Gäfigen, G.: Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung. Tübingen 1968.

- Gäfgen, G.: Theorie der Wirtschaftspolitik, in: Kompendium der Volkswirtschaftslehre, Bd. 2. Göttingen 1972.
- Garlichs, D.; Maier, F.; Semlinger, K. (Hrsg.): Regionalisierte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Frankfurt - New York 1983.
- Geisenberger, S.; Mälich, W.; Müller, J.H.; Strassert, G.: Zur Bestimmung wirtschaftlichen Notstands und wirtschaftlicher Entwicklungsfähigkeit von Regionen, in: ARL, Bd. 59, Hannover 1970.
- Gerfin, H.: Gesamtwirtschaftliches Wachstum und regionale Entwicklung, in: Kyklos, XVII, 1964, S. 565 ff.
- Giatrikos, N.: Ta Provlimata tis Periferiakis Ökonomikis naptixeos (Die Probleme der regionalen ökonomischen Entwicklung, in: Ökonomikos Tachydromos, Heft 52, 1979.
- Giatrikos, N.: To elliniko periferiako provlima, protasis gia mia nea periferiaki politiki (Das griechische regionale Problem. Vorschläge für eine neue Regionalpolitik). Athen 1980.
- Giersch, H.: Das ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik, in: Jürgensen, H. (Hrsg.): Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft. Festschrift für A. Predöhl. Göttingen 1974, S. 386 ff.
- Guldager, R.: Fachplanung im Spannungsfeld der Raumplanung. Bonn 1969.
- Hamilton, F.E.J. (Ed.): Contemporary Industrialization. London 1978.
- Hansen, N.M.: Development Pole Theory in a Regional Context, in: Kyklos, 20, 1967, S. 709 ff.
- Hansen, N.M.: French Regional Planning. Edinburgh 1968.
- Hansen, N.M. (Ed.): Growth Centers in Regional Economic Development. New York - London 1972.
- Hansen, W.L.; Tiebut, C.M.: An Intersectoral Flow Analysis of the California Economy, in: The Review of Economics and Statistics, 45, 1963, S. 409 ff.
- Hansmeyer, K.H.: Ziele und Träger regionaler Wirtschaftspolitik, in: Schneider, H.K. (Hrsg.): Beiträge zur Regionalpolitik, Sch.d.V.f.S., N.F., Bd. 41, Berlin 1968, S. 36 ff.

- Hansmeyer, K.; Fürst, D.; Zimmerman, K.: Infrastruktur und unternehmerische Standortentscheidungen, in: ARL (Hrsg.): Ausgeglichene Funktionsräume, Grundlagen für eine Regionalpolitik des mittleren Weges, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 94, Hannover 1975, S. 117 ff.
- Hauff, V.: Technologiepolitik als Strukturpolitik, in: WSI-Mitteilungen, 1976, S. 626 ff.
- Hautau, H.: Stadtgröße und Wirtschaftswachstum, in: RuR, Bd. 34, 1976, S. 25 ff.
- Hermansen, T.: Development Poles and Related Theories: A Synoptic Review, in: Hansen, N.M. (Ed.): Growth Centers in Regional Economic Development. New York - London 1972, S. 160 ff.
- Hesse, J.J.: Stadtentwicklungsplanung: Zielfindungsprozesse und Zielvorstellungen. Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1972.
- Hilhorst, J.: Development Axes and the Diffusion of Innovation, in: Development and Change, IV, 1972/73, S. 2 ff.
- Hirschmann, A.: Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung. Stuttgart 1967.
- Hoare, A.G.: Linage Flows, Locational Evaluation and Industrial Geography: A Case Study of Greater London, in: Environment and Planning A, Vol. 7, 1975, S. 41 ff.
- Hochgreve, H.: Weiterentwicklung des Instrumentariums der regionalen Strukturpolitik im Rahmen eines Bundesentwicklungsplanes, in: WSI-Mitteilungen, 1976, S. 667 ff.
- Hoffmann, L.: Entwicklungstheorien des ausgewogenen und un- ausgewogenen Wachstums: Eine Gegenüberstellung, in: ZfgS, Bd. 121, 1965, S. 523 ff.
- Holland, S.: Regional Under-Development in a Developed Economy: The Italian Case, in: Regional Studies, Vol. 5, Pergamon Press, 1971, S. 86.
- Holland, S.: Capital Versus the Regions. London and Basingstoke 1976.
- Holland, S.: The Regional Problem. London and Basingstoke 1976.
- Hoppen, H.D.: Die Shift-Analyse, Untersuchungen über die empirische Relevanz ihrer Aussagen, in: RuR, 33, Hannover 1975, H. 1.
- Hummen, W.: Greek Industry in the European Community - Prospects and Problems. Berlin 1977.

- Industrie- und Handelskammer (Hrsg.): Ellinikes Emborikes Epichirisis kai EOK (Griechisches Handelsunternehmen und EG.) Athen 1981.
- Isard, W.: Interregional and Regional Input-Output-Analysis: A Model of a Space Economy, in: Review of Economics and Statistics, XXXIII, 1951, S. 318 ff.
- Isard, W.: Location and the Space Economy. A Genral Theory Relating to Indistrial Location, Market Areas, Land Use, Trade and Urban Structure. New York - London 1956.
- Isard, W.: Introduction to Regional Science. Englewood Cliffs, New Jersey 1975.
- Isard, W.: Methods of Regional Analysis. New York - London 1960.
- Isard, W.; Schooler, E.W.; Vietorisz, T.: Industrial Complex Analysis and Regional Development - A Case Study of Refinery-Petrochemical-Synthetic Fiber Complexes in Puerto Rico. New York 1959.
- Isbary, G.: Grundfragen der Raumordnung und Landesentwicklung bei der Territorialreform im Raum Hannover. Hannover 1968.
- Jansen, P.G.: Infrastrukturinvestitionen als Mittel der Regionalpolitik, Bd. 3 der Beiträge zur Raumplanung, hrsg. v. Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster. Gütersloh 1967.
- Jochimsen, R.: Theorie der Infrastruktur, Grundlagen der marktwirtschaftlichen Entwicklung. Tübingen 1966.
- Jochimsen, R.: Strategie der wirtschaftspolitischen Entscheidung, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 99. 1967.
- Jochimsen, R.; Gustafson, K.: Infrastruktur, in: HdRR, Bd. II, Hannover 1970², Sp. 1318 ff.
- Jürgensen, H.: Andinomien in der Regionalpolitik, in: Jürgensen, H. (Hrsg.): Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft. Göttingen 1964,
- Jürgensen, H.: Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft. Göttingen 1964.
- Jürgensen, H.: Grundlagen einer produktivitätsorientierten Industrierealisierungspolitik, in: Wirtschaftsdienst, 1964, Heft 1.

- Jürgensen, H.: Produktivitätsorientierte Regionalpolitik, in: Produktivitätsorientierte Regionalpolitik. Wirtschaftswissenschaftliche Tagung der Adolf-Weber-Stiftung vom 16.10.1964. Schriften der Adolf-Weber-Stiftung, hrsg. von R. Gunzert. Berlin 1965.
- Jürgensen, H.: Bemerkungen zu den Wachstums- und Verteilungseffekten privater und öffentlicher Investitionen, in: Schneider, E. (Hrsg.): Wirtschaftskreislauf und Wirtschaftswachstum. Tübingen 1966, S. 75 ff.
- Katochianos, N.: Ethnikos Chorataxikos Skediasmos (Nationale Raumplanung), in: Ta Plässia tis Peripheriakis Anaptyxeos (Die Rahmen der regionalen Entwicklung). Athen 1970.
- Katochianou, D.: Chorotaxiki Meleti Ethnikou Diktiou Astikon Kentrol (Raumplanung nationalen Netzes städtischer Zentren) (KE.P.E.). Athen 1967.
- Katochianou, D.: Periliptiki Paroussiassi Chorotaxikis Domis tis Ellados kai Politiki gia to Ethniko Diktio Astikon Kentron (Zusammenfassende Darstellung der Raumordnungsstruktur Griechenlands und Politik für das nationale Netz städtischer Zentren), in: Entwicklungsprogramm 1976 - 1980 (KE.P.E.). Athen 1976.
- KE.P.E.: The Greek Regional Problem and Its Perspectives. Athen 1965.
- KE.P.E.: Ta Plaisia tis periferiakis anaptyxeos (Die Rahmen der regionalen Entwicklung), Vortragsreihe 23. Athen 1970.
- Kintis, A.: I Periferiaki Viomichaniki Anaptixis is ta plaisia tou Pentaetous Programmatos ikonomikis Anaptixeos 1966 - 1970 (Die regionale industrielle Entwicklung im Rahmen des Fünf-Jahres-Plans 1966 - 1970) (KE.P.E.). Athen 1966.
- Klaassen, L.H.: Methods of Selecting Industries for Depressed Areas. Paris 1967.
- Klaassen, L.H.: Some further Considerations of Empirical Economic Research. Rotterdam 1974.
- Klages, H.: Gesellschaftliche Indikatoren der Raumordnung, in: Zapf, W. (Hrsg.): Soziale Indikatoren, Konzepte und Forschungsansätze, Bd. III. Frankfurt - New York 1975, S. 273 ff.
- Klaus, J.: Stadtentwicklungspolitik. Stuttgart 1977.
- Klaus, J.; Schleicher, H.: Räumliche Wirtschaftspolitik. München 1983.

Klemmer, P.: Die Theorie der Entwicklungspole - Strategisches Konzept für die regionale Wirtschaftspolitik?, in: RuR, 1972, S. 102 ff.

Klemmer, P.; Eckey, H.F.: Qualitative Bewertung des regionalen Arbeitsplatzangebots, in: Qualität von Arbeitsmärkten, Veröffentlichungen der ARL, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 143. Hannover 1982.

Klemmer, P.; Kraemer, D.: Regionale Arbeitsmärkte. Bochum 1975.

Kloten, N.: Alternative Konzeptionen der Regionalpolitik, in: Beiträge zur Regionalpolitik, in: Schneider, H.K. (Hrsg.): Sch.d.V.f.S., N.F., Bd. 41, Berlin 1968, S. 18 ff.

Knop, B.H.: Verkehr und regionaler Entwicklungsstand. Bochum 1976.

Koenigsberger, O.: Cities for Urban Pioneers, in: Ekistics, Bd. 42, 1976, S. 73 ff.

Körner, H.: Industrielle Entwicklungspole als Instrumente der Regionalpolitik in Entwicklungsländern, in: Kyklos, Vol. 20, 1967, S. 684 ff.

Kotis, G.: Viomichaniki Apokentrosis kai Periferiaki Anaptixis (Industrielle Dezentralisation und regionale Entwicklung) I.O.B.E. Athen 1980.

Kraemer, D.: Funktionale Raumeinheiten für die regionale Wirtschaftspolitik. Bochum 1975.

Krist, H.; Walter, G.: Die Berücksichtigung regionaler Investitionsanreize unternehmerischer Investitionsentscheidungen - Ein britisch-deutscher Vergleich, in: Informationen zur Raumentwicklung, 1980, S. 335 ff.

Krüger, R.: Die Koordination von gesamtwirtschaftlicher regionaler und lokaler Planung. Gedanken zur Einordnung regionaler und lokaler Planung und Politik in die nationale Wirtschaftspolitik. Berlin 1969.

Kumm, J.: Wirtschaftswachstum - Umweltschutz - Lebensqualität. Stuttgart 1975.

Länderlexikon, Bd. 4. Gütersloh 1980.

Lampe, P.: Gesellschaftliche Indikatoren als Instrumente zur Bestimmung von Zielen in Raumordnung und Landesplanung, in: RuR, 33, 1975, S. 175 ff.

Lange, K.: Artikel "Regionen", in: HdRR, Hannover 1970².

- Lange, K. u.a.: Regionen, in: ARL, Hannover 1970², Sp. 2705-2719.
- Langrod, G.: Ekthessis aforossa tin anadiorganossin ton dimossion ipiression en elladi (Bericht über die Reorganisation der öffentlichen Dienststellen in Griechenland), Koordinationsministerium, Bd. II. Athen 1965.
- Lasuen, J.R.: On Growth Poles, in: Urban Studies, Vol. 6, 1969, S. 137 ff.
- Lasuen, J.R.: Urbanisation and Development. The Temporal Interaction between Geographical and Sectoral Clusters, in: Urban Studies, Vol. 10, 1973, S. 163 ff.
- Lauschmann, E.: Grundlagen einer Theorie der Regionalpolitik, Bd. 2. Hannover 1976³.
- Leontief, W.W.: Die Multiregionale Input-Output-Analyse. Köln - Opladen 1963.
- Lösch, A.: Die räumliche Ordnung der Wirtschaft. Stuttgart 1962³.
- Malz, F.: Taschenwörterbuch der Umweltplanung. München 1974.
- Manne, A.S.; Markowitz, H.M. (Hrsg.): Studies in Process Analysis. New York - London 1963.
- Markopoulidou, M.: Die ländlichen Regionen Griechenlands und ihre Entwicklungsmöglichkeiten. Fallstudie Thrazien. Stuttgart 1982.
- March, J.E.; Simon, H.A.: Organizations. New York - London - Sydney 1965⁶.
- Marx, D.: Wachstumsorientierte Regionalpolitik. Wirtschaftspolitische Studien 3, hrsg. von H. Jürgensen. Göttingen 1966.
- Mavrikis, P.: O Programmatismos tis Periferiakis Anaptixeos tis Ellados (Die Rahmen der Regionalentwicklung), in: KE.P.E.: Ta Plasia tis Periferiakis Anaptixeos. Athen 1970.
- McDowall, S.: Regional Multipliers and Demand Leakages at Establishment Level: A Comment, in: Scottish Journal of Political Economy, Vol. XXII, 1975, S. 99 ff.
- Michalakou, G.: Provlimata tis Topikis Autodiikisis en Elladi (Probleme der lokalen Selbstverwaltung in Griechenland) (KE.P.E.): Reihe von Spezialstudien B. Athen 1970.

- Monheim, R.: Aktiv- und Passivräume zum Problem der Begriffsbestimmung, in: Raumforschung und Raumordnung, 1972, S. 51 ff.
- Moseley, M.J.: Growth Centres in Spatial Planning. New York - Toronto 1974.
- Müller, J.H.: Wirtschaftspolitische Grundprobleme der Raumordnungspolitik. Berlin 1969.
- Müller, J.H.: Methoden zur regionalen Analyse und Prognose. Hannover 1976.
- Müller, J.H.; Dietrichs, B.; Klaus, J.: Grenzen der Raumpolitik im Rahmen einer Marktwirtschaft, in: ORDO, Bd. 12, 1960/61.
- Munkman, C.A.: American Aid to Greece. London 1958.
- Musto, St.: Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft, in: Kyklos, 34. 1981, S. 242 ff.
- Myrdal, G.: Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen. Frankfurt/M. 1974.
- Nichols, V.: Growth Poles - An Evaluation of their Propulsive Effect, in: Environment and Planning, 1, 1969, S. 193 ff.
- Niesing, H.: Zum Begriff der Infrastruktur, in Stadtbauwelt, 59, 1968, S. 1407 ff.
- Noam, M.: Statistics for Regional Planning in Greece. OECD, DD/TC/4329. Paris 1964.
- Norcliffe, G.B.: A Theory of Manufacturing Places, in: Collins, L.; Walker, D.F. (Eds.): Locational Dynamics of Manufacturing Activity. London 1975, S. 19 ff.
- Nugent, J.: Grammikon ipodigma anaptixeos tis ellinikis ökonomias 1954-1961 (Lineares Entwicklungsmodell der griechischen Wirtschaft 1954-1961), in: KE.P.E.: Ökonomische Monographien. Athen 1970.
- OECD: Economic Survey. Paris, January 1976.
- OECD: Economic Surveys, Greece; Basic Statistics - International Comparisons. Paris 1979.
- O'Farrell, P.N.; O'Loughlin, B.: An Analysis of New Industry Linkages in Ireland. Dublin 1980.

- Paelinck, J.: La Théorie, du développement régional polarisé, in: Cahiers de l'ISEA (Serie L, 15) 1965, S. 5 ff.
- Papandreou, A.G.: A Strategy for Greek Economic Development. KE.P.E. (Hrsg.). Athen 1962.
- Pedersen, P.O.: Innovation Diffusion in Urban Systems, in: Lund Studies in Geographie, Ser. B., Human Geography, No. 37, 1971, S. 138 ff.
- Perroux, F.: Economic Space: Theory and Applications, in: Quarterly Journal of Economics, 64, 1950, S. 89 ff.
- Perroux, F.: Note sur la notion de 'pôle de croissance', in: Economie Appliquée, 1955, S. 307 ff.
- Perroux, F.: Les Espaces économiques, in: Perroux, F.: L' économie du XXème siècle. Paris 1969, S. 159 ff.
- Perroux, F.: La firme motrice dans la région et la région motrice, in: L' économie du xxe siècle. Paris 1969³.
- Popper, K.R.: Das Elend des Historizismus. Tübingen 1974⁴.
- Pütz, Th.: Grundlagen der theoretischen Wirtschaftspolitik. Stuttgart 1975.
- Pye, R.: Office Location. The Role of Communications and Technology, in: Daniels, P.W. (Ed.): Spatial Patterns of Office Growth and Location. New York 1979, S. 239 ff.
- Recktenwald, H.C.: Staatswirtschaft in säkularer Entwicklung, in: Hamburger Jahrbuch, 15, 1970, S. 119 ff.
- Richardson, H.: Regional Economics. Location Theory, Urban Structure and Regional Change. London 1969.
- Richardson, H.: Growth Pole Spillovers: The Dynamics of Backwash and Spread, in: Regional Studies, 10, 1976, S. 1 ff.
- Richardson, H.: Input-Output and Regional Economics. London 1972.
- Richardson, H.: Regional Economics. Urbana/Illinois 1978.
- Richter, Ch.E.: The Impact of Industrial Linkages on Geographic Association, in: Journal of Regional Science, 9, 1969, S. 19 ff.
- Richter, Ch.E.: Systematic Relationships Between Industrial Linkages and the Agglomeration of Manufacturing Industries, in: Review of Regional Studies, 1, 1970, S. 37 ff.

- Riedel, J.: Kritische Untersuchung über die regionale Wirtschaftsplanung in Griechenland. Darmstadt 1969.
- Rittenbruch, K.: Zur Anwendbarkeit der Exportbasiskonzepte im Rahmen der Regionalanalyse. Berlin 1968.
- Ritter, U.P.: Siedlungsstruktur und wirtschaftliche Entwicklung. Berlin 1972.
- Ritter, W.: Qatar. Ein arabisches Emirat. Nürnberg 1985.
- Ritter, W.; Strzygowski, W.: Geographie. Berlin - Darmstadt 1970.
- Rostow, W.W.; Millikan, M.F.: A Proposal: Key to Effective Foreign Policy. New York 1957.
- Ruppert, K.; Schaffer, F.: Raumorganisation der Funktionsgesellschaft. Sozialgeographische Aspekte urbanisierter Lebensformen unter besonderer Berücksichtigung von Beispielen aus Bayern. Hannover 1971.
- Salin, E.: Unterentwickelte Länder; Begriff und Wirklichkeit, in: Fritsch, B. (Hrsg.): Entwicklungsländer. Köln 1973².
- Schilling-Kaletsch, I.: Wachstumspole und Wachstumszentren. Hamburg 1976.
- Schneider, E. (Hrsg.): Wirtschaftskreislauf und Wirtschaftswachstum. Tübingen 1966.
- Schneider, H.K. (Hrsg.): Beiträge zur Regionalpolitik, Sch.d.V.f.S., N.F., Bd. 41, Berlin 1968.
- Schneider, H.K.: Über die Notwendigkeit regionaler Wirtschaftspolitik, in: Schneider, H.K. (Hrsg.): Beiträge zur Regionalpolitik, Sch.d.V.f.S., N.F., Bd. 41, Berlin 1968, S. 6 ff.
- Schneider, H.K.: Modelle für die Regionalpolitik, in: Schneider, H.K. (Hrsg.): Beiträge zur Regionalpolitik, Sch.d.V.f.S., N.F., Bd. 41. Berlin 1968, S. 63 ff.
- Schneider, W.: Arbeitsorientierte raumgestaltende Strukturpolitik - Überlegungen zu einer Integration von Raumordnung und Regionalpolitik, in: WSI-Mitteilungen 1976, S. 600 ff.
- Schriftenreihe des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Städtebauliche Forschung. Methoden und Möglichkeiten der Erfolgskontrolle städtischer Entwicklungsmaßnahmen. Wermelskirchen 1977,

- Schröder, D.: Strukturwandel, Standortwahl und regionales Wachstum. Stuttgart 1968.
- Scott, A.J.: Production System Dynamics and Metropolitan Development, in: Annals of the Association of American Geographers, Vol. 72, 1982, S. 185 ff.
- Scott, A.J.: Locational Patterns and Dynamics of Industrial Activity in the Modern Metropolis: A Review Essay, in: Urban Studies, 19, 1982, S. 111 ff.
- Scott, A.J.: Location and Linkage Systems: A Survey and Re-assessment, in: The Annals of Regional Science, Vol. XVII, 1983, S. 1 ff.
- Siebert, H.: Zur Theorie des regionalen Wirtschaftswachstums. Tübingen 1967.
- Siebert, H.: Regionales Wirtschaftswachstum und interregionale Mobilität. Tübingen 1970.
- Siebert, H.: Zur Frage der Distributionswirkungen öffentlicher Infrastrukturinvestitionen, in: Sch.d.V.f.S., N.F., Bd. 54, 1970, S. 33 ff.
- Simonis, U.E.: Sozialindikatoren als methodische Innovation, Erwartungen und Grenzen, in: Wirtschaftsdienst, 1977, S. 151 ff.
- Skountzos, Th.A. u.a. (KE.P.E.): Input-Output-Tables of the Greek Economy 1958-1977. Athen 1980.
- Spanger, U.; Treuner, P.: Standortwahl der Industriebetriebe in Nordrhein-Westfalen 1955 - 1971. Dortmund 1975.
- Städtebauliche Forschung: Methoden und Möglichkeiten der Erfolgskontrolle städtischer Entwicklungsmaßnahmen, in: Schriftenreihe des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Wermelskirchen 1977.
- Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.): Länderkurzbericht Griechenland 1977, erschienen in der Reihe: Statistik des Auslandes. Stuttgart und Mainz 1977.
- Stockmann, W.: Beschäftigtenrückgänge und Regionalpolitik in monoindustriellen Problemgebieten, in: Beiträge zur Raumplanung, Bd. 10, Düsseldorf 1972.
- Storbeck, D.: Zur Operationalisierung der Raumordnungsziele, in: Kyklos, 22, 1970, S. 98 ff.

- Storbeck, D.; Lücke, M.: Die gesellschaftspolitische Relevanz regionalpolitischer Ziele, in: ARL (Hrsg.): Ausgegliche Funktionsräume, Grundlagen für eine Regionalpolitik des mittleren Weges, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 94. Hannover 1975. S. 19 ff.
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften: Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (NUTS), Ausgabe Juni 1983.
- Strassert, G.: Möglichkeiten und Grenzen der Erstellung und Auswertung regionaler Input-Output-Matrix und ihre möglichen Wandlungen im Wachstumsprozeß, in: Sch.d.V.f.S., N.F., Bd. 30, 1964.
- Strassert, G.: Zur Bestimmung strategischer Sektoren mit Hilfe von Input-Output-Modellen, in: Jb.f.NuS, Bd. 182, 1968/69, S. 211 ff.
- Streit, M.E.: Spatial Associations and Spatial Linkages Between Industries, in: Journal of Regional Science, 9, 1969, S. 177 ff.
- Streit, M.E.: Regionalpolitische Aspekte des Wachstumskonzepts, in: JfS, Bd. 22, 1971, S. 221 ff.
- Südfeld, E.: Der zweite periodische Bericht über die sozio-ökonomische Lage und Entwicklung in den Regionen der EG. - Einige Anmerkungen zu Datengrundlage und Methoden des Berichts, in: Raumforschung und Raumordnung, 42, 1984, Heft 3, S. 144 ff.
- Suntum, U. van: Regionalpolitik in der Marktwirtschaft. Kritische Bestandsaufnahme und Entwurf eines alternativen Ansatzes am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden 1981.
- Sykianakis, G.: Periferiaki Georgiki Anaptixis, KE.P.E. Athen 1967.
- Taylor, M.J.: Spatial Competition and the Sales Linkages of Auckland Manufacturers, in: Hamilton, F.E.I. (Ed.): Contemporary Industrialization. London 1978, S. 144 ff.
- Technische Kammer Griechenlands (TEE): Thesmiko kai Diikitiko Plessio Chorotaxias (Gesetzliche und Administrative Rahmen der Raumordnung). Athen 1976.
- Thoss, R.: Ein Vorschlag zur Koordinierung der Regionalpolitik in einer wachsenden Wirtschaft, in: Jb.f.NuS, Bd. 182, 1968/69, S. 490 ff.

- Thoss, R. u.a.: Gesellschaftliche Indikatoren als Orientierungshilfe für die Regionalpolitik, Materialien zum Siedlungs- und Wohnungswesen, Bd. 10. Münster 1974.
- Thoss, R.; Strumann, M.; Bölting, H.M.: Zur Eignung des Einkommensniveaus als Zielindikator der regionalen Wirtschaftspolitik. Münster 1974.
- Thuman, G.: Computersimulationsmodelle als Hilfsmittel der teilträumlichen Entwicklungsplanung. Frankfurt/M. - Zürich 1977.
- Thumm, U.: Die Regionalpolitik als Instrument der französischen Wirtschaftspolitik. Berlin 1968.
- Thünen, J.H.v.: Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie. Stuttgart 1962⁴.
- Tinbergen, J.: Economic Policy. Principles and Design. Amsterdam 1966.
- Tinbergen, J.: Über die Theorie der Wirtschaftspolitik. Köln - Berlin 1967².
- Töpfer, K.: Überlegungen zur Quantifizierung qualitativer Standortfaktoren, in: Zur Theorie der allgemeinen und der regionalen Planung, Bd. 1 der Beiträge zur Raumplanung, hrsg. v. Zentralinstitut für Raumplanung an der Universität Münster. Bielefeld 1969.
- Topitsch, E.: Probleme der Wissenschaftstheorie. Wien 1960.
- Townroe, P.M.; Roberts, N.J.: Local-External Economies for British Manufacturing Industry. Westmead/Farnborough 1980.
- Tuchtfeldt, E.: Infrastrukturinvestitionen als Mittel der Strukturpolitik, in: Theorie und Praxis der Infrastrukturpolitik, Sch.d.V.f.S., N.F., Bd. 54, Berlin 1970, S. 125 ff.
- Tuchtfeldt, E.: Koordinationsprobleme in der Wirtschaftspolitik, in: Wirtschaftspolitische Chronik, 1972, Heft 3, S. 16 ff.
- Uebe, W.: Industriestruktur und Standort, PROGNOSE-Studien Nr. 1, Stuttgart 1967.
- Umlauf, J.: Zum Verhältnis von Umweltschutz und Raumordnung, in: RuR, 30, 1972, S. 195 ff.

- Vereinigte Nationen: Statistical Yearbook der Vereinigten Nationen 1975. New York 1975.
- Wagener, F.: Zur Praxis der Aufstellung von Entwicklungsplanungen, in: AfK, 9, 1970, S. 47 ff.
- Ward, B.: Elliniki Periferiaki Anaptyxis. Provlímata tis ellinikis Periferiakís Anaptyxeos (Griechische Regionalentwicklung. Probleme der griechischen Regionalentwicklung), in: KE.P.E.: Ökonomische Monographien. Athen 1963.
- Weber, A.: Über den Standort der Industrien. Tübingen 1922.
- Weinstock, U.: Regionale Wirtschaftspolitik in Frankreich. Eine Auseinandersetzung mit ihren Problemen und Methoden. Hamburg 1968.
- Wetzel, B.: Preliminary Attempt of Regionalization of the National Plan, OECD - KE.P.E. Athen 1965.
- Wetzel, B.: Proposals for the Regionalization of the National Plan 1966-70, OECD-KE.P.E. Athen 1965.
- Weyl, H.: Räumliches Entwicklungspotential. Eine Grobübersicht, in: RuR, 34, 1976, S. 238 ff.
- Wickeren, A.C. van: Interindustry Relations. Some Attraction Models. Rotterdam 1971.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium: Möglichkeiten und Grenzen regionaler Wirtschaftspolitik, in: Institut für Raumforschung, Informationen, 1955, Heft 15/17.
- Wolf, F.: Effizienz und Erfolgskontrolle der regionalen Wirtschaftspolitik. Wiesbaden 1974.
- Wulf, J.: Ergebnisse der Wanderungsforschung und ihre Integration in raumwirtschaftliche Modelle, in: ZfgS, Bd. 128, 1972, S. 484 ff.
- Wulf, J.: Erfolgskontrollen für die regionale Wirtschaftspolitik, in: RuR, 34, 1976, S. 187 ff.
- Zapf, W.: Soziale Indikatoren, Konzepte und Forschungsansätze, Bd. I, II, III, IV. Frankfurt - New York 1974, 1975.
- Zeugaridis, Sp.: I Organosis tis Demosias Diikisis (Die Organisation der öffentlichen Verwaltung), Bd. A. Athen 1979.

Zipp, G.: Ziele und Zielfindungsprozesse in der Raumordnungspolitik. Augsburg 1977.

Zolotas, X. (Bank von Griechenland, Hrsg.): Der Beitrag der Exporte an das Wirtschaftswachstum. Athen 1976.

NSSG:

- Ergebnisse der Betriebszählung in Industrie und Handwerk, Handel und anderen Dienstleistungen.
1958 = Athen 1960; 1969 = Athen 1973; 1973 = Athen 1977;
1978 = Athen 1981.
- Statistisches Jahrbuch.
1975 = Athen 1975; 1977 = Athen 1978; 1979 = Athen 1980;
1980 = Athen 1981; 1981 = Athen 1982.
- Statistiki tis Ekpaideyseos 1975-76 (Statistik der Ausbildung 1975-76). Athen 1978.
- Schätzung der regionalen Investitionen von Griechenland 1970 und 1974. Athen 1979.
- National Accounts of Greece 1970 - 1979. Athen 1981.
- National Accounts of Greece Nr. 23, 26, 56. Athen 1981.
- Volkszählung 1981.

Programme und Gesetze:

Koordinationsministerium: High Board of Reconstruction A.S.A.: Memorandum on the Long Term Programm for Greece. Athen 1950.

Koordinationsministerium: Five Year Program for the Economic Development of Greece 1960-64. Athen 1960.

Koordinationsministerium: Economic Development Plan for Greece 1968-72. Athen 1967.

KE.P.E.: Draft of the Five Year Economic Development Plan for Greece 1966-1970. Athen 1965.

Ministerium für Planung und Regierungspolitik: Entwicklungsprogramm Griechenlands 1973-1977 (unveröffentlicht).

KE.P.E.: Programm für die ökonomische und soziale Entwicklung 1976-1980. Athen 1977.

KE.P.E.: Entwicklungsprogramm 1976-80, Regionale Entwicklung, Bd. 10. Athen 1976.

KE.P.E.: Programm für die ökonomische und soziale Entwicklung 1978-1982. Athen 1979.

KE.P.E.: Programm für die regionale Entwicklung 1981-1985. Athen 1980.

Griechisches Parlament: Fünfjahresprogramm für die ökonomische und soziale Entwicklung 1983 - 1987 (Entwurf). Athen 1983.

Artikel 101 und 102 des Grundgesetzes 1975.

Deutsch-Griechisches Abkommen zur Förderung der griechischen Arbeitnehmergeellschaften vom 2.5.1980. Athen - Bonn 1980.

Gesetzesverordnung Nr. 2176/52, 1078/71, 1312/72, 1377/73.

Gesetz Nr. 289/76, 849/78, 1116/1981, 1262/1982.

Gesetze: N 3949/1959, D 4002/1959, N 4171/1961.

Gesetz 742/1977 und Präsidialerlaß 851/1978.

Gesetz: 4458/1965.

Präsidialerlaß 816/14.9.1977, in: Filo Efimeridos tis Kybernisseos (Regierungsanzeiger). Athen 1977.

Verordnung des Koordinationsministeriums vom 17.3.1965:
AP: DT 50591/7863/1970.

Zeitungen:

Filo Efimeridos tis Kybernisseos (Regierungsanzeiger). Athen 1977.

Neutemporiki vom 19.1. 1980 und 16.9.1980.

Ökonomikos Tachydromos: Heft 13, 1979; Heft 15, 1979; Heft 52, 1979; Heft 47, 1980, Nr. 19, 1982.

Ökonomiki Poria vom 31.3.1976.

Vradini vom 29.11.1977.

LEBENS LAUF

Name: Anna Piralemidou
Geburtsdatum: 10. Juni 1944
Geburtsort: Komotini/Griechenland

Ausbildung:

1950 - 1956 Volksschule
1956 - 1962 Gymnasium
1968 - 1972 Universität Thessaloniki
1972 Diplom-Volkswirt
1973 - 1975 Aufbaustudium/Deutsch an der Ruhr-Universität Bochum

Arbeitstätigkeit:

1966 - 1973 Beamtin in Griechenland
1973 - 1975 Wissenschaftliche Hilfskraft an der Ruhr-Universität Bochum
1978 - 1982 Mitglied des Fachausschusses zur Förderung von Arbeitnehmergesellschaften in Griechenland

